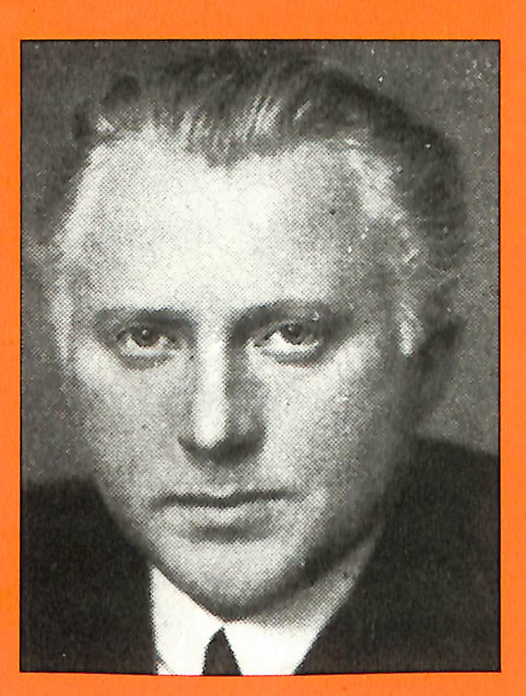
Hans Staudinger



Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat

Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934

Herausgegeben und eingeleitet von Hagen Schulze

Verlag Neue Gesellschaft · Bonn

Archiv für Sozialgeschichte
Beihefte
Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
in Verbindung mit dem
Institut für Sozialgeschichte
Braunschweig/Bonn
Redaktion:
Dieter Dowe (Schriftleitung),
Kurt Klotzbach, Hans Pelger

Archiv für Sozialgeschichte

Beiheft 10

Hans Staudinger

Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat

Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934

Herausgegeben und eingeleitet von Hagen Schulze

Verlag
Neue Gesellschaft · Bonn

Archiv für Sozialgeschichte
Beiheft 10

Archiv für Sozialgeschichte

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Verbindung mit dem
Institut für Sozialgeschichte Braunschweig/Bonn

Beiheft 10
Hans Staudinger
Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat
Herausgegeben und eingeleitet
von Hagen Schulze

Hans Staudinger

Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat

Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934

Herausgegeben und eingeleitet von Hagen Schulze

Verlag Neue Gesellschaft · Bonn

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Staudinger, Hans:
Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat: Lebenserinnerungen e. polit. Beamten im Reich u. in Preußen 1889 bis 1934 / Hans Staudinger. Hrsg. u. eingel. von Hagen Schulze. – Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1982.
(Archiv für Sozialgeschichte: Beih.; 10)
ISBN 3-87831-361-6
NE: Archiv für Sozialgeschichte / Beiheft

Dr. Hagen Schulze, geboren 1943 in Tanger/Marokko, ist Professor für Neuere Geschichte sowie Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin.

Gefördert mit Mitteln der VEBA Aktiengesellschaft

Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2
Umschlag: Paul Wohlrab, Bonn
Satz: elco satz Riemel
Druck und Verarbeitung:
Göttinger Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH

Printed in Germany 1982

Vorwort

Historiker, die sich näher mit der Republik von Weimar, namentlich mit ihrer Wirtschaftsgeschichte, befaßt haben, kennen Hans Staudinger: Am 16. August 1889 in Worms geboren, war er 1919 bis 1927 Vortragender Rat im Reichswirtschaftsministerium, 1927 bis 1932 Ministerialdirektor, dann Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Organisator der preußischen Staatsbetriebe, Gründer der „Veba", enger Vertrauter des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, nach dem Papen-Putsch am 20. Juli 1932 zur Disposition gestellt, Reichstagsabgeordneter für die Hamburger SPD in den letzten düsteren Monaten vom November 1932 bis zum Parteiverbot im Juni 1933, nach einem schauerlichen Aufenthalt in „Schutzhaft" 1934 schließlich emigriert; in New York dann Professor für Wirtschaftspolitik an der „New School for Social Research". Bis zu seinem Tod am 25. Februar 1980 war Staudinger nicht nur eine interessante Gestalt der Zeitgeschichte, sondern auch ihr Zeuge, unermüdlich zu Auskünften bereit, ein ebenso lebhafter wie geduldiger Gesprächspartner für uns Nachgeborene, die wir die zwanziger und dreißiger Jahre nur noch aus dürren papierenen Quellen kennen. Reizvoll war für uns seine Art, sich zu erinnern: Während viele Überlebende seiner Generation mit Sicherheit und subjektiver Gewißheit zu Aussagen neigen, die sich bei näherer Untersuchung als unhaltbar erweisen oder die zumindest unkontrollierbar durch spätere Erfahrungen und Reflexionen überwuchert sind, besaß Hans Staudinger die Gabe, Situationen und Momente vor seinem inneren Auge zu rekonstruieren, deren Wiedergabe kritischer Überprüfung standzuhalten pflegte; ein bewundernswertes Personen- und Namensgedächtnis kam ihm hier zur Hilfe. Sein Erinnerungsvermögen war eher punktuell als längerfristig, ging aber weit über das Anekdotische hinaus – vor allem in der Rekonstruktion von Gesprächen, Debatten, Kontroversen gelang ihm die Belebung des Vergangenen wie nur wenigen anderen Zeugen.

Aufgefordert, seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben, weigerte er sich lange Zeit: Die Vergangenheit sei zu schmerzhaft gewesen, auch falle es ihm schwer, seine Schweigepflicht als ehemaliger preußischer Beamter zu brechen. Hauptsächlich dem Drängen seiner Freunde Wilhelm Hennis und Adolph Lowe ist es zu verdanken, daß Staudinger sich zur Niederschrift seiner Memoiren entschloß. Es war fast zu spät; seine schwere Herzkrankheit machte ihm zunehmend zu schaffen, aber die Arbeit an den Erinnerungen hielt ihn auch aufrecht: Er starb wenige Tage, nachdem er das Manuskript beendet hatte.

Bei der Beurteilung seiner Niederschrift muß manches berücksichtigt werden. Zum einen, daß sie als erste Fassung gedacht war; Staudinger plante noch Streichungen, Überarbeitungen und Erweiterungen, wollte zusätzliche Kapitel über seine Familie, sein Erlebnis in der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, seine Beziehungen zu Gewerkschaften und Parteien der Weimarer Zeit einfügen. Dazu ist es nicht mehr gekommen. Zudem war er sich sprachlicher und stilistischer Schwierigkeiten bewußt; länger als vier Jahrzehnte hatte er kaum noch deutsch gesprochen und geschrieben. Er bat mich daher, seine Memoiren herauszugeben und zu überarbeiten.

Der Text wurde behutsam stilistisch und syntaktisch verbessert, in dem Bemühen, den eigenwilligen sprachlichen Duktus des Verfassers, der noch manches von dem leicht expressionistischen Stil seiner Jugendzeit bewahrt hat, beizubehalten. Darüber hinaus wurden knapp 50

von insgesamt 412 Schreibmaschinenseiten gestrichen, um die Darstellung zu straffen und auf das Wesentliche zu konzentrieren. Den Streichungen fielen hauptsächlich die zahlreichen Reflexionen aus heutiger Sicht über die Ereignisse der Vergangenheit zum Opfer, weiterhin lange Zitate aus Staudingers Zeitungsartikeln über wirtschaftliche Probleme der Weimarer Zeit, sofern sie nicht zur Illustration oder Darstellung unumgänglich schienen, schließlich ein langes Kapitel über Staudingers Tätigkeit als Berater des Brüsseler Industriellen Danny Heineman vor seiner Emigration, das von eher privatem Interesse ist. Dies wurde, soweit es vor seinem Tode noch möglich war, mit Hans Staudinger abgestimmt. Von den Überarbeitungen abgesehen, war es selbstverständliche Pflicht des Herausgebers, die Authentizität des Textes zu wahren und auch solche Passagen zu respektieren, in denen sein eigenes Urteil von dem des Autors abweicht.
Auf zwei Passagen sei hier eingegangen, weil sie jedenfalls eines Kommentars bedürfen. In dem Kapitel „Hitlers Weg zur Macht“ (S. 113 f.) führt Staudinger die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler auf ein nationalsozialistisches Erpressungsmanöver zurück; Hitler soll danach Kenntnis von Steuerhinterziehungen, Fehlspekulationen und anderen Unterschleifen gehabt haben, die die entscheidenden Berater Hindenburgs, Staatssekretär Meissner und Oskar v. Hindenburg, belasteten. Mit Hilfe dieser Kenntnisse habe Hitler seine Unterstützung durch diese Personen regelrecht erpreßt. Es liegt normalerweise in der Natur solcher Berichte, daß sie kaum zu verifizieren sind; zudem war ein Bankier Kleinberg, dessen „privates Vermerkbuch“ in nationalsozialistische Hände geraten sei, nicht zu ermitteln, obwohl Staudingers Namensgedächtnis in der Regel außergewöhnlich gut war. Tatsächlich hat am 22. Januar 1933 zwischen der nationalsozialistischen Führungsspitze und dem Beraterkreis Hindenburgs, Oskar v. Hindenburg, Meissner und v. Papen, ein Gespräch stattgefunden, über dessen Gegenstand und Verlauf nichts Sicheres bekannt ist; daß danach der Druck auf den Reichspräsidenten, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, erheblich zugenommen hat, ist dagegen sicher. Daß hier Erpressung im Spiel gewesen sei, ist öfters vermutet worden, so von Brüning und von Hitlers Biographen Alan Bullock[1]. Staudingers Bericht könnte also durchaus auf Tatsachen beruhen; daß seine übliche Neigung zur Personalisierung jedenfalls dazu führt, die Vorgeschichte der „Machtergreifung“ über Gebühr zu vereinfachen, braucht kaum betont zu werden.
Auch die Ausführungen Staudingers über die Hintergründe des Reichstagsbrands (S. 121–123) sind cum grano salis zu nehmen. Bereits einen Tag nach dem Reichstagsbrand, am 28. Februar 1933, lagen dem Reichskabinett die beiden Notverordnungen „zum Schutz von Volk und Staat“ und „gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe“ vor, die noch am selben Tag in Kraft traten. Hierin sieht Staudinger den Beweis für die nationalsozialistische Brandstiftung, da er aus eigener bürokratischer Erfahrung weiß, daß auch Notverordnungen nicht innerhalb weniger Stunden vorlage- und veröffentlichungsfähig waren. Dieses an sich überzeugende Argument ist allerdings schon seit geraumer Zeit entkräftet; Hans Mommsen hat bereits 1964 darauf hingewiesen, daß die Verordnungen innerhalb weniger Stunden abgefaßt werden konnten, da sie aus Bruchstücken älterer, teilweise bis in die Weimarer Zeit zurückgehender Notstands-Verordnungsentwürfe zusammengesetzt wurden[2]. Natürlich ist damit die These von der nationalsozialistischen Täterschaft nicht widerlegt – diese Frage kann und soll hier nicht vertieft werden.

1 *Heinrich Brüning,* Ein Brief, in: Deutsche Rundschau, 1947, S. 15; *Alan Bullock,* Hitler, London 1952, S. 223.
2 *Hans Mommsen,* Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12, 1964, S. 351 ff., bes. S. 399 ff.

Schließlich erwies es sich als sinnvoll, in einleitender Form einiges Ergänzendes zu schreiben, um dem Leser den Zugang zu Hans Staudingers Lebenserinnerungen zu erleichtern. Das ursprüngliche Manuskript mit den eingefügten Verbesserungen und Streichungen durch den Herausgeber wird im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung deponiert und steht dort zum Vergleich zur Verfügung.
Die Herausgabe der Memoiren Hans Staudingers wurde erheblich erleichtert durch Rat und Mitarbeit von Frau Sabine Gewinner-Thomson, der langjährigen Mitarbeiterin Hans Staudingers, weiterhin meines Freiburger Kollegen Wilhelm Hennis, meines Mitarbeiters Edward Gough und vor allem meiner Frau. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Berlin, im September 1981



Inhalt

Einleitung

I.

In einer Zeit, in der politische Herrschaftsausübung in ständig zunehmendem Maße von einer Elite von Fachleuten, von stoffbeherrschenden Verwaltungsbeamten abhängt, kann das biographische Interesse sich nicht mehr allein auf die von Verfassung und öffentlicher Meinung herausgehobenen Politiker richten – die hohe Bürokratie ist zu entdecken, insoweit sie nicht allein erschwerendes Mittel, sondern darüber hinaus Subjekt politischer Entscheidungen geworden ist. Das gilt in besonders hohem Maße für die Republik von Weimar, jenes gescheiterte demokratische Experiment der Deutschen. Daß die erste deutsche Republik chronisch gefährdet war, lag in weitem Umfang auch darin begründet, daß Parlament, Parteien und Kabinette ihre Verantwortung nur notgedrungen trugen und allzuschnell bereit waren, Entscheidungen auch von politischer Tragweite dem bewährten, scheinbar so interessenlosen Beamtenapparat zu überlassen. Anhänger der neuen Ordnung aber, Republikaner und Demokraten, konnte man in diesem Kreise mit der Laterne suchen.
Wer von der hochgradigen Homogenität des hohen preußisch-deutschen Beamtenapparats abstach, etwa durch ausdrückliche Bekenntnisse zur neuen Staatsform oder gar durch die Mitgliedschaft in einer Partei der Weimarer Koalition, der besaß in der Regel eine außergewöhnliche, nicht standestypische Biographie, war beispielsweise aus einer Partei- oder Gewerkschaftsbürokratie hervorgegangen und als „politischer" Beamter übernommen worden, oder sein Bildungshintergrund war nicht der übliche des gehobenen Bildungsbürgertums gewesen, aus dem sich die höhere Beamtenschaft rekrutierte. Auf Hans Staudinger traf das letztere zu.
Das protestantische Pfarrhaus, aus dem so viele außerordentliche Gestalten der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte hervorgegangen waren, bestimmte auch, wenngleich in gewissermaßen säkularisierter Gestalt, Staudingers Leben. Noch der Großvater war hessisch-darmstädtischer Geistlicher gewesen; der Vater, Franz Staudinger, hatte jedoch das Vikariat abgebrochen: Die Bibel sage nichts zum sozialen Elend des Proletariats. Ganz im Geiste der spätbürgerlichen Aufklärung des 19. Jahrhunderts suchte und fand Franz Staudinger die Antworten auf seine Fragen in der Philosophie, und zwar im Neo-Kantianismus Friedrich Albert Langes und Hermann Cohens. Nach seinem Studium wurde er Gymnasialprofessor in Worms; seine erste große selbständige Schrift „Noumena" (Darmstadt 1884) erregte Aufsehen: nicht weniger als der Versuch, Ethik, Religion, Vernunft und Gesellschaft mit Hilfe der transzendentalen Methode Kants nach Funktion wie Entstehung miteinander zu verbinden, selbständig auch insofern, als Staudinger über Kant hinausging, indem er dessen Lehre, nach dem Raum, Zeit und Kategorien im Bewußtsein begründet seien, schroff als „ontologische Behauptung" kritisierte. In seinen späteren zahlreichen Schriften wandte sich Staudinger immer mehr dem Problem einer Begründung des Sozialismus zu, indem er zwischen Marx und Kant zu vermitteln suchte: Mit Marx glaubte er an die objektive Erkennbarkeit des historischen Fortschritts vom liberalen Kapitalismus zur höheren Stufe des Sozialismus, aber er kritisierte das Überbau-Unterbau-Schema des dialektischen Materialismus und wollte ihn durch das Kantsche Sittengesetz ersetzt wissen.
Franz Staudingers Werk blieb nicht allein der philosophischen Sphäre verhaftet, das hätte seinem auf soziales Handeln gerichteten Impuls widersprochen. Er besaß enge Kontakte zu führenden Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten; gerade seine Fähigkeit, verhältnismäßig leicht ver-

ständlich über Ethik und Sozialismus zu schreiben, öffnete ihm die Spalten der Arbeiterpresse, vornehmlich der „Sozialistischen Monatshefte", wo er den erstarkenden revisionistischen Flügel der SPD mit philosophisch fundierten Argumenten versorgte – nicht von ungefähr verband ihn mit Eduard Bernstein eine lebenslange Freundschaft. Beiden gemeinsam war unter anderem auch das Interesse am englischen Fabianismus und an der englischen Arbeiter-Genossenschaftsbewegung, ein Interesse, das Staudinger zur theoretischen wie praktischen Beteiligung am Aufbau der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, der „dritten Säule der Arbeiterbewegung", veranlaßte – die letzten zwölf Jahre vor seinem Tod 1921 legte er sogar sein Schulamt nieder, um sich den Konsumgenossenschaften zu widmen. Theobald Ziegler hatte einst die soziale Frage eine sittliche Frage genannt – Staudinger setzte dem den Imperativ entgegen: „Die sittliche Frage eine soziale Frage!"[1] Diese gelebte Einheit von Ethik und Politik, von Theorie und Praxis bildete auch den Hintergrund für die Erziehung seiner Kinder[2]. So weltfremd Franz Staudinger gelegentlich im Bericht seines Sohnes erscheint, und so gequält seine Versuche mitunter anmuten, die Philosophie mit der politischen Praxis in Beziehung zu setzen[3], so erfolgreich gelang ihm die Umsetzung philosophischer Maximen in der Erziehung. Manches in den Erinnerungen des Sohnes mag einem nachträglichen Harmonisierungsbedürfnis entsprungen sein, doch offenbar hat sich einiges anders und glücklicher abgespielt als in durchschnittlichen bürgerlichen Elternhäusern. Dafür spricht nicht allein, daß aus allen vier Kindern „etwas wurde": aus dem ältesten Bruder Wilhelm Zoodirektor und Landwirtschaftsfachmann, dem jüngeren Bruder Hermann Chemieprofessor und Nobelpreisträger, der Schwester Luise eine namhafte Bildhauerin. Auf die enge und für seine Generation ungewöhnliche Bindung Hans Staudingers an seinen Vater weist auch die sehr weitgehende Übernahme politischer und philosophischer Grundpositionen, ja selbst sprachlicher und stilistischer Eigenheiten durch den Jüngeren hin, die noch im eigenwilligen sprachlichen Duktus seiner Memoiren durchscheinen.
Die ethisch-idealistische Prägung, die Hans Staudinger durch sein Elternhaus erhielt, wurde durch Einflüsse aus zwei nur scheinbar sehr verschiedenen Richtungen verstärkt: durch die Jugendbewegung und durch die deutsche Sozialdemokratie. Als Schüler und Student war Staudinger führendes Mitglied des südwestdeutschen Wandervogels, der sich 1907 unter der Leitung Hans Breuers und Hans Lissners vom Alt-Wandervogel getrennt hatte und zum Katalysator einer glänzenden, romantischen Jugendkultur wurde. Der 1911 erschienene „Zupfgeigenhansl", eine volkstümliche und romantische Liedersammlung, an deren Zusammenstellung der Student Staudinger beteiligt gewesen war, markierte den Höhepunkt und den bereits beginnenden Zerfall des Breuerschen Kreises, der nach dem Urteil eines anderen namhaften Vertreters der Jugendbewegung, Hans Blühers, ständig „in Gefahr war, vor lauter Interessen uninteressant zu werden"[4]. Für den Bachanten Staudinger – Bachanten nannten sich die Wandervögel, da angeblich die Führer mittelalterlicher Rotten fahrender Schüler so geheißen hatten[5] – waren es das Gemeinschaftserlebnis und das Versprechen der Überwindung bürgerlicher Entfremdung vom „Volk", die ihn wie so viele Söhne und Töchter bürgerlicher Familien der Jugendbewegung zugeführt hatten; noch im März 1914, nach dem Zerfall der Heidelberger Bachantengemein-

1 Philosophische Monatshefte 3, 1892, S. 23 ff.

2 Eine Biographie Franz Staudingers ist ein Desiderat; ersatzweise *Karl Vorländer*, Franz Staudinger zum Gedächtnis, in: Kantstudien 28, 1923, S. 484 ff.

3 Siehe: *Hans-Josef Steinberg*, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, 3., verb. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 102 f.

4 *Hans Blüher*, Geschichte des Wandervogels, in: *Werner Kindt* (Hrsg.), *Grundschriften der Deutschen Jugendbewegung*, Düsseldorf/Köln 1963, S. 51.

5 *Ebda.*, S. 54.

schaft, nahm ausweislich des Protokolls Dr. phil. Hans Staudinger am Ersten Vertretertag der Freideutschen Jugend in Marburg teil und unternahm den Versuch, zwischen den weit auseinanderstrebenden Richtungen zu vermitteln, ein Versuch, der freilich scheiterte.[6]
Es war nicht zuletzt das betont völkische Element des Wandervogels, das die Freideutsche Jugendbewegung sprengen sollte. Auch Staudinger war, was noch seine Erinnerungen deutlich machen, von diesem Element fasziniert, aber sein „völkisches" Erlebnis war, auch hier wieder vom Elternhaus vorbereitet, sehr viel konkreter und empirischer begründet als das vieler seiner Altersgenossen, die nach dem 1. Weltkrieg rechtsradikalen Ideologemen zum Opfer fielen. Als Student im ersten Semester wurde er Mitglied der SPD; Arbeiterschaft war für ihn keine Abstraktion, sondern eine lebendige Umwelt, an der er als bürgerlicher Fremdkörper unter schmerzhaften Begleitumständen Anteil zu nehmen suchte – seine Erfahrungen als Schachspieler[7] können für die Anpassungsschwierigkeiten nicht-proletarischer Sozialdemokraten in der Partei als geradezu sinnbildlich gelten. Diese Erfahrung, als bürgerlich-intellektueller Sozialist fremd in einer solidarischen Gemeinschaft dazustehen, der er doch ganz anzugehören wünschte, schlug sich in einer sehr zeittypischen Theorie nieder, die Staudinger zum eigentlichen Thema seiner 1913 erschienenen Doktorarbeit machte: Das „Persönlichkeitsdogma" der gegenwärtigen bürgerlichen Kultur sei nicht mehr als ein Übergangsphänomen, ein Entfremdungssymptom, das bereits als solches den nahe bevorstehenden Untergang des Bürgertums und der mit ihm verbundenen kulturellen, sozialen und politischen Werte anzeige. Die natürliche Gemeinschaftsform sei vielmehr „organisch", ganzheitlich, massenhaft: Das Mittelalter habe die natürliche Gemeinschaft gekannt, und die soeben aufdämmernde „Welt des Arbeiters" werde sie erneuern.[8]
Mit dieser Vorstellung stand Staudinger keineswegs allein da; die Idee der Apokalypse des bürgerlichen Zeitalters und des Beginns eines neuen, durchaus positiv gesehenen „sozialistischen" Mittelalters war um die Jahrhundertwende und vor dem Weltkrieg in den verschiedensten Varianten fast ubiquitär; konservative Zivilisationskritik, Schopenhauerscher Kulturpessimismus, romantische Mittelalter-Verklärung und futuristische Sozialismus-Theoreme lagen gewissermaßen in der Luft, intellektuelle Reaktionen auf die politischen und industriellen Revolutionen des 19. Jahrhunderts und die Atomisierung der alten Gesellschaftsordnungen in deren Gefolge. Staudinger allerdings schrieb nicht als Literat, sondern als Wissenschaftler; ihm ging es um den theoretischen Rahmen für eine durch und durch empirische, teils soziologische, teils geschichtswissenschaftliche Arbeit über den Wandel musikalischer Vereine, von mittelalterlichen Musikergilden über nachreformatorische Kantoreien bis zum bürgerlichen Gesangsverein. Den Abschluß und Höhepunkt seiner Dissertation bilden eine mit auch heute noch zeitgemäßen Erhebungsmethoden erarbeitete Enquête über die Rolle der Musik in Arbeitervereinen und in diesem Zusammenhang Überlegungen über das „Weltbild des Arbeiters", die dem heutigen Leser unter mentalitätsgeschichtlichen Gesichtspunkten überraschend modern anmuten und zu weiteren Untersuchungen auf diesem unzureichend erschlossenen Gebiet anregen sollten.
Wenn von den prägenden Einflüssen auf Hans Staudingers Entwicklung zu reden ist, so darf eine intellektuelle Erfahrung nicht unerwähnt bleiben: die Begegnung mit Max Weber, dem Bruder seines Doktorvaters Alfred Weber. Das Memoiren-Kapitel über seine Gespräche mit Max Weber hat Staudinger besonders lange beschäftigt; er war ursprünglich von seinem Freund, dem Frei-

6 Protokoll in: *Werner Kindt* (Hrsg.), *Die Wandervogelzeit.* Quellenschriften zur deutschen Jugendbewegung 1896–1919, Düsseldorf/Köln 1968, S. 532 ff.

7 S. 12.

8 *Hans Staudinger,* Individuum und Gemeinschaft in der Kulturorganisation des Vereins (= Schriften zur Soziologie der Kultur, hrsg. von Alfred Weber-Heidelberg, Bd. 1), Jena 1913.

burger Politologen Wilhelm Hennis, gedrängt worden, seine Erinnerungen an Weber aufzuzeichnen, und nach mehreren Versuchen ist ihm das auch mit erstaunlicher Präzision gelungen. Was oben über Staudingers Situationsgedächtnis gesagt wurde, zeigt sich in der Wiedergabe seiner Gespräche mit Weber besonders eindrucksvoll; Webers Diktion, seine politischen und wissenschaftlichen Interessen in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg und währenddessen sind nach allem, was dazu sonst überliefert ist[9], überraschend genau getroffen. Die zeitweise enge Bekanntschaft mit Max Weber half Staudinger, seine Neigung zum Systemdenken und zum Dogmatismus zu überwinden und sein sozialistisches Glaubensbekenntnis kritisch zu reflektieren, ohne es fallenzulassen.

II.

Hans Staudingers Lebensweg soll hier nicht vorweggenommen werden; wir begnügen uns mit dem Auffüllen von Lücken, um dem Leser das Verständnis zu erleichtern. Deshalb übergehen wir den Krieg, Staudingers Frontdienst als Offiziersanwärter und Leutnant im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment, seine schwere Verwundung, seine Berufung in das Reichsernährungsamt als Verbindungsmann zu den Arbeiterparteien und Gewerkschaften im Frühjahr 1918, seine enge Verbindung mit dem Gewerkschaftler und ersten Reichsernährungsminister Robert Schmidt, mit dem zusammen Staudinger im Juli 1919 in das Reichswirtschaftsministerium überwechselte, in dem er bis 1927 als persönlicher Referent des Ministers und Leiter des Grundsatzreferats bleiben sollte. Seine Aufgabe als Geheimer Regierungsrat, seit 1920 als Vortragender Rat war es in erster Linie, wirtschaftspolitische Konzeptionen zu erarbeiten, und es entsprach nicht allein seiner Parteizugehörigkeit, sondern vor allem auch seinen persönlichen Interessen und Anlagen, daß er sich von einem sozialistischen Wirtschaftsprogramm besonders angezogen fühlte, das seit dem Kriegsende zu den meistdiskutierten wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen gehörte, weil es einen praktikablen Zwischenweg zwischen dem orthodoxen Sozialismus des Erfurter Programms und den marktwirtschaftlichen Grundvorstellungen der liberalen Parteien und der Wirtschaftsverbände zu eröffnen schien: die Gemeinwirtschaft.

Unter „Gemeinwirtschaft" konnte sehr Unterschiedliches verstanden werden: Sozialisten wie Liberale brauchten den Begriff und meinten oft Gegensätzliches. Wir begegnen ihm in den Reformentwürfen Walther Rathenaus, Rudolf Wissells, Wichard v. Moellendorffs, Roderich v. Ungern-Sternbergs, Otto Bauers und Emil Lederers; dahinter stehen sowohl marxistische als auch syndikalistische Theorien, das englische Vorbild des Gildensozialismus ebenso wie romantisch-berufsständische Bestrebungen. Sie alle können hier nicht vorgestellt werden[10], es mag genügen, ihre konvergierenden Merkmale vorzustellen: Allen gemeinsam ist die Idee einer organisatorischen Zusammenfassung der gesamten Wirtschaft zu Zwangssyndikaten oder Trusts ihrer Teilbereiche, die dezentralisiert durch Selbstverwaltung möglichst aller beteiligten wirtschaftlichen und sozialen Gruppen zu organisieren waren; ein ökonomischer Föderalismus mit der obersten Instanz eines Reichswirtschaftsrats sollte dem staatlichen Föderalismus entsprechen, so daß der wirtschaftliche dem politischen Sektor gleichgeordnet und entsprechende öffentliche

9 Dazu vor allem *Wolfgang J. Mommsen*, Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 1959; *Marianne Weber*, Max Weber. Ein Lebensbild, Tübingen 1926.

10 Eine ins einzelne gehende, wenn auch historisch mangelhaft abgestützte Darstellung der Wirtschaftsreform-Theorien der Weimarer Zeit liefert *Klaus Novy*, Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1978.

Funktionen auszuüben in der Lage war. Mehr oder weniger ausgearbeitete Räteideen waren ebenso in dieses Konzept verwoben wie die Erfahrungen der Kriegswirtschaft; die „Arbeitsgemeinschaft“, das Bündnis Stinnes/Legien, schien die Vorphase einer gleichberechtigten Partnerschaft von Kapital und Arbeit darzustellen, die die Grundlage gemeinwirtschaftlicher Organisation war.

Die Chancen, den Organismus der deutschen Wirtschaft im Sinne gemeinwirtschaftlicher Konzeptionen umzuorganisieren, haben tatsächlich kaum bestanden. Nicht nur, daß es auch in der Niederlage und der Revolution einen Zustand bei Null nicht gegeben hat; jeder Wirtschaftspolitiker hatte vom Weiterbestehen fester, politisch, sozial und ökonomisch tiefverwurzelter Strukturen und Interessen auszugehen, zudem von der außenpolitischen Situation, denn das möglichst ungestörte Weiterfunktionieren der deutschen Wirtschaft in ihrer derzeitigen Struktur war nicht nur Voraussetzung für die Versorgung der halbverhungerten deutschen Bevölkerung, sondern auch die Garantie für die Erfüllung alliierter Reparationsinteressen. Hinzu kam, daß die Verwirklichung derart revolutionärer Entwürfe eine diktatorische, von einem einheitlichen Willen geleitete Macht vorausgesetzt hätte, die unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie schlechterdings nicht existieren konnte. Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell und sein genialer Staatssekretär Wichard von Moellendorff hatten die Probe aufs Exempel gemacht; Wissell hatte sich das relativ präzise ausgearbeitete Gemeinwirtschaftsprogramm seines Adlatus[11] zu eigen gemacht und im Reichskabinett im Frühjahr 1919 Gesetzentwürfe zur Zwangskartellisierung der Kohle- und Kaliindustrie eingebracht, die auf erbitterten Widerstand sowohl des orthodox sozialistischen Ernährungsministers Robert Schmidt als auch der der DDP angehörenden liberal orientierten Kabinettsmitglieder stießen. Wissell versuchte, mit der Vorlage eines großen, die gesamte Wirtschaftsstruktur umfassenden Programms gewissermaßen im Sturmlauf den Widerstand zu überwinden, mußte aber feststellen, daß er nicht nur im Kabinett, sondern auch in seiner Partei alleine dastand. Aus diesem Grund demissionierte er im Juli 1919 und wurde durch seinen schärfsten Gegner Robert Schmidt ersetzt.[12] Seitdem schien die Gemeinwirtschaft nicht mehr zu sein als eine intellektuelle Utopie.

Für den Grundsatzreferenten im Reichswirtschaftsministerium, Hans Staudinger, war der utopische Anstrich gemeinwirtschaftlicher Vorstellungen kein Grund, sie zu verwerfen. In seiner Dissertation hatte er bereits Perspektiven skizziert, die sich mit gemeinwirtschaftlichen Ideen ohne weiteres verschmelzen ließen[13], und seine sozialistischen Ideale, in Verbindung mit den Gemeinschaftszielen der Jugendbewegung und den hohen ethischen Impulsen seiner häuslichen Erziehung, trugen dazu bei, ihn für die Gedanken Rathenaus und Moellendorffs zu begeistern. Daß an die Verwirklichung derart weitgespannter Ziele derzeit nicht zu denken war, wußte Staudinger, aber er sah in der gemeinwirtschaftlichen Perspektive eine Art regulativer Idee, der man sich Schritt für Schritt – seit Popper könnte man sagen: auf dem Wege der Stückwerkstechnologie – nähern konnte. Pragmatisches Handeln zum sittlichen Zweck war gut kantianisch, in der väterlichen Tradition, gedacht; man sage nicht, hier werde kommunes Beamtenhandwerk auf eine inadäquate Ebene gehoben, denn seine dauernde Reflexion über Sinn und Ziel wirt-

11 Siehe: *Wichard v. Moellendorff*, Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916; *ders.*, Konservativer Sozialismus, hrsg. von *H. Curth*, Hamburg 1932.

12 Siehe: *Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik*, hrsg. von *Karl Dietrich Erdmann* und *Wolfgang Mommsen* bzw. *Hans Booms:* Das Kabinett Scheidemann, bearb. von *Hagen Schulze*, Boppard 1971, S. XLIV ff.; Das Kabinett Bauer, bearb. von *Anton Golecki*, Boppard 1980, S. XXXII f., LXVIII ff.; *Hans Schieck*, Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918, phil. Diss. Heidelberg 1958.

13 Siehe S. XIII.

schaftspolitischer Maßnahmen war nicht allein sehr charakteristisch für Hans Staudinger, sondern auch der Grund dafür, daß gerade er, ein in vielem sehr untypischer Beamter, von allen Reichswirtschaftsministern unterschiedlichster parteipolitischer Couleur bis 1927 mit der Bearbeitung von Grundsatzfragen betraut wurde: Er hielt die Verbindung zum Vorläufigen Reichswirtschaftsrat wie zu den Gewerkschaften, vertrat das Reichswirtschaftsministerium in interministeriellen Gremien und bei Sitzungen des Reichskabinetts, wenn wesentliche währungs- und wirtschaftspolitische Maßnahmen in Fragen standen. Dabei versuchte er stets, seine Auffassung über die Rolle des Staats in der Wirtschaftsverfassung durchzusetzen, nach der als erster Schritt auf dem Weg zu einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung die staatlich strikt kontrollierte Kartellisierung der Rohstoff- und Energiewirtschaft zu stehen habe. Es hatte nicht ausbleiben können, daß im Laufe der Jahre die planwirtschaftlich orientierten Beamten des Reichswirtschaftsministeriums weniger wurden, so daß Staudingers Ideen wenig Widerhall fanden – Eckehard Wandel hat diese Entwicklung glänzend nachgezeichnet.[14] Lediglich ein in seinem Sinne zukunftsweisendes Projekt konnte Staudinger in Gestalt der großen Kartell-Enquête von 1925/26 verwirklichen, die die notwendige Voraussetzung einer vorausschauenden staatlichen Kartellpolitik bieten sollte; hier wie bei vielen anderen Reformvorhaben der Zwanziger Jahre erwies sich, daß die übrigbleibende Lebensdauer der Republik zu kurz war, um Erfolge zu zeitigen.

III.

Es war wohl kein Zufall, daß Staudinger gerade 1927 in den preußischen Staatsdienst überwechselte. Sicherlich war er der geeignete Mann, die Zusammenlegung der preußischen Elektrizitätsbetriebe und die Organisation der preußischen Energiewirtschaft in die Hand zu nehmen; aber ebenso dürfte eine Rolle gespielt haben, daß in der Phase der Bürgerblockkabinette ein Sozialdemokrat als höherer Reichsbeamter zunehmend unbequem wurde. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Reichswirtschaftsminister Curtius ein loyaler Vorgesetzter war, der auch politisch andersgerichtete Auffassungen in seiner Umgebung zu ertragen wußte; daß er nach eigener Aussage politische Personalwünsche der Regierungsfraktionen stets zurückgewiesen habe[15], kann ihm im nachhinein bescheinigt werden, ebenso, daß er besonderen Wert auf enge Zusammenarbeit mit dem preußischen Handelsministerium legte, so daß die Delegierung Staudingers durchaus als Ehrung aufgefaßt werden konnte.[16] Auf der anderen Seite kühlte das Klima zwischen den beiden Regierungen in Berlin, dem Reichs- und dem preußischen Kabinett, schlagartig ab, als am 29. Januar 1927 das vierte Reichskabinett Marx mit deutschnationaler Beteiligung ins Leben trat.[17] Wenige Monate später waren der sozialdemokratische Staatssekretär Heinrich Schulz und, was schwerer wog, der demokratisch eingestellte Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsinnenministerium, Ministerialdirektor Arnold Brecht, vom deutschnationalen Reichsinnenminister entlassen worden; unter diesen Umständen bedeutete es für Curtius jedenfalls eine Entlastung, den Sozialdemokraten Staudinger – der noch dazu mit wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen befaßt war – nicht mehr unter sich zu haben. Staudinger, wie auch Brecht, wurde gerade wegen der scharfen Frontstellung der schwarz-rot-goldenen

14 *Eckehard Wandel*, Hans Schäffer 1886–1967, Stuttgart 1974, vor allem S. 51–129.
15 *Julius Curtius*, Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 21.
16 *Ebda.*, S. 21 f.
17 Siehe *Hagen Schulze*, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt/Berlin/Wien 1977, S. 516 ff.

Preußenregierung zur weitgehend schwarz-weiß-roten Reichsregierung auf der anderen Seite der Wilhelmstraße mit offenen Armen empfangen.
Staudingers planwirtschaftlichen Ideen bot Preußen einen ungleich günstigeren Boden als das Reich. Zum einen spielten hier die preußischen staatswirtschaftlichen Traditionen eine große Rolle. Preußen war der klassische Staat des Merkantilismus gewesen, und überdies war der preußische Staat, ganz abgesehen von politischen und wirtschaftlichen Theorien, schon deshalb seit dem 18. Jahrhundert im Bergbau und Hüttenwesen engagiert gewesen, weil das Land arm und seine bäuerliche und kleinbürgerliche Bevölkerung kaum imstande war, die hohen Investitionskosten zu tragen. Vor allem in Oberschlesien mußte der Staat selbst als Bergbauunternehmer auftreten, um seine kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen und die Wirtschaft zu stimulieren. Hinzu kamen im Zuge der Expansion Preußens im 19. Jahrhundert mit den Hoheitsrechten auch die staatlichen Betriebe der Vorgänger; 1815 wurden kursächsische Salinen übernommen, 1866 der Erzbergbau im Harz und im Lahn-Dill-Gebiet. Nach einer vorübergehenden Periode liberaler Wirtschaftspolitik bemühte sich der Staat überdies seit Ende des 19. Jahrhunderts, Grubenfelder und Schachtanlagen im Ruhrrevier zu erwerben, um der zunehmenden Konzentrationsbewegung in diesem Gebiet mit ihren wirtschaftlichen und vor allem auch sozialen Folgen entgegenzutreten. Die wirtschaftliche Tätigkeit Preußens hatte also ganz unterschiedliche Gründe, unter denen jedoch seit dem Ende des 19. Jahrhunderts einer ganz in den Vordergrund trat: die Beeinflussung des Marktes, um die Preise mitzubestimmen und private Wirtschaftsmacht einzuschränken.[18] Vor dem Ersten Weltkrieg waren die preußischen Staatsbetriebe durchaus eine Marktmacht; als Besitzer von fast 100 % der Saarkohlegruben, 15 % der oberschlesischen und 11 % der rheinisch-westfälischen Kohleförderung spielte der preußische Staat als Marktkonkurrent, Außenseiter und Unterbieter der Syndikatspreise eine Rolle.[19]
Hier eröffneten sich Konstellationen, die zeitüblichen Vorstellungen von „Preußentum und Sozialismus“ entgegenkamen. War es nicht der preußische Staat gewesen, dem bereits Ferdinand Lassalle die Aufgabe zugewiesen hatte, durch seine wirtschaftliche Tätigkeit entgegen den privatwirtschaftlichen Interessen der Bourgeoisie die Freiheit des Proletariats herzustellen und somit zu seiner eigenen höchsten sittlichen Bestimmung zu gelangen?[20] Und hatte nicht Rudolf Hilferding soeben auf dem Kieler Parteitag der SPD erklärt, der demokratisch-republikanische Gegenwartsstaat sei nicht mehr eine Gewaltorganisation zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, sondern ein Vertretungsorgan der Gesamtheit, das zunehmend wirtschaftliche Lenkungsfunktionen im gesellschaftlichen Interesse übernehme – und hatte er nicht ausdrücklich auf das Preußen Otto Brauns und Carl Severings als leuchtendes Vorbild verwiesen?[21] Otto Braun, seit 1920 mit marginalen Unterbrechungen Ministerpräsident Preußens, als „Roter Zar“ gefürchtet und verehrt, besaß sehr dezidierte Auffassungen über die wirtschaftlichen Aufgaben des preußischen Staats, die den oben dargestellten nahekamen. Im November 1929 führte er auf einem Festessen des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller in offenkundig programmatischer Absicht aus:

18 Siehe *Max Schulz-Briesen*, Der preußische Staatsbergbau im Wandel der Zeiten, 2 Bde., Berlin 1933/34; *F.C. v. Hülsen*, Die Bergbaugesellschaften des Preußischen Staates, in: Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preußischen Staate, Bd. 83, 1933, S. 152 ff.; *Rudolf Grunow*, Tradition des preußischen Staatsbergbaues, in: Tradition, Bd. 9, 1964, S. 80 ff.
19 Nach *Hülsen*, Bergbaugesellschaften, S. 158 f.
20 *Ferdinand Lassalle*, Reden und Schriften, hrsg. von *Eduard Bernstein*, Bd. I, Berlin 1892, S. 471–498.
21 *Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel, Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz*, Berlin 1927, S. 165 ff.

„Der Staat ist nicht mehr ausschließlich etwa um irgendeiner legendären Mission willen da oder gar, um einem kleinen Personenkreis das Relief unbeschränkter Machtfülle zu geben, sondern hat ganz einfach die Aufgabe, die Gesamtinteressen des innerhalb seiner Grenzen lebenden Volkes wahrzunehmen [. . .] Der Wirtschaft als Gesamtheit gegenüber [. . .] heißt das logisch, daß der Staat Vorkehrungen treffen muß, um zu verhindern, daß das Gleichgewicht im Volke durch das zu starke Überwiegen privatwirtschaftlicher Machtgruppen dieser oder jener Art mit oft ungezügeltem Gewinnstreben gestört und das Gesamtwohl dadurch beeinträchtigt wird."

Die Frage, „mit welchen Mitteln der Staat die Rolle der Wirtschaft im Gesamtleben des Volkes regulieren will", beantwortete Braun klipp und klar: „Durch Beeinflussung der Preis- und Produzentenpolitik durch eigene wirtschaftliche Betätigung."[22] Hans Staudingers Aufgabe als neuernannter Ministerialdirektor und Leiter der Verkehrs- und Elektrizitätsabteilung im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe war es, hierfür die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu treffen.

Wir wollen an dieser Stelle nicht die Organisationsgeschichte der preußischen Staatsbetriebe im einzelnen darstellen – Staudinger tut dies eindringlich und mit weit größerer Kompetenz. Zur vorläufigen Orientierung und des Überblicks wegen seien jedoch die Entwicklungslinien im Großen nachgezogen.

IV.

Der umfangreiche preußische Grubenbesitz hatte nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund des Versailler Vertrags empfindliche Verluste erlitten, hauptsächlich im Saargebiet und in Oberschlesien. Diese Verluste verstärkten die lange vor dem Krieg begonnenen Bemühungen, die staatlichen Unternehmensverwaltungen zu reformieren; die hergebrachten kameralistischen Verwaltungsgrundsätze hatten sich im wirtschaftlichen Bereich als ineffektiv erwiesen, die Umwandlung der Betriebe in Gesellschaften privaten Rechts schien angezeigt, verbunden mit dem Ausscheiden der Betriebsangehörigen aus dem Beamtenstatus. Seit 1923 wurde der preußische Bergwerks- und Elektrizitätsbesitz schrittweise durch Gesetz in Aktiengesellschaften umgewandelt, deren Aktien in staatlichen Händen verblieben, und in vier große Unternehmen zusammengefaßt: „Preußische Bergwerks- und Hütten-AG." (Preussag), die den alten preußischen Besitz an Steinkohle-, Braunkohle-, Erz- und Kalibergwerken umfaßte, daneben hütten- und eisenverarbeitende Betriebe, Salinen und Bernsteinwerke. Hinzu kam die in den ersten Kriegsjahren in preußischen Besitz überführte „Bergwerksgesellschaft Hibernia A.G.", weiter die 1926 aus den Schachtanlagen auf den staatlichen Kohlenfeldern bei Recklinghausen gebildete „Bergwerks-A.G. Recklinghausen" und schließlich die „Preußische Elektrizitäts-A.G.", die „Preußen-Elektra", in der die staatlichen Elektrizitätsinteressen zusammengefaßt waren. 1929 wurde für die Gesamtheit der preußischen industriellen Unternehmen eine Holding-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 180 Millionen Mark geschaffen. Die Aktien dieser „Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-A.G.", der „Veba", befanden sich vollständig im Besitz des preußischen Staats. Allerdings war die „Veba" nicht, wie ihre Nachfolgerin nach dem Zweiten Weltkrieg, ein führendes Hauptunternehmen der Tochtergesellschaften, sondern diente lediglich der Finanzbeschaffung für die weiterhin selbständigen preußischen Unternehmen.[23]

22 *Otto Braun*, Staat und Wirtschaft, in: Der Deutsche Volkswirt, Nr. 12/13, 1930, S. 373 f.

23 *Erich Knollmann*, Der Staat als Unternehmer in der Nachkriegszeit, phil. Diss. Gießen 1931, S. 70 ff.; *Hans Staudinger*, Der Staat als Unternehmer, Berlin o.J. (1932), S. 32 ff.; *Hans Joachim Winkler*, Preußen als Unternehmer, Berlin 1965, passim, hier auch eine weiterführende, annähernd umfassende Bibliographie.

Damit besaß der preußische Staat ein beachtliches, wenn auch gegenüber der Vorkriegszeit vermindertes industrielles Potential – unter anderem lieferten die staatlichen Unternehmen 1931/32 zwischen 10 und 12 Prozent der deutschen Steinkohle-, Koks-, Brikett- und Kaliproduktion, ein Drittel der deutschen Blei- und ein Viertel der deutschen Silberförderung.[24] Für die Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Ideen Otto Brauns und Hans Staudingers war das eine recht solide Grundlage, zumal sie hierin von Landtagsmehrheiten relativ unabhängig waren; Gesetzgebungsmehrheiten waren nur bei der Gründung der Gesellschaften notwendig gewesen, und die Umwandlung der ehemals staatseigenen Betriebe in Gesellschaften privaten Rechts hatte zur Folge, daß eine Etatkontrolle durch den Landtag nicht mehr stattfand. Lediglich in den Aufsichtsräten saßen Vertreter der größeren Landtagsfraktionen, die aber, abgesehen davon, daß sie sich in der Minderheit befanden, sich in der Regel den Unternehmungen zumindest ebenso verpflichtet fühlten wie dem Landtag.[25]

Das Vordringen des preußischen Staats auf dem Bergwerks- und Energiesektor war unübersehbar – 1929 übernahm die Preußag die Anhaltischen Kalisalzwerke, 1930 begann sie mit einer großangelegten Erdölproduktion in Norddeutschland, 1931 folgte die Gründung der Gewerkschaft Deutsche Raffinerie in Hannover (Deurag) zur Erdölverarbeitung; hinzu kam eine große Zahl von Beteiligungen an staatlichen Betrieben des Reichs und der übrigen Länder, vor allem auch an gemischtwirtschaftlichen Betrieben, so daß kaum ein nennenswertes Syndikat oder Kartell existierte, in dem nicht staatliche preußische Interessen vertreten waren.[26] Daß diese Entwicklung seitens der Privatwirtschaft nicht eben freudig verfolgt wurde, liegt auf der Hand; im Oktober 1930 veröffentlichte der Reichsverband der Deutschen Industrie einen scharfen Protest gegen die staatlichen Betriebe, die direkt oder indirekt über Zugang zu öffentlichen Mitteln verfügten und so den Wettbewerb verzerrten.[27] Von anderer Seite wurde die preußische Bürokratie beschuldigt, aus purem Machtstreben Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu suchen[28], von dritter wiederum der Einfluß parteipolitischer Interessen auf die Staatsbetriebe geargwöhnt; der DVP-Abgeordnete Pinkerneil, selbst Mitglied mehrerer Aufsichtsräte staatseigener Gesellschaften, meinte:

> „Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats zeigt die Rücksicht auf die Politik. Man hat sich tief vor dem Parlament verbeugt [. . .] Daß man bei solch großen Konzernen wie dem Elektrokonzern auch jede Fraktion berücksichtigt, ist selbstverständlich, aber daß man bei der Besetzung des Aufsichtsrats nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen vorgegangen ist, das ist, man möge es mir gestatten, es offen herauszusagen, geradezu lächerlich."[29]

Dieses Argument aus dem Arsenal der konservativen Parlaments- und Pluralismuskritik war weitverbreitet; selbst ein der wirtschaftlichen Staatstätigkeit wohlgesonnener Wirtschaftshistoriker glaubte auf den Aufsichtsrat der reichseigenen Holding-Gesellschaft „Viag" verweisen zu müssen, „der im Gegensatz zu dem der Preussag eine gesunde Mischung von Regierungsvertretern, Parlamentariern und Wirtschaftspraktikern aufweist"[30].

Die Organisation der preußischen Staatsbetriebe und ihre Entwicklung in der Weimarer Zeit werden von Winkler zuverlässig und informativ nachgezeichnet; den ordnungspolitischen Hintergrund hat er allerdings kaum erkannt.

24 Nach *Hülsen*, Bergbaugesellschaften, S. 161.
25 *Winkler*, Preußen, S. 35 f.
26 Siehe *Knollmann*, Staat, S. 70 ff.; *Winkler*, Preußen, S. 16 ff.
27 Frankfurter Zeitung, Nr. 791, 23.10.1930.
28 *Richard Lewinsohn*, Das Geld in der Politik, Berlin 1931, S. 235.
29 Zit. nach *Knollmann*, Staat, S. 27 f.
30 *Ebda.*, S. 28.

Um der sich mit zunehmender Wirtschaftskrise häufenden Kritik dieser Art entgegenzutreten, entschloß sich Staudinger, „durch den Versuch einer leidenschaftslosen Darstellung der staatlichen Unternehmertätigkeit in Vergangenheit und Gegenwart den Boden für eine sachliche Erörterung bereiten zu helfen“[31]. „Der Staat als Unternehmer“ erschien 1932, eingeleitet durch den preußischen Handelsminister Walther Schreiber, der ungeachtet seiner Zugehörigkeit zur liberalen DDP die Tätigkeit Staudingers schätzte, sie jedoch auf solche Gebiete beschränkt wissen wollte, „auf denen ein möglichst gleichmäßiger Massenbedarf vorliegt, dessen Befriedigung keine besonders individualisierte Leistung beansprucht“[32]. Das war ebenso Ausfluß des wirtschaftspolitischen Glaubensbekenntnisses des Ministers als auch ein beruhigendes Signal an die Privatwirtschaft. Staudinger selbst nahm dagegen kein Blatt vor den Mund:

> „Nicht in der Leistungsfähigkeit allein liegt die Existenzberechtigung der öffentlichen Wirtschaft, sondern in der Ausrichtung ihrer Wirtschaftstätigkeit auf die Allgemeinheit, in ihrer Gegenwirkung gegen die nun einmal naturnotwendig einseitigen Interessen des Privatunternehmens“, ließ er den Leser wissen. „Sowohl die vielfach verheerenden Folgen der freien Konkurrenz als auch die Entwicklung der privaten Wirtschaft zu immer wachsender Konzentration der Unternehmungen und zunehmend monopolistischer Bindung der Produktion [. . .] haben die öffentliche Wirtschaft als Gegenwirkung entstehen lassen. Zur Abwehr schädlicher Auswirkungen der herrschenden Wirtschaftsverfassung sind die öffentlichen Körperschaften als Vertreter der Allgemeinheit [. . .] zu eigener Unternehmertätigkeit übergegangen, indem sie vor allem unvermeidliche Monopole in die öffentliche Hand überführten und private Monopolbildung durch aktive Beteiligung im Interesse der Gesamtheit zu beeinflussen suchten.“

Freilich seien auch die öffentlichen Betriebe an den Grundsatz der Rentabilität gebunden, doch dürfe die Erwirtschaftung von Gewinnen nie zum Selbstzweck werden: „Die öffentliche Unternehmung muß ihrem Wesen gemäß ihre Leistungen mit gesamtwirtschaftlichen Interessen verknüpfen und daher jederzeit in der Lage sein, wo es notwendig erscheint, diesem Interesse auch auf Kosten der Rente zu dienen.“

Und wo sollten die Grenzen dieser staatswirtschaftlichen Tätigkeit liegen?

> „Im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sollte sie sich vor allem auf diejenigen Gebiete konzentrieren, die durch ein natürliches und rechtliches Monopol gebunden sind oder deren Produktions- und Absatzgestaltung im wesentlichen schematisiert und mit tarifähnlicher Preisgestaltung zu bewerkstelligen ist. Hinzu treten diejenigen Wirtschaftsbereiche, die, wie etwa das Kreditwesen, in besonderem Maße treuhänderische Verwaltung umschließen und in Ergänzung zu den Grundtendenzen der privaten Erwerbswirtschaft einer gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung bedürfen.“

Das waren vieldeutige Sätze, die mißtrauische Unternehmer der Schwerindustrie, des Verkehrsgewerbes und der Kreditwirtschaft keineswegs beruhigen konnten. Der Sozialist Staudinger erklärte daher „weise Selbstbeschränkung“ zur Maxime staatlichen Handelns und erteilte den Lesern eine Grundkurs in der Theorie des Organisierten Kapitalismus:

> „In Wahrheit hat sich die öffentliche Unternehmung ganz organisch in das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem eingefügt; sie hat weder das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage der Wirtschaftsbetätigung angegriffen, noch die kapitalistische Wirtschaftsrechnung über den Haufen geworfen. Innerhalb des Rahmens der geltenden Produktionsverfassung sucht sie bestimmte Gefahren, die aus dem radikalen Erwerbsstreben der

31 *Staudinger,* Staat, S. 9.
32 *Ebda.*, S. 7.

Privatwirtschaft, vor allem den zunehmenden Konzentrationstendenzen erwachsen, im Interesse der Gesamtheit zu bekämpfen. Sie ist damit ein notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems im Zeitalter des Monopolkapitalismus geworden, gerade weil sie selbst großenteils Monopolwirtschaft ist. Aber sie kann, wenn sie ihrem Wesen treu bleibt, ihre Monopolmacht nur in den Dienst der ganzen Volkswirtschaft stellen. Nicht Sicherung von Gewinnen auf Kosten der übrigen Wirtschaftszweige, sondern Produktionssteigerung und -verbesserung bei Niedrighaltung der Preise zum Nutzen der Gesamtheit ist ihre Grundtendenz."[33]

Abschließend malte Staudinger die Zukunftsperspektiven aus: Abbau unwirtschaftlicher Konkurrenzverhältnisse zwischen Ländern, Kommunen, Reichsbahn, Wasserstraßen- und Hafenverwaltungen, Kraft- und Luftverkehr, kurz der zahllosen sich überschneidenden Verkehrsinteressen durch staatlichen Zusammenschluß unter einer einheitlichen Reichsinstanz; dasselbe für die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft, deren Vereinheitlichung bereits, hauptsächlich aufgrund der zielbewußten Arbeit Staudingers, erheblich fortgeschritten war; Zusammenfassung des Geld- und Kreditverkehrs der öffentlichen Unternehmungen nach dem Muster der von Staudinger gegründeten „Veba"; eine planvolle Gesamtführung der Geld- und Kapitalpolitik der öffentlichen Hand durch Mitteilungspflicht aller öffentlichen Unternehmungen von den Gemeinden bis zum Reich einschließlich der Versicherungsträger und Zentralisierung des öffentlichen Bankwesens. Und als Krönung alles dessen eine gezielte Konjunkturpolitik der öffentlichen Unternehmungen durch einheitliche Anlagepolitik:

„Wird bei der Auswahl und der Begrenzung der Investitionen der öffentlichen Hand in der Hochkonjunktur vorsichtig verfahren, so werden [. . .] nicht nur für die Gesamtwirtschaft in der Depression wichtige Hilfsmittel gewonnen und in Reserve gestellt, sondern auf diese Weise kann die öffentliche Hand auch dazu beitragen, daß das Eintreten der Depression verzögert und die Schärfe des Konjunkturrückschlages vorbeugend gemildert wird. Die große Krise der Gegenwart lehrt eindringlich, daß die Depression um so sicherer herannaht und in ihrer Auswirkung um so tiefer gehen muß, je stärker der Ausbau der Investitionen im Aufschwung betrieben wird."

Die staatlichen Unternehmen also als Werkzeug einer antizyklischen Konjunkturpolitik.[34]
Und schließlich ein ferner Gruß aus den Zeiten Rathenaus und Moellendorffs: Sei die Zentralisierung und Vereinheitlichung dieser Aufgaben durch den Staat einmal gelungen, so habe der Staat damit auf wirtschaftspolitischem Gebiet seine Aufgabe erfüllt und könne abdanken; in fernerer Zukunft werde die Verantwortung für diesen enormen wirtschaftlichen und finanziellen Koloß bei dezentralisierten Selbstverwaltungsgremien liegen.[35]
Eine Programmschrift, so ließe sich in leichter Überspitzung sagen, in der preußische Tradition und sozialdemokratisches Bekenntnis zueinanderfinden; ein Eindruck, den Erich Kuttner, „Vorwärts"-Redakteur und SPD-Abgeordneter im preußischen Landtag, in seiner umfangreichen Rezension im Zentralorgan des Parteivorstands noch unterstreicht, wenn er den „Genossen Staudinger" als „Frontoffizier der staats- und öffentlichen Wirtschaft" würdigt und den Grundtenor des Buchs so umschreibt: „Eine staatsmännische Schrift, die ohne ausdrückliche Formulierung – das ist durch die Beamtenstellung des Verfassers erschwert – aber mit um so wuchtigerer Wirkung die These mit historischem und Tatsachenmaterial belegt, daß der Staat

33 *Ebda.*, S. 101–106.
34 *Ebda.*, S. 106–119.
35 *Ebda.*, S. 119 f.

den Primat der Wirtschaftsführung immer hatte und heute erst recht für sich in Anspruch nehmen muß.“[36]

Das alles waren allerdings nur Pläne und Absichtserklärungen; die Wirklichkeit sah anders aus. Gewiß, als die Reichsregierung, durchaus in Übereinstimmung mit allen derzeit gültigen wirtschaftspolitischen Theorien, in der beginnenden Wirtschaftskrise seit 1930 einen allgemeinen Baustopp verfügte und radikale Ausgabenminderungen der öffentlichen Hände durchsetzte, kurbelte die preußische Regierung die Investitionstätigkeit im Rahmen der Staatsunternehmen an, schuf und stützte im selben Rahmen Arbeitsplätze, forcierte den Ausbau der Häfen und der Verkehrsinfrastruktur. Aber im großen gesehen waren das Tropfen auf den heißen Stein; um durchgreifend konjunkturpolitisch wirksam werden zu können, hätten die preußischen Initiativen in vergleichbare Bemühungen der übrigen Länder und des Reichs eingebettet sein müssen. Davon konnte aber keine Rede sein; schon in den zwanziger Jahren hatten die dem Reich gehörenden Staatsbetriebe, zusammengeschlossen im Dachverband „Viag“, eine wesentlich zurückhaltendere Expansionspolitik betrieben. Die Reichsunternehmen wurden stärker als die preußischen wie privatwirtschaftliche Betriebe geführt, im Vordergrund stand keine ordnungspolitische Idee, sondern die Erwirtschaftung von Gewinnen[37]; infolge der häufigen Regierungs- und Koalitionswechsel im Reich war eine auf längere Sicht konzipierte Wirtschaftspolitik, die den planmäßigen Einsatz der Reichsbetriebe mit einbezogen hätte, auch gar nicht möglich. Die Reibungen zwischen dem preußischen Handels- und dem Reichswirtschaftsministerium waren groß; von Reichsseite wurde ständig geklagt, das preußische Handelsministerium „habe seine staatlichen Hoheitsrechte zur Ausdehnung seiner öffentlichen Wirtschaft, besonders im Elektrizitätsbereich, gegenüber den anderen Unternehmen, insbesondere gegenüber den Reichswerken, rücksichtslos und staatsrechtswidrig ausgenutzt“, während die stärker planwirtschaftlich orientierten leitenden Beamten auf der preußischen Seite sich zu mokieren pflegten, das Reich benutze seine „öffentlichen Unternehmen hauptsächlich als Aufnahmeorganisation für privatwirtschaftliche Abfallunternehmungen“[38]. Das führte zu einem ständigen Neben- und Gegeneinanderarbeiten zwischen den beiden größten öffentlichen Unternehmern, das sich noch verstärkte, als die konjunkturpolitischen Initiativen der preußischen Regierung in Widerspruch zu der Deflationspolitik der beginnenden dreißiger Jahre gerieten. Daran änderten weder Staudingers enge und freundschaftliche Verbindungen zu seinem alten Ressort, namentlich zu Staatssekretär Hans Schäffer, etwas, noch die mehrfachen Vorschläge Otto Brauns an Reichskanzler Brüning, durch Ausweitung der öffentlichen Investitionen mit Hilfe kurzfristiger Anleihen und Wechsel die Wirtschaft zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu mindern.[39] Daß diese Bemühungen der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik Brünings bis hin zur Reparationspolitik den Boden entzogen hätten, liegt auf der Hand.

Hans Staudingers Bemühen um eine gemeinwirtschaftlich orientierte Tätigkeit der öffentlichen Betriebe Preußens scheiterte also an zwei Klippen: zum einen an der Zeit, denn sein Programm war, wie jedes weitgesteckte politische Reformprogramm notwendigerweise, auf lange Zeiträume und zudem auf ruhiges politisches und wirtschaftliches Klima abgestimmt; auch ohne die Wirtschaftskrise der beginnenden dreißiger Jahre war die verbleibende Zeit bis 1933 zu kurz, um über Stückwerk hinauszugelangen. Zum anderen hätte er auf die Dauer nur dann Erfolg ha-

36 Vorwärts, Nr. 117, 10.3.1932.

37 *Felix Guggenheim*, Der deutsche reichseigene Industriekonzern, Zürich 1925.

38 Schreiben Hans Staudingers an Rudolf v. Bennigsen-Foerder, 5.2.1975, von H. St. dem Verf. abschriftlich übermittelt.

39 Siehe *Otto Braun*, Von Weimar zu Hitler, 2. Aufl., New York 1942, S. 316 f.; Vorwärts, Nr. 501, 25.10. 1930; schriftliche Mitteilung Arnold Brechts an den Verf., 4.3.1974.

ben können, wenn die preußische Politik in den Rahmen einer gleichgerichteten Politik des Reichs hätte eingebettet werden können; dazu fehlten jedoch alle institutionellen und politischen Voraussetzungen.

V.

1929 wurde Hans Staudinger zum Staatssekretär im preußischen Handelsministerium ernannt, in der Nachfolge des scheidenden Staatssekretärs v. Seefeld. Damit war er in den höchsten Rang der preußischen Beamtenhierarchie aufgestiegen, was nicht allein seiner fachlichen Tüchtigkeit, sondern auch seiner politischen Zuverlässigkeit im demokratisch-republikanischen Sinne zu verdanken war; Otto Braun schätzte ihn als politischen, vor allem wirtschaftspolitischen Ratgeber. Damit war Staudingers Einfluß weit größer als der der meisten höchsten Beamten Preußens, die normalerweise strikt auf ihr jeweiliges Spezialgebiet beschränkt waren: gemeinsam mit Robert Weismann, Staatssekretär im Preußischen Staatsministerium, Wilhelm Abegg, Staatssekretär im Preußischen Innenministerium, Hans Krüger, Staatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Arnold Brecht, hauptamtlichem Reichsratsbevollmächtigten, Hermann Badt, Ministerialdirektor im Preußischen Innenministerium und, nicht zuletzt, Herbert Weichmann, dem persönlichen Referenten Otto Brauns, gehörte Staudinger zu einer lockeren, gänzlich informellen Beraterrunde des Ministerpräsidenten, einer Gruppe überzeugt demokratischer Beamter, die nicht nur den Einfluß Brauns in den Fachressorts stärkten, sondern auch inoffizielle Verbindungen zu Institutionen, Parteien und Verbänden herstellten.[40]
Staudingers Aufgabe bestand hier vor allen Dingen darin, die Beziehungen zum Reichswirtschaftsministerium nicht abreißen zu lassen und die preußischen wirtschaftlichen Interessen auf Reichsebene zu vertreten. Diese Aufgaben, verbunden mit seinen guten Verbindungen zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wie zu den sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsfraktionen, trugen ihm zudem eine wichtige Schlüsselposition in der preußisch-deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik ein.
Man muß diese Sonderstellung sehen, um zu ermessen, daß und warum Staudingers Darstellung der Jahre zwischen 1928 und 1932, der fortschreitenden Agonie der ersten deutschen Republik, weit über den üblichen Gesichtskreis des höheren Beamten hinausreicht. So entstehen höchst lebendige Personenskizzen: der französische Botschafter François-Poncet und dessen doppelbödiges, bis heute nicht hinreichend aufgeklärtes Spiel zwischen Brüning und Hitler; Adolf Hitler als Tugendwächter des preußischen Erbes; Rudolf Hilferding, der ausgezeichnete Theoretiker, „wenn er sich die nötige Mühe gab"; die Gewerkschaftsführer Theodor Leipart und Fritz Tarnow, die bereits 1930 nicht mehr an die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems glaubten; Heinrich Brünings Unfähigkeit, das Wesen der Massendemokratie zu verstehen, um nur wenige aus einer großen Zahl prägnanter, mit leichter Feder entworfener Portraits zu nennen. Daher auch Staudingers weitreichende Hintergrundkenntnisse, ob es um die Wahl Hermann Müllers zum Reichskanzler 1928 ging, um die Gründe für das Zustandekommen des Preußenkonkordats 1929, um die Finanzierung der NSDAP, um die Präliminarien der unglücklichen Zollunions-Verhandlungen mit Österreich. Namentlich auf die Hintergründe der Bemühungen Brünings zur Überwindung der Wirtschaftskrise in den Jahren 1930 bis 1932 fallen scharfe, höchst erhellende Schlaglichter, denn mit Brüning und dessen finanzpolitischem Vertrauten Hans Schäffer stand Staudinger in enger Beziehung.

40 Siehe *Arnold Brecht*, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen 1927–1967, Stuttgart 1967, S. 26.

Mit dem Papen-Putsch vom 20. Juli 1932 und der sogleich darauf erfolgten Dispositionsstellung des engagierten Sozialdemokraten Staudinger tritt wieder dessen persönliches Geschick in den Mittelpunkt der Erzählung. Die Perspektive verlagert sich vom preußischen Spitzenbeamten zum sozialdemokratischen Spitzenfunktionär; als Abgeordneter für den Wahlkreis Hamburg zieht Staudinger nach den Wahlen vom 6. November 1932 in den letzten frei gewählten Reichstag ein, erlebt die „Machtergreifung" und die Hilflosigkeit seiner Partei in der Katastrophe, organisiert den sozialdemokratischen Widerstand in Hamburg, wird am 17. Juni 1933 verhaftet und erst nach wochenlangen Quälereien aus der „Schutzhaft" entlassen. Aus dem gespenstischen Dasein einer politischen „Unperson" erlöst ihn die Einladung durch den Leiter des belgischen Energie-Konzerns „Sofina", Danny Heineman, als Unternehmensberater nach Brüssel zu kommen, eine Stellung, die sich dann als Sprungbrett zur Auswanderung in die USA erweist: Den Ruf nach Ankara als wirtschaftspolitischer Berater der türkischen Regierung lehnt er ab. Hier enden die Erinnerungen.

Hans Staudingers Weg in die Emigration war, bei aller Schwere der Entscheidung, unvermeidlich, nicht allein, weil seine Frau Jüdin war; als prominenter Sozialdemokrat und zudem einer der profiliertesten hohen Beamten des bei der NSDAP verhaßten demokratischen Preußen hätte er sich radikal verleugnen müssen, um dem nationalsozialistischen Staat zu dienen. Daß er ein entsprechendes Angebot Görings, der den prominenten Wirtschaftsfachmann nicht verlieren wollte, brüsk abgelehnt hatte, gefährdete ihn zusätzlich. Aber sein Schmerz über den Abschied von Deutschland war tief, die Assimilierung in Amerika fiel ihm schwer; noch vierzig Jahre später war er Besuchern dankbar, die ihm die Gelegenheit boten, in seiner deutschen, pfälzisch-mundartlich gefärbten Muttersprache zu reden. Andererseits blieb ihm der größte Teil des Elends, das andere deutsche Emigranten kennenlernen sollten, erspart. An der „University in Exile" der „New School for Social Research" in New York erhielt er umgehend einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftspolitik: der Beginn eines zweiten Lebens als Lehrer und Wissenschaftler.

Die „University in Exile", später umbenannt in „Graduate Faculty of Political and Social Science", war, wie auch die New School for Social Research selbst, eine Gründung des Publizisten und Sozialwissenschaftlers Alvin Johnson, der diese Einrichtung ins Leben gerufen hatte, um vor den Diktaturen Europas geflohenen Wissenschaftlern eine Heimstatt zu geben und zugleich das wissenschaftliche Leben der USA zu befruchten. Die ersten Professoren waren Italiener, u.a. der Politologe Max Ascoli und der Historiker Gaetano Salvemini. Mit der Massenflucht deutscher marxistischer, liberaler und jüdischer Gelehrter verbreiterte sich das Lehrangebot der „Graduate Faculty" außerordentlich. Bei Staudingers Ankunft im Sommer 1934 fand er bereits seinen alten preußischen Amtskollegen Arnold Brecht vor, der einen Lehrstuhl für politische Wissenschaft innehatte, weiterhin als Dekan seinen Freund, den Soziologen Emil Lederer, zudem namhafte Wissenschaftler wie Gerhard Colm, Max Wertheimer, Eduard Heimann, Frieda Wunderlich und Hans Speier. Hinzu kamen später unter anderen die Soziologen Gottfried Salomon, Karl Mayer und Julie Meyer, die Nationalökonomen Adolf Löwe, Alfred Kähler und Hans Neisser, die Philosophen Kurt Riezler, Leo Strauss, Hans Jonas und Aron Gurwitsch. 1938 traten Österreicher hinzu, nach dem Fall der spanischen Republik Wissenschaftler und Politiker auf der Flucht vor Franco: ein buntes Gemisch alteuropäischer Intelligenz, deren Konzentration an der „Graduate Faculty" die geistige Verarmung Europas besonders sinnfällig machte.

Arnold Brecht hat ein lebhaft konturiertes Bild der Exiluniversität überliefert: ein einziges Arbeitszimmer für die Dozenten, die Garderobe als gesellschaftlicher Treffpunkt, wenige, stets brechend volle Hörsäle: „Es war abenteuerlich und wundervoll, denn es zählte nur der Geist,

nicht die Bequemlichkeit."[41] Staudingers Sache war in erster Linie die Lehre, nicht so sehr die wissenschaftliche Arbeit; es war vor allem seine hohe didaktisch-pädagogische Begabung, wohl ein Erbe seines Vaters und Ausfluß seines stets ungebrochenen, jugendbewegten Idealismus, die ihn „one of the two or three most important figures in the history of the New School" werden ließ.[42] Aber auch sein bedeutendes organisatorisches Talent bewährte sich in der New School, die, als typisch amerikanische Hochschulinstitution, ausschließlich auf private Spenden angewiesen war; es stellte sich schnell heraus, daß keiner so gut Spender überreden und Gelder verwalten konnte wie er. 1941 bis 1943, dann wieder, mit einer kurzen Unterbrechung, von 1950 bis 1959 war er Dekan der „Graduate Faculty", 1943 bis 1950 deren „Vice Chairman", 1951 bis 1953 Direktor des – der New School angegliederten – „Institute of World Affairs". Bei seiner Emeritierung 1969 wurde er mit Ehren überhäuft, zum Ehrendoktor und „Dean emeritus" ernannt und, da er sich keineswegs als Altenteiler fühlte, zum Herausgeber der Zeitschrift „Social Research" berufen. Seinerseits stifteten er und seine Frau an der New School den „Else and Hans Staudinger Permanent Faculty Chair", einen nicht fachgebundenen Lehrstuhl, der die Berufung bedeutender Gelehrter, welcher Ausrichtung auch immer, ermöglichen sollte.

Bereits 1939 erhielt Hans Staudinger die amerikanische Staatsbürgerschaft, ohne daß er Deutschland vergaß. Gemeinsam mit seiner Frau und mit Eleanor Roosevelt gründete er das „American Council for Emigrés in the Professions", eine Stellenvermittlungsorganisation für emigrierte Intellektuelle, die zahllose Emigranten unterstützte. Nach dem Weltkrieg diente er dem amerikanischen Präsidenten als Berater für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, er trug in erheblichem Ausmaß zur Anknüpfung neuer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Kontakte zwischen seinen beiden Heimatländern bei. Seiner Initiative war die Stiftung des Theodor-Heuss-Lehrstuhls an der New School for Social Research zu verdanken, den in jährlichem Wechsel deutsche Sozialwissenschaftler innehaben; bis zu seinem Tod verfolgte er das Projekt eines deutsch-amerikanischen Forschungsinstituts an der New School. Daneben war er ein großzügiger und geduldiger Ratgeber für jüngere Sozialwissenschaftler und Historiker; sein Nachlaß umfaßt unter anderem Briefwechsel mit etwa 200 Studenten und Wissenschaftlern zu Fragen der Geschichte Weimar-Deutschlands. Ehrungen blieben nicht aus – 1969 erhielten er und seine Frau von Theodor Heuss das Große Bundesverdienstkreuz. Sehr viel stolzer als auf seine Orden war Staudinger allerdings darauf, daß das größte deutsche Wasserkraftwerk bei Frankfurt-Hanau seinen Namen trägt.

Nach dem Tode seiner Frau Else, die er noch als Student 1912 geheiratet hatte, heiratete er 1967 Elisabeth Todd. Seine letzten Lebensjahre wurden von einer schweren und langwierigen Herzkrankheit überschattet; es war nicht zuletzt die Arbeit an seinen Lebenserinnerungen, die ihn aufrecht hielt. Er starb in New York am 25. Februar 1980, im Alter von neunzig Jahren.

Hagen Schulze

41 *Brecht*, Kraft des Geistes, S. 373.
42 So der Nachruf auf Hans Staudinger in: The New York Times, 28.2.1980, unter der kennzeichnenden Überschrift: „Hans Staudinger, Educator, Is Dead."



I. Elternhaus und frühe Einflüsse 1889–1907

Mein Vater, Franz Staudinger, erzählte mir, daß ich als ein gutes Omen in sein Leben eingetreten sei: für die Zukunft zu leben. Er hatte damals gerade beschlossen, Stellung zu nehmen zu den brennenden Problemen von Sein und Sollen, gegen den determinierten, dogmatischen Sozialismus im Gegensatz zu seinem kritisch-ethischen. Nach dem Studium von Marx, dem „großen Meister" der Analyse des Kapitalismus, wollte er jetzt dessen fast naturgesetzlichen, ökonomisch-materialistischen Prognosen die Wirklichkeit des Normativen, des vernunftbestimmten Willens, d.h. den nicht klassenkämpferischen, staatsbejahenden Reform-Sozialismus entgegensetzen. (Diese frühen Gedanken, die er mit seinen Kollegen im Neukantianismus, Stammler, Vorländer, Natorp und Cohen teilte, führten zu seinem Hauptwerk „Ethik und Politik".)
Mein Vater war von seinen Gedanken zu benommen, daß er auf dem Standesamt, wo er meine Geburt anzeigen sollte, „Wilhelm" als Vornamen für mich nannte. Von dem ehrerbietigen Beamten aufmerksam gemacht, daß schon sein ältester Sohn diesen Namen trage, schlug er vor, „Hans" mit Bindestrich davorzusetzen, nach meiner Taufpatin, der Großmutter Johanna Wenk. So geschah es. Der Name Wilhelm wurde mir zum bösen Omen. Er erinnerte mich stets an Kaiser Wilhelm, so daß ich mich später nur Hans nennen ließ.
Mein Vater sah die Welt von seinem philosophischen System aus. Darin konnte ich ihm später nicht folgen, da ich stets von der soziologischen Seite an dieselben Probleme herantrat. Meine Grundfragen waren die Stellung des Individuums in den so verschiedenartigen Gruppierungen, deren geistige und materiell interessenhafte Ideen, deren Organisationsstruktur und nicht zuletzt der Einfluß der dort führenden oder versagenden Persönlichkeiten. Mein Leben bewegte sich, von dieser Grundeinstellung geführt, in geistig geprägten Kreisen und in emanzipatorischen Bewegungen – oft beides zu gleicher Zeit, als kompensatorischer Ausgleich.
Der erste Kreis war die Familiengemeinschaft mit meinem humanistisch gebildeten Vater, meine erste Emanzipationsbewegung war der Wandervogel. Der enge und geschlossene Freundeskreis meiner Jugend fand sich in der Studierstube von Eduard Schmid (Kasimir Edschmid) zusammen. Edschmid las aus der französischen Literatur vor, Zolas Dreyfus-Buch. Ich füllte mich mit der jüngsten Literatur von Dehmel, Hauptmann, Hesse, Holz und Mühsam. Ich las deutsche Klassiker, besonders Schiller und Goethe. Wir nahmen ein Buch aus dem Bücherfach, steckten ein Messer hinein und hatten nach Verlesung den Autor zu raten. Wir trugen schwarze Stürmerkappen und hatten aus Protest gegen das Verbindungswesen einen korpsstudentischen Komment für unsere Zusammenkünfte eingeführt. Der Kreis war von Edschmid geführt; wir machten gute Aufführungen für unsere Tanzstundenfreunde und besonders -freundinnen. Ich deklamierte bei jeder Schulfeier Schiller, unter brausendem Beifall. Mein Vater war besorgt über diese meine Ausflüge in den Ästhetizismus. Er selbst las jeden Sonntagmorgen, wenn es ausnahmsweise Butter und Honig auf den Brötchen gab, Gedichte vor, als Begleitmusik zum Sonntagsfrühstück und Ersatz für eine Predigt.
Der Tradition gemäß hatte mein Vater Pfarrer werden sollen. In Gießen wurde er Vikar. Doch nach seiner ersten Predigt bat er seinen Vater, ihn von der Verpflichtung freizugeben, da er unmöglich sein Leben lang die schönen Geschichten der Bibel als Wahrheiten und Wunder lehren könne. Sein „Gott" löse keine sozialen Probleme und helfe nicht aus Verzweiflung. Er erhielt dann das Studiengeld, um in Berlin Germanistik, Philosophie und Volkswirtschaftslehre für eine

lange Zeit ausgiebig zu studieren. Meine Mutter war eine rigorose Ethikerin nach dem Prinzip: Was nicht sein darf, das nicht sein kann – was natürlich zu Konflikten in der Familie führte. Sie arbeitete in dem von meinem Vater gegründeten neuen Arbeiterkonsumverein als treue Kassiererin, um so den Genossenschaftssozialismus meines Vaters verwirklichen zu helfen.
Mein Vater hatte oft lange Unterredungen mit August Bebel und Eduard Bernstein. Bebel wußte, daß mein Vater ein „Reformer" war. Er kannte ihn von der Bodenreformbewegung und sah nun in ihm den geistigen Führer der Genossenschaften, der dritten Kolonne der Arbeiterbewegung. Mein Vater entwickelte den Zusammenhang von Konsumvereinen, Arbeitersparkassen und der darauf aufgebauten Eigenproduktion, welche zunehmend Handel und Produktion aus dem privatwirtschaftlichen System herauslöste. Zu seinem Erstaunen begeisterte sich Bebel für die neuen, von den Genossenschaften von Schulze-Delitzsch abgelösten Arbeiterkonsumvereine – wenn sie ihm im politischen Feld die Führung der Sozialdemokratischen Partei überließen. Bebel erwähnte, wie schwer er es oft politisch mit Marx und Engels gehabt habe und jetzt mit Kautsky habe, da jene neben ihrer wichtigen Aufgabe bei der Formulierung der sozialistischen Ziele sich gleichzeitig auch in die politische Führung der Partei mischten. Er beklagte sich vor allem über das politische Unverständnis von Engels, der in das fundamentale Erfurter Programm den Satz aufnehmen wollte, daß die SPD nur in einer „demokratischen Republik" zur Herrschaft gelangen könne, ohne zu bedenken, daß in einem Parteiprogramm zu dieser Zeit jede weitere Angriffsfläche auf die „Vaterlandslosen Gesellen" vermieden werden mußte. Persönlich war Bebel derselben Auffassung. Doch habe er es vermieden, im Erfurter Parteiprogramm die Stellung der SPD zum Staat herauszuarbeiten. Es war weder vom Arbeiterklassenstaat, noch vom demokratischen Volksstaat die Rede, auch nicht vom Marxschen Absterben des Staates, was die Arbeiter ohnehin nicht verstünden. Er habe dagegen im Interesse der Parteieinheit das Primat der politischen Führung der SPD im Klassenkampf und für die Ziele des Sozialismus in den Vordergrund gerückt, wogegen sich die zweite Kolonne der Arbeiterbewegung, die Freien Gewerkschaften unter Legien, heftig wehrte. Bebel betonte, daß man wohl ein großer Gelehrter sein möge, ohne jedoch einsehen zu können, daß die politische Praxis andersartige Funktionen und Überlegungen erfordere. Er als Politiker habe z.B. nicht nur die Aufgabe, eine wachsende, mit inneren Gegensätzen belastete Partei zusammenzuhalten, sondern dazu noch die, die Parteilinie einer ausgeschlossenen und sich selbst ausschließenden Partei so zu gestalten, daß unter den gegebenen wirtschaftlichen, sozialen wie politischen Machtverhältnissen das Maximum des Erreichbaren verwirklicht werden könne. Wissenschaft und Politik seien verschiedene Welten. In einer Demokratie glaube zudem noch jeder Wähler, selbst ein besserer Politiker sein zu können. Deshalb werde der eigentliche Politiker oft mißverstanden und angegriffen.
Mit Eduard Bernstein verstand sich mein Vater leicht hinsichtlich der Frage, ob der politische Wille durch die Geschichte vorgezeichnet sei. Bernstein bekannte sich zu der kantischen Ethik als der Grundlage des Sozialismus. Die Forderungen der Arbeiter hätten sich Schritt für Schritt, in der Fabrik, in den Amtsstuben, in den Ausschüssen des Parlaments und der breiten Öffentlichkeit durchzusetzen. Mein Vater warnte ihn jedoch, daß man Sozialismus nicht durch eine nationale Sozialpolitik ersetzen dürfe. Die kurzfristigen Verbesserungen müßten in Hinsicht auf langfristige Ziele durchgeführt werden. Der von Marx richtig erkannten Entwicklung des Kapitals zum internationalen Kapitalismus müßten die internationalen Zusammenschlüsse der Parteien, der Gewerkschaften entgegengestellt werden. Die deutschen Genossenschaften hätten geistig von den englischen Fabians und organisatorisch von den durch größere Opferbereitschaft der Arbeiter weiter entwickelten englischen Gewerkschaften zu lernen. Mein Vater war von der Unterredung beeindruckt und gleichzeitig enttäuscht, während der gütige Bernstein mit den Worten schloß, daß viele Wege nach Rom führten. Über Jahre hinaus referierte mein Vater diese

für ihn so entscheidenden Unterredungen seinen Freunden unter der auch sich ihm selbst stellenden Leitfrage: Kann sich der ethische Sozialismus durchsetzen?
Mit seiner Familie und seinen Kindern lebte mein Vater als gleichgestellter, stets Antwort gebender Freund. Ich hätte mehr Fragen, als er beantworten könne, und schöbe oft schon, bevor ich seine Beantwortung der vorherigen Frage angehört hätte, eine neue dazwischen. Mein ältester Bruder war an der Tierwelt interessiert. So fertigte mein Vater mit ihm einen Taubenschlag im Dachstuhl des Hauses an und gab ihm zoologische Bilderbücher und Tiergeschichten zu lesen. Dieser Bruder (12 Jahre älter) war mein Ersatzvaterfreund, von gleichartiger Menschenliebe erfüllt. Er wurde später landwirtschaftlicher Doktor in Halle, dann der Direktor des Zoologischen Gartens und bewirtschaftete schließlich große Güter in Ungarn und Rumänien. In den deutsch besiedelten Gebieten des Banats verteilte er als Beauftragter des Auswärtigen Amtes Unterstützungen. Meine Schwester wurde Bildhauerin. Sie erzog zwei erfolgreiche Kinder durch ihre Kunst. Mein Bruder Hermann war ein von seinen Interessen getriebener Mensch. Er wurde zunächst Botaniker, kam dann zur Chemie und erhielt schließlich den Nobelpreis für seine Arbeiten zur großmolekularen Chemie.
Alle Kinder erhielten nach Vollendung ihres 16. Lebensjahrs eine größere Summe (25.000 bis 30.000 Reichsmark) vom Vater ausgezahlt, um ihr Studium und ihre ersten Berufsjahre zu finanzieren. Der Bankier Benjamin, ein Freund meines Vaters, hatte auf unsere Vorschläge hin die monatlichen Auszahlungen festzusetzen. Diese Regelung war von dem festen idealistischen Glauben meines Vaters bestimmt, daß der von materiellem Druck unabhängige Mensch sich seinen Anlagen und Meinungen gemäß zum Besten der Allgemeinheit entwickeln werde. Daran knüpfte er jedoch die Bedingung, daß jedes Kind frühzeitig ein Handwerk zu erlernen habe. Mein ältester Bruder wurde ein moderner Elektrotechniker. Meine Schwester wurde in der Kunstschule als Bildhauerin entdeckt, mein Bruder Hermann schreinerte und hatte lange eine Tischlerwerkstatt in seinem Hause. Ich, der Benjamin, war das Sorgenkind, dafür jedoch vielleicht am meisten von meinem Vater geliebt. Ich sollte Möbeltischler werden, fiel jedoch in der Gesellenprüfung durch, weil mein Gesellenstück, ein Schrank, wegen ungenauer Verzahnung wackelte. So sandte mich mein Vater in eine Möbelfabrik, wo mir die Furnierarbeit bald zu langweilig wurde. Darauf wurde ich als Heizer angelernt, bis ich das harte Kesselwerk selbständig betreiben konnte und gegen die Regel mit 16 Jahren in die Maschinenheizergewerkschaft aufgenommen wurde, deren Sitzungen mich faszinierten.
Neben Edschmid-Kreis und praktischer Arbeit war ich gleichzeitig Vorsitzender einer Wandervogel-Gruppe des Südwestdeutschen Wandervogelbundes. An einem unserer Abende wurde beschlossen, jedes Mitglied habe einen Bericht über die spießigen Eltern und Lehrer (Pauker) abzugeben. Als die Reihe an mich kam, konnte ich nur sagen, daß meine Eltern eine Ausnahme seien, mein Vater sei mein bester Freund – darauf wurde ich als Vorsitzender abgesetzt.

II. Studienjahre 1907–1918

1. München

Eine ganze Gruppe meiner Mitschüler zog mit mir gemeinsam zur Universität München. Ich studierte Germanistik, wollte aber Schauspieler werden oder, besser noch, Dichter. Edschmid und mein Musikfreund Gengnagel traten der Freien Studentenschaft bei. Ein Assistent Brentanos, Noack, dessen Vater Herausgeber der Kölnischen Zeitung war und meinen Vater schätzte, wurde mein Führer auf gesellschaftswissenschaftlichem und politischem Gebiet. Mit ihm hörte ich Lujo Brentanos große Vorlesung im Auditorium Maximum – dieser überschrie mit seiner hohen, scharfen Stimme das Gescharre der Korpsstudenten mit dem Satz, Deutschlands Politik werde von ostpreußischen Junkern geführt. Noack brachte mich auch in das Brentanosche Seminar, in dem F.A. Langes Buch über die Arbeiterbewegung erregt diskutiert wurde. Nach Lange war Deutschland ein Land sozialer und politischer Ungerechtigkeiten: gleiche Wehrpflicht bei ungleichem Klassenwahlrecht und ungleiche, oft harte Behandlung der Arbeiter, die mehr als 40 % des ganzen Volkes ausmachten, wenn sie wegen Streiks vor Gericht kamen. Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Profitsucht der Kapitalisten sei der Ursprung all dieses Übels. Ich war zutiefst mitgenommen. Dann wieder diskutierte ich mit dem Dichter Arnold Zweig, der ein Kaffeehausfreund war, ob nicht die engagierte moderne Dichtkunst mehr zur politischen und sozialen Aufrüttelung der Arbeiter beitrage als die Schriften der führenden Sozialwissenschaftler und -politiker. Unter Prof. Kutschers persönlichem Einfluß im Phoebus-Verein verstärkte sich meine Auffassung, daß die Kunst, besonders in den letzten Jahren, den Problemen der Zeit vorauseile. Ich folgte seinem Aufruf, die Erstaufführung von Wedekinds „Frühlingserwachen" im Residenztheater zu retten. Wir müßten die zumeist katholischen Verbindungsstudenten mit Bierflaschen aus dem Theater treiben, wenn diese wieder anfingen, die Szene im Heu mit Apfel- und Steinwürfen unterbrechen zu wollen.
Wenn mein gutdotiertes Monatsgeld zu Ende ging, verkaufte ich Gedichte bei der Kati Kobus. Nachdem ich sie vorgetragen hatte, wurde ich von den „12 Scharfrichtern", dem Stammtisch der Schriftsteller und Zeichner von „Simplizissimus" und „Jugend", herangerufen. Ich hatte Freunde im Überfluß, bewegte mich in zu vielen, verschiedenartigen Kreisen und verlor mich in einem außergewöhnlich schönen Faschingsleben mit seinen zahllosen Bal-parés.
Ich wurde aufgehalten, nach Hause in die Ferien zu fahren, mußte meine Bücher versetzen und die mir liebsten Gedichte verkaufen, um die Ausgaben zu decken für die Feiern des Märzenbiers auf dem Paulanerberg, zudem hatte ich eine dumme schwere Säbelforderung Kasimir Edschmids beizulegen. Er konnte nicht verstehen, daß ein besoffener Anwurf seine Ehre nicht zu verletzen vermöge. Wir diskutierten endlos über die politische Gefährlichkeit und die von Selbstüberschätzung zeugende Täuschung, mit Gewalt eine Beleidigung gutmachen zu wollen. Ich mußte erkennen, daß es so etwas wie ein Gruppen-Ich gibt, das die Charakteristik des individuellen Ehrgefühls mit seiner Rachebereitschaft auf studentische Verbindungen, Volksmassen, Staaten ausdehnt. Die Erziehung der Korpsstudenten trägt die Empfindlichkeit und den Revanchegeist in die bürgerliche Gesellschaft hinein, in der sie später Beamte und wiederum die Lehrer der führenden Schicht werden.
Meine Eltern empfingen mich mit offenen Armen. Ich sei jetzt ein politischer Dichter, meinte mein Vater und wollte meine Gedichte lesen, erkannte aber dann die rein wirtschaftlichen

Gründe für meinen Verkauf. Er bat mich, vier Wochen lang meine Gedichte zu sammeln, dann wollten wir bei einer Flasche guten Weins beurteilen, ob ich mich wirklich als ein Neues schaffender Dichter ansehen könne. Die häusliche Atmosphäre verstärkte mein böses Gewissen, das mich zunehmend plagte: Hatte mein Vater richtig gehandelt, mich von ökonomischen Belastungen freizustellen, so daß ich in Saus und Braus dahinleben konnte? Das moralische Gesetz in mir hielt mich nicht von Verschwendung ab, wenn ich auch viel und bewegt über Not und politische Lage der Proletarier redete. Wenn mein Geld ausging, wurde ich zur Gedichtproduktion angetrieben, weil ich überleben mußte. Der aufkommende Zweifel, ob nicht gerade der Druck des Lebens und seiner zukünftigen Erhaltung die wirklich entscheidende Triebkraft zur Formung des individuellen und gesellschaftlichen Daseins sei, führte mich weg von meinen Gedichten zu Stirner, Nietzsche und meinem mütterlichen Ahnen Büchner.
Mein Vater hatte wohlmeinend seine Kinder zu lebenden Experimenten für die Richtigkeit seiner idealistischen Annahme über das Gute im Menschen gemacht. Er verstand meinen Konflikt und legte mir dar, daß die Freuden als solche, im Dahinleben von einem Ereignis zum nächsten, faszinierend und verführerisch seien. Sie gäben augenblickliche Unterhaltung, brächten aber im Grunde keine innere Zufriedenheit, nur Zweifel. Lediglich ein Feiern, Schaffen und sich Ausleben, das mit unseren Werten übereinstimme, könne Glückseligkeit bringen. Doch sei mein böses Gewissen ein guter Wegweiser, besser als gute Vorsätze für den nächsten Tag. (Dasselbe sagten mir später zwei andere Mentoren meines Lebens: Max Weber nannte es innere Erfüllung des Schaffens und Schöpfens des sich dadurch entwickelnden Selbst – Alvin Johnson später sprach von „inner happiness“.)
Der Tag meines jüngsten Gerichts kam: Beim Wein fragte mich mein Vater, meine Gedichte vor sich auf dem Tisch, „Fühlst Du Dich berufen?“ Ich antwortete: „Nein.“ Ich wußte, daß mein Vater selbst gute Gedichte machte, in Hexametern und Pentametern, auf Deutsch und Latein, die er dem Pfarrer Vogel, dem einzigen, mit dem er sich auf Latein unterhalten konnte, vorlas. Mein Vater erzählte mir, daß mein Großvater nach seiner Predigt auf dem Hambacher Fest seine politischen Gedichte vorgelesen und damit seine gute Pfarrei verloren hatte. Gedichte seien der Aderlaß der Gemütsfülle. Ich solle sie weiter, doch für mich allein machen und meine Studier- und Freundeskreise ändern. Ich schlug als Universität Heidelberg vor, wohin mich gerade der Hauptführer des Südwestdeutschen Wandervogelbundes zur Bachantenführergemeinschaft auf eine Jamboree in die Odenwaldschule von Geheb eingeladen hatte. Mein Vater stimmte der Wahl meines Studienplatzes freudig zu. Ich könne dann öfter nach Hause kommen. Doch darin irrte er leider. Von meinen Jugendfreunden traf ich fast niemanden mehr.

2. Heidelberg – Wandervogel und Max-Weber-Kreis

Mit „Schrumm – Schrumm“ wurde ich auf dem Heidelberger Bahnhof empfangen und von Hans Breuer unter den Arm genommen. Wir wanderten hinauf in den Klingenteich bis zum Försterhaus unter der Molkenkur, dem Stammsitz der Bachanten. Ein frühes Abendmahl war von dem stellvertretenden Hauptführer Hans Lissner auf den ovalen Tisch hingestellt, auf schönen und alten irdenen Platten und Tellern, die auf Wanderfahrten gesammelt wurden. Lissner war gerade an der Reihe der sich wöchentlich abwechselnden Haushaltsbesorger, die in ständiger Konkurrenz dabei ihr Bestes versuchten. Er war auch der Verwalter der Gemeinschaftskasse und nahm mir den größten Teil meines Monatsgeldes gleich ab.
Am nächsten Morgen um sieben aufgeweckt, versammelten wir uns alle splitternackt am großen

fließenden Steinbrunnen auf der anderen Straßenseite, mit Schwamm und Seife bewaffnet, um uns im kalten Wasser zu waschen. Nach dem Ankleiden brachte Lissner in der großen Schale unsere Kakaomilch mit Brotbrocken, die wir gemeinsam auslöffelten. Singend und springend verschwanden die Bachanten im Tal zum Studieren. Hans Breuer, der über Nacht geblieben war, gab mir eine lange, persönliche Einführung:
Um das Zusammenleben von so verschiedenartigen Menschen zu ermöglichen, seien Rituale und zur Selbstverständlichkeit gewordene Regeln notwendig. Dies sei das alte Geheimnis der Kirche oder besser der Klöster. Wir wanderten so oft zum Maulbronner Kloster nicht nur, um das schöne Refektorium und die Kapelle zu bewundern, sondern um vom Lebensstil der Mönche zu lernen. Rituale erleichterten den Gehorsam und die Selbstdisziplin. Er, Breuer, sei berufen, nach Anhören aller Meinungen und Wünsche, auch wenn sie von außerhalb kämen, die letzten Entscheidungen zu treffen. Unser Hauptziel sei: jenseits der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft eine Gemeinschaft zur Wiederentdeckung unseres deutschen, bodenständigen Volkstums zu bilden. Nicht nur durch unsere Wanderungen wollten wir miterlebend daran teilhaben, sondern auch durch das Sammeln alter Volks- und Kirchenlieder seinen seelischen Kern und dessen Widerschein aufdecken und wieder zum Tönen bringen. Die seelischen Schwingungen der Lieder vor dem Tore und der schwermütigen, oft traurigen Lieder der Bauern im Wirtshaus nach der Sonntagskirche offenbarten den bodenständigen, nach innen gekehrten Gefühlsausdruck unseres Volkes.
Für ihren Zusammenhalt und das Bewußtwerden ihres Sinnes brauche jede Gemeinschaft Strafe, Reue und Vergebung. Sollte ein Bachant Gereiztheit zeigen oder sich gegen Anordnungen auflehnen, so müsse er „verschütt" gehen – das heißt für einen, zwei oder drei Tage allein mit sich durch die Wälder der Berge streifen, um heimkehrend „neuaufgemacht" zur besseren Teilnahme zu sein.
Nach unserem Gespräch gingen Breuer und ich dann hinunter zu unserem immer anregenden Mittagstisch am Universitätsplatz, der von durchziehenden Freunden gern besucht wurde.
Ein oder zweimal wöchentlich mußten sich alle Bachanten am Abend versammeln, um die Lieder für den späteren „Zupfgeigenhansl" auszuwählen. Da wurde nicht abgestimmt, das Getrampel der Füße gab den Ausschlag für das Ja oder Nein. Ich wollte ein von Wolff vertontes Mörike-Gedicht aufgenommen haben. Mein einziges Argument: „Es ist noch kein Volkslied, aber es wird dadurch eins werden", war Breuer entscheidend für die Aufnahme. An anderen Abenden planten wir mit ausgewählten Schülern des Heidelberger Wandervogels die künftigen Fahrten. Lissner wollte eine Fahrt nach England machen gegen unseren Widerspruch, Deutschland sei doch so ein schönes, unentdecktes Heimatland, das wir für uns und unsere Jugend zu erschließen hätten.
Ich war dankbar für jede Stunde, die ich in der Bachantei verbringen konnte, wo jeder seinen Anteil an der Herausgabe der Liederbücher hatte. Ich wurde mit den Vorbereitungen zum Heidelberger Liederbuch beauftragt. In einem abgeschlossenen Zimmer der Universitätsbibliothek suchte ich in vergilbten Dokumenten nach Wander- und Innungsliedern, den oft ketzerischen Zunftliedern, die an Innungsabenden gesungen worden waren. Ich sah darin ein Anzeichen einer uns gleichartigen Bewegung, sich abzusetzen, damals von der Kirche, jetzt von der vertechnisierten Gesellschaft mit dem Schlagwort: vom Plüschsofa zum Volkstum.
Drei aus meiner Bachantengruppe, die Halbbachanten Reiner, von Glahn und ich, traten in die Freie Studentenschaft ein. Dort traf ich zuerst Edgar Salin und Karl Jaspers, der auf dem Weg zum Philosophiekolleg eine besondere Diskussionsgruppe in einem Restaurant in der Anlage um sich scharte, an dem auch meine spätere Frau, von ihm hochbeeinflußt, teilnahm.
Daneben bezahlte ich weiter meine Gewerkschafts- und Parteibeiträge, um dafür von dem wohl-

wollenden, politisch revisionistisch eingestellten Parteisekretär Meyer zu Parteiarbeit, Adressenschreiben und gewerkschaftlichen Streiks abkommandiert zu werden, wo wir Polizei und Streikbrecher mit Steinen traktierten. Ich haßte das, zumal ich auf den Zahlabenden der Partei nie das Wort erhielt, da dort, wie Meyer sagte, keine marxistischen Reden gehalten, sondern die Parteistrategie, die Taktik festgelegt werden sollte, wozu politische Erfahrung gehöre.
Von einem Brief meines Vaters veranlaßt, wurde ich durch die sonntäglichen Teenachmittage im Hause Max Webers allmählich in den Heidelberger „Geisteskreis" eingeführt. Eines Tages bat mich der Bibliothekar der Universitätsbibliothek, an einem der nächsten Vormittage zu Max Weber zu kommen. Als ich an der Weber- und Troeltschschen Haustür klingelte, empfing mich Marianne Weber, hinreichend erstaunt über mein Wandervogelkostüm und fast geistesabwesend; ohne nach meinem Namen zu fragen, führte sie mich in Max Webers Arbeitszimmer. Er legte mir seine beiden Hände auf die Schultern und pflanzte mich in den Stuhl neben seinem Schreibtisch. Mit tadelnder Stimme fragte er dann, ob ich in den historischen Dokumenten des Mittelalters an Gesellenliedern Bleistiftstriche gemacht hätte. Ich bejahte und erklärte, mit dem Zweck, sie für ein Liederbuch auszuwählen. Seine nächste Frage betraf die Motive dieser oft ketzerischen Gesänge. Wir kannten diese nicht, vermuteten aber, daß sie aus einem Emanzipationsbedürfnis, von der Kirche, dem Zahlherrn, freizukommen, entstanden seien. Diese Ausdrucksformen einer frühen Protestbewegung interessierten uns im Wandervogel, der ja aus gleicher Motivation erwachsen sei. Webers Interesse wuchs, und er fragte mehr und mehr über den Wandervogel. Seine Ziele: nicht ein Zurück zur Natur, sondern ein Zurück zum bodenständigen Volkstum. Weber verwunderte sich über die Organisationsform, die Funktion des letztentscheidenden Hauptführers, der die Unterführer auszuwählen hatte, den unbedingten Gehorsam, wie auch über die Mittel: durch Wanderungen und das Sammeln von Volksgesängen den Charakter des Volkes erfassen zu wollen. Er schüttelte seinen Kopf und schloß mit der Zusammenfassung, daß eine solche völkische Bewegung gefährlich werden könne. Wenn diese sich verbreite, die Schüler zu Lehrern würden, so heiße dies in meiner marxistisch-dialektischen Formulierung eine historisch rückwärtsgewandte Antithese zur technologisch bedingten, neuen gesellschaftlichen Formation aufzustellen. Die Bewegung sei schön in ihren sang- und klangvollen Erlebnissen, doch im Grunde reaktionär und romantisch. Die Arbeiter, denen ich doch so nahe stünde, kauften mir einen solchen Zukunftsstaat nicht ab.

3. Gespräche mit Max Weber

Über Webers Einstellung war ich nicht erstaunt gewesen. Erfreut war ich, daß er mich am Ende bat, bald wiederzukommen, an irgendeinem Morgen. Ich machte von dieser Aufforderung nur einen beschränkten Gebrauch, um so tiefer beeindruckten mich die Unterredungen mit Max Weber; einige Inhalte will ich im folgenden in nicht chronologischer Reihenfolge wiedergeben. Ich beginne mit dem weniger wichtigen ersten Gespräch. Weber fragte mich nach meinem Vater, der Neu-Kantianer und ethischer Sozialist war, die Genossenschaftsbewegung vertrat, sich aber trotz seiner nahen persönlichen Beziehung zu Tönnies weigerte, der neu zu gründenden „Soziologischen Gesellschaft" beizutreten. Weber betonte, daß er dies verstehe und, aber wohl aus anderen Gründen, dieselbe Hemmung gehabt habe. Die englische Soziologie habe mehr ein klassifizierendes, quantitatives Begriffssystem, ohne wirklich die Gesellschaft nach Ursachen und Zwecken sowie deren Objektivationen zu erforschen. Kulturgeschichte, sagte er, und nicht Soziologie sei sein eigentliches Studieninteresse: die zeitbedingten Beziehungen von Werten und

Ideen, also die subjektiv bewegenden und treibenden Kräfte der menschlichen Handlungen, Gesellschaftsformen und Einrichtungen. Den sich in den verschiedenen Zeiten und Räumen ändernden Kulturbeziehungen gelte sein Forschungsinteresse. Simmels soziologische Studien, seine „Glaubensgeschichte des Geldes", wie auch Tönnies' wissenschaftlich herausgearbeitete Typologie in „Gemeinschaft und Gesellschaft" hätten ihn davon überzeugt, daß die Soziologie als Wissenschaft bedeutsame sozial- und vor allem kulturwissenschaftliche Zielsetzungen habe, von denen aus ein geschlossenes sozialwissenschaftliches System von ihm selbst herauszuarbeiten sei. Wiederholt betonte er später, daß in der Kulturgeschichte der wirkliche Schlüssel zum Verstehen und Begreifen des Werdens, ihrer differenzierten Handlungen in der Gegenwart, sowie zur Richtungweisung bei der kommenden Entwicklung auf allen gesellschaftlichen Gebieten liege.

Kulturgeschichte ist für Weber eine wertfreie Wissenschaft. Sie hat, abgesehen von der Analyse der gegenwärtigen Kulturbeziehungen, nichts mit unseren persönlichen Wertbeziehungen zu tun. Dies sei allerdings, meinte er, in ihrer Vollkommenheit eine wirklich unerreichbare Aufgabe. Es handle sich darum, die subjektiven Wertgeltungen, den Glauben und Aberglauben sowie die sprachliche und anderweitige Tradition einer gegebenen Epoche in den verschiedenen, abgegrenzten Teilen der Welt als treibende Kräfte hinter den menschlichen Entschlüssen, Handlungen, Gesellungen und Institutionen sowie deren künstlerischen Ausdrucksformen objektiv zu erfassen.

Das von unseren subjektiven Wertkonstellationen unbelastete objektive Verstehen der geschichtlichen Perioden kann dann in idealtypischen Vorstellungen gefaßt und begriffen werden. Die Historiker korrigieren die einmal formulierten „objektiven Wahrheiten" durch neuere Forschungsergebnisse. Weber betonte, daß seine Darstellung der asiatischen Geschichte einer Überarbeitung bedürfe. Besonders ermahnte er mich, die wesentliche Bedeutung des Zusammenhangs von Freiheits- und Gleichheitswert nicht zu verkennen. Die Garantie der persönlichen Entfaltung liege in der Gleichheit vor dem Gesetz, im politischen Wahlsystem, in der Tendenz zur Gleichheit der Ausbildungsmöglichkeiten. All dies führe andererseits verstärkt zu individuellen Differenzierungen. Freiheit und Gleichheit stützten sich unter beiderseitigen Opfern gegenseitig, um in einseitiger, extremer Entwicklung sich jedoch aufzuheben. Ich betonte ihm gegenüber die harmonische Entwicklung beider Werte als eine prinzipielle Aufgabe. Er lachte und fragte mich, unter welchen Bedingungen, welchen ökonomisch-politischen Formen und welchen Wertmaßstäben („Verschweizerung" der Welt?). Ich solle nicht vergessen, daß diese Balance von Freiheit und Gleichheit politisch bestimmt werde durch so unterschiedliche Machtfaktoren wie Staat, Kapital, sich organisierende Arbeiterschaft und nicht zuletzt vom religiösen Glauben in seinen verschiedenen kirchlichen Formationen und den politischen Ideologien der Parteien. Dazu kämen eine ausgeprägte feudale Tradition und die Freisinns-Ideale, die seine eigenen waren.

Weber wußte, daß ich seinen idealtypischen Freiheitsbegriff für nicht objektivierbar hielt. Meiner Meinung nach haben die meisten Menschen wenig freie Wahl, ihren Wertvorstellungen nachzuleben. Sie sind nicht nur von Familie und Erziehung vorgeprägt, sondern wirtschaftlich gebunden, den nackten Lebensnotwendigkeiten nachzugehen oder zu verhungern.

Weber fühlte sich mit meinen Formulierungen sehr unwohl. Einmal wurde er plötzlich laut und griff aus heiterem Himmel seinen Bruder Alfred an, dessen Assistent ich damals war, nannte ihn einen Verderber der Jugend, der sein persönliches Urteil und seine Phantasien an Stelle sachlicher Erkenntnis setze, wie auch ich es täte. Er erwähnte dabei Alfred Webers undurchführbare kulturgeschichtliche Unterscheidung zwischen einer zivilisatorischen und einer kulturellen Welt. Man könne keine zweckfreie Kulturwelt von der materiellen, zweckgebundenen Daseins-

sphäre scheiden – noch dazu mit einem subjektiven Akzent der Minderwertigkeit der zivilisatorischen Seite. In der fälschlich so benannten Zivilisationssphäre vollziehe sich eine gewaltige „Umformung der Werte": die Familienerziehung sei durch eine weitgehend öffentliche Bildungsausweitung ergänzt; die christliche Wohltätigkeit sei durch ein wachsendes „soziales Bewußtsein" zu einem gesicherten Schutz vor Krankheit und Unfall erweitert; der Selbsterhaltungsdrang, die Furcht vor dem Tode, sei durch einen dynamisch wirkenden „sozialen Lebenswert" verstärkt. Die medizinischen Forschungen ermöglichten eine Abnahme der Kindersterblichkeit und eine Erhöhung der Lebenserwartung. Und dies alles sei eine Befreiung des Individuums aus paternalistischen Bindungen, setze neue persönliche Rechte und erhöhe die „Würde des Menschen". – Die Kehrseite dessen sei jedoch eine ständig zunehmende Verbürokratisierung, die ihn wie auch seinen Bruder stark beschäftige.
Max Weber betonte, daß, wenn die Marktwirtschaft beseitigt sei, eine Unzahl von Beamten und Aufsehern mit „Schweizer Hellebarde" eine Notwendigkeit im Sozialismus sei. Jede Bindung bringe ihre Freiheitsbeschränkungen, wie ich das besonders an der Arbeiterbewegung gesehen hätte. Ökonomisch gesehen, wandle sich das profitmotivierte in ein geplantes Kommandosystem, und im Sozialismus bedeute dies naturgemäß mehr Konformität und sozialen Druck im Leben des Einzelnen. Er, Weber, habe dagegen die freieste Beendigung vom „äußeren Druck" gewählt, die Studierstube. Weber betonte, daß es in sich verbundene Konstellationen von „materiellen und immateriellen Werten" gebe, die die Kultur der betreffenden Periode objektiv kennzeichneten. Von Fortschritt oder Rückschritt, von Minderbedeutung, könne man objektiv nur im Sinne der Beziehungen der hauptsächlich geltungschaffenden Werte zu ihren Objektivierungen in einer gegebenen Epoche reden. Zum Vergleich von Kulturen ließen sich alte und neue Kulturen unterscheiden, doch nichts über ihre „Primitivität" aussagen.
Alfred Webers wie auch meine Beurteilung über Fortschritt und Minderwertigkeit seien von außen in das geschichtliche Werden hineingetragen. Dies seien subjektive *Wunsch*bevorzugungen, wenn auch als politische Zielsetzung zu rechtfertigen.
Alfred Weber lehre über den großen technologischen und wirtschaftlichen Aufschwung. Er wisse, daß die reich gewordenen Mittelständler, das Bürgertum, massenhaft „Kunstliebhaber" hervorgebracht und der Kunstschöpfung damit neue Möglichkeiten eröffnet hätten. Man habe nur an die neue Darmstädter Künstlerkolonie, die Mannheimer Rosengarten-Kunsthalle mit den von Wichard ausgewählten Impressionisten zu denken und an die „jugendstilige" Konzerthalle, wo viele Bürger die einst für Fürstenhöfe geschaffene Musik in besserer Ausführung mit gleicher Andacht wiedererlebten. Wir lebten in einer Zeit der künstlerischen Neuschöpfungen mit einer völlig geänderten öffentlichen, nämlich bürgerlichen Kulturnachfrage. Gerhart Hauptmann habe die „soziale Frage" ja schon auf die Bühne gestellt. Allein in dieser Hinsicht könne man von objektiver künstlerischer Umbildung und erweiterter Kulturaufnahme in unserer Zeit reden.
Weber betonte, daß es darauf ankomme, die führenden Werte als solche in ihrer Gemeinsamkeit wie in ihren Gegensätzen und vor allem in ihrer Ausschließlichkeit immer in Beziehung zu ihren Versachlichungen zu unterscheiden. Zur Frage der Erkenntnis der Wertausschließlichkeit riet er mir, Tolstoi zu lesen, den er gerade vor sich auf dem Schreibtisch liegen hatte. Dieser zeige, daß tiefer religiöser Glaube Kunstmanifestationen auszuschließen habe. Die Kunst sei sozusagen teuflisch verführerisch und führe vom gemeinschaftlichen Gottesglauben weg zum individuellen Erlebnis. Nach Weber gebe es vielleicht in den Ikonen eine noch reine Darstellung religiöser Gefühle, doch schon mit Giotto sei die persönliche, individuelle Auslegung des Schönheitsbegriffs zur Verführung geworden. Die Kirche als institutionalisierte Religion habe die religiöse Bilderkunst in ihre Gebäude gehängt, um die Gläubigen anzuziehen. Die kirchliche Theologie sei sich aber klar bewußt, daß die Konformität der Gläubigen innerhalb eines gemeinsamen Dogmas be-

wahrt werden müsse. Auch ich als Marxist sei ein „Dogmatiker" – wenn auch in anderer Richtung: Ich würde mich zu den „wissenschaftlich" gefundenen ehernen Gesetzen der progressiven Dynamik der materiellen Geschichtsauffassung bekennen, die aus der klassenkämpferischen Antithese heraus als geschichtliche Synthese das Reich der menschlichen Freiheit verkünde – mit dem Hinschwinden des Machtstaates, doch auf dem Wege der Diktatur.
Jede Organisation, besonders aber die aufstrebende Bewegung, müsse ihre innere und äußere Disziplin stärken, was eine Einschränkung der persönlichen Freiheitswahl mit sich bringe. Der Staat, die Partei, die Wandervogelbewegung, alle forderten ihre besondere Persönlichkeitsbegrenzung. Die wesentliche Frage sei nur, ob die Gesellschaftsform dem individuellen Freiheitsdrang eine Ausdrucksmöglichkeit geben könne. Die demokratische Staatsform des badischen Landes tendiere dazu, emanzipatorische Bestrebungen zu fördern, wie ich das ja in Wandervogel und Partei erlebte. Der Bischof der katholischen Kirche dahingegen habe größere Schwierigkeiten gemacht und, wie ich selbst ihm berichtete, gedroht, den Katholiken zu verbieten, in den Wandervogel einzutreten, falls aus dem „Zupfgeigenhansl" nicht einige „anstößige" Lieder entfernt würden.
Unsere Ansichten trennten sich jedoch scharf durch meine Wahl, der radikalen marxistischen Richtung anzugehören, die sich auf das „Bewußtwerden" der historisch bedingten Rolle des Proletariats beim unabänderlichen Umsturz des kapitalistischen Systems konzentriere. Ich wisse ebensowenig wie Marx vom Zukunftsstaat, von dem sozialistischen System, seinen Wertbeziehungen in der Ordnung von Freiheit und Gleichheit in der kommenden Diktatur. Ich wählte die Ausrede eines „Scheinpropheten", daß sich im Schoße der sich selbst zerstörenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Sozialismus durchsetzen werde.
Weber betonte oft, daß er nicht gegen die Erziehung des Proletariats sei, unter dem Schlagwort „Wissen ist Macht", doch gegen das Bewußt-, in Wirklichkeit Gläubigmachen der Arbeiter, Angestellten und Privatbeamten von ihrer bzw. an ihre Sendung in der Zerstörung oder Übernahme der dafür reif gewordenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Er stellte mich vor die Entscheidungsfrage, ob ich meiner eigenen, freien Wahl und Entwicklung in der heutigen Gesellschaft folgen wolle oder der Diktatur des Proletariats (von oben her), von der ich keine Vorstellung hätte – nur habe er, Weber, von seiner historischen Kenntnis her eine böse Vorahnung über die Folge von Machtusurpation.
Ich antwortete ihm, daß darauf doch die Befreiung der Arbeiter aus ihrer Abhängigkeit folge. Es sei eine Befreiungsbewegung wie die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung mit dem folgenden Bürgerkrieg. – Max Weber erwiderte laut lachend: „Nur in entgegengesetzter Richtung, nicht zur Freiheit hin, sondern zu den Werten der Solidarität und Konformität. Wie könne die Bewegung diese ihre bindenden Werte so einfach abschütteln, noch dazu bei dem Hinschwinden des so verhaßten Staates?
Max Weber fühlte, daß er mich tief getroffen hatte, und lud mich durch den Bibliothekar zu einem weiteren Gespräch über die materialistische Geschichtsauffassung ein. Dabei verhielt er sich viel pädagogischer. Er sei prinzipiell nicht gegen die Methode, er wehre sich nur dagegen, daß die Sozialisten sie zum obersten Gesetz der Geschichtsentwicklung erklärten. Die Kulturgeschichte sei nicht eine Geschichte von sozialen Klassenkämpfen. Doch erwarte er sich neue Erkenntnisse von der materialistischen und dialektischen Methode als einem „heuristischen Forschungsprinzip". Er selbst habe sie benutzt zu einem besseren, objektiven Verständnis der wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Politik in seiner spätrömischen Agrargeschichte und der Geschichte des politischen Niedergangs Roms.
Die proletarische Klasse oder die „freigesetzte Arbeitsreserve" sei aber nicht mit den Sklaven der vergangenen Zeit zu vergleichen. Sklavenaufstände seien keine Klassenkämpfe, wie man das

ja in Amerika an den Nachwirkungen der Sklaverei sehen könne. Die industrialisierten Nordstaaten brauchten „freie Lohnarbeiter“ an Stelle von Sklaven.
Auch ich hätte das indirekt in meiner, wie er gehört habe, langen, sehr interessanten Seminararbeit über die Naturvölker dargelegt. Ich beabsichtige wohl, diese Kritik an Ratzels „Geschichte der Naturvölker“ zur Grundlage meiner Dissertation zu machen, in der ich dann zu dem Schluß kommen wolle, daß es keine originalen Naturvölker, sondern nur Kolonialvölker gebe, durch die Übernahme der leitenden europäischen Wertbegriffe, die das innere und äußere Gleichgewicht der Naturvölker zerstörten. Max Weber sah in der kolonialen Ausdehnung eine gefährliche politische, von kapitalistischen Wirtschaftsinteressen unterstützte Konkurrenz der mächtigen Nationen.
Ich sah in der kolonialen Entwicklung nur eine durch die in den Industrieländern fallende Profitrate erzwungene, erneute und erweiterte Ausbeutung – in Handel, Schiffahrt und Investitionen der Mutterländer wie der Kolonien –, also eines dem Ende zu gehenden internationalen Kapitalismus, dem eine bewußt gewordene internationale Arbeiterschaft entgegenzutreten habe – „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“.
Weber antwortete, daß, während ich mich mit dem Niedergang des Kapitalismus beschäftige, er als Forscher noch versuche, die verschiedenen Gründe, Motive, das Rätsel der Entstehung des rationalen Profitstrebens zu begreifen, um daraus Schlüsse über die Entwicklungschancen des Kapitalismus ziehen zu können. Unter diesen, das kapitalistische Wertsystem antreibenden Kräften erwähne er nur den Ausbau der rationalen Rechenhaftigkeit (Buchführung) in den italienischen Stadtstaaten. Seine Studien über die protestantische Ethik seien ein weiterer Beitrag zur Erklärung der so einzigartigen Dynamik des Kapitalismus. Weber betonte sein Bedauern, den Anschein erweckt zu haben, daß die calvinistischen Religionswerte den Kapitalismus in seiner rationalen Profitausrichtung „ausschließlich“ geformt hätten. Er habe nur die Verstärkung der Arbeitsethik, des Profitstrebens im sich ausweitenden Handel und Gewerbe herausarbeiten wollen. Er unterschätze nicht die große Bedeutung der manufakturellen Arbeitsteiligkeit und Spezialisierung, die sich mit Hilfe der Reservearmee, gespeist durch den Aufstieg des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes und den Niedergang der handwerklichen Kleinbetriebe, zügig ausweite. Als einen wesentlichen produktionsfördernden Wert erkenne er die Bedeutung des sozialistischen Schlagwortes „Wissen ist Macht“ an. Die Steigerung der Produktivität sei vom technischen Fortschritt und infolgedessen von der Schulung der Arbeiter abhängig – mein „Bewußtmachen“ des Proletariats solle sich auf diesen Zusammenhang beziehen. Wiederholt bedauerte er, einseitig den Eindruck hervorgerufen zu haben, das kapitalistische Profitstreben gehe allein auf den Calvinismus zurück. Er könne kein Dogmatiker sein.

4. Theorie und Wirklichkeit der Arbeiterbewegung

Wir hatten im Wandervogel mit dem „Zupfgeigenhansl“ zunehmenden Erfolg, und unsere Bewegung wuchs. Wir mieteten auf dem Dillsberg im Neckartal ein zweites Haus, wohin wir auch die Führer anderer Gruppen einluden. Auf dem Dillsberg veranstalteten wir ein großes, gut besuchtes Wandervogeltreffen unseres südwestdeutschen Bundes mit einer schwungvollen Aufführung von „Florian Geyer“. Auf diesem Höhepunkt verließ uns Hans Breuer. Er hatte sich in eine schöne Wandervogelin verliebt. Hans Lissner ging ins Examen. So sollte ich der Hauptführer der Bachanten werden. Dies konnte ich nicht annehmen, und ich verließ die Gemeinschaft der Bachantei. Sie war für mich schon mehr und mehr zu einem schönen, berauschenden Kling-

Klang geworden. Am Romantizismus der deutschen Volksseele und des echten, bodenständigen Volkstums bekam ich Zweifel. Der Heidelberger Wandervogel ging weiter. Ich hingegen zog hinunter in die Stadt.
Als ich Max Weber davon erzählte, nahm er es als natürliche Entwicklungstatsache. Ich glaube, er sagte, es sei besser, ein „Einmaliges" zu beenden, als der geschichtlichen Latenz verknöcherter, in ihren Ideen absterbender Institutionen zu folgen. Er begrüßte, daß ich mich dann mehr der Arbeiterbewegung zuwandte, was mir von der Partei zunehmend schwerer gemacht wurde. So wurde ich vor die Wahl gestellt, aus dem „bürgerlichen" Schachklub im Café Häberlein auszutreten oder aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Der Parteisekretär stellte mir ein Lokal, Schachbretter sowie Mitglieder zur Verfügung, um einen wöchentlichen Arbeiterschachabend zu veranstalten. Wissen sei Macht – durch das Schachspielen lernten die Arbeiter denken. So geschah es, und nach meinem zufriedenstellenden Erfolg machte er in Leimen und dem Handschuhheimer Landstraßenviertel weitere Klubs auf, um Turniere zu spielen. Er bezahlte den Arbeitern sogar die Reise nach dem Lindenhof in Mannheim, wo schon lange ein großer Arbeiterschachklub bestand. Wir stellten ihm dafür die Siegestrophäe in sein Büro. Dieses Mannheimer Schachturnier wurde für mich eine Schicksalswende. Dessen Leiter Fritz Seidel, ein Chemiker, wurde zum Freund in meinen Studien über die Arbeiterwelt, die ich auf dem Lindenhof begann. Ich fuhr gerne nach Mannheim, da ich dort meine Verlobte und mit ihr die Kunstveranstaltungen besuchen konnte. Einen kleineren Teil dieser Studien brachte ich in meine Doktorarbeit über die Kulturgeschichte der Gesangvereine ein, die 1913 bei Eugen Diederichs unter dem Titel „Individuum und Gemeinschaft in der Kulturorganisation des Vereins" erschien. Besonders wichtig war mir ihr zweiter Teil, in dem ich die bürgerliche und die Arbeiterwelt einander gegenüberstellte.
Der Abschnitt über die Arbeiterwelt hatte Max Weber schon während der ersten Entstehung interessiert.
Weber folgte meinen Ergebnissen, daß ein großer Teil des Proletariats im Gestalten seines Weltbildes von anderen Gefühls- und Wertmotiven geleitet sei als denen unseres bürgerlichen Daseins. Es formte seinen eigenen Anschauungsbereich durch andersartige Denkschlüsse. Weber fand zweitens, daß ich durch die vorgefundene Scheidung in „stadt- und landgeborene Arbeiter" eine neue Einsicht in die Entwicklung der zwitterhaften sozialistischen und Gewerkschaftsbewegung gegeben hätte.
Die landgeborenen Arbeiter, im von mir untersuchten Mannheimer Industriebezirk aus Baden und Württemberg stammend, waren damals noch in der Mehrheit. Sie hatten Marx an die Stelle von Gott gesetzt. Ihre Frauen gingen zumeist weiter in die Kirchen und hängten religiöse Bilder neben solche von geselligen Gewerkschaftsabenden in ihre ärmlichen, kleinbürgerlich ausstaffierten Wohnstuben. Sie folgten treu ihren lokalen Sekretären in den hierarchisch aufgebauten, militanten Organisationen. Sie stärkten das Solidaritätsbewußtsein mit dem Unterton einer großen Familie.
Die stadtgeborenen, die eigentlichen Proletarier hingegen formten ihr Weltbild in Straßenkinder-Familien aufgrund gemeinsamer Erfahrungen und Interessen. Sie zeigten deutliches Mißtrauen gegenüber Lehrern und dem ganzen Schulbetrieb sowie eine emotionale Abneigung gegen ihr Zuhause. Sie waren nicht durch ideologische oder Idealvorstellungen zusammengehalten, sondern auf das Gruppenzusammensein als Notwendigkeit angewiesen, um ihre Jugendlichkeit auszuleben. Wenn ihre gemeinsame Erfahrung übereinstimmte mit dem Gedruckten in Flugblättern, war ihre sehr konkrete wie kurzlebige Meinung geformt. Die realistische Welt wurde für sie nicht durch logisch kausale Verknüpfung, sondern durch das Nebeneinander von gemeinsam erlebten Erfahrungen erstellt.

Ich hatte damals schon angefangen, eine kurze Studie über die Wanderausflüge der Arbeiterjugend (der späteren Roten Falken) zu schreiben. Die Arbeiterjugend sonderte sich völlig von allen bürgerlichen Jugendlichen, auch auf den Schulausflügen, ab. Sie sang Partei- und Wandervogelmarschlieder und wiederholte begeistert die alten, blutrünstigen Revolutionslieder. Doch waren diese Arbeiterjugendlichen selbst in keiner Weise revolutionär eingestellt. Sie nahmen das gedruckte Versprechen hin, daß sie bald das Ende des profitgierigen kapitalistischen Unternehmertums erleben würden, ohne daß sie dafür zu kämpfen hätten. Die Geltung von neuen Erfahrungen hing völlig von der Zustimmung der Gruppe ab. Andererseits beteiligten sie sich aber an allen Streiks und Erhebungen und störten Ausflugsveranstaltungen bürgerlicher Vereine am Rhein.

Georg Lukács, ein ungarischer, vornehmer kleiner Herr, am Ebenholzstock mit Elfenbeinkopf einherschreitend, war neben seinen literatur- und kunsthistorischen Studien an meiner Arbeiteruntersuchung außerordentlich interessiert. Er besuchte uns, das jung verheiratete Studentenehepaar, zeitweise wöchentlich. Lukács war zu anderen Schlüssen gekommen. Er sah in den jungen Proletariern nur primitiv gehaltene Wesen, die, von marxistischen Ideen angefeuert, eine führende umstürzlerische Kraft werden könnten. Meine Ergebnisse störten das von ihm entworfene und erhoffte Entwicklungsbild.

Ich hatte mein Quellenmaterial in zwei schweren Kisten aufgespeichert. Später schleppte ich es mit nach Berlin, um es dort auswerten zu können, aber bei diesen guten Vorsätzen blieb es leider. Das Material ist 1933 mit vielen Erstausgaben deutscher Klassiker und Philosophen, von meinem Großvater und Vater gesammelt, von den Nazis auf einem Scheiterhaufen verbrannt worden. Als ich mich darüber beschwerte, schickte mir der Bezirksleiter zum Hohn einen Band des Marxschen „Kapital“, der anscheinend aus dem Stapel herausgefallen war.

Das Heidelberger Geistesleben setzte sich aus vielen kleineren Kreisen zusammen, die wiederum untereinander verwoben waren. Lukács war sozusagen „zu Hause“ mit dem neuangekommenen Emil Lederer, dem Herausgeber des „Archiv für Sozialpolitik“, welches Jaffé und Weber beeinflußten. Emil Lederer verriet seine Herkunft durch seine modulierte Sprache, Kavaliershaltung wie leise Ironie. Er war kein ökonomischer Marxist. Er kannte die Arbeiterbewegung aus seiner Studentenzeit. Er kannte auch den Arzt Rudolf Hilferding, der wie er selbst durch die Erkenntnis der Notlage der Arbeiter zum Sozialismus gekommen war. Ich möchte Lederer einen sozialpolitischen Sozialisten nennen. Er wurde einer der hervorragenden sozialistischen Theoretiker Deutschlands, der als Voraussetzung für die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse die Übernahme der Produktionsmittel in die öffentliche Hand ansah. Im „Archiv“ richtete er eine regelmäßige sozialpolitische „Chronik“ ein, in der über die stete Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaften berichtet wurde, besonders über die ihm am Herzen liegende Angestelltenbewegung seines Freundes Aufhäuser, wodurch er mit den sozialpolitischen Führern in ständigem Kontakt stand. Die Lederers wurden unsere lebenslangen Freunde in guten und in schweren Stunden.

Georg Lukács lernte, so glaube ich, Ernst Bloch durch Max Weber kennen. Viele gemeinsame Diskussionen banden diese drei und noch enger die beiden ersteren zusammen. Ernst Bloch überschüttete mit seinen philosophischen, mystischen und prophetischen Betrachtungen Max Weber, der sein überwältigendes Wissen, seine Kombinationsgabe und prägende Ausdruckskraft bewunderte. Max Weber sah in Lukács mehr den Wissenschaftler und in Bloch den vorahnenden Metaphysiker.

Ich stand einer Geheimorganisation der SPD von Studenten, Privatdozenten, selbst Professoren vor, deren Parteibeiträge ich einsammelte, da sie ja als reguläre Mitglieder weder zum Staatsexamen noch zu einer Professur zugelassen würden, selbst im freieren demokratischen Baden.

Wir veranstalteten politische Diskussionsabende im größeren Kreise, an denen viele Professoren, deren Frauen und auch Studenten teilnahmen. In den engeren Zirkel kamen auch der Revisionist Adolf Köster, der spätere Reichsinnenminister, und Professor Gustav Radbruch, der Reichsjustizminister der Weimarer Zeit. Letzterer war aus reinen Gerechtigkeitsgründen Sozialdemokrat geworden. Lederer stand im Vordergrund bei den Diskussionen über innere Gehaltlosigkeit und politische Gefährlichkeit der provokanten Wilhelminischen Parademarschpolitik, die er auch in wissenschaftlichen Arbeiten, allerdings in gedeckter Form und Sprache, angriff. Diese Vorkriegsjahre im Heidelberger Kreise erweckten den tiefen Eindruck, daß eine breite Front von Intellektuellen die bestimmte Hoffnung auf eine gesellschaftliche Umwandlung in sich trug.

In meinem Doktorexamen wurde ich von dem Vorsitzenden Alfred Weber geprüft: über den Inhalt von Marx' „Kapital", Zweiter Band, Kapitel für Kapitel, und über Böhm-Bawerks Zurechnungstheorie mit Kommentaren von ihm und Gegenthesen von mir. Doch bei Eberhard Gothein kam ich in wirklichen Konflikt. Er fragte mich, ob ich Inama Sterneggs Geschichte des 9. und 10. Jahrhunderts gelesen hätte. Ich hatte es mit dem Ziel getan herauszufinden, ob es etwas wie Klassenkämpfe unter den freien deutschen Stämmen gegeben habe. Es sei jedoch davon im 9. Jahrhundert kein Nachweis zu finden gewesen. Gothein antwortete mir, ich hätte also gegen besseres Wissen auf einem Diskussionsabend die Marxsche Theorie, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, verteidigt. Dies bejahend, erklärte ich, daß es dabei um die Erhaltung des Dogmas nach außen hin gegangen sei und daß die Proletarier an die Klassenkampftheorie zu glauben hätten. In meinem Beisein sagte Gothein zu Alfred Weber, er stimme für die beste Note, denn welcher Student sonst lese diese Bücher, er sei aber dagegen, mich in ein wissenschaftliches Institut aufzunehmen. Weber erwiderte, meine Haltung in dem Dilemma zwischen Wissen und Glauben sei von besseren Motiven bestimmt als die vieler anderer, die sonntags die Zehn Gebote beteten, um am Montag an wissenschaftlichen Erfindungen für tödliche Giftgase zu arbeiten. Nach dem Examen verkündete Weber, daß Salin und ich darum würfeln könnten, wer das vierte oder fünfte „Summa cum Laude" der Fakultät erhalten habe, wenn auch eine Reihe seiner Kollegen der Auffassung sei, daß ich wegen meiner dogmatischen politischen Ansichten keine wissenschaftliche Lehrstelle erhalten dürfe.

Alfred Weber lebte im Schatten seines großen Bruders, was er fühlte und Max ihn leider auch merken ließ. Max war leidenschaftlich, aber ernst, während sein Bruder ein nervöser, doch eher leicht dahinlebender Mensch war. Die beiden waren in wissenschaftlicher und persönlicher Hinsicht Konkurrenten. Wenn der eine eine Schwäche zeigte, wurde ihm dies vom anderen auch gleich dokumentiert. Alfred nahm neue Ideen an, wo immer er sie erhaschte, und trug sie sofort seinen Studenten vor. Er sprach von Fichte, vom Tatkreis, von den Rassentheorien und begeisterte sich fast an dem englischen Kulturphilosophen Houston Stewart Chamberlain mit seiner Verherrlichung der arischen Rasse. Dies waren für Alfred Weber aufregende Probleme. Die ethnische und kulturelle Einheit gäben, zusammenströmend, die engste und begeisternde Bindung für große wie kleine Nationen. Gleichzeitig ergäben sich ihm zufolge jedoch unter Bedingungen zunehmender politischer oder ökonomischer Notlage verschiedenartige Spannungen zwischen der „höheren", d.h. heimischen Rasse und den „niederen", fremdartigen Elementen. Es war für ihn eine sichtliche Genugtuung, den umsichgreifenden Antisemitismus damit zu erklären, wenn auch nicht zu rechtfertigen. Alfred Weber verstand aber die dynamischen Elemente von Bewegungen. Letztere könne man messen an Mitgliederzahl und Wahlergebnissen. Die objektive wissenschaftliche Methode versage jedoch bei der Erkenntnis der Wucht und Macht der wirksamen Ideologien und des Interessenbewußtwerdens. Allein das beurteilende, mitschwingende persönliche Erleben könne die Intensitätsgrade aufzeigen und die Zerreißfestigkeit

unserer Gesellschaft ahnen lassen. Alfred Weber hielt es für erstaunlich zu sehen, wie die Sozialisten und die Gewerkschaften alle bürgerlichen Zäune des Sozialistengesetzes, von härteren Strafen und politischer Wahlungleichheit, in Wellen von Streiks und Massendemonstrationen einrissen. Selbst die Kirche organisiere schon ihre gläubigen Arbeiter. Alfred Weber erkannte die Gewalt der Organisation und der dazu notwendigen Mittel. So ließ er mich nach Ebenhausen bei München kommen, um mit mir meine weiteren Untersuchungen über die sich in Bewegung befindliche Arbeiterwelt zu besprechen. In seinem Landhaus lebte er mit Else Jaffé, der früheren Freundin Max Webers, die ich kannte, seit sie mich als Wandervogel ins Haus hereinrief, an dem wir singend vorbeizogen.

Max Weber war ein leidenschaftlicher, passionierter Mensch, der sich oftmals nicht im Zaum halten konnte, wenn er einen in Erregung einfach anschrie. Einer so einzigartigen Persönlichkeit gegenüber fühlte man solche Ausbrüche als ein Nah- und mit ihm Verbundensein. Er beobachtete einen in feinfühliger, zarter Weise, stand einem als voller Mensch gegenüber, der nicht nur schlagfertig klar formulierte Antworten gab, sondern seinen Reichtum an Wissen, von einem unheimlichen Gedächtnis genährt, ausbreitete. Man spürte den überwältigenden Menschen. Zu besonderen Frauen war er hingezogen. Er lebte jedoch in dem Rahmen des Bildes, das Marianne Weber um ihn geschaffen hatte. Für Marianne mußten die Männer, wie sie es einmal von mir selbst forderte, dem von ihren Frauen gesetzten Lebensbild nachleben. Seine Freunde hatten dies als tragisch bezeichnet – doch vielleicht nur von außen so gesehen. Er hat die Enge gespürt, in die sein Temperament eingesperrt war. Er trank von Zeit zu Zeit. Er war zufrieden mit dem ungestörten Getriebensein, zu arbeiten, zu lesen, zu hören und systematisch dahinzuschreiben.

5. Der Erste Weltkrieg

In den spannenden Tagen nach dem Terroristenakt der Panslavisten in Sarajevo fragte mich Weber, ob ich glaubte, daß es zu einem europäischen Krieg komme. Ich verneinte diese Möglichkeit; die Arbeiter- und Gewerkschafts-Internationalen seien schon so stark, daß sie einen Aufmarsch in den Nationalstaaten verhindern könnten. Dazu ginge ein Krieg der Einzirkelung von beiden Seiten – Rußland, Frankreich, England – für die Mittelmächte verloren. Weber schüttelte den Kopf und antwortete scharf, meine Heimatliebe, die ich im Wandervogel ausgelebt hätte, die Vaterlandsliebe der deutschen Arbeiter, die nur in den nationalen deutschen Staaten und dem neuen Reich ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg erzielen könnten, seien stärker als die Schwüre der internationalen Arbeiterkonferenzen: Wenn Deutschland, auch unter einem von Teilen der Bevölkerung verachteten Kanzler, in den Krieg einträte, würden wir alle gute Soldaten werden.

Ich stellte mich nicht als Kriegsfreiwilliger, sondern arbeitete in der Konsumgenossenschaftsbewegung als Assistent des Revisionssekretärs Albert. Doch ich wurde eingezogen und dann ein tüchtiger Offizier. Auf meinem ersten Urlaub besuchte ich Weber; nach einigem Warten sah ich ihn in seiner Paradeuniform mit blitzendem Säbel und Helm als Hauptmann von einer Parade kommen. Ich konnte über ihn in meiner feldgrauen Vorstellung nur lachen, was ihn sichtlich ärgerte. Aufgeregt fragte er mich nach der Front, besonders nach den Vorbereitungen für die Einnahme von Verdun. Ich konnte ihm nur von dem furchtbaren Gasangriff an der Front von Reims erzählen, einem großangelegten Versuch zur Durchbrechung des Stellungskriegs. 18 000 tote Franzosen hatten innerhalb von knapp drei Stunden vor uns in den Grabennetzen gelegen. Trotz unserer Gasmasken hatten wir nicht aus den Gräben herausspringen können. Maschinen-

gewehre und Minenfeuer von den höhergelegenen französischen Forts, zu denen das Gas nicht aufstieg, konnten jeden, der es versuchte, treffen. Als Beobachter in einem höhergelegenen Baumstumpfwäldchen hatte ich den Befehl zum Einstellen des deutschen Angriffs und zum Nicht-Schießen auf die vor uns liegenden französischen Lazarett- und Kraftwagen zu geben gehabt. Wir waren ohne das übliche Singen über die schöne Heimat zum Ruhequartier zurückgekehrt.

Schon 1915 vertrat ich Weber gegenüber wiederholt meine Meinung, daß der Krieg für uns verloren sei. Es fehlten die Führung, Materialien, Nahrung, Flugzeuge und Munition. Damals verteidigte Weber noch die Heeresleitung. Es sei viel leichter, in einen Krieg einzutreten, als ihn zu beenden. Machtprobleme, Führerpersönlichkeiten, nationale Ehre sowie die immer wieder aufkommende letzte Hoffnung und ein neu erstarkender Haß auf beiden Seiten machten Friedensofferten unmöglich.

Nach dem Verlust meines rechten Auges und einer Beinverletzung bildete ich in der Rastatter Garnison im Eiltempo die letzten Reservisten aus, wofür ich in Konkurrenz mit den anderen badischen Regimentern den Hindenburg- und dann den Ludendorff-Preis erhielt. Darüber freute sich Weber sichtlich mehr als ich, doch machte ihn diese Erzählung über die letzte Erschöpfung unserer militärischen Reserven zunehmend nachdenklich.

Es war Mitte 1917, als ich 2.000 Soldaten zur letzten Kerensky-Offensive östlich von Lemberg an die Ostfront brachte. In zwei Tagen waren die Leute von den unerwartet tollkühnen russischen Bajonettangriffen erledigt. Und doch hatten die Russen sich damit erschöpft. In einem Erholungsurlaub in Wien traf ich auf einem Offiziersball einen der österreichischen Stabsoffiziere. Auf meine Frage, ob er nicht erleichtert sei, daß die Ostflanke nicht mehr bedroht sei, antwortete er mir: „Lieber Freund, versteh', daß der Krieg verloren ist. Sag' das Deinem Hauptquartier. Wir werden einen harten Frieden aufoktroyiert bekommen."

Als ich Max Weber wiedersah, fand ich einen verzerrten Menschen vor, der sprechen wollte und nicht konnte, manches sagte und viel mehr wußte. Er wußte von den Friedensverhandlungen des Papstes und durch die Schweiz, er war darüber informiert, daß die deutsche Heeresleitung mit Hilfe eines Sozialdemokraten Lenin und andere Genossen durch Deutschland nach Rußland geschleust hatte. Verstandesgemäß war er gegen den U-Boot-Krieg. Er fürchtete die unverbrauchten amerikanischen Krieger, Amerikas Materiallieferungen, aber mehr noch den Präsidenten Wilson mit seiner Erklärung über die Befreiung der abhängigen Nationen in Europa und den Kolonien. Er fürchtete Gebietsverluste für Deutschland und am meisten die Besetzung. Er fürchtete die Ideengewalt der internationalen Unabhängigen Sozialisten und hatte nur die eine große Hoffnung, daß die deutschen militärisch organisierten Arbeiter Deutschland zusammenhalten und wieder aufbauen würden.

6. Aufklärungsdienst im Kriegsernährungsamt

Im Frühjahr 1918 wurde ich vom Kriegsernährungsamt in Berlin angefordert. Wie mir der dortige Unterstaatssekretär Dr. August Müller beim Empfang sagte, wollte mich aber mein Regiment in Rastatt nicht freigeben. Deshalb erhielt ich zwar ein kleineres Einkommen, behielt jedoch meine höheren Lebensmittelrationen. August Müller, ein Vertreter der Konsumenten und linken Bewegungen, kannte mich von meinen Besuchen in Hamburg bei dem Reichsverband Deutscher Konsumvereine. Dieser hatte mich ihm empfohlen, nicht mein Vater, den Müller verehrte. Dr. Müller, ernst, gescheit und zurückhaltend, führte mich in offener Aussprache in mein Amt ein.

Er sah den Krieg für verloren an, obwohl eine große, wohl letzte Offensive geplant war. Er hatte Deutschlands Eintritt in einen Dreifronten-Weltkrieg mit dem Wissen (er hatte es von den englischen Fabians frühzeitig gehört), daß England am Krieg teilnehmen würde, von vornherein für undurchführbar gehalten. Seiner Auffassung nach war der Krieg vom ersten heldenmütigen Anfang an ein unverantwortliches Wagnis, zu dem wir weder verwaltungsmäßig noch mit Rohstoffen wie Ernährungsreserven gerüstet gewesen seien. Bis Anfang 1918 habe sich wegen der zersplitterten Zuständigkeiten keine einheitliche Versorgungspolitik durchsetzen lassen. Man hätte das päpstliche Friedensangebot von 1917 unterstützen sollen, anstatt sich auf den U-Boot-Krieg zu stürzen, der uns die ganze Weltmeinung – auch von den uns noch freundlich gesonnenen Staaten – gekostet habe. Seiner Meinung nach seien gewisse wissenschaftliche Berater Schuld daran, die irreführenden Informationen über die Haltung des Auslands, hauptsächlich aber die Übermensch-Haltung Ludendorffs. Es sei also, wie so oft in der Geschichte, ein Versagen der führenden Persönlichkeiten, das jetzt ein ganzes Volk zum Aushungern gebracht habe, wie ich das bald in allen tragischen Einzelheiten sehen sollte.
Ich war erstaunt über seine Offenheit. Meine Aufgabe werde es sein, fuhr er fort, die kommunalen Organisationen, Parteiführer der Linken und vor allem die Gewerkschaften als unsere einzige, letzte Hoffnung mit Material zu versorgen, um in diesen Kreisen das „Durchhalten“ zu stärken. Vorsicht nach allen Seiten sei geboten. Ich müsse gegen die Gefahren des zunehmenden Schleichhandels sprechen, doch im Auge behalten, daß die täglichen Ausflügler der Städte auf dem Land den Bauern und oft alleinstehenden Bauersfrauen das Gemüse und die Kartoffeln einernteten, wofür sie dazu noch zahlten. Den Kampf gegen den Schleichhandel sollte ich aber den preußischen Landräten überlassen, die ausgezeichnet funktionierten. Überhaupt sollte ich mich auf den Rat der preußischen oberen Beamtenschaft stützen, die ihr Ohr am Boden habe. Dringend und positiv sei auf den weiteren Ausbau von Schrebergärten, dem grünen Zusatznahrungsgürtel der Städte, hinzuwirken. Wenn man von den unvermeidlichen Streitigkeiten zwischen den Kriegsämtern absehe, sei das Zusammenarbeiten der aus der Privatwirtschaft gekommenen Fachleute mit den Beamten ein außerordentlich gutes. Es sei durchaus nicht erstaunlich, daß die Zurückstellung vom Felddienst eine allgemein verbindende Atmosphäre unter dem so verschiedenartigen Personal schaffe. Alle trachteten, äußerste Arbeitsanstrengung zu demonstrieren – unter dem Existenzdruck.
August Müller lud mich zum Mittagessen in seine Junggesellenwohnung am Lützowufer ein. Er verabschiedete sich mit der Bemerkung, in einer derart hoffnungslosen Situation „Hoffnung“ zu machen, sei eine fast hoffnungslose Aufgabe.
Mein direkter Vorgesetzter, Dr. Wohlmannstetter, der dem Zentrum nahestand, hieß mich mit der Bemerkung willkommen, daß nun die linke Flanke des Aufklärungsdiensts gestärkt sei. Er begrub mich unter einem Berg von Memoranden und Statistiken der Kriegsstellen. Direkte Mitteilungen des Hauptquartiers für unsere Aufklärungspolitik bekämen wir von Major Keim und Hauptmann von Heeringen, die den Grenzschutz zu kontrollieren hätten, in Wirklichkeit jedoch den Nahrungsschmuggel über die grüne Grenze organisierten.
Ich versuchte in der gewohnten Weise, das mir übergebene Material vor städtischen und Gewerkschaftsvertretern darzulegen. Zu einer meiner Arbeiterversammlungen in Wilmersdorf erschien Rosa Luxemburg. Persönlich war sie sehr gut zu mir; wir sprachen über die Blumen, die jetzt zwischen den Schützengräben wüchsen. In der Versammlung jedoch griff sie mich scharf an, weil ich als sozialdemokratischer Offizier die Arbeiter befrieden wollte, statt sie zum Umsturz aufzurufen. Ich antwortete ihr nur, daß in einem Umsturz wegen der alliierten Lebensmittelblockade Millionen Arbeiter und Soldaten allein schon vor Hunger umkommen müßten.
Ich erfuhr, daß die Kriegsstellen meine Vorträge zu unterstützen suchten, indem sie Extraver-

sorgungszüge in die Städte sandten, die teilweise ausgeladen und dann zum nächsten Ort geleitet wurden. Ein Parteigenosse aus der Berliner Milchstelle (Kahle) machte mich darauf aufmerksam, daß meine Zahlenangaben und Schätzungen viel zu günstig seien: Die Kälber, die später mehr Milch geben sollten, seien für die Fleischversorgung an der Front längst abgeschlachtet worden. Das Vertrauen der Stadtverordneten gehe verloren – was mir auch einige Briefe anzeigten. Wenn ich auch von Natur aus Optimist sei, müsse ich doch die pessimistische Wahrheit der sich vergrößernden Hungersnot offen bekennen. Mit den vorgeschriebenen Rationen könne man sich nicht mehr gesund erhalten. Ich dachte an meinen Vater, der sich nur an die Rationen hielt. Er starb dann auch am Hungerkrebs.

Am 14. August 1918 ließ Ludendorff mir durch den Hauptmann von Heeringen ausrichten, ich hätte die Linke darauf vorzubereiten, daß der Krieg verloren sei und der Kaiser gehen müsse. Über die Quelle „müsse" ich schweigen. Eine große Aufklärungsversammlung in Kassel, von Regierungspräsidenten, Landräten, Abgeordneten, Kommunal-, Industrie- und Gewerkschaftsvertretern besucht, war mein nächstes Reiseziel. Ich gab meine pessimistische Prognose, daß die Lebensmittelversorgung von Monat zu Monat schwieriger werde, und erklärte in der Diskussion, daß der Krieg als verloren zu betrachten sei. Dem folgte große Aufregung. Am Schluß sagte Grzesinski zu Scheidemann: „Der Junge wird gut." Von der Abdankung des Kaisers zu sprechen, war für mich noch zu schwierig, so schrieb ich meinen Genossen hierüber hinterher. Meine nächste große Reise führte mich nach Oberschlesien – und wieder sprach ich mit allen Behörden und lokalen Vertretungen von der Verschlechterung der Lage, dann vom verlorenen Krieg. Später am Stammtisch erklärte ich, daß, um überhaupt einen Friedensschluß zu erhalten, der Kaiser abdanken müsse. Wie mir später mitgeteilt wurde, betranken sich die Landräte und Beamten vor Entsetzen vier Tage lang.

Der Erfolg dieser „Mission des Hauptquartiers" war für mich niederschmetternd. Von allen Seiten, von Oben bis Unten, selbst von Gewerkschaftsführern kamen Beschwerden, daß ich die Moral untergrübe. August Müller gab mir eine offizielle Verwarnung. Er sagte zwar, daß ich absolut recht hätte, jedoch als Vertreter des Kriegsernährungsamts keine derartige politische Erklärung abgeben dürfe. Andererseits wurde ich von vielen Seiten, besonders durch von Heeringen, aufgefordert zu sprechen. Zu spät erkannte ich, daß ich, um ein „missionarisches Röllchen" zu spielen, vorzeitig weitreichende politische Vorstellungen geweckt hatte. Dies war für mich eine harte Lehre; künftig ließ ich mich nicht so ohne weitere Überprüfung vorschieben. Eitelkeit ist die größte Gefahr im Beruf des Beamten.

III. Der Wiederaufbau Deutschlands 1918–1927

1. „Eine richtige Revolution“

„So etwas muß mir passieren – eine richtige Revolution!“ hatte Robert Schmidt vor dem Reichstagsgebäude nach der Erklärung der Machtübernahme am 9. November 1918 ausgerufen und dies später als Menetekel manchmal wiederholt. „Bobbi“, wie er wegen seiner bequemen Rundlichkeit genannt wurde, war ein verantwortungsbewußter Politiker. Seine sorgsamen Studien über die höchstmögliche sozialdemokratische Wählerzahl der damaligen Arbeiter und Angestellten waren in der Generalkommission der Gewerkschaften anerkannt. Für ihn wie für die Gewerkschaften war die langfristige politische Zukunftsaussicht der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei innerhalb der deutschen Gesellschaft, von der die Arbeiter 35 bis 40 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, klar umrissen: Politische Erfolge waren entweder auf dem Wege der Diktatur des Proletariats oder nur durch die Zusammenarbeit mit anderen Parteien in einer Demokratie zu erringen.

Nüchtern und verantwortlich hatte er bereits am 15. Oktober 1916 den Posten des Unterstaatssekretärs von August Müller im Kriegsernährungsamt übernommen. Er bat mich, sein „Adlatus“ zu werden, obwohl er wußte, daß ich zum marxistischen Flügel der Partei gehörte. Er mochte mich und hatte Vertrauen in meine Zuverlässigkeit, worin ich ihn nie enttäuschte. Der USPD-Abgeordnete Emanuel Wurm, ein in der Stadtverwaltung geschulter, begabter, etwas nervöser Genosse, wurde Leiter des Ernährungsamtes. Der spätere langjährige Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Paul Hertz, gescheit und gewandt, wurde dessen persönlicher Referent. Hertz war zum Parteibeamten geradezu geschaffen, denn er gefiel sich in der Rolle des anhänglichen „Fridolins“, zuerst bei Wurm, später bei Hilferding, Breitscheid und auch bei Wels.

Die Volksbeauftragten wurden überall erst mit Mißtrauen aufgenommen, gewannen aber schnell das Vertrauen der aufatmenden Beamtenschaft, die immer noch einen Umsturz „russischer Art“ befürchtete. Der Personalreferent, Regierungsrat Nehring, berichtete über einen wirklichen Kommunisten, den Alexander Rüstow, der unter keinen Umständen in das Reichswirtschaftsministerium eingestellt werden dürfe. Robert Schmidt antwortete dagegen, er kenne ihn als einen aufgeweckten, gescheiten Menschen, begeistert von seinen jeweiligen Arbeitsaufgaben und deren Ideen. Man solle ihn nicht zum dauernden Kommunisten stempeln. Seine Freunde sollten ihm einen Anzug kaufen, damit er nicht immer in seiner speckigen Uniform herumlaufen müsse. Derselbe Personalreferent sagte mir später, daß gute Menschenkenntnis die entscheidende Gabe der neuen Verantwortlichen gewesen sei. Man brauchte zum „Politiker“ keine Hochschulbildung, sondern menschliche Erfahrung. (Auch Max Weber hatte zu seiner Enttäuschung erfahren müssen, daß ein Gelehrter ohne politische Erfahrung und Erziehung in der Politik nur sich selbst gefährdete.)

Schmidt, Ebert, Legien, Bauer und Hué, die noch eine Innungsausbildung hatten, erstrebten die ihnen von den Umständen auferlegte politische Verantwortung in keiner Weise. Ebert erzählte mir vom Abschied Max von Badens, den er im Kanzleramt zurückzuhalten versucht hatte. Er betrachtete dessen Amtsübergabe an ihn als Fahnenflucht – vielleicht entschuldbar aus persönlicher Führerethik heraus, war ihr politisches Ziel vorgezeichnet: dem deutschen Volk weiteres Blutvergießen zu ersparen, die gefährdete Einheit des Reiches zu bewahren und den unvermeid-

baren harten Friedensvertrag abzuschließen, um dann in gewerkschaftlicher Methode langfristig für Besserungen zu verhandeln. Diesen harten Weg schlugen sie bewußt ein. Gleichzeitig damit entschieden sie schon frühzeitig über die künftige Außenpolitik der Weimarer Republik – nämlich für die Verhandlungs- im Gegensatz zur Revanchepolitik. Es war jedoch eine politische Wegrichtung, welche der deutschen Charakterveranlagung, noch aufgepeitscht durch die Kriegspropaganda, und besonders den jüngeren Menschen contre cœur ging. Die von der neuen Regierung vertretene Haltung mußte bei allen idealistisch Gesinnten von rechts und erst recht bei der kulturellen Linken zur tiefen Enttäuschung ihrer noch immer hochfahrenden Hoffnungen auf eine gesellschaftliche Umformung führen. Das Hauptanliegen der „provisorischen" Regierung war die Schaffung der neuen Reichsverfassung sowie die Durchführung der Wahlen für einen repräsentativen demokratischen Reichstag, um eine gesetzmäßige Reichsregierung zu formen.
Dieser Weg war mit schnell aufeinanderfolgenden Mißerfolgen besät. Die Regierung hatte weder eine sichere militärische noch eine zuverlässige Polizeimacht. Die linken Gegenkräfte gruppierten sich in einer Revolutionsatmosphäre unerwartet schnell. Das rote Fähnchen wurde zum Identifikationsobjekt für alle – aus sehr unterschiedlichen Gründen. Kaufleute, selbst hohe Industrielle, die in das Ministerium kamen, wedelten damit zum persönlichen Schutze: Die Revolutionsmitmacher, die Arbeitslosen und Arbeitsscheuen trugen es beschwingt von einer Versammlung zur nächsten gegnerischen Rednergruppe. Es war keine Revolution der gesellschaftlichen Ordnung, sondern ein revolutionärer Tumult in den Gehirnen und auf der Straße, wo sogar geschossen wurde, mit einer leider hohen Zahl von Toten. Karl Liebknechts „Revolutionswille" war von der Generalstreikerklärung an, bei der entscheidenden Revolutionserklärung von Scheidemann am 9. November 1918 und weiter bei den Matrosenaufständen am Schloß im Dezember 1918 überall oppositionstreibend dabei. Er war meiner Erinnerung nach dabei gleichzeitig ein unsicherer Politiker, der aber dennoch Zulauf hatte, weil er die Regierung in den Straßen als „gegenrevolutionär", als unwillig, den von den Massen verlangten Sozialismus durchzuführen, brandmarkte.
Ende 1918 bat Max Weber mich durch meine Frau, aus Berlin zu ihm nach Heidelberg zu kommen. Dort beauftragte er mich mit einer, wie er sagte, historischen Mission, nämlich dem Volksbeauftragten Friedrich Ebert Webers Warnung zu überbringen, daß die junge Republik schon in Gefahr sei. Sie drohe nicht von sozialistischer oder kommunistischer Seite, sondern durch die verächtliche Behandlung und die Entlassung von Offizieren und den alten, kaiserlichen Bürokraten. Ich traf Ebert am Abend meiner Rückkehr bei einem Glase Wein mit dem württembergischen Gesandten Hildebrandt. Ich legte Ebert Webers Auffassung dar, daß man die Offiziere und Bürokraten in die neue Demokratie einzuordnen habe, daß man weiter die Betonung auf eine neue nationale Begeisterung legen müsse. Der junge demokratische Staat müsse ein starkes nationales Sentiment den Alliierten entgegensetzen. Nur so könne jener ein legitimes Zusammenwirken alter und neuer Wertvorstellungen erreichen.
Friedrich Ebert antwortete in seiner ruhigen Weise, daß Weber mit seiner geschichtlichen Erfahrung womöglich recht habe. Die verhungerten Arbeiter und Veteranen mit früheren Wertvorstellungen zu begeistern, sei jedoch eine politische Unmöglichkeit, zuerst müßten sie Brot und Arbeit bekommen. Die Gefahr eines sozialistisch-kommunistischen Aufstandes sei immer noch vorhanden, wenn auch die internationalen Verbindungen der Arbeiterorganisationen schon ihre Wirkung bei der Erleichterung der Hungerblockade zeigten. Feuer und Wasser seien eben auch politisch nicht zu vereinbaren.
Am folgenden Wochenende informierte ich Max Weber über das Gespräch. Er war tief erschüttert. Ich versuchte, ihm zu erklären, daß wir auf die internationalen Arbeiterbewegungen angewiesen seien und mit nationalen Ideen nicht weiterkämen. Ich sagte ihm, daß internationale

Verständigung immer stärker die Voraussetzung für das Wohl der einzelnen Nationalstaaten sei. Weber brauste auf, innerhalb von neun Jahren werde die Weimarer Republik zerstört sein. Darauf sprang er auf mit den Worten, daß er mich nie mehr wiedersehen wolle. Bei dieser Haltung blieb er, und ich bin nicht mehr gern nach Heidelberg gekommen.

Ich hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg und noch mehr während der Kriegsjahre gelernt, daß Max Weber einen bleibenden und führenden Oberwert hatte, nach dem er Ereignisse und Menschen beurteilte, nämlich sein konservatives, nationales Bewußtsein. An Webers Rückkehr zu seiner wissenschaftlichen Arbeit in München habe ich nicht mehr teilgenommen.

Emil Lask war im Krieg gefallen. Doch mit Lukács, Bloch, Radbruch, Köster, Heimann und vor allem Lederer blieben wir in persönlicher und geistiger Verbindung. Auch sie zog es nach Berlin.

Anfang 1919 wurde der Spartakusbund durch nächtliche Schießereien und tägliche Umzüge wieder bedrohlicher. Robert Schmidt rief in der zweiten Januarwoche alle Beamten von oben bis unten auf dem Platz vor der Reichskanzlei zusammen, um diese vor der Übernahme durch die Anhänger von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu schützen, die in großen Massen singend vom Tiergarten zur Wilhelmstraße herüberströmten. Der Block der versammelten Beamtenschaft ließ sie in die Voss-Straße abschwenken. Robert Schmidt kehrte von der anschließenden Sitzung unter Ebert tief besorgt zurück. Noske müsse die reißende Spartakuswelle mit militärischer Hilfe, also mit Freikorps, bekämpfen. Die Polizei sei zu verstärken. Schmidt war sich darüber im klaren, daß man die eine, augenblickliche Gefahr mit Inkaufnahme einer neuen, späteren Gefahr auszumerzen gezwungen war. Nach acht bis zehn Tagen wirklicher Kämpfe war der Januaraufstand 1919 der Spartakisten niedergeschlagen. Wir alle, von Ebert bis zum „Mann auf der Straße", aber waren tief bewegt über die grausame Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Robert Schmidt wurde im Februar 1919 Reichsernährungsminister. Ich sehe ihn noch am Fenster stehen und auf die vereisten Scheiben klopfen, ungeduldig auf einen Telefonanruf aus Hamburg wartend, ob ein großer Getreidedampfer ausgeladen werden dürfe. Das zeigte die ethische Haltung des „Klaviermachers", wie ihn so schamlos – mir fehlen selbst nach so langer Zeit andere Worte dafür – auch später noch reaktionäre Beamte und politische Gegner nannten. Ebert, der „Sattler", wurde mit Noske in der Badehose photographiert, beleidigt und geschmäht. Dazu hat er sein Leben frühzeitig beenden müssen, da er eines Beleidigungsprozesses wegen nicht rechtzeitig am Blinddarm operiert werden konnte. Dies war die Zeit, in der Deutschland das rettende Schicksal hatte, von Politikern mit wirklicher Führungsbegabung trotz tiefer Not wiederaufgebaut zu werden. Sie waren alle erprobte Gewerkschaftsführer, zu denen ich noch Legien, Bauer und Hué, den Bergarbeiterführer, rechne. Weder die zusammengewürfelte Reichsbeamtenschaft noch die hilflosen Wirtschaftsführer und auch nicht die Abgeordneten der anderen Parteien hätten aus dem beginnenden Chaos Ordnung und Arbeitswillen schaffen können. Diese durch Innung und Gewerkschaft geprägten politischen Führer entschieden in der Tat das künftige Schicksal Deutschlands.

2. Der Kapp-Putsch

Die Freikorps wurden eingesetzt bei den Kommunistenaufständen im März 1919 in Berlin, in Braunschweig, vor allem auch gegen die Räterepublik in Bayern sowie gegen eine Reihe von kleineren Unruhen im Lande. Sie waren oder fühlten sich als „Sieger". Anfang 1920 wurde jedoch der Reichsregierung durch den Versailler Vertrag auferlegt, die Freikorps aufzulösen und die Truppenstärke auf 100.000 Mann zu beschränken.
Was für die Gewerkschaften der Streik ist, ist für die Offiziere der Putsch. Die Mitglieder der Reichsregierung, z.B. Ebert und Schmidt, waren gewarnt, Noske hingegen vertraute „seinen" Offizieren und versicherte, daß in Döberitz „alles ruhig" sei.
Robert Schmidt rief mich am Morgen des Putschtages, dem 13. März 1920, zu Hause an. Er teilte mir in seiner gewöhnlichen Ruhe mit, daß Ebert und die Regierung Berlin verlassen hätten. Er gab mir seine geheime Telefonnummer, unter der ich ihn später von verschiedenen Gastwirtschaften aus erreichen konnte. Er halte enge Fühlung mit Legien, der einen allgemeinen Generalstreik aller Gewerkschaften, auch der der Angestellten und Beamten, organisiere. Ich persönlich solle sofort in das Reichswirtschaftsministerium gehen und erklären, alle Anordnungen sollten nach wie vor an ihn geleitet werden. Ich hätte das Ministerium zu übernehmen, ohne jemanden wissen zu lassen, daß er nicht anwesend sei. Innerhalb von zwei Tagen hätten alle Beamte im Bereich des Ministeriums verständigt zu werden, nicht weiter zur Arbeit zu erscheinen. Auch alle Versorgungsstellen, wie die Reichsgetreidestelle, hätten ihre Arbeit einzustellen. Im Ministerium angelangt, fand ich fast niemanden vor. Die Beamten hatten durch Extrablätter den Aufruf der abgefahrenen oder der neuen Kapp-Regierung gelesen. In meinem Zimmer traf ich den Bezirksamtmann Feldbausch, der mir bis zur Erschöpfung beim Telefonieren half und auch als einziger Eingeweihter Schmidt von einem Café aus orientierte.
Das große Ereignis für mich persönlich war an diesem ersten Tag oder kurz später das feldmarschmäßige Erscheinen Alexander Rüstows: Er sei ein Helfer der Kapp-Regierung! Sehr aufgeregt erklärte er mir, daß der Putsch nicht gegen den Sozialismus, sondern gegen die Kapitalisten gerichtet sei, mit denen die gegenwärtige Reichsregierung eng verbündet zusammengearbeitet habe. Er habe den besonderen Auftrag von Kapp und Ludendorff, mitzuteilen, daß die neue Regierung zusammen mit den Arbeitern und besonders mit den Gewerkschaften regieren wolle. Ich war sprachlos, gewann jedoch meine Fassung wieder, als er mir zwei von Kapp unterzeichnete Pässe gab, mit deren Hilfe ich überall durchkäme. Er verständigte mich, daß das Ministerium gerade von Offizieren und Soldaten besetzt worden sei. Ich war dafür dankbar, bat ihn aber sofort, unserem gemeinsamen Freund Adolph Löwe, der mit einer schweren Grippe zu Hause im Bett liege, ebenfalls diese hochwichtige Mitteilung zu machen. Dieser werde Legien, der immer für Löwe erreichbar war, Kapps Angebot telefonisch übermitteln. Er erhielt von Legien die Rückantwort, daß der totale Generalstreik schon ausgerufen sei und daß die Gewerkschaften nur mit einer verfassungsmäßig eingesetzten und vom ganzen Volk gewählten Regierung verhandeln würden. Diese Erklärung beantwortete Kapp mit einem Erlaß über die Androhung der Todesstrafe gegen Streikende. Derlei Drohungen nutzten nichts mehr. Man konnte ja nicht die überwältigende Mehrheit des Volkes an den Galgen hängen. Angesichts der Soldaten mit aufgepflanzten Seitengewehren, die nicht in die ständig wachsende Menge auf den Straßen zu schießen wagten, und unter dem Druck des völligen Zusammenbruchs der Versorgung floh Kapp mit Familie nach Schweden. Die verschwundenen Generäle und Offiziere, an ihrer Spitze von Seeckt, die begreiflicherweise auf ihre Putschkameraden nicht schießen konnten, kamen wieder zum Vorschein und überredeten ihre Kollegen Lüttwitz und Ehrhardt zum Rückzug nach Döberitz. Ich sah die Ehrhardt-Brigade wirklich abziehen. Am Tiergarten vor dem Brandenbur-

ger Tor stand eine große Menschenmenge. Manche beschimpften die Soldaten. Plötzlich, ohne Befehl von den Offizieren, schossen einige Soldaten in die Menge. Die Jugend der Nachkriegsjahre hatte keinerlei Wertschätzung für das Menschenleben, auch nicht mehr für ihr eigenes – sie handelten nur aus dem Moment und nach den jeweiligen Schlagworten. Hier gab es Tote und Verletzte. Die Marschmusik zog jedoch die Soldaten weiter mit sich, zurück nach Döberitz. Die Ehrhardt-Brigade wurde aufgelöst, und zwar mit einer guten Abfindung.
Der preußische Ministerpräsident Hirsch lud am 17. März abends um zehn Uhr die Gewerkschafter aller Richtungen, Beamten- und Angestelltenverbände zu sich in die Wilhelmstraße, um mit ihnen die Aufhebung des Generalstreiks noch vor Mitternacht zu erklären. Ich begleitete Schmidt durch den Drahtverhau in der Wilhelmstraße. Als Ausweis hatte ich nur die Kapp-Pässe. Sie genügten. Wir kamen zu spät, doch noch früh genug, um zum ersten Punkt, „was soll nun werden", die Aufforderung des christlichen Gewerkschaftsvertreters Stegerwald zu hören, eine reine Arbeiterregierung zu bilden – nicht nur zum „Dank", sondern auch zum Schutz der Weimarer Republik –, da dies die einzige Regierung sei, die wirklich die Macht habe, worauf es entscheidend ankomme. Legien lehnte diesen Vorschlag auf das heftigste ab. Er sei gegen die Flucht der Reichsregierung gewesen. Sie habe den Gewerkschaften die verantwortliche Arbeit unter ungewissen Gefahren überlassen. Trotzdem müßten diese auf dem Boden der Verfassung stehen und könnten nur die gewählte Regierung anerkennen. Er fügte hinzu, daß sich auch nur dann das Offizierskorps wieder voll hinter die Regierung stellen würde. Robert Schmidt, der neben Legien saß, unterstrich, daß man den totalen Generalstreik doch nicht in einen neuen politischen Putsch „von unserer Seite" umwandeln dürfe: Wo bliebe das eben für die Republik gewonnene Vertrauen, ja wichtiger noch, das Vertrauen in einen Zustand rechtmäßig waltender Ordnung. Dann wurde über die Forderungen an die Regierung verhandelt. In aller Eile stellte man neun Punkte auf für den Aufruf, den Generalstreik sofort am nächsten Tag zu beenden. An der Spitze habe die Forderung „Noske muß gehen" zu rangieren, denn er habe sich und die Regierung schwer täuschen lassen, indem er sich auf Generäle verlassen habe. Noske hatte jedoch in Stuttgart, dem damaligen Sitz der Reichsregierung, enttäuscht demissioniert. „Reinigung der Regierungsstellen von reaktionären Beamten", „sofortige Schaffung von Sozialgesetzen" waren weitere Forderungen. Der für die Zukunft der Gesellschaft wesentlichste Punkt war die Verkündung der Sozialisierung. Die sog. Massen, angefangen bei den apolitischen Künstlern und Intellektuellen, über die Pazifisten, Graf Kessler bis zu den Vertretern der Unabhängigen, verlangten den „Sozialismus", obwohl, wie Schmidt damals sagte, davon jeder eine andere Vorstellung habe und andere Hoffnungen hege. Keiner wisse, was heute die Konsequenzen der Sozialisierung für den Kohlenbergbau wirklich seien. Trotzdem schlug er zum allgemeinen Erstaunen als einen der wichtigsten Punkte vor, sofort eine Erklärung zu veröffentlichen, daß die „Sozialisierung marschiert", und sie an allen Plakatsäulen anzuschlagen. Auf seinen Antrag hin wurde der Beschluß gefaßt, die Reichsregierung solle sofort die abgestorbene Sozialisierungskommission neu einberufen, was auch mit einem Erlaß vom 15. Mai 1920 geschah.

3. Die Sozialisierungskommission

In diesen Monaten spürte ich wieder die harten Konflikte zwischen meiner persönlichen Überzeugung, die sozialistischen Ziele zu verfolgen, und meiner Beamtenverpflichtung und persönlichen Treue gegenüber einem unscheinbaren, sich aufopfernden Real-Politiker. Robert Schmidt brachte es wider besseres Wissen über sich, hinaus in die Wahlversammlungen seiner Partei zu gehen und seine alten Phrasen vom „unabdingbaren" Sieg des Marxismus „aufzuwichsen". Mit einer solchen Klischeerede kam er eines Morgens zurück nach Berlin, um damit die zweite So-

zialisierungskommission zu eröffnen. Mit den abgedroschenen Phrasen machte er einen verheerenden Eindruck. Auf seinem Schreibtisch hatte eine von Unterstaatsskretär Dr. Julius Hirsch verfaßte Rede über die künftigen Aufgaben der Kommission gelegen. Sie enthielt ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm, worin Hirsch eine praktische Formulierung der Bedingungen der Vollsozialisierung lieferte. Die Sozialisierung sei durch volle Übernahme der Produktionsmittel durchzuführen. Die sozialisierten Betriebe sollten eine gewisse Unabhängigkeit ihrer Betriebsführung erhalten und die Beamten einen notwendigen Arbeitsanreiz. Außerdem sei zur Förderung der Höchstleistung eine wirkliche Betriebsdemokratie einzurichten.

Dies vorzutragen, hatte Schmidt nun doch nicht über sich bringen können. Er wußte, daß aus den Beratungen vielleicht gute Veröffentlichungen, aber bestimmt keine konkreten Maßnahmen herauskommen würden. Er wußte auch genau, daß er unter Umständen entgegen den Bestrebungen des marxistischen Flügels der Sozialdemokratie die Kommission aufzulösen hätte.

Hué protestierte heftig gegen ein Kohlensozialisierungsgesetz, welches schon vor Zustandekommen zur Schließung der weniger profitablen Randzechen und damit zu großen Arbeiterentlassungen führen würde – schon der Entschädigungen wegen. Ein erneuter Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet sei untragbar. Legien fürchtete, daß eine verstärkte Politik für die Ausweitung der öffentlichen Wirtschaft die Willigkeit der Unternehmer für eine größere sozialpolitische Gesetzgebung und ein konsequentes Lohn- und Arbeitszeitprogramm abkühlen lassen würde.

Die zweite Sozialisierungskommission wurde also wieder von denselben Gewerkschaftspolitikern zu Ende gebracht, die schon ein Jahr zuvor die erste Kommission zum Abdanken gezwungen hatten. Lederer war tief erschüttert, doch blieb er bei seiner sozialistischen Überzeugung. Hilferding erklärte, daß die deutschen Arbeiter für die Verwirklichung des Sozialismus nicht reif seien. Der einzige Weg, zu diesem Ziel zu gelangen, sei für die Sozialisten, die politische Macht im demokratischen Staat mit Hilfe der nichtsozialistischen, am sozialen Fortschritt interessierten Gruppen zu erobern. Er sprach schon 1920 in persönlichem Kreise davon, die Arbeiterpartei in eine Volkspartei umzuwandeln.

Ich persönlich wurde mir damals klar, daß damit der Marxsche sozialistische Internationalismus in Deutschland durch die Gewerkschaften sein definitives Ende gefunden hatte. Die linken sozialdemokratischen Politiker machten jedoch aus ihrer Oppositionshaltung heraus einen großen strategischen Fehler. Sie drängten zu Neuwahlen. Die Wähler, die noch im März 1920 Sozialisierung wollten, waren schon im Mai hauptsächlich an der Überwindung der fortschreitenden Inflation interessiert. Die unpolitische Intelligenz, über die Fortschritte an der Sozialisierung enttäuscht, folgte den linken Unabhängigen Sozialdemokraten, die ein mehr allgemein gebildetes, weniger auf nackte Interessen gerichtetes soziales Programm anboten. Doch die Mehrzahl der Wähler in ihrer berechtigten Inflationsfurcht wandte sich zunehmend den dem alten Regime näherstehenden Parteien zu. Das Wahlergebnis vom 6. Juni 1920 spiegelte diese scharfe Wendung. Die alten Sozialdemokraten verloren beträchtlich an Stimmen, die Unabhängigen gewannen, wie zu erwarten war. Der Ruck nach Rechts jedoch war von da an nicht mehr korrigierbar.

Die Inflationsgefahr wurde nicht genügend ernstgenommen. Robert Schmidt hörte auf Erzberger, der durch Steuern auf den Großgrundbesitz den Überhang von Ausgaben mit Einnahmen zu decken suchte. Schmidt glaubte dem Reichsbankpräsidenten Havenstein, der ihn von einem Mittagessen zum Ministerium mit der Versprechung zurückbrachte, daß die Reichsmark nicht weiter fallen, sondern sich bessern werde. Schmidt vertrat den Standpunkt, daß mit der äußeren Valutastabilisierung der Reichsmarkwert ansteige. Durch diese nicht mehr ernstzunehmende Haltung verlor das Reichswirtschaftsministerium seinen entscheidenden Einfluß auf die Geld-

und Währungspolitik. Das Reichsfinanzministerium und später die Reichsbank unter neuer Leitung von Hjalmar Schacht übernahmen die Federführung.
Außer Robert Schmidt selbst waren wir alle sehr betroffen. Der wirkliche Grund für seine Haltung, den Rat seiner Fachberater auszuschlagen, lag in einem tiefen Mißtrauen des früheren Arbeiters gegen die Intellektuellen. Er hatte in seinem Ministerium in Prof. Wagemann den besten Kenner der Inflationsentwicklung, der seine chilenischen Erfahrungen mit hohem theoretischen Verständnis verband. Schmidt hatte den analytischen und konstruktiven jungen Theoretiker Adolph Löwe in nächster Nähe, der in der Linie der Keynesschen Denkschrift argumentierte. Die Arbeiterführer konnten nur dann mit den Wissenschaftlern übereinstimmen, wenn ihre eigene Gruppenerfahrung mit den theoretischen Erklärungen in Einklang zu bringen waren. Schmidt dachte nur in nominellen und nicht in Reallöhnen, bis, wie er mir später sagte, ihm in der letzten Phase der galoppierenden Geldentwertung durch seine wertlos gewordenen Ersparnisse eine harte Lehre gegeben wurde. Diese Inflation änderte in einer kurzen Zeitspanne die gesellschaftliche, soziale, wirtschaftliche und vor allem politische Struktur Deutschlands von Grund auf. Sie blieb dazu über Jahre, ja Jahrzehnte hinaus ein Alpdruck für die deutsche wirtschaftspolitische Haltung.

4. Die Inflation

Die Inflation war eine zweite Revolution – wenn man letztere allgemein als Umbruch wesentlicher Strukturen der Gesellschaftsordnung definieren will. Die erste Revolution Ende 1918 war im Grunde keine gemachte oder erstrebte Revolution gewesen. Im Gegenteil – die Arbeiterschaft wollte nur ihren sozialen, rechtlichen, wirtschaftlichen wie politischen Platz in einer bürgerlichen Gesellschaft haben. Die bürgerliche Seite, die politisch und kulturell führend gewesen war, verlor jedoch unvorbereitet einen langen und harten Krieg. Sie konnte ein erschöpftes Volk nicht länger zusammenhalten. Diese Aufgabe ließ sie in der Hand der Gewerkschaften, die als Rettung vor dem Chaos dem bürgerlich-demokratischen Kapitalismus zur Macht verhalfen. Die Novemberrevolution brachte also nur eine gesellschaftliche Verlagerung der Machtpositionen. Die Kämpfe der Arbeiterregierung waren gegen die wiederauferstehenden Ansprüche des alten Regimes und noch vehementer gegen die Durchführung jeglicher Umsturzideen gerichtet. Ich sah diese völlig unrevolutionäre Situation damals begreiflicherweise noch schärfer als heute.
Die zweite, die ich Inflationsrevolution nennen möchte, hatte meinen damaligen Erfahrungen nach eine viel tiefere gesellschaftliche Umwälzung zur Folge. Sie zerstörte die traditionellen Besitzverhältnisse, enteignete den alten Mittelstand und brachte all denen harte Zeiten, die mit Rentenansprüchen zu leben hatten. Diese alte Mittelschicht stand gesellschaftlich der alten feudalen Ordnung näher, fürchtete die Gewerkschaften, den technischen Fortschritt und die Großunternehmer. Die politischen Vertreter des Mittelstands und des gewerblichen Handels hielten jedoch nicht die Wilhelminische Regierung mit ihrer Blitzkriegstheorie und ihrer Finanzierung des Krieges durch Kriegsanleihen, sondern die neue demokratische Weimarer Regierung an der sich in der Kriegsfolge entwickelnden Inflation für schuldig. Die politische und soziale Konsequenz war – und dies sahen einige meiner Freunde klar voraus – ein unabänderlicher Rechtsruck, noch dazu mit völkischer Romantik verbrämt. Die totale Geldentwertung war in ihrem politischen Resultat eine „Gegenrevolution“, die die nationalsozialistische Entfaltung weitgehend unterstützte. Der bürgerliche Kapitalismus bildete die Grundlage der Weimarer Republik,

eine Orientierung, die sich in sozialpolitischer und außenpolitischer Hinsicht zeigte, indem man nämlich langwierige Verhandlungen scharfen Konfrontationen vorzog.
Die Inflation brachte auch neue Fehlentwicklungen, z.B. den Typ des spekulativen Unternehmers (Stinnes), der sich ohne jede fachlichen Kenntnisse von Produktion und Handel mit Bankanleihen große Konsortien von den verschiedenartigsten Unternehmen als Sachwerte zusammenkaufte. Als die Flasche Milch eine Milliarde Mark kostete, waren die Beamten an den sich häufenden Auszahlungstagen sofort aus ihren Amtsstuben verschwunden, um irgendetwas Werterhaltendes zu ergattern – selbst wenn es nur Schachteln mit Streichhölzern waren. Die gesamte Lebensweise der Gesellschaft änderte sich. Fast alle Schichten lebten sich in der neuen Freiheit – der Freiheit der Unvoreingenommenheit – in oft wilden Formen aus.

5. Wege zur Gemeinwirtschaft

Das Reichswirtschaftsministerium war der Schauplatz des Übergangs von einer totalen Kriegswirtschaft in eine kapitalistische Marktwirtschaft, die allerdings durch staatliche großwirtschaftliche und sozialpolitische wie von den Wirtschaftsverbänden selbst auferlegte institutionelle Faktoren reguliert wurde. Es ist ein dramatischer Teil der Nachkriegsgeschichte des Ersten Weltkriegs, der noch heute in meinem Gedächtnis vibriert und nachschwingt.
Es ist heutzutage eine schöne Erinnerung, die Festschriften der Ministerien und darin noch die Geschäftsverteilungspläne der Weimarer Zeit zu sehen. Doch besagen diese wenig über das tatsächlich Geleistete, die Auswirkungen der Arbeiten sowie die Persönlichkeiten der Minister und Beamten. Das Bild eines Mannes fehlt in dem Bilderbuch zur 50-Jahr-Feier des Reichswirtschaftsministeriums, der schon Jahre voraus die Arbeiten des Ministeriums entscheidend beeinflußt hat. Es handelt sich dabei um Walther Rathenau.
Ein paar Worte über diesen so einflußreichen Elektrizitätsmillionär: Er war ein wirklich charismatischer Mensch, der auf alle, die ihm begegneten, so auch auf mich, einen persönlich wie sachlich tiefen Eindruck machte. Schon um diesen Bann zu brechen, haben viele dann seine Schwächen hervorgehoben. Jeder große Mensch muß Schattenseiten haben. Leider hat Rathenau sie zu deutlich gezeigt. Er besaß einen starken Glauben an Deutschland, dessen Kultur wie Entwicklung, und stellte diesen über seinen jüdischen Glauben, wie er das selbst oft aussprach. Daneben hat er jedoch mit seinem Judentum in oft unangenehmer Weise kokettiert. Er predigte Einfachheit der Lebensweise, nahm gegen Verschwendung scharf Stellung und lebte selbst in teuersten englischen Maßanzügen im Luxus seiner kunstbehangenen Wohnung. Das hat ihm den Beinamen „Jesus im Frack“ eingetragen. Dieses Sich-zur-Schau-Stellen hat leider auch seine Mörder gereizt. Für die Kriegswirtschaft hatte Rathenau mit seiner Erfindergabe und seinen vorahnenden Einfällen seit 1916 die Kriegsrohstoffversorgung aufgebaut. Er war Gegner des U-Boot-Kriegs gewesen, hatte dessen Durchführung jedoch durch seine Versorgungsmaßnahmen selbst unter der Blockade ermöglicht, allerdings nur für kurze Zeit. Er hatte fachliche Sektoren und Zwangskartelle gebildet und damit die Macht der Syndici errichtet. Von größter allgemeiner Bedeutung war, daß er das Profitsystem als Antrieb der wirtschaftlichen Entwicklung in Frage stellte und die Gemeinverpflichtung aller Wirtschaftshandlungen betonte.
Diese Ideenrichtung veranlaßte die Unternehmerorganisationen, gleich nach dem Zusammenbruch den Gewerkschaften eine „Arbeitsgemeinschaft“, eine Zusammenarbeit auf paritätischer Grundlage anzubieten. Für die neue Wirtschaftsstruktur war Rathenaus Idee, eine auf Parität begründete institutionelle Organisation der Wirtschaftspartner neben dem parlamentarischen System zu errichten, von wesentlichem Einfluß.

Prof. Wichard von Moellendorff, der mit Rathenau zusammengearbeitet hatte, brachte als Staatssekretär eine völlige Wandlung in das Reichswirtschaftsministerium. Er war der imponierende Techniker und Organisator einer neuen Wirtschaftsreform, der „Gemeinwirtschaft". Diese hatte zwei Ausrichtungen, eine systematische Neuorganisation sowie eine Zwangskartellierung der Grundstoffindustrien. (Die Geschichtsschreibung, die auf Gedrucktes angewiesen ist, hat wie auch einige Zeitgenossen aus Propagandagründen dieses neue System als „Sozialismus" oder Ersatz dafür bezeichnet.) Das gemeinwirtschaftliche System war von seiner ersten Konzeption an eine am Reißbrett konstruierte, völlige Neugliederung. Die erste Stufe sollten paritätisch besetzte, lokale Wirtschaftsräte darstellen, auf die Betriebsräte der Unternehmungen gestützt. Diese lokalen Gruppen hätten dann regionale Wirtschaftsräte zu formen, um in einem paritätischen Reichswirtschaftsrat zusammen mit unabhängigen, meist aus der Wissenschaft stammenden Nominierten der Reichsregierung die Aufgabe zu erfüllen, Initiativentwürfe für die Gesetzgebung, die wirtschafts-, sozial- wie finanzpolitischen Erlasse sowie die Gesetzentwürfe der Regierung zu begutachten und diese dann vor dem Parlament selbständig zu vertreten. Zweitens sollten die Grundstoffindustrien in paritätisch gebildeten Syndikaten zwangsweise zusammengeschlossen werden, die durch das Reich und die Länder hinsichtlich der Förderungsbedingungen, der Absatz-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie vor allem der Preise kontrolliert werden sollten. Ein Reichselektrizitätsgesetz scheiterte am Widerstand der Länder. (Später, Ende der 20er Jahre, führte ich diesen Gedanken als Staatssekretär im preußischen Handelsministerium mit der Gründung der Allgemeinen Deutschen Elektrizitätsgesellschaft durch, sogar unter weiterreichender Zielsetzung.) Der Entwurf für ein Eisenwirtschaftssyndikat wurde vorgelegt, doch nicht durchgeführt.
Rudolf Wissell wurde im Februar 1919 der erste Reichswirtschaftsminister. Er war ein gutherziger Mensch, leicht zu begeistern und durch seinen Dogmatismus auch leicht geneigt, zu demissionieren, was er noch im selben Jahr im Reichswirtschaftsministerium und Anfang 1930 als Reichsarbeitsminister des Reichsarbeitslosengesetzes wegen – sehr zum Nachteil für seine Überzeugung und für die Sozialdemokratische Partei – dokumentierte. Er war ein untypischer Gewerkschafter mit wenig politischer Verhandlungsbegabung.
Die Gemeinwirtschaftspläne Moellendorffs wurden sofort von Legien aufs schärfste abgelehnt, da sie die Gewerkschaften zugunsten der Betriebsräte ihres entscheidenden Einflusses beraubten – genau so, wie es der zentralistische Sozialismus nach Moskauer Erfahrung tun würde. Legien alarmierte Schmidt, dieser Ebert und letzterer dann den Reichskanzler Bauer. Schmidt, zu der Zeit noch Reichsernährungsminister, telefonierte ständig mit Gewerkschaftsführern und Abgeordneten, wobei ich ihm insgeheim zu helfen hatte. Als Wissell auf der Annahme der Grundsätze der Gemeinwirtschaft durch das Reichskabinett bestand, scheiterte er und demissionierte, zusammen mit Moellendorff.
Reichswirtschaftsminister wurde dann im Juli 1919 Robert Schmidt mit dem selben sicheren, doch unscheinbaren Gleichmut, ohne jegliche Siegesgeste. Es war jedoch für ihn wie für mich, als seinen persönlichen Referenten, ein gewaltiger Eindruck, in ein Ministerium einzutreten, wo eine so geschlossene Konformität der gemeinwirtschaftlichen Mentalität bestand. Im Reichsernährungsministerium hatte es offen zutage liegende Gegensätze zwischen ostelbischem Konservatismus (Getreideversorgung), Kaisertreuen und den modernen, westlichen und hanseatischen Vertretern des freien Handels innerhalb der Beamtenschaft gegeben. Im Reichswirtschaftsministerium schlummerten die Gegensätze noch. Sie waren gewissermaßen von einer neu ausgerichteten Wirtschaftsideologie überdeckt, wozu Moellendorffs überragende Persönlichkeit mitgeholfen hatte. Seine führenden Mitarbeiter waren Trendelenburg, Bachem, der „schwarze" Brecht (im Unterschied zu seinem Bruder in der Reichskanzlei, dem „blonden" Brecht), von Buttlar,

Wessig sowie der Justitiar Hans Schäffer, der als solcher in alle Fächer und Bereiche hineinschauen konnte. Der Reformen letztes Ziel war es, die herabgesunkene Produktivität der Wirtschaft in gemeinsamer Anstrengung anzukurbeln. Neue, vereinfachte und Präzisions-Standards für die Industrie wurden diskutiert, auch ein Arbeitsjahr anstelle der militärischen Dienstjahre für die Jugend.
Unter diesen Umständen war es schwer für Robert Schmidt, einen Staatssekretär zu finden. Er versuchte es mit Melchior von der Warburg-Bank in Hamburg. Dieser sagte als ausgesprochener Verhandlungs- und Erfüllungsaußenpolitiker Schmidt jede Unterstützung zu. Infolge seiner Beziehungen zu Hans Schäffer sympathisierte Melchior damals mit einer gemilderten Moellendorffschen Gemeinwirtschaft. So wählte Schmidt dann auf Empfehlung Prof. Schmalenbachs in Köln und der Berliner Handelskammer den ihm vom Reichsernährungsministerium bekannten Professor der Betriebswirtschaftslehre Julius Hirsch, einen überzeugten Anhänger der gebundenen Marktwirtschaft – zum Leidwesen aller und am meisten zu seinem eigenen. Julius Hirsch war persönlich ein lieber Mensch, ich hatte ihn gern. Er war dazu hochbegabt, wußte viel und verfügte über eine Überdosis von Einfällen. Einige Wochen bevor ich diese Erinnerungen niederschrieb, wurde ich von seiner schönen wie lieben und begabten Frau gefragt, warum er während seiner ministerialen Zeit auf derartige Widerstände gestoßen sei. Ich antwortete ihr, daß er unglücklicherweise Nachfolger von Moellendorff geworden war. Sie fühlte jedoch wie ich, daß daneben tiefere Gründe vorhanden gewesen sein müßten. Ich dachte darüber nach und erinnerte mich an mehrere Gespräche mit Beamten und Ministern über ihn. Er hatte durch seine Isoliertheit im Ministerium ein gesteigertes Geltungsbedürfnis für seine Person, was wohl letztlich auf seiner Unsicherheit als Jude beruhte, so hatte ich das auch an Rathenau beobachtet. Dies verleitete ihn oft, im Hause wie im Kabinett, wo er manchmal, wie Staatssekretär von Schlieben vom Finanzministerium es ausdrückte, unangenehm aufgefallen war, sogar gegen Robert Schmidt offen Stellung zu nehmen. Es war das tragische Verhängnis eines wirklichen Gelehrten, der kein Politiker und bestimmt kein Bürokrat war.
Robert Schmidt konzedierte die Bildung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats sehr zögernd unter der Bedingung, daß jener nicht in die politische Rangordnung eingreifen und seine von der Regierungsposition abweichende Meinung nicht vor Reichsrat und Reichstag vertreten dürfe. Auch hätten seine Initiativanträge zuerst an die zuständigen Ministerien zu gehen, in deren Ermessen und Befugnis es liegen sollte, sie weiterzuleiten oder nicht. Dr. Hirsch jedoch stimmte öffentlich und im Amt dem originalen Schäfferschen Entwurf zu, hinsichtlich von Vertretung wie Initiativrechten. Dadurch machte er sich bei den Moellendorffianern zu seinem Erstaunen keine Freunde. Als Schäffer die Zustimmung Hirschs in seinem Tagebuch vermerkte, fragte ihn Hirsch, ob er das für seine späteren Memoiren notiere. Darauf versicherte ihm Schäffer, daß er den Namen Hirsch in diesen nicht einmal erwähnen werde.
Schmidt und Hirsch stimmten jedoch, was entscheidend war, in den Grundprinzipien überein, die Kriegswirtschaft, Ein- und Ausfuhrwirtschaft und die Devisenwirtschaft in wohlgeordneter Weise abzubauen. Vorläufig sei die Einfuhr noch grundsätzlich zu verbieten, eine Freiliste für Rohstoffe und Halbprodukte müsse aufgestellt werden. Die Ausfuhr wurde grundsätzlich erlaubt, doch Lebensmittel, Kleidung, Rohstoffe und Halbfabrikate wurden auf einer Verbotsliste festgehalten. Das „Schieberloch" an den Westgrenzen sollte durch Verhandlungen mit den Alliierten beseitigt werden. Schmidt und Hirsch verständigten sich über einen geordneten Abbau aller Kontrollen der Industrien, in denen Angebot und Nachfrage annähernd im Gleichgewicht des offenen Marktes zu schwingen begannen. Schmidt war dabei immer auf die paritätischen Rechte der Gewerkschaften ausgerichtet, und Hirsch dachte, was mir persönlich so sympathisch war, an die Preisgestaltung der späteren Weltwirtschaft und besonders an die Minderbemittelten

im Volke. Diese Richtlinie mit dem Ziel des Abbaus der Kontrollen setzte dem Wissell-Moellendorffschen planwirtschaftlichen System ebenso wie der „Sozialisierungspolitik" ein Ende.

6. Im Zeichen der Erfüllungspolitik

Nach dem für die demokratischen Parteien schlechten Ausgang der Juni-Wahlen 1920 schieden die Sozialdemokraten aus dem Kabinett aus. An Schmidts Stelle trat der kaiserlich-königliche Oberbürgermeister von Charlottenburg, Dr. Scholz. Es wurde damals behauptet, daß die Wahl dieses Mitglieds der Deutschen Volkspartei auf Robert Schmidts ablehnende Behandlung der Berliner städtischen Anträge auf höhere Zulagen für die Reichshauptstadt zurückzuführen sei. An einem klirrend kalten Wintertag erschien der Berliner Oberbürgermeister Wermuth mit seinen Stadtvertretern im Ministerium, um erhöhte Kohlenrationen zu erhalten. Schmidt, unwillig über das Drängen auf Sonderbehandlung, ließ von mir die Zentralheizung des Sitzungssaales abdrehen. Nach langer eisiger Wartezeit erschien er dann dort, um den vor Kälte Zitternden eine lange Rede zu halten, daß den Radikalen in Berlin nicht eingeheizt zu werden brauche. Er müsse bei der knapprationierten Kohleversorgung den städtischen Forderungen gegenüber Gleichheit und Gerechtigkeit walten lassen. Als sehr wahrscheinliche Folge dieser robusten Behandlung erhielt dann ein ausgesprochener Kommunalvertreter das Reichswirtschaftsministerium. Scholz war ein aufrichtiger Mensch mit schneidigem Aussehen. Er betonte seine Treue zur neuen Verfassung. Seine Verpflichtung der Vergangenheit gegenüber drückte sich in der Besorgnis um die Apanage der Kronprinzessin und die Rückkehr des Kronprinzen aus.
Es gab in der deutschen Geschichte selten eine Periode mit so vielen tief gespaltenen Loyalitäten. Fast jeder trug den inneren Konflikt zwischen vergangenem Glauben und den neuen Aufgaben und Pflichten mit sich, die Linken wie die Rechten. Dazu kamen, in zweiter Linie, die landsmännischen Verschiedenheiten zwischen Nord und Süd in der Beamtenschaft eines Reichsministeriums.
Dr. Hirsch und sein neuer Vorgesetzter stimmten in der Abbaupolitik der Kriegswirtschaft ebenfalls überein. Scholz ließ das Ministerium vertrauensvoll in der Hand seines Staatssekretärs. Als Begleiter von Scholz sah ich zum erstenmal Dr. Gustav Stresemann, der damals Syndicus der weiter- und fertigverarbeitenden Industrien war. Er hatte, wie er mir anschließend beim Herausgehen sagte, mit Dr. Scholz die baldigste Wiederanknüpfung an den Weltmarkt, besonders durch Handelsverträge mit den neutralen Staaten, besprochen. Dies ergab eine neue Wendung in der Handelspolitik, wobei der kluge Vorschlag Hirschs, durch Kredite von Bankkonsortien von Reich wie Ländern die Ausfuhr anzukurbeln, diskutiert wurde.
Reichsaußenminister Dr. Simons versuchte, mit größtem Geschick eine „Verhandlungspolitik" mit den Ententemächten anzubahnen. Er erhielt dabei von Hans Schäffer mit seinen juristischen Erfahrungen und oft Spitzfindigkeiten gute Hilfestellung. Mit Schäffer war ich mein Leben lang eng befreundet. Wir fuhren als Nachbarn im Berliner Neu-Westend fast jeden Morgen gemeinsam ins Reichswirtschaftsministerium und abends zurück. Oder wir besuchten uns nach dem Abendessen, um die stets aufregenden Tagesereignisse zu besprechen.
Dr. Simons konnte nach den Verhandlungen in Spa und Paris den Erfolg verbuchen, daß die Truppenreduzierung auf 100.000 Mann um ein Jahr verschoben wurde und auch einige technische Erleichterungen gewährt wurden. Im ganzen jedoch pochten die Alliierten auf die Einhaltung des Versailler Vertrages und drohten mit dem Einmarsch in das Rheinland und gegebenenfalls das Ruhrgebiet.

Der Versuch einer wirklich ernsthaften Erfüllungspolitik scheiterte – und ich gebrauche den Ausdruck mit Bewußtsein – an der Shylock-Politik der französischen Juristen und leider auch an dem Mißtrauen Lloyd Georges.
Trotz aller Bemühungen, ein Reparationsabkommen zustande zu bringen, mußte Dr. Simons dies als gescheitert ansehen: Das Londoner Ultimatum legte die Reparationsschuld auf 132 Milliarden Goldmark fest und drohte für den Fall der Ablehnung die Besetzung des Ruhrgebiets an. Scholz und seine volksparteilichen Freunde lehnten das Ultimatum ab und schieden im Mai 1921 aus dem Kabinett aus.
Nach Auflösung des vorherigen Kabinetts wurde die Wiederkehr von Robert Schmidt in das Ministerium von allen Seiten freudig begrüßt. Meines Erachtens war dafür die ruhige, feste Art dieses einfachen politischen Führers ausschlaggebend, der das Ministerium zum allmählichen Abbau der Kriegswirtschaft und – von der Planwirtschaft weg – auf den Weg zur Belebung der Welthandelsstellung Deutschlands führte. Schmidt und Hirsch stimmten in der Idee eines führenden Wirtschaftsministeriums, das alle sozialpolitischen Ressorts wie das Arbeits- und Finanzministerium mit einschließen sollte, nicht überein. Schmidt zufolge brachte die unselige Struktur des Proporzwahlrechts wechselnde Koalitionen mit kleinen Parteien, welche eine Anzahl von Ministersitzen verlangten, die ihnen einen gewissen Einfluß auf die Wirtschaftsführung garantierten, mit sich. Die Verfassungswissenschaftler, darunter Preuß und Weber, hatten noch nicht gewußt, daß eine „totale" Demokratie praktisch unrealisierbar werden würden. Schmidt hatte weitreichende politische Entscheidungen zu treffen und in seinem engeren, gewerkschaftlichen Einflußbereich die Strategie mitzubestimmen. Unter dem Vorzeichen der Erfüllungspolitik spitzte sich die Frage der Reparationszahlungen auf die Frage zu: „Zwangserfüllung nach Diktat?"
Die deutsche Regierungspolitik war wieder von Walther Rathenau bestimmt, zuerst als Wiederaufbauminister und Mentor von Reichskanzler Wirth und danach als Außenminister. Rathenau war ein vorausschauender Minister, vom Ausland mit wachsender Anerkennung bedacht. Er brachte durch geschickte Vorbesprechungen (Cannes) die Konferenz in Genua zustande, auf der Deutschland zum erstenmal nach dem Kriege als gleichberechtigter Partner anerkannt wurde. Die Verhandlungen mit Lloyd George führten allerdings nicht zu sachlichen Ergebnissen. Ihr Wert lag in der persönlichen gegenseitigen Fühlungnahme. Der wirkliche, von der deutschen Regierung und dem Ausland nicht erwartete Erfolg war das deutsch-russische Abkommen von Rapallo, das Rathenau in geheimen Sitzungen, zum Entsetzen Lloyd Georges, abschloß. Ein selbständiger Schritt des in Genua anwesenden Dr. Hirsch brachte Beruhigung und das Zugeständnis Lloyd Georges, trotz allem mit den Deutschen weitere Konferenzen zu führen.
Siegesfreudig aus Genua zurückkehrend, wurde Dr. Hirsch von Robert Schmidt sehr ungehalten empfangen, der gegen das Rapalloabkommen Stellung nahm. Deutschland habe eine nach Westen ausgerichtete Politik zu betreiben und nicht den Kommunismus zu unterstützen. Dieser Meinung sei auch Ebert. Rathenaus Abschluß des Rapallovertrages wurde jedoch weithin als Erfolg betrachtet, vom Reichswehrministerium an über die Wirtschaftsvertreter und auch, innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums, von Hans Schäffer. Adolph Löwe, der Hirsch nach Genua begleitet hatte, versuchte seinerseits, Schmidt mit der Darstellung einer Konferenz der gleichberechtigten Fühlungnahme zu beruhigen. Robert Schmidt sagte aber zu mir, daß er die Konferenz von Genua im ganzen für einen Fehl- und Rückschlag halte. Die Alliierten unter Lloyd George würden sich nun von neuem versteifen – schon aus „Rache für das rote Osterei des Rapallo-Vertrages!"
Der Tag der Ermordung Rathenaus, der 24. Juni 1922, wurde für die große Masse des Volkes zu einem Trauertag, der Erlaß des Gesetzes zum Schutze der Republik konnte wenig Trost geben.

Ich habe Robert Schmidt während unserer langen Zusammenarbeit in keiner Stunde so bitter gesehen wie in seinen Reflexionen über den Tod Rathenaus. Dieser sei im Angesicht des feindlichen Diktats von Aufgehetzten des eigenen Volkes ermordet worden. Die wirklich Verantwortlichen seien die „vaterlandslose Gesellschaft" der Deutsch-Nationalen, die Kommunisten und die nach Osten blinzelnden Intellektuellen. Der moralische Verfall des Volkes sei die tiefere Ursache der Morde an Erzberger im Juni 1921 und Rathenau im Juni 1922, diesen wirklich sich aufopfernden Dienern des Staates. Die außenpolitischen Folgen hielt Schmidt für sehr bedeutend. Rathenau war der Garant für eine Annäherung der gegnerischen Fronten gewesen. Ferner war Schmidt der Meinung, daß die Ruhrbesetzung jetzt unvermeidlich geworden sei. Nichterfüllungen von einzelnen Sachlieferungen seien nicht zu verhindern, und das werde künftig als böser Wille ausgelegt. Er erwog ernstlich, den Sozialdemokraten die Demission zu empfehlen und führte deswegen lange Telefongespräche mit Ebert.
Die Wiedervereinigung der SPD mit der USPD im September 1922 bewegte Schmidt und mich sehr. Damit hatte die SPD eine neue geistige Fassade in Hilferding und Breitscheid. Letzterer war Pazifist. Hilferding hatte sich vom internationalen Sozialisten zu einem pragmatischen Internationalisten gewandelt, der die Rettung in internationalen Abmachungen der Parteien und Gewerkschaften sowie im Ausbau des Völkerbundes sah. Soweit ich mich erinnern kann, waren alle führenden Sozialdemokraten, einschließlich Eberts, „Erfüllungspolitiker", doch in die verschiedensten Richtungen zersplittert.

7. Kampf gegen die Inflation

Ebert wurde gedrängt, ein neues Kabinett nach rechts zu bilden, was ihm durch die Ernennung des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie, Dr. Cuno, zum Reichskanzler im November 1922 gelang. Als Reichswirtschaftsminister kam mein hessischer Landsmann Dr. Becker. Er bat mich, als Adjutant und Verbindungsmann zum Ministerium bei ihm zu bleiben. Er war ein Beamtentyp, ein süddeutscher Demokrat, der die Reichsverfassung wirklich anerkannte und daher einer der wenigen war, die öffentlich sagten, was sie innerlich dachten. Wir sprachen auch über seine Haltung zur Erfüllungspolitik. Er antwortete, er sei für jede Nutzung des noch möglichen Verhandlungsspielraums, doch sehe er keine Möglichkeit, eine Konfrontation – nämlich den Einmarsch der Alliierten in das Ruhrgebiet – zu vermeiden. Ein „Revanche-Politiker", deren es noch manche in seiner Deutschen Volkspartei gab, sei er nicht. Ich hielt ihm als Konsequenz einer Ruhkohlenblockade der Entente die rapide fallende Währung vor. Dazu kämen die ständig steigenden Kosten der Entschädigungszahlungen an Arbeiter und Industrien, die mit ständig sinkenden Steuereinnahmen verbunden seien.
Auf meine Bitte entband mich Dr. Becker von meinen Pflichten als persönlicher Referent und nahm statt dessen den von mir vorgeschlagenen dritten persönlichen Referenten Schmidts, einen Volksparteiler, der den Verkehr des Ministeriums mit Reichstag und Reichsrat herstellte. Dr. Becker entsandte mich in ein Geheimgremium zur Währungsentwicklung, dem weitere vier Vertreter angehörten: von der Reichsbank, dem Auswärtigen Amt (Ritter), dem Reichsfinanzministerium (Popitz) und Wiederaufbauministerium. Wir wurden durch besondere Unterschrift verpflichtet, über unsere Tätigkeit niemandem zu erzählen, da wir mit den Vorschätzungen der sich vermehrenden Ausgabenmenge von Reichsmarkzahlungen der Regierung zu tun hätten. Auf der Grundlage dieser Vorschätzungen der notwendigen Geldsumme wurden dann durch die Reichsbank im voraus (14 Tage zuerst, zweitätig späterhin) die Markscheine mit den ins Gigan-

tische steigenden Nominierungen gedruckt – bis zur Billion, das sind 1000 Milliarden. (In diesen Zahlengrößen haben meine Kinder in der Schule die Preise der Flasche Milch zu errechnen gelernt.) Der Notgelddruck geschah erst auf gutem Notenpapier, dann durch überwachte Zeitungsdruckereien und zuletzt durch Ermächtigung an Städte und Industrien, ihre eigenen Milliardenpapiere in Umlauf zu setzen. Die Noten wurden, in Kisten verpackt, mit Schnellzügen ins Land geschickt, und die unglücklichen Passagiere verloren ihre reservierten Sitzplätze.
Das Geheimgremium unterschätzte zuerst die steigende Umlaufgeschwindigkeit der Noten und später ihre erforderliche Menge, wodurch in den Lohnauszahlungen oft Stockungen entstanden, die zu Unruhen führten.
Die Regierung war allerdings, wie ich das Dr. Becker vorausgesagt hatte, in keiner Weise für einen geordneten passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung gerüstet. Reichskanzler Wirth wie die früheren sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder hatten diese Situation grundsätzlich vermeiden wollen. Sie waren bis zur letzten Bedingung der Entente Erfüllungspolitiker gewesen. Doch ist das keine ausreichende Entschuldigung. Wir, die Beamten, versagten. Alle Eventualitäten hätten im voraus erwogen sein sollen. Wir hatten, eine Krankheit der Epoche, stundenlang diskutiert und daran gelitten, das Handeln verpaßt zu haben. So ging Becker mit Überzeugung, aber unvorbereitet in den Ruhrkampf.

8. Die neue Währung

Ein neues Kabinett, das erste von Gustav Stresemann, erklärte am 26. September 1923 den passiven Widerstand an der Ruhr für beendet. Robert Schmidt kehrte wegen seiner früheren Haltung zur Währungsfrage nicht in das Reichswirtschaftsministerium zurück. Er wurde Wiederaufbauminister. (Schmidt hatte übrigens unter allen sozialdemokratischen Ministern die längste Amtszeit.) Er vermied es, in die Öffentlichkeit zu treten. Er war ein Politiker des gesunden Menschenverstandes und immer ein entscheidender Machtfaktor als Integrationsfigur der Gewerkschaften. Manche, die ihn näher kannten, vermißten ihn im Ministerium. Schmidt trauerte jenem weniger nach, denn er sah dieses Kabinett nur als eine Zwischenstufe, als Notkoalition, an. Zu Stresemann, den er nur als Syndicus kannte, hatte Schmidt auch nicht viel Vertrauen.
Im Reichswirtschaftsministerium hatten sich unter Becker wesentliche Personalveränderungen vollzogen. Dr. Hirsch war, da er sich offen gegen die Durchhaltung des Ruhrkampfes aussprach, im Februar 1923 zur Disposition gestellt worden. Sein Nachfolger wurde erwartungsgemäß Dr. Ernst Trendelenburg – ein gebildeter, belesener Mensch und richtiger Beamter. Schon ein Jahr später wurde das Fehlen der oft ungezügelten Aktivität von Julius Hirsch bedauert. Trendelenburg, der den Beinamen „Müder Trauriger" bekam, stellte die Kontinuität der Wirtschaftspolitik, vom Abbau der Kriegswirtschaft zu einer gebundenen Marktwirtschaft, her. Er einigte sich mit Hilferding im Gespräch auf das weite Ziel einer konsequenten Völkerbundspolitik. Doch die anregende Dynamik, die von dem vorigen Staatssekretär ausgegangen war, fehlte.
Hans von Raumer war, wie er beim Abschied nach seiner dreimonatigen Amtsperiode von sich selbst sagte, der witzigste aller vergangenen und folgenden Wirtschaftsminister. Am ersten Tag seines Erscheinens bat er mich, das Amt des Referenten wieder zu übernehmen, ihm aber nur unterschriftsreife Akten vorzulegen. Seine Geistesblitze sprühten besonders, wenn sein Konkurrent im Schlagwortartigen, Hans Schäffer, zum Vortrag kam. Von Raumer, der staatliche Verwaltungsapparate kannte, war trotz allem Syndicus der Deutschen Elektrotechnischen In-

dustrie geblieben. Aus dieser Einstellung heraus galt sein Hauptinteresse der Annahme des kabinettreifen Kartellgesetzentwurfs von Dr. Paul Josten in abgemilderter Form. Die Einigungsstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sollte weiterhin die Parteien zusammenbringen, und erst im Nichteinigungsfalle sollte das Kartellgericht angegangen werden. Die Kartellabteilung des Reichswirtschaftsministeriums durfte dagegen ohne vorliegende ernsthafte Beschwerde über den Mißbrauch der Kartellgewalt keine Anklagen aufgrund eigener Ermittlungen vornehmen. Sowohl Reichsarbeitsminister Brauns vom Zentrum wie sein Staatssekretär Geib unterstützten Paul Jostens Fassung mit der Ermittlungsinitiative des Ministeriums, da sie so Material für die Schiedsgerichte über Löhne und Arbeitsbedingungen erhalten konnten, besonders wenn die Schiedssprüche für allgemein verbindlich erklärt werden sollten. Von Raumers Haltung setzte sich durch; zum Trost sagte er zu Josten: „Ist es denn so schwer, eine richtige Beschwerde gegen Kartellmißbrauch zu stimulieren, wenn ernsthafter Verdacht vorliegt?"
Von Raumer hatte freundschaftliche Beziehungen zu Rudolf Hilferding, dessen Arbeiten an der Währungsreform in zahlreichen Diskussionen zur Geltung kamen. Dr. Karl Helfferich (Deutsch-Nationale Volkspartei) hatte dazu die Grundidee gegeben. Er wollte aufgrund der Verpfändung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes eine Roggenmark schaffen, während Hilferding die Basis für die Herausgabe der Rentenmark – deren Wert einer Billion Reichsmark gleichgesetzt wurde – durch erststellige Grundschulden des Grundbesitzes wie die Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken gesichert sehen wollte.
Hilferding konnte seine Aufgabe nicht vollenden, da in der Zwischenzeit die vereinigte sozialdemokratische Fraktion sich mit der Volkspartei nicht einigen konnte, ob das Recht zur Verlängerung der Arbeitszeit als Notstandsmaßnahmen in das Ermächtigungsgesetz des Reichskabinetts aufgenommen werden dürfe. Mit dem Austritt der SPD war das erste Kabinett Stresemann gescheitert.
Anstelle von Raumers erschien im Oktober 1923 der sehr energische wie schneidige Dr. Koeth im Reichswirtschaftsministerium, ein Berufsoffizier, der sich in der Kriegsrohstoffversorgung einen guten Namen gemacht hatte. Kurz nach seiner Ankunft erklärte er, daß das Geheimgremium zur Vorschätzung der Banknotenpresse in seinem Vorzimmer zu tagen habe und ich als sein persönlicher Referent mich dabei aktiver beteiligen solle, als ich das bisher getan hätte. Jetzt komme der Zeitpunkt zum Handeln. Er nehme die Währungsreform in seine Hand. Ich erzählte ihm von den Waschkörben mit Vorschlägen zur Rettung der Reichsmark, von außen wie vor allem von den ungeduldigen Beamten aus allen Ämtern. Koeth antwortete, diese Dilettanten verstünden nicht, daß sich die Reichsmark erst ausbrennen müsse. Es sei unverantwortlich, vor oder kurz nach dem Ruhrkampf eine neue Währung herauszubringen, da sie dem Schicksal der Reichsmark in kürzester Zeit verfallen werde. Erst nach Rückgang der Reichsausgaben und kräftiger Einschnürung der Bankkredite habe es überhaupt Sinn, ein Währungsexperiment zu wagen. Darin stimme er mit Hilferding überein. Der neue Reichsfinanzminister Luther sei ein in seiner Grundhaltung unsicherer Mensch, der sich von Hjalmar Schacht beraten lasse, welcher erst die äußere Valuta der Mark durch eine Golddiskontbank sichern wolle.
Koeth hörte zuerst Wagemann an, der Leiter des statistischen Reichsamtes war und neben seinen theoretischen Kenntnissen Erfahrungen mit der galoppierenden Inflation in Chile gesammelt hatte. Schon für den nächsten Samstag lud Koeth Reichsfinanzminister Luther, Hjalmar Schacht und Ernst Wagemann zu einer Besprechung in sein Amtszimmer, um Ausgabetag und -weise der neuen Rentenmark zu bestimmen. Er schlug Anfang November als Termin vor. Luther hatte wegen der Druckzeit der neuen Noten Bedenken gegen ein so frühes Datum, auch gegen das Verhältnis von Reichsmark zu Rentenmark und gegen die Erstausgabe an einen bestimmten Personenkreis. Koeth stimmte dann für den 15. November, schlug ein 50:50-Verhält-

nis und die Erstausgabe nur für Beamte vor. Schacht hielt eine lange Rede und bezeichnete diese Absicht als ein verfrühtes, unverantwortliches Experiment. Zuerst müsse die Golddiskontbank errichtet werden. Wagemann verteidigte Koeths Plan und sagte leider in der Hitze zu Schacht, daß dieser „nicht wisse, was eigentlich Inflation sei". Darauf sprang Schacht auf und ging. Ich begleitete ihn als beisitzender Adjutant zur Tür, um ihm seinen Mantel zu geben. Schacht fragte mich empört: „Wer hat eigentlich in dieser Regierung über die Währungsreform zu entscheiden?" Ich antwortete knapp: „Ich glaube sicher, daß Sie, Herr Reichsbankpräsident, es nicht allein sind." Ihm gegenüber konnte ich mir das leisten, denn er hatte mich und wenig später auch Ernst Heilmann bei einem Interview für die Chemnitzer Volkszeitung gefragt, ob es für ihn nicht opportun sei, Sozialdemokrat zu werden. Dies könnte Ebert doch beeindrucken. Wir beide hatten mit einem klaren Nein geantwortet.
Die Sitzung ging weiter und führte zu dem Beschluß, das Experiment am 15. November zu wagen. Es glückte. Die Gehaltsempfänger behielten, soweit sie es konnten, die Rentenmark in ihrer Tasche als vertrauenswürdige Sachwertanlage. Es ereignete sich tatsächlich das erhoffte Wunder, daß die Kaufkraft nicht auf der Hand zerschmolz. Die Einnahmen der Regierung hatten wieder einen Boden.
Koeth und Luther erklärten die Zusammenkunft nachträglich nochmals für eine Geheimsitzung. Die beiden Minister verständigten selbst hochvertraulich und persönlich Ebert, den Reichskanzler und ihre Kollegen. Luther gab dann die Weisungen zur Reichsbank und an die Finanzminister der Länder. Aus diesem wahren, geheimgehaltenen Sachverhalt ist später die Schachtsche Darstellung geworden, er sei der Schöpfer der Rentenmark gewesen. In den Akten der Reichsbank fand sich jedoch ein Brief vom 24. März 1924, der von Wagemann inspiriert und Lauterbach, dem sehr begabten Haus-Ökonomen, diktiert war, mit der Unterschrift von Trendelenburg versehen, worin die Reichsbank ernstlich gewarnt wird, die Kreditausweitung weiter fortschreiten zu lassen, da sich die Umlaufgeschwindigkeit der Rentenmark zunehmend verringere.
Hjalmar Schacht verstand in der Tat nicht, was Inflation war, wie ihm Wagemann vorgeworfen hatte. Er hielt sich nicht an die Richtlinien, die Koeth für die Stabilität der neuen Währung gesetzt hatte.

9. Übergang zur wirtschaftlichen Stabilität

Auf die für die Zukunft der deutschen Währung so bedeutsame, 50tägige Leitung Koeths folgte am 1.12.1923 im Reichswirtschaftsministerium unter dem neuen Kabinett von Marx der frühere bayrische Staatsminister für Handel, Industrie und Gewerbe Hamm. Hamm war unzweifelhaft der fleißigste Wirtschaftsminister. Obwohl ich ihm als sein persönlicher Referent die unterschriftsreifen Mappen vortragen wollte, las er selbst alle Eingänge und Ausgänge. Er war ein überzeugter Demokrat, zögerte jedoch, politische Entscheidungen zu treffen. Dr. Hamm wie das ganze Ministerium waren mit den Problemen der Folgen des Ruhrkampfes und der Erhaltung der neugeborenen Währung überbeschäftigt. Zwar hatte das Reichsfinanzministerium mit der Reichsbank, dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsfinanzministerium schon unter Hilferding Maßnahmen zur Aufwertung der wertlos gewordenen, auf Reichsmark gestellten Anleihen, Hypotheken und anderen Verpflichtungen zur völligen Entschuldung der Wirtschaft beschlossen. Doch war schon die Aufwertung eines Viertels des ursprünglichen Werts für die öffentlichen Körperschaften und die Kreditinstitute fast unmöglich. Nach allen Seiten hatte Hamm den vergeblichen Versuch zu machen, beruhigend zu wirken.

Am 1. April 1924 beantwortete ich in der Reichspressekonferenz die Fragen nach der Stabilität der Rentenmark damit, daß diese garantiert sei, der augenblickliche, zu rasche Wirtschaftsaufschwung jedoch gedämpft werden würde. Die Wirtschaftspresse sprach von Krise. Hamm mußte sich mit Beschwerden der Textilindustrie plagen, die Rentenmark gehe auf das Sparkonto, und der ohnehin schwache Kaufwille leide nun dazu durch meine „reichsamtlich" verordnete Wirtschaftsbaisse. – Das war das Ende meiner „persönlichen Referentenlaufbahn". Ich behielt mein Pressereferat und die direkte Fühlung mit Hamm. Außerdem wurde ich Referent für die Verbindung des Reichswirtschaftsministeriums zum Reichsarbeitsministerium und, unter meinem Freund Schäffer, für die Wohnungsbau- und allgemeine Wirtschaftspolitik.
Schäffer war mehr und mehr die nach innen und außen hervortretende Persönlichkeit im Reichswirtschaftsministerium, die für den Minister in den Reichstagskommissionen, im Auswärtigen Amt, dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat sowie in den Konferenzen mit den Alliierten auftrat. Der Bankier Melchior bewunderte ihn als den Idealtyp eines staatlichen Unterhändlers – hätte er es nur über sich bringen können, eine witzige Pointe bei sich zu behalten!
Geheimrat Bücher vom Auswärtigen Amt folgte Dr. Kraemer als Syndicus des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Er bat, von den großen Führern der Industrie begleitet, um seine Vorstellung im Reichswirtschaftsministerium, die Schäffer an Stelle des abwesenden Ministers Hamm mit mir als Pressereferent wahrnahm. Fast eine Stunde nahm Bücher in Anspruch, um darzulegen, daß die Industrie sich das Gehör der Reichsregierung erzwingen müsse, während Arbeitervertretungen und Handelskammern dort offenen Zutritt hätten. Schäffer antwortete Bücher mit der Frage, ob er diese seine Beschwerde wirklich ernst meine, denn die Vergangenheit beweise das Gegenteil. Abschließend wollte Schäffer noch wissen, was er während des Weltkrieges in der Türkei getan habe, worauf Bücher mit Vergnügen seine Lieblingsgeschichte ausplauderte, daß er die türkischen Ernten vor den Heuschrecken gerettet habe: durch Gräbenziehen und das Aufhängen großer Bleche, was die Heuschrecken, nach dem Aufprall in die Gräben fallend, vernichtete. – Nach kurzem Schweigen sagte Hans Schäffer zu Bücher: „Über Ihr Blech kommen wir auch nicht weg", womit er die Sitzung unter dem Gelächter aller Anwesenden schloß. Und doch erreichte er damit, daß seine Verhandlungsgegner ihre Angriffe zurückstellten. Nach der Sitzung sagte Schäffer zu mir, die Wahl von Geheimrat Bücher zum Syndicus zeige, daß sich die Industrie von einer sozialen wieder mehr auf eine enge, kurzfristige Profitpolitik versteife. Im Jahre 1925 kündigte die Industrie dann auch den Gewerkschaften die Arbeitsgemeinschaft auf. Das signalisierte den offenen Bruch mit der bisherigen Sozial- und Wirtschaftspolitik, die von dem markanten Rechtsruck der Wähler begleitet war.
Nach dem Ruhrkampf wurde die deutsche Außenpolitik von dem aufstrebenden Politiker Gustav Stresemann von 1924 bis zu seinem Tode im Jahre 1929 bewundernswert geführt. Sie hatte ihre starken Rückwirkungen auf die Handelspolitik des Reichswirtschaftsministeriums, die von Stresemann persönlich kontrolliert wurde. So traf ich Stresemann vor der Tür von Albert Neuhaus, der Anfang 1925 Hamm als Wirtschaftsminister gefolgt war. Er nahm mich bis ganz nach hinten in den Korridor mit und sagte mir, ich müsse dem deutschnationalen, doch aufrichtigen, unabhängig denkenden und geschulten preußischen Verwaltungsbeamten eine gute Freihandelsrede entwerfen, „auch wenn sich alle Junker seiner Partei auf den Kopf stellten". So geschah es.
Das Reichswirtschaftsministerium verkleinerte sich mit dem Abbau der Kriegswirtschaft. Dr. Gustav Brecht ging zu Silverberg, dem Generaldirektor der Rheinischen Braunkohle. Löwe wurde in das Statistische Amt zu Wagemann versetzt. Alexander Rüstow ging zu Dr. Lange, dem Syndicus des Deutschen Maschinenbauvereins, um dort begeistert seine Kenntnisse und seinen großen Verstand anzuwenden; ihm wurde der Ausspruch nachgesagt: „Am Maschinenwesen

muß die ganze Welt genesen". Über die einseitige Auswahl der Abzuschiebenden hatte ich dann 1925 meinen ersten wirklichen Zusammenstoß mit dem Personalchef, Freiherrn von Massenbach. Eines Nachmittags ging ich zu ihm ins Amtszimmer. Er sah mich in Vorahnung des Kommenden ängstlich an. Ich sagte ihm frei heraus, daß er den besonderen Charakter und das Ansehen des Ministeriums ruiniere. Er gebe wesentliche Referate in die Hand von natürlicherweise unerfahrenen Assessoren. Auf der anderen Seite versuche er, die freien Fachleute zu beseitigen. Freiherr von Massenbach stand mit der Entschuldigung auf, er müsse früh nach Hause, um den Wein für seine Gäste zu probieren. Ich antwortete ihm nur, daß ich hoffte, der Wein würde ihm in der Kehle sauer werden. In meiner tiefen Sorge um die zukünftige Bedeutung des Reichswirtschaftsministeriums rief ich nach Beratung mit Hans Schäffer am nächsten Morgen meinen Minister Neuhaus an, der mich sogleich in seine Wohnung am Tiergarten bat. Ich legte ihm die Situation dar. Es seien, wie ich von Tettenborn, dem Mitarbeiter Massenbachs, gehört hätte, noch Dr. Josten und Lauterbach auf der Liste für anderweitige Verwendung. Der alte preußische Beamte dankte mir und bezeichnete von Massenbach als „Reaktionär", der das Kaiserbild in seinem Schrank zum Wiederaufhängen im kommenden deutschnationalen Frühling bereithalte. Er gab Massenbach Anweisung, ihm alle beabsichtigten Ernennungen oder Abschübe persönlich vorzulegen. Neuhaus und ich unterhielten uns auch noch über Stresemann, dessen große Bedeutung für die künftigen, noch schweren Verhandlungen mit den Alliierten seine Parteifreunde nicht einsehen könnten. Neuhaus selbst jedoch sah in der Verhandlungspolitik den einzigen Weg zur allmählichen Annäherung. Er hoffte auf Amerika, nicht nur der Kredite, sondern seines politischen Druckes auf England wegen, wenn er auch über die Auswirkungen der Wilsonschen Politik der Befreiung der Nationen auf die Landkarte Europas wie der Welt größte Besorgnis hege.
Der Erfolg des Ministers Neuhaus lag in der Belebung der Vorarbeiten zu den Zolltarifen und Handelsverträgen im Reichswirtschaftsministerium, was ihn in zunehmenden Gegensatz mit seiner Partei brachte. Es ging darum, eine neue Stellung des Landes in der internationalen Handels- und Kreditwirtschaft zu formulieren. Dazu kamen Schäffers und Melchiors Vorbereitungen für die internationalen Konferenzen und für eine Revision der deutschen Reparationszahlungen. Diese stille, emsige und harte Vorbereitungspolitik trug später im Young-Plan ihre Früchte. Der Konjunkturaufschwung durch städtische Auslandskredite und vor allem die für Deutschland günstigen Rückwirkungen des langen englischen Kohlenstreiks schaffte wieder ein besseres soziales Klima zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Das Reichsarbeitsministerium erlebte eine Hochkonjunktur in seinen sozialen Maßnahmen und Schiedssprüchen über Lohn- und Arbeitsbedingungen, die die Kaufkraft der minderbemittelten Schichten auf eine noch nie erreichte Höhe hoben. Als Referent für Arbeitsfragen warnte ich mit Reichsfinanzminister von Schlieben in den Reichstagskommissionssitzungen schon 1926 vor der Gefahr der Überhitzung. Damals betonte ich, daß die Verbindlichkeitspolitik des Reichsarbeitsministeriums den Streikwillen und Kampfgeist der Gewerkschaften vermindere, da die Sekretäre sich ihren Arbeitern gegenüber immer mit den Reichsentscheidungen herausreden könnten. In dieser diskussionsbewegten Sitzung traf ich zum erstenmal Heinrich Brüning, der im Interesse der christlichen Gewerkschaften sprach. Er fragte mich nach der Sitzung, ob ich glaubte, was ich sagte, oder nur als guter Beamter gesprochen hätte. Ich erklärte ihm, daß dies die Auffassung des Ministeriums sei, die jedoch mit meiner eigenen Befürchtung übereinstimme. Er sagte mir damals – und ich erinnere mich an seine Worte –, daß meine Parteigenossen mich verlacht hätten, daß er hingegen meine Befürchtungen über die sozialpolitischen Rückwirkungen auf die Arbeiter sehr ernst nehme. Sie seien von großer politischer Bedeutung.
Im Jahre 1925 wurde ich neben meinem Verbindungsreferat zum vorläufigen Reichswirt-

schaftsrat von Schäffer mit dem Entwurf für den endgültigen Reichswirtschaftsrat betraut. Meine Tür wurde zur Drehtür für die Syndici der Fachverbände, die alle im „endgültigen" stärker vertreten sein wollten. Auch die Gewerkschaften versuchten, die Gesamtzahl ihrer Vertreter hinaufzudrücken. So riefen mich Leipart, Naphtali und auch Robert Schmidt an – letzterer sogar am frühen Morgen zu Hause. Schäffer war mit seinen Reparationsvorbereitungen überlastet, so daß ich, um Rat und Anweisungen einzuholen, direkt zu dem neuen, sehr gebildeten und weitsichtigen Dr. Curtius ging, der Anfang 1926 Reichswirtschaftsminister wurde.
Ich sah ihn auf den Pressekonferenzen, und er holte mich öfters zu persönlichen Gesprächen. Er hatte in Heidelberg einst eine Abhandlung über Bismarck geschrieben – das war unser Anknüpfungspunkt. Im neuen Reichswirtschaftsrat sah er die einzig „gesunde" (sein eigener Ausdruck) Aussprachemöglichkeit der sich natürlicherweise entgegenstehenden sozialen und wirtschaftlichen Interessen von Unternehmern, Arbeitern und Staat. Curtius sagte nebenbei scherzend, daß Lenin den Ausdruck „Räte" von Bismarck mit nach Rußland übernommen habe. Die Politik der jungen Demokratie sei hoffnungslos mit dem inneren Kleinkrieg der führerlosen Parteifraktionen verstrickt, was sich am stetigen Wechsel der Regierungen zeige. Der Reichswirtschaftsrat sei frei von diesen Fehden und könne sich in realistischerer Weise, von den dogmatischen Gralshütern der Parteien uneingeschränkt, mit den unabänderlichen Gegensätzen in der Wirtschaft auseinandersetzen und Verbesserungsvorschläge für die Bürokraten mit Mehr- wie Minderheitsvoten ausarbeiten. Diese Diskussionen mit Curtius bestimmten mein Schicksal. Curtius bat mich, als „ausgeliehener" Beamter nach Preußen zu gehen, um dort den Elektrizitätsfrieden herzustellen.

10. Der Enquête-Ausschuß

Eine Kernfrage in den Diskussionen mit Curtius war der Enquête-Ausschuß. Es war meine etwas tollkühne Lieblingsidee, ein Inventar der deutschen Wirtschaft nach englischem Muster mit eidlichen Verhören und authentischen Nachweisen zu erstellen, um die innere Wirtschaftsstruktur und die verminderte Konkurrenzfähigkeit mit den anderen, zum Teil neuaufgebauten, modernisierten Wirtschaften in Frankreich, Belgien, Holland und England zu ermitteln.
Es war ein hartes Problem für das Reichswirtschaftsministerium. Ein solches Unterfangen beansprucht nicht nur Haushaltsmittel. Es verursacht Handel, Banken, Gewerbe und Industrie bei ihrer Mitarbeit hohe Unkosten etwa für Material- und Zeitaufwand, und dies alles sollte „freiwilliges" Opfer sein – auch wenn Strafen als Damoklesschwert verhängt wurden. Die Anhörungen würden in die Tausende gehen. Die Beamten aller Ämter wären mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogen. Dann war die Nebenfrage, wie der Enquête-Ausschuß technisch mit dem Wirtschaftsministerium, mit dem er eng zusammenzuarbeiten hätte, verbunden werden sollte, zu lösen.
Hans Schäffer hatte seine üblichen anfänglichen Bedenken. Die Ergebnisse könnten in den Verhandlungen mit den Alliierten wie ein Bumerang wirken. Sie würden andererseits den deutschen inneren Wiederaufbau schwarz auf weiß dokumentieren und so sicherlich helfen, Auslandskredite anzuziehen. Stresemann war sehr dafür, den Plan bald durchzuführen, so auch Dr. Harms vom Kieler Weltwirtschaftlichen Institut, ein Freund, Berater und Benefizient. Dr. Wagemann war von dem Enquêteplan begeistert. Die Gewerkschaften sagten ihre Hilfe durch Leipart, den Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Freien Gewerkschaften, und durch Naphtali, den Leiter der Forschungsstelle der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften nebst den

freien Angestellten, ebenso zu, wie der frühere Reichswirtschaftsminister und Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Handelskammern Hamm sowie Demuth von der Berliner Handelskammer; nur Robert Schmidt rief mich zu Hause an, um zu warnen. Der hohe persönliche und anderweitige Einsatz würde sich selbst dann nicht auszahlen, wenn die Ergebnisse ausgezeichnet ausfielen. Das Verhältnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaften nehme an Spannung zu. Schmidt hielt den Zeitpunkt persönlich für verfrüht. Allerdings werde er nicht dagegen arbeiten.

Dr. Curtius entschied sich für das kostenreiche Experiment. Die Initiative könne jedoch nicht vom Reichswirtschaftsministerium ausgehen, zumal Hauptarbeit und Zeitaufwand zu Lasten der Unternehmer gingen. Ich schlug vor, mit Toni Sender und ihrem Freund, dem linken Metallarbeiterführer Dittmer (gemeint ist wahrscheinlich Robert Dißmann, d. Hrsg.), zu sprechen, die sich nach meiner objektiven Schilderung des Pro und Contra beide entschieden, einen Initiativantrag für eine große Enquête nach englischem Muster zu stellen. So kam die große Enquête zustande. Die Seitenzahlen ihrer Veröffentlichungen sind imponierend, was das Verdienst von Dr. Neu ist, dem fleißigsten Konferenzsekretär, den ich je erlebt habe. (38 Bände und weitere Memoranden füllen die Regale der Bibliotheken.)

Wenn man schon seine Erinnerungen niederschreibt, sollte man sich auch zu den weniger erfreulichen Erfahrungen bekennen. Die Enquête-Kommission wurde zu einem Alpdruck meines Gewissens. Sie war zeitlich im falschen Moment, dem Übergangsjahr 1925/26, entstanden. Sie wurde viel zu weit ausgedehnt und ihre zusammengefaßten, in Folianten gebundenen Ergebnisse waren durch die bald folgende, schwere Weltkrise zum Teil obsolet geworden. Sie brachte interessante Resultate, so zum Beispiel, daß die Kartellgebilde, in denen keine Preiskonkurrenz herrschte, eine erstaunliche Konkurrenz um ihren Marktanteil durch Spezialitäten und besondere Marken entwickelten, wobei sich damals auch die kleineren Firmen behaupten konnten, wenn sie individuelle Lohnverträge hatten. Große Neuinvestitionen, durch die hereinströmenden Kredite (besonders für Städte und Gemeinden) angekurbelt, zeigten bald eine gefährliche Überhitzung.

Ich schließe meine Enquête-Eindrücke mit einem Aperçu. Der Vertreter der Firma Bayer sagte zu Schäffer, daß er unmöglich das Geheimnis ausplaudern könne, was in Bayers Aspirin drin sei, das seine bessere Wirkung auf den Magen ausmache.

Schäffer antwortete ihm, daß er das verstehe. Er könne ja auch nichts ausplaudern, weil nichts Besonderes drin sei. Bayer konterte „Aspirin bleibt Aspirin". – „Wenn es nur im Preis herunterginge", fügte Schäffer zustimmend hinzu. Dann beklagte Bayer die hohen Werbungskosten, worauf Schäffer mit den Worten schloß: „Dann hätten wir zuerst eine Enquête über die Beeinflussung der Konsumenten und deren rationales und irrationales Verhalten im Sparen wie Kaufen machen sollen."

IV. Im Preußischen Handelsministerium 1927–1932

1. Neue Aufgaben

Im Frühjahr des Jahres 1927 wurde ich von meinem Minister Curtius aus einer Reichstagssitzung herausgerufen. In der „Büstenallee" teilte er mir mit, daß er gerade zuvor in einem langen Gespräch mit dem preußischen Handelsminister Schreiber zu dem Schluß gekommen sei, mich als einen der besten Reichsbeamten nach Preußen auszuleihen, um den deutschen Elektrizitätsfrieden herzustellen. Wie ich wisse, seien Dr. Schäffer und Dr. Lenzmann, der Vorsitzende der Deutschen Elektrowerke, wie auch Ministerialdirektor Bail vom Handelsministerium dafür, die Gründung der beabsichtigten Preußischen Elektrizitätswerke aufzuhalten und die preußischen öffentlichen Elektrizitätswerke mit den Reichselektrowerken zu vereinigen. Curtius kannte meinen Einwand, das Reich habe keine eigene Elektrizitätspolitik. Diese sei Sache der Länder und der Elektrizitätsunternehmen. Dem stimmte Curtius zu. Das Reich hätte die Reichselektrowerke, die im Lande Preußen arbeiteten, dazu benutzen können, die so dringend notwendige Verbundwirtschaft zu inaugurieren. Doch seien die Reichselektrowerke leider wie ein öffentliches Privatunternehmen nach üblichen kurzfristigen Gewinnabsichten geführt. Curtius und ich erörterten die beiden Kernprobleme, nämlich erstens, ob eine auf lange Sicht ausgerichtete Elektrizitätswirtschaftspolitik zu verwirklichen sei. Der Finanzminister müsse dann auf Jahre hinaus nicht nur auf Dividenden verzichten, zum Ausbau der Werke und Hochspannungsleitungen müßten auch noch Kredite zur Verfügung stehen. Das zweite wesentliche Problem sei, eine einseitige Elektrizitätspolitik zu verhindern und die öffentlichen Elektrizitäts-, Kohle-, Gas- und Ölwerke zur Zusammenarbeit zu veranlassen, um eine einheitliche, für die Allgemeinwirtschaft langfristig beste und billigste Energiewirtschaft zu errichten.
Die öffentlichen preußischen Kohleunternehmungen, Preußische Bergwerks- und Hütten-AG Berlin (Preussag), Bergwerks-AG Recklinghausen (Bergag) und die Herner Bergwerksgesellschaft Hibernia, müßten kooperieren. Ferner hätten die preußischen Kalibergwerke die Zusammenarbeit mit der neuzugründenden Preußischen Elektrizitäts-AG (Preag) aufzunehmen. Diese erst schaffe die experimentelle Basis für eine zukünftige einheitliche Grundstoffwirtschaft. Die Form der Aktiengesellschaft befreie die öffentlichen Unternehmen von der täglichen parteipolitischen Diskussion. Im Aufsichtsrat seien die Parteiführer zur politischen Richtungskontrolle vertreten. Curtius stimmte diesem Programm völlig zu.
Ich war erstaunt, daß Generaldirektor Vögler, der Aufsichtsratsvorsitzende des gemeinwirtschaftlichen und größten Werkes, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), anläßlich einer Aussprache über die Vertretung der Elektrizität im endgültigen Reichswirtschaftsrat meinen prinzipiellen Darlegungen zustimmte. Er arbeite bereits mit dem preußischen Handelsministerium an einem künftigen Demarkationsvertrag und sehe in der öffentlichen Hand das notwendige Mittel zu einer koordinierten Gesamtwirtschaft. Vögler stellte mir jede mögliche Hilfe und besten Rat in Aussicht.
Exwirtschaftsminister Hamm gratulierte mir zu der großsen Aufgabe, auf einige spezielle Wünsche der Handelskammern hinweisend. Auch mit Gustav Stresemann sprach ich über mein neues Aufgabengebiet. Er nahm mich in seinen privaten „Klub" mit, wo er oft bis spat in die Nacht mit seinen Freunden nicht so sehr über Politik, sondern eher über Kunst, besonders über die neuen Theaterereignisse, sprach. Er wußte von Curtius, daß ich nach Preußen zu gehen be-

absichtigte. Wir begannen unser Gespräch darüber mit dem Thema, ob eine kurzfristige oder langfristige Politik zu betreiben sei. Alle Politik basiere im letzten Grunde auf Macht – auch der Politiker brauche seine Bataillone. Er verfolge eine Politik der Zusammenarbeit mit den Franzosen in Europa und sehe diese praktisch im gemeinsamen Wiederaufbau der auseinandergerissenen Länder Südosteuropas. Wegen der juristischen Auslegungssucht der Franzosen und ihrer verständlichen tiefen Verletztheit angesichts der noch bestehenden Kriegsverwüstungen sei die Durchführung schwer. In der deutschen Innenpolitik machten ihn die zahllosen Kabinettsstürze wegen relativ kleiner Anlässe in Anbetracht der großen vor uns stehenden Probleme sehr skeptisch. Seine Volkspartei sei ein zerklüftetes „protestantisches Zentrum", der Protestantismus ein konservatives Bleigewicht. Natürlicherweise sei die Volkspartei im Kampf um Wählerstimmen in ihren politischen Erklärungen von der Nachbarpartei, der Deutschnationalen Partei, beeinflußt, welche sie der Abnutzung wegen in die Regierungspolitik hineinzuziehen versuche. Diese Politik sei ein Ost-West-Konglomerat von Junkern und Schwerindustrie. Das merkwürdige Wiederauferstehen von Hindenburg sei eine Hoffnung, daß die „rechte Mehrheit" sich in die Weimarer Verfassung einlebe. Stresemann griff in diesem persönlichen Gespräch auch meine Partei an, als die Partei der Gewerkschafts- und Parteisekretäre. Sie sei keine Arbeiterpartei, aber eine den Arbeiterwählern verpflichtete, straffe Organisation, die jährlich die politischen, besonders die erhöhten sozialpolitischen Dividenden ihrer Anhängerschaft auszuzahlen habe. Es fehle ihr eine einheitliche Außenpolitik, und innenpolitisch komme sie zum Teil nicht über ihre Selbsttäuschung hinweg. Doch besitze sie sehr gute Persönlichkeiten, die allerdings auseinanderstrebten.

Viel eher stimmte er in der Wirtschaftspolitik mit mir überein. Die freie Marktwirtschaft sei im Schwinden, und daher sei der kurzfristige Markt nicht länger Indikator von freier Wahl und freiem Angebot. Jene habe sich zu einer privaten wie auch staatlich geplanten Marktwirtschaft entwickelt. Diese beiden dynamischen Faktoren seien in stetem Anwachsen. Stresemann sprach über die großen Umwälzungen, die die Elektrizitätswirtschaft mit sich bringe. Zu meiner Verwunderung stimmte er dem Eingriff der öffentlichen Hand in den Betriebsaufbau zu, da nur der Staat in einer technisch beeinflußten Übergangswirtschaft Schäden und Vorteile ausgleichen könne. Eine baldige, auf lange Sicht ausgerichtete Festlegung der Elektrizitätspolitik sei nicht nur im Interesse der Industrie, besonders hinsichtlich ihrer Konkurrenzstellung in der Welt, sondern auch eine Notwendigkeit für die letzten Konsumenten. Nur ganz große Konzerne mit erheblichen Reserven oder mit der Möglichkeit, Kostenerhöhungen auf die Preise voll und selbst darüber – inflatorisch – aufschlagen zu können, sowie öffentliche Betriebe seien wirklich in der Lage, langfristig große Kapitalien zu investieren. Da ziehe er persönlich die von der Politik und der Öffentlichkeit kontrollierte Staatswirtschaft für die Grundstoffe schon vor. Die öffentlichen Werke seien oft, wie die Kohlenzeche Hibernia dies beweise, viel besser geführt als viele private Unternehmen. Zum Abschluß sagte Stresemann mir seine volle Unterstützung zu, und wir trennten uns um vier Uhr morgens, um um neun wieder im Ministerium zu sein.

Ich war also von der Reichswirtschaftsseite her gut versichert mit Unterstützung, um meine Politik der öffentlichen Werke als Instrument einer Gesamtwirtschaftspolitik anzuwenden.

Hans Schäffer war Traurig, daß ich wegging , und meine Ernennung zum Ministerialdirektor machte ihn, wie er selbst sagte, etwas neidisch. Wir fuhren nach wie vor jeden Morgen zusammen ins Ministerium und abends nach Hause. Es war für mich bedeutsam, daß Schäffer mich Schreiber gegenüber als unabhängig denkenden Planwirtschaftler Wichard von Modellendorffscher Art beschrieb, der seine eigenen wirtschaftspolitischen Prinzipien in die Tat umzusetzen versuche. Schäffer hatte nie gewußt, was ein wirklicher Beamter war. Er war der höchstentwickelte geistige Justitiar und blieb dies sein Leben lang. Schäffer war auch im Grunde kein Po-

litiker. Es fehlte ihm die politische Erfahrung, obwohl er immer treu und offen der Linken nahestand, die seine menschliche Hilfe brauchte.
Meine Freunde von Adolph Löwe über Emil Lederer bis zu Arthur Feiler, die Gewerkschaftsführer Leipart und Naphtali wie vor allem meine Freundinnen rieten mir sehr zu, den „Reichsbeamten“ in einen „Preußischen“ umzuwandeln.

2. Gespräch mit Otto Braun

All dies veranlaßte mich, zuerst mit Ministerpräsident Braun zu sprechen, den ich schon vorher getroffen hatte. Er war, vom Reich aus gesehen, ein „preußischer König“, doch als Politiker und Staatsmann anerkannt. Er selbst allerdings war für einen Reichsministersitz nicht zu haben. Warum?
Ich hatte eine Verabredung mit ihm im preußischen Landtag. Otto Braun fragte mich gütig, doch abrupt nach meinen Elektroplänen. Die Antwort: Erstens sollen Gebietsdemarkations-Abkommen zwischen den großen Elektrizitätswerken abgeschlossen werden. Die künftige Preußen-Elektra würde das zweitgrößte deutsche Unternehmen werden. Die nächste Hauptaufgabe, um Sicherheit der Stromversorgung und auch Preissenkungen zu ermöglichen, bestünde darin, zwischen den großen Werken eine einheitliche Verbundwirtschaft herzustellen, und diese durch Hochspannungsleitungen nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch nach der Schweiz, Frankreich und vor allem den skandinavischen Ländern auszuweiten. Drittens, um die privaten und kommunalen stromverteuernden Elektrizitätsmonopole zu brechen, sollten die großen Werke nicht nur „zur letzten Lampe“, sondern vor allem an geschlossene kommunale Verteilungsunternehmen liefern, um den regionalen Belangen gerecht zu werden.
Otto Braun hob seine großen Augenbrauen und sagte seine volle Unterstützung zu. Wir stimmten darin überein, daß die öffentlichen Betriebe im Interesse von Staat und Wirtschaft gemeinwirtschaftlich geführt werden müßten. Braun hatte einen stärker merkantilen Ausblick. Die öffentlichen Betriebe sollten keine Profitunternehmen sein, sie sollten der übrigen Öffentlichkeit und privaten Wirtschaft „dienen“. Braun wünschte kein privatwirtschaftlich-aufwendiges Verhalten. Preußen sollte die technisch-wirtschaftliche Beziehung fördern, es sollte erstklassige Bergbeamte und Wirtschaftsführungskräfte ausbilden. Die Preisgestaltung der Betriebe sollte gemäß korrekter Buchführung im Sinne der Förderung der Wirtschaft gestaltet werden. Braun forderte niedrige Kali- und Grundstoffpreise für die Landwirtschaft und die weiterverarbeitenden Industrien. Die Elektrizitätswirtschaft sollte die Ansiedlung von Industrien, insbesondere auch aus dem Ausland, vornehmen. Die Hälfte sollte den ausländischen Erdölgesellschaften Stützpunkte geben. Schwache Unternehmungen sollten subventioniert werden, soweit es die sozialen Kosten erlaubten. Kurz: Preußen als der größte Wirtschaftskomplex sollte seine Grundstoff- und Verkehrswirtschaft verbindlich zur Förderung der übrigen Wirtschaft und auch im nationalen Interesse regeln, wobei er die Schwierigkeiten, besonders im Flugwesen, erkannte.
Der Fraktionsführer der SPD, Ernst Heilmann, und Hess vom Zentrum versprachen unter Äußerungen der Begeisterung ihre Mitarbeit. Staatsminister Schreiber erklärte, wie er dies schon zuvor ausgesprochen hatte, daß ein solches Programm seinen eigenen Grundlinien entspreche und für Handel wie Kleingewerbe von wesentlichem Nutzen sei.
Es war also keine allzu schwere Entscheidung, preußischer Beamter zu werden, die Tore standen mir offen. Allerdings gab es noch gewisse Schwierigkeiten vor meiner Ernennung.
Ich war damals Referent für den Gesetzentwurf des endgültigen Reichswirtschaftsrates, dem

Otto Braun seine Zustimmung versagt hatte, weil es seiner Auffassung von der rein repräsentativen Demokratie widersprach, während Schreiber dagegen war, weil Großindustrie und Gewerkschaften in einem solchen Gremium führend wären. Otto Braun löste das Dilemma: Als „gutem Beamten" traue er mir zu, im Reichsrat als Reichsvertreter den Standpunkt dafür und dann als Vertreter Preußens den dagegen einzunehmen; das geschah so, und daraufhin erklärte der bayrische Vertreter im Reichsrat, von Preger, es sei immer leichter, die Schwächen eines Entwurfes zu kritisieren, als seine positiven Seiten herauszustellen. Er werde empfehlen, daß sich Bayern der negativen Haltung Preußens anschließen solle.
Über diese Reaktion war ich sehr traurig. Ich konnte den Standpunkt Preußens, dieser demokratischen Autokratie – als eine solche erschien sie mir damals –, die das Primat der unbeirrten Staatspolitik ohne „Nebenkammern" irgendwelcher Art aufrechterhalten mußte, wohl verstehen. Andererseits sah ich den Wandel der Zeit zu einem kulturellen, ökonomischen und sozialen Pluralismus, wie ihn Max Weber beschrieben hatte, ohne ihm diesen Namen zu geben. Von dieser Sicht her war der Reichswirtschaftsrat die letzte dauernde Verkehrs- und Verständigungsbrücke zwischen Kapital und Arbeit.
Ich fragte mich, ob Preußen die Folgen des Pluralismus, der Verselbständigung großer Sektoren der Gesellschaft, noch nicht so drastisch aufgenommen hatte – oder aufnehmen konnte? War Preußen etwa doch ein anderes Staatsgebilde, trotz der fast gleichen Verfassungsgrundlage? Es mußte also etwas sein, was nicht sein darf. Preußen war Preußen. Für manche ein abstrakt symbolisches, für andere ein realistisches, pragmatisch zusammengefügtes, für wieder andere ein gefühlsmäßiges und in tiefen traditionellen Werten verankertes „Gemeinwesen", das seine große zentripetale Kraft ausströmte. Am meisten wunderte ich mich, daß die preußischen Linken, die den Gewerkschaften nahestanden, sich im Gegensatz zu denen des übrigen Reiches gegen den Reichswirtschaftsrat aussprachen. Sie hatten in ihrem kurzen Gedächtnis schon völlig vergessen, daß sie noch vor kurzer Zeit den preußischen Dreiklassenstaat gehaßt hatten. Über Nacht waren sie „Erzpreußen" geworden, die es mehr als ihre Genossen im Reich fühlten, daß sie mit den Unternehmern und der Intelligenz die „Befreiten", ja die Gewinner eines verlorenen Krieges waren. Sie sahen sie auf politischem Wege allein durch die Besserung der Zukunft.

3. Einführung in das neue Amt

Von Seefeld, ein liebenswürdiger Herr und anerkannter Beamter guten alten Schlages, war Staatssekretär im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Er empfing mich an dem Morgen, als ich mein Amt als Ministerialdirektor antrat, um mich einzuführen, ein Jahr, bevor er selbst in Pension ging. – „Willkommen als preußischer Beamter", rief er mir zu, um dann gleich in erklärender, doch nicht schulmeisterlicher Art weitere Staatsbetrachtungen mit den speziellen Problemen des Ministeriums damit zu verbinden. Ich sei nun Regierungsmitglied eines besonderen Staatswesens, nämlich Preußens, geworden. Der Staatliche Charakter des Reichs sei föderativer Art. Da es aber selbst keinen Körper habe, um seine Politik in zielgerichteter Bewegung im Reichsgebiet wie auch oft gegenüber dem Ausland zur Durchführung zu bringen, brauche es die Länder, die ihm ihrer ethnischen Eigenheit wegen teils mehr, teils minder wohlwollend gegenüberstünden.
Preußen sei ein gewachsenes, in sich einheitliches Gebilde mit einer Geschichte und einer starken, ungebrochenen Tradition. Trotz seiner im Osten überwiegend feudalistischen Ausrichtung und der besonders im Westen fortschreitend kapitalistischen Entwicklung hätten diese Gegen-

sätze durch sein einzigartiges Staatsgebilde zu fruchtbarer Zusammenarbeit gebracht werden können. Reich und Länder hätten sich jedoch trotz gleichgerichteter Verfassungsstruktur, nämlich der repräsentativen Demokratie, zu keiner organisch verschmolzenen politischen Einheit entwickelt. Das Reich hänge also sozusagen in der Luft. Es sei daher ein ernstes, ja entscheidendes Problem, die preußische mit der Reichspolitik in wirksamen Einklang zu bringen, ohne dem erfolgreichen Wirken Preußens zu schaden.

Auch mein Eintritt in das preußische Beamtentum sei ein erneuter Versuch, die offenbar gewordenen Gegensätze zwischen den beiderseitigen öffentlichen Betrieben zu überwinden.

Dieser Unterschied zwischen Reichs- und preußischer Staatsführung liege grundsätzlich darin, daß das Reich über keinen Unterbau verfüge. Zusammenfassend meinte von Seefeld, aus den Problemen der föderativen Staatsstruktur ergebe sich notwendig, daß die Preußen ein wachsames Auge auf, aber auch eine offene Meinung für das sich ändernde Verhältnis zwischen Reich und Preußen haben müßten. Wir stünden in einem sichtbaren Übergang. Von geringerer Bedeutung sei dabei, daß das Reich als Machtmittel ein reduziertes Militär und Preußen eine zuverlässige Polizei hinter sich habe.

Friedrich der Große habe seine Aufgabe als Oberhaupt des vitalen preußischen Staates darin gesehen, erster Diener seines Staates zu sein, zum Besten des Gesamtwohls seiner Untertanen. Es bleibe allerdings die Frage zu entscheiden, wer nun bestimme, was man so allgemein das Wohl des einzelnen Bürgers nenne. Rußland habe die marxistisch-leninistische Ideologie mit dem zaristischen, nationalistischen Imperialismus und dessen von der orthodoxen Kirche bekräftigter sozialen Unterwürfigkeit und Eingliederungsbereitschaft verschmolzen. Der Staatszweck sei der Machtausbau des russischen Imperiums und der daraus resultierende Anspruch, die Führung der kommunistischen Parteien aller Länder zu übernehmen. Diese internationale Bewegung mit ihrer gegen die Nationalstaaten gerichteten Politik, die schon früh nach dem Zusammenbruch 1918 in Deutschland Unruhe gestiftet habe, müsse auch in der preußischen Politik ernste Beachtung finden – und zwar in allen Ministerien, nicht nur von seiten des Innenministeriums.

Demokratie konnte nach Seefelds skeptischer Auffassung nur funktionieren, wenn die unterschiedlich interessierten Individuen mit gleicher Vernunft und Einsicht in die politisch-ökonomische und kulturelle Situation ausgestattet wären – was jene letzten Endes zur Utopie werden läßt. Das Ideal der Freiheit, die nur als ein zu erstrebendes Ziel faßbar sei, und das der Gleichheit, die auf Rechte sich stützen müsse, seien in ihrer extremen Durchsetzung einander entgegengesetzt und sich selbst aufhebend. Ein Recht stehe gegen ein anderes. Es sei schließlich Aufgabe des Staates, den Ausgleich zu finden, nämlich als Formulierung des Allgemeinwohls in seinen verschiedenartigen Auslegungsmöglichkeiten.

Die demokratische Politik habe im Prinzip – doch konkret gesprochen – größere Schwierigkeiten als frühere Staatsformen, weil die Meinungs- und damit die Entscheidungsbildung fast ausschließlich auf Kompromissen beruhe: innerhalb der Regierung selbst und in ihren Kabinettssitzungen, zwischen der Regierung und den Fraktionen ihrer Koalitionsparteien – nicht zuletzt mit den Oppositionsparteien; doch schließlich vor allem mit den Wählern. Jeder Abgeordnete wolle wiedergewählt werden und verfolge wachsam und ängstlich die mit den Wirtschaftsschwankungen sich ändernde Stimmung der Massen. Eine koalitions- oder besser eine ständig kompromißbereite Politik verlange die Kompromißbereitschaft der führenden Politiker von Regierung und Fraktionen. Davon und von der persönlichen Statur ihrer Führung hänge größtenteils die Stabilität, und das heißt der notwendig langfristige Erfolg einer Demokratie, ab. Preußen sei, wie er schon gesagt habe, in diesem Sinne besser dran als das Reich.

Der preußische Staat sei seiner Entwicklung nach neben einigen Mittel- und Südstaaten am Ehesten geeignet, die demokratische Staatsform anzuwenden. Er sei auf unterschiedlichsten Tra-

ditionen aufgebaut und habe eine lebendige Geschichte. Preußen mit seinen Städten sei das Hinterland für die Hanseaten gewesen. Die freie Stadtluft habe Innungen entstehen lassen, die heute noch den alten, jetzt niedergehenden Mittelstand mit den dazugehörigen Gesellen ausmachten. Mit ihrer romantischen Wanderlust kämen ihre Eigenarten, in den Gestalten unserer führenden Gewerkschafter zum Vorschein. Preußen zeige seinen feudalistischen Charakter bis heute in der Politik und in seinem konservativen, doch von jeher sozial eingestellten Adel. Friedrich der Große habe die mächtigsten Großgrundbesitzer „bei den Ohren nehmen müssen", um sie als Bergwerksbesitzer zum Profitmachen zu erziehen. Die Manufakturentwicklung sei mit der Angliederung des Rheinlands vom Westen ausgegangen. Doch habe sich in Ost und West die ursprüngliche Lebensform erhalten, ja diese „Heimatstile" hätten sich zu einem gemeinsamen, tiefempfundenen Patriotismus und opferbereiten Nationalismus vereinigt.
Für viele Jahrhunderte sei Preußen ein Schlachtfeld gewesen, erst durch die Eroberungen aus dem Norden, dann durch die Napoleonischen Kriege. Der militärische Geist sei Preußen aufgezwungen worden, und es habe ihn zum Guten und Schlechten genutzt. Doch selbst aus seinen Niederlagen sei Preußen gewachsen. Der Zusammenbruch des Kaiserreichs – in Wirklichkeit der preußischen Politik – sei aufgefangen und gewandelt worden durch die Strategie der Gewerkschaftsbewegung. Deren Macht liege im Bewußtsein ihrer militärähnlichen Organisation. Ihre Solidarität sei der Ausdruck davon. Beim Zerfall des kaiserlich-militärischen Staates habe das Chaos sich zunehmend ausgebreitet, wie ich das wohl selbst miterlebt hätte. Die Ordnung sei in der neuen Demokratie durch die Macht der Arbeiterbewegung wiederhergestellt worden. Dies sei weniger eine Revolution gewesen als eine Wandlung und Umschichtung der Mehrheits- und Machtverhältnisse. Die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts sei zum äußeren Zeichen einer neuen Einheit des preußischen Volkes geworden.
Die kulturelle Entwicklung, die ethische Haltung, der Lebensstil Preußens seien durch den Protestantismus und die Aufklärung mit ihrer geistigen Toleranz, den Humanisten und Klassikern bestimmt worden. All dies spiegele sich in preußischen Erziehungsidealen wider. Das vom Bürgertum verwirklichte Bildungsideal werde bei den Arbeitern mit ihrer „Wissen ist Macht"-Vorstellung imitiert. Während die Staats- und Gewerkschaftsstruktur eine zentralistisch-militärische Form entwickelt habe, habe das Bürgertum als solches politisch mehr oder minder nur am Rande mitgespielt. Es überlasse seine Interessenvertretung den liberalen und fortschrittlichen Parteien, den Syndici seiner Fachorganisationen und zeige in seiner von ihm sorgsam gepflegten Intelligenzschicht oft eine projektverachtende, ja -feindliche Haltung. Sie stamme schon aus der Wilhelminischen Ära. In die politische Lücke, die das Bürgertum lasse, sei die durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Rheinlands und Ruhrgebiets gewachsene, vitale katholische Kirche mit der Mittelpartei des politisch machtvollen, sozial orientierten Zentrums getreten. Es sei schade, daß sich, teilweise als Resultat der ideologischen Kämpfe um die Sozialisierung, die bürgerliche Intelligenz weiterhin von der Politik abgewandt habe und ein narzißtisches Eigenleben führe. Dieser elitären, zersetzenden Isolation solle nicht nur in der Schulerziehung, sondern auch in der Assessoren- und Beamtenausbildung sowie der Besetzung der Lehrkörper entgegengewirkt werden.
Von Seefeld machte diese Bemerkungen, um mich, wie er sagte, vor der Illusion zu warnen, daß sich die Weimarer Republik im Reich oder selbst in Preußen in allen Volksschichten wirklich durchgesetzt hätte – nicht einmal verstandesmäßig und pragmatisch, geschweige denn gefühlsmäßig, worauf es mehr ankomme, als ich wohl glauben möge. Heimatliebe und Patriotismus seien wesentliche Bindungen, Geschichte und Tradition erzeugten ein besonderes Nationalgefühl, das durch Erziehung und Opfersinn lebendig bleibe. Der Staat als solcher werde so zum abstrakten Symbol für das, was unter dem preußischen Gemeinsinn zu verstehen sei, Staatsge-

fühl sei nicht unmittelbar gebunden an die jeweilige staatliche Struktur und Verfassungsreform – es sei etwas davon Verschiedenes. In diesem Unterschied liege das Geheimnis der Beamtentreue; man könne dem Staat dienen unter einer demokratischen Verfassung, an deren Durchführbarkeit man Zweifel habe, und gerade deshalb sein Bestes tun, um das Staatswesen als solches aufrechtzuerhalten. Ein Beamter müsse daher lernen, mit den gegebenen Unvollkommenheiten des politischen Lebens in sich fertig zu werden.
Nun wandte sich von Seefeld einem anderen Thema zu. Als preußischer Beamter erhielte ich etwas, eine sehr wesentliche Vorbedingung für mein Wirken, nämlich die Autorität des Amtes und die damit verbundene soziale Herausgehobenheit.
Für den hierarchischen Aufbau eines jeden Staatsapparates sei die symbolische Bedeutung der Titel von Wichtigkeit, auch – er lächelte – die heraushebenden Beiworte „von und zu". Das Ständesystem, die alte gesellschaftliche Ordnung, und das moderne, eher ökonomisch bedingte Klassensystem lebten gewissermaßen sich ergänzend Seite an Seite fort. Die höheren Beamten genössen nämlich die innere Achtung und den Respekt vor der Qualität ihrer eigenen Amtshandlungen. Es sei meine Aufgabe, dieses etwas abstrakte Gut zu bewahren, im Amtsgebaren wie im gesellschaftlichen Auftreten. Dafür sollten die Beamten auf Freiheiten der modernen Klassenordnung verzichten, sie sollten weder streiken, noch öffentlich ihre persönlichen Interessen demonstrieren.
Er empfahl, nicht nur mit den Parteien, Syndici und Gewerkschaftsführern in Berlin stete Verbindung zu halten, sondern auch draußen im Lande auf Dienstreisen mit den lokalen Behörden, verschiedenartigen Verbänden und Vereinen in Fühlung zu bleiben, zu informieren, um positive, oft auch ungehaltene Kritik herauszufordern und die Pläne der Regierung zu erläutern. Diese Kooperation herzustellen sei die besondere Pflicht der von der Staatsregierung ernannten politischen Beamten, dies jedoch, ohne nur im geringsten der Öffentlichkeit, Presse und anderen Organen gegenüber eine etwa vorhandene abweichende persönliche Meinung durchblicken zu lassen. Die Einheitlichkeit der Regierungsmeinung sei die Basis des Vertrauens in die Regierung, auch wenn diese umstritten sei. Er überbetonte das letztere mit der Feststellung, daß ihm kein einziger Fall eines in der Öffentlichkeit aus der Rolle gefallenen Beamten des Handelsministeriums bekannt geworden sei.
Neben dieser Öffentlichkeitsarbeit, die auf lebendige Kooperation im ganzen Lande hinführe, gebe es eine zweite verwaltungsmäßig wichtige innere Notwendigkeit zum Gedankenaustausch, der die Zusammenarbeit der Beamten untereinander und die Koordination ihres Wirkens im Ministerium selbst betreffe. Jeden Freitagmorgen, wenn die Standuhr neun schlage, öffne der Amtsdiener die große Flügeltür, um seine (von Seefelds) Ankunft zur Abteilungsleiterkonferenz anzumelden. Seit 70 Jahren sei noch nie ein politischer Beamter zu spät oder gar nicht erschienen, es sei denn, er wäre durch Krankheit, Dienstreise, Urlaub oder Konferenzteilnahme vorher entschuldigt worden. Diese Sitzung, die je nach Wichtigkeit und Fragebedürfnis ein bis zwei Stunden dauere, sei das Kernstück der Koordination. Der Staatssekretär berichte über die wichtigeren Kabinettsbeschlüsse, die Stellungnahme des Ministers und dessen Interesse an bestimmten Arbeiten der Abteilungen. Die Abteilungsleiter, oft durch Referenten und Koreferenten unterstützt, trügen dann der Reihe nach ihre Verwaltungsaufgaben vor. In dringenden Fällen werde vom Staatssekretär entschieden. Das Handelsministerium sei wie jedes andere eine hierarchische Einrichtung. Im Entscheidungsfall gebe es dort ein Kollegialsystem. Sollte nämlich die Entscheidung des Staatssekretärs gegen die Referenten und Abteilungsleiter ausfallen, müsse er eine schriftliche Begründung in die Akten aufnehmen, die dann nochmals von den Beamten zu beantworten sei. Es gelte das eherne Prinzip, daß *innerhalb* des Ministeriums jeder Beamte die Verpflichtung habe, seine eigene fachliche Meinung ungeachtet ihrer politischen Konsequenzen

– selbst wenn sie gegen etablierte Präzedenzfälle angehe – zum Ausdruck zu bringen. Die Debatte der Eingeweihten und deren politische Tragweite sei gegebenenfalls vom Staatsminister selbst zu beurteilen, und er habe die endgültige Entscheidung zu formulieren. Dieses Kollegialsystem schaffe dem Ministerium das Ansehen der sachlichen Kompetenz seiner Beurteilungen.

Obwohl es im Handelsministerium um harte Tatsachen gehe, hätten die Beamten in ihren Entscheidungen nach alter Tradition, Menschlichkeit und ethischem Bewußtsein zu verfahren. Wenn die Skalen der Gerechtigkeitswaage gleich stünden, solle jeweils der schwächere Teil den Vorzug erhalten – auch wenn dies zum fiskalischen Nachteil des Staates sei. Die Hoheitsrechte sollten dazu nie zu politischen Zwecken mißbraucht werden, sondern immer im jeweiligen Gemeininteresse des Verwaltungsbezirks. Leicht zu verändernde Verwaltungsanordnungen seien oft der politischen „Gesetzgeberei" vorzuziehen. Diese führe nur zu Gerichtsentscheidungen. In dem Falle sei dann oft der Vergleich besser als ein langwieriger Prozeß. Auch in dieser Hinsicht sei das Reich gegenüber den Ländern benachteiligt.

Eine weitere Koordinationsnotwendigkeit bestehe im Verkehr und der gegenseitigen Unterrichtung der preußischen mit den Reichsstellen, der Teilnahme an interessierenden Landtags- und Reichstagssitzungen und in der Fühlungnahme mit den Auslandsvertretungen, und all dies nicht allein, um mit dabeizusein, sondern um mit Rat und Vorschlägen Einfluß auszuüben. Das Handelsministerium nehme durch Arbeitsgebiet und Fachkenntnis eine Ausnahmestellung in diesen Querverbindungen ein. Am wichtigsten sei die Zusammenarbeit mit dem preußischen Finanzministerium, die sich bessern werde, wenn der noch ungeregelte Finanzausgleich mit dem Reich Preußen seine ihm zustehende Auszahlung garantiere.

Danach kam von Seefeld zur vierten, wesentlichen Zirkulationsnotwendigkeit – nämlich die mit dem großen Landestopf, woraus ein erstklassiger Nachwuchs von besonders jüngeren Assessoren für das Ministerium auszuwählen sei. Dabei sei die Hauptsache, daß die Assessoren, auch nachdem sie zu Regierungsräten befördert worden seien, wieder in die verschiedenen Landesbehörden zurückversetzt werden könnten, wo sie oft Besseres leisteten als im Ministerium. Den Bergassessoren mit dem besten Examen stehe eine Beamtenkarriere offen, die übrigen würden der Privatindustrie überlassen. Mit Ausnahme der Bergbeamten könnten jedoch die preußischen Beamten nicht in die Privatindustrie hinüberwandern, wenn sie Fachreferenten für industrielle Fragen im Ministerium gewesen seien. Interessenkonflikte müßten vermieden werden. Von offenen Bestechungen sei ihm nichts bekannt geworden; die Objektivität müsse bis zum letzten gewahrt werden. Diese Bedingungen erschwerten es jedoch, gute jüngere Akademiker aus sozialwissenschaftlichem und technischem Gebiet zu bekommen und zunehmend geeignete Wirtschaftsführer zu erhalten, da die Ausschließlichkeitsklausel die Auswahl für spätere Positionen in der Privatindustrie verringere.

Nach zwei Stunden brach von Seefeld plötzlich das Gespräch ab. Er lud mich ein, es bald fortzusetzen und zu vertiefen. Er habe mit mir auch über die geheimen Seiten meiner Abteilung zu sprechen. Man habe jetzt gerade direkte Linien zum Minister, Staatssekretär und Personalchef gelegt. Davon sollte ich besonders im Anfang regen Gebrauch machen. Mein Gesichtsausdruck wurde zu einem großen Fragezeichen. Er lächelte, dies sei zwar ernst, doch nicht so schlimm. Jedes Ministerium habe seine Geheimfächer.

Sein Amtsdiener führte mich nun zur Amtsstube des Ministerialdirektors für Verkehr und öffentliche Werke (mit Ausnahme der Preußischen Porzellanmanufaktur und der Bergindustrie). Wir passierten eine Gruppe von zum Vortrag wartenden Kollegen, die mit sichtbarem Mißtrauen den Neuankömmling betrachteten. Auf dem Weg stellte sich mir der Bürodirektor mit einer tiefen Verbeugung vor und bat um eine Audienz zur Einführung in die Verwaltungsregeln des

Ministeriums. Ich dankte und erklärte ihm, seiner Einladung gern und bald zu folgen. Er war sichtlich erstaunt.

Ich liebte mein Amtszimmer von meinem Eintritt an: ein großer, hoher, lichter Raum mit einem langen Sofa am Ende und zwei dicken Kissen, einem großen alten Konferenztisch und einem Riesenschreibtisch, auf dem ein altes Tintenfaß der Preußischen Porzellanmanufaktur mit zwei schönen, leeren Schalen sowie zwei Telefone, fürs Haus und für auswärts, standen. Sonst Leere. Ich drückte auf den Knopf, und ein älterer, weißhaariger Amtsdiener erschien, verbeugte sich an der Tür und dann, mit gelassenem Schritt näherkommend, nochmals an meinem Schreibtisch – keineswegs servil, sondern wie selbstverständlich. Er fragte, mich in der dritten Person anredend, nach meinen Wünschen. Ich bemerkte, daß ich ein wunderschönes Zimmer hätte, vor allem mit einem Sofa, auf dem ich mein Viertel- oder Halbesstündchen halten könne. Er lachte auf und sagte: „Genau wie von Bismarck!". Bei diesem sei er ein junger Laufbursche gewesen und habe ihm in seinen langen nächtlichen Arbeitsstunden die Bierflaschen von weitem zugeworfen, da er ja immer alle Knöpfe seiner speckigen Uniform habe offenstehen lassen. Ich brauchte nun Schreibpapier, Federn, Löschvorlage und was alles zum Konferenz- und Schreibtisch gehöre. Schon vertrauter, erklärte er mir, daß ich mit meiner Gehaltsauszahlung ein Nadelgeld erhielte, woraus diese Ausgaben gedeckt würden. Er sei gern bereit, diese Anschaffungen und auch persönliche Besorgungen für mich zu erledigen, um mir Zeit zu sparen. Damit hatte ich die Fürsorge eines zweiten Bismarckianers gewonnen.

Abwartend saß ich am leeren Schreibtisch und überlegte, ob ich in sozialdemokratischer Tradition mich gegen die alten Amtsformen stemmen oder mich dem Dasein des „Geschichtlichen" beugen, wenn auch behutsam, es modernisieren sollte. Doch schon kam der Amtsdiener zurück, mit allem Notwendigen bepackt, und erklärte mir, den Aktenstoß unter dem Arm, daß ich über Nacht keine Akte auf dem Schreibtisch liegen lassen oder etwa mit meiner Selbsterlaubnis mit nach Hause nehmen dürfe, ohne einen Zettel mit genauer Aktennummer auf die Eingangsseite des Aktenbocks zu legen – sonst könnte der Herr Kanzleirat die Akten nicht „hinter mir abziehen". Mit dieser Bemerkung versetzte er mich um ein Jahrhundert zurück.

Es klopfte an der Tür. Ohne auf meine Antwort zu warten, traten zwei Kollegen forsch herein, die Ministerialräte Lohmeyer und Verlohr, ersterer ein Verwaltungsbeamter, der zweite ein graduierter Ingenieur der Technischen Hochschule. Gemeinsam bildeten sie den Kopf der preußischen „Verkehrsbelange", mit Ausnahme des Flugwesens. Sie waren gekommen, um mir bei der Abarbeitung meines hochaufgestapelten Aktenbocks zu helfen, Mappe nach Mappe, soweit diese von ihnen stammten. Es ging um eine neue Oderbrücke. Der Minister ließ mir bestellen, ich solle den Ausschreibungen dafür meine besondere Aufmerksamkeit schenken; zuerst kämen die verkehrspolitischen Erfordernisse, dann die Kosten und die Finanzierung (Umlage mit Reich und Gemeinden). Unter dem Verkehrsgesichtspunkt sei sowohl das gegebene Wegzufuhrnetz zu beachten als auch – was viel schwerer sei – die künftigen, steigenden Leistungserfordernisse. Diese seien maßgeblich für Rampenlänge, Spanne, Höhe und Breite der Brücke. Die Belastung durch größere, schwerere Lastkraftwagen, auch durch militärische Panzerfahrzeuge, sei für Jahrzehnte im voraus zu berechnen. Die Brücke liege im Aufmarschgebiet der neuen Verteidigungszone. Oberpräsidium, Regierungspräsident und vor allem die Landräte hätten ausgezeichnet mit den Gemeinden vorgearbeitet, so daß keine parteipolitischen, ebenso zeitraubenden wie kostenerhöhenden Interventionen zu erwarten seien. Die äußerst wichtigen Dankschreiben für die Mitwirkung der regionalen Behörden seien von mir zu chiffrieren, doch vom Minister zu unterschreiben – daher ein blaues Kreuz auf der Akte.

Der Ernennungsvorschlag für einen Hafendirektor sei eilig. Er sei ein guter Fachmann, zuverlässiger Beamter und von seinen Kollegen in verschiedenen Häfen vorgeschlagen. Der Staatsse-

kretär habe unsere letzte Auswahl an den Oberpräsidenten zur endgültigen Ausfertigung zu übersenden – daher das rote Kreuz auf der Mappe.
Nachdem zwei Drittel meines Aktenberges auf die Ausgangsseite gelegt waren, fragten mich die beiden, ob ich gern mit ihnen zu einem einfachen Mittagessen in das Restaurant des Kaufhauses Wertheim, unserem Ministerium gegenüber, kommen würde. Ein Tisch sei reserviert. Dort wurde meine Einführung fortgesetzt. Wir begannen im Westen, Mosel-Rhein. Über die jüngeren Verhandlungen der Internationalen Rheinkommission werde mir Exzellenz Peters berichten. Direktor Klöckner und der Oberbürgermeister von Duisburg ließen mich als künftigen Aufsichtsratsvorsitzenden der Duisburger Hafen AG, des größten deutschen Umschlaghafens, begrüßen. Darauf gingen Lohmeyer und Verlohr zu den Vertiefungsplänen der Ems über und betonten, daß es politisch und wirtschaftlich wichtig sei, Verkehr von Amsterdam und Antwerpen auf unsere Nordseehäfen herüberzuholen. Deshalb sei der neue Harburger Ölhafen auszubauen. Das Reichswehrministerium stimme besonders zu. Die Städte Emden, Bremen und Hamburg seien für diese neue Politik zu gewinnen. Ich dachte währenddessen an meine Unterredung mit von Seefeld und fragte mich, ob diese Pläne unter der Rubrik „geheim" zu verstehen seien. – Wir verabschiedeten uns in gegenseitiger Herzlichkeit.
Von dem guten Essen mit meinen Kollegen, die wirklich preußische Musterbeamte waren, zu einem Viertelstündchen auf mein Sofa zurückgekehrt, war ich von dem hohen Ausmaß ihrer realpolitischen Planungs- und Urteilsfähigkeit und ihren Kenntnissen, die weit über ihren Fachbereich hinausgingen, beeindruckt. Der Amtsdiener, der routinemäßig neue Akten hereinbrachte, meldete mir, daß Oberregierungsrat Dr. Darge mich dringend sprechen „müsse". Doch bevor Dr. Darge zum Vortrag gerufen werden konnte, trat der Kanzleirat, der die Akten der Abteilung unter sich hatte und für deren Umlauf verantwortlich war, an meinen hochbeladenen Aktenbock. Er suchte die eiligen Sachen heraus und tröstete mich, die meisten seien „Routineantworten" mit parteipolitischem Geschmack, würden chiffriert und gingen zum Herrn Staatsminister. Akten mit Anfragen an Behörden und Antworten von Amtsstellen passierten durch meine Hand zum Herrn Staatssekretär. Diese Antworten, auch von Außenseitern, seien auf vorgängigen Entscheidungen, die teilweise den Akten beigefügt seien, aufgebaut. Die Kontinuität in Entscheidungen sei äußerst wichtig für das Ansehen und die Glaubwürdigkeit des Ministeriums. Es erspare Beschwerden der Syndici der Verbände, selbst Prozesse und „kleine Anfragen" von Oppositionellen im Landtag. Bei alledem adressierte er mich in der dritten Person. Am Schlusse fügte er persönlich „streng geheim" dazu, daß er schon vor Jahren durch seine Frau Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden sei. Das wisse sonst hier niemand und habe ja auch mit seinen Dienstpflichten nichts zu tun. Er sei nun einmal verantwortlich für die Umlaufgeschwindigkeit der Akten und das Heraussuchen, also die Beachtung von früheren Entscheidungen.
Für mich war diese parteipolitische Solidarität einerseits und seine traditionelle, preußisch-nationale Haltung andererseits eine Stärkung meines persönlichen Vertrauens in ihn. In Preußen haben also die Aktenbündel eine lebendige, ich möchte beinahe sagen heilige Funktion, dachte ich, wachgehalten durch einen wirksamen Aufsichtsbeamten, der mit ihnen die höheren Beamten von seiner untergeordneten Position aus kontrolliert und so die Tradition wahrt. Im Vergleich ist die Solidarität der Meinungsbildung in Preußen der mehr improvisierten Art im Reich sicherlich vorzuziehen.
Dann folgte Dr. Darge, der mit mir einer der drei sozialdemokratischen höheren Beamten im Handelsministerium war. Er wollte mir über die Installation der neuen Preußischen Elektrizitäts-AG (Preag) berichten – der umstrittene Anlaß, aus dem ich vom Reich nach Preußen „ausgeliehen" wurde – und mich auf eine Sitzung mit dem Vorstand vorbereiten.

Spät am Abend verließ ich meinen Aktenbock. Der Pförtner verabschiedete mich mit den Worten „Verehrter Genosse“ und erklärte mir, daß er die hohen Gewerkschaftsbeiträge der Zugehörigen im Handelsministerium einsammle. Der Gleichheit wegen sei der Betrag nach den Gehaltsstufen gestaffelt. Ordnung müsse sein. Auf meine Frage, ob mein Amtsvorgänger viele Besucher mit Anliegen gehabt habe, erwiderte er, daß er die Liste der Besuchereinschreibungen – „Wer und Zweck“ – dem Bürovorsteher abgebe, der sie nur dem Staatssekretär zeige; „Ordnung muß sein“. Er wünschte, mir das Tor öffnend, gute Nacht. Draußen begrüßte mich der Chauffeur von Minister Schreiber, der Herr Staatsminister sende sein Auto zur Heimfahrt. Ich saß berührt im Wagen und dachte nach: Als Student in Heidelberg hatte ich von meinem Lehrer Alfred Weber und Ratgeber Max Weber so viel über die Bürokratie gehört. Im Reich hatte ich die aus den Ländern und mit Außenexperten zusammengewürfelte Beamtenschaft kennengelernt – nun erlebte ich einen neuen Typ, die preußische Bürokratie. Du solltest eine vergleichende Studie schreiben, sagte ich mir damals.
Ich faßte im Stillen für mich zusammen: Der politische Horizont eines preußischen Beamten, wie ich ihn heute kennengelernt habe, ist weiter, d.h. weniger nach einseitigen Interessen geformt, als der eines durchschnittlichen Parteipolitikers, also eines Partei- oder Gewerkschaftssekretärs. Der „politische Beamte“ in Preußen hat sich in seinem Ausblick zu verengen, wenn er ein gutes Parteimitglied, ein sog. „Zahlabendbesucher“ sein will. Meine sozialdemokratischen Genossen im Amt gaben dementsprechend ihrer Pflicht, dem allgemeinen Staatsinteresse zu dienen, die Priorität. Meine so oftmals im Traum gehegte Absicht, Abgeordneter zu werden, hatte ich schon aus früheren, besonders aber nach den heutigen Erfahrungen aufzugeben. Diese zwei so verschiedenartigen Berufe waren grundsätzlich unvereinbar. Und doch blieb die Frage offen: Was formt die Fraktionsführer, die außerordentlichen Persönlichkeiten wie den sozialdemokratischen Heilmann, Hess vom Zentrum und Falk von den Demokraten? Was hat den überragenden Ministerpräsidenten Braun geschaffen? Sie machen doch die große Politik. Oder gibt es mehrere politische Zielsetzungen auf verschiedenen Ebenen?
Der Wagen hielt vor meinem modernen Haus im Westend. Ich bot dem Fahrer ein Trinkgeld an. Er lehnte ab und sagte lächelnd: „Gute Nacht, verehrter Genosse“.

4. Organisation der Preußenelektra

Als ich am nächsten Morgen mit Schäffer in unsere Ämter fuhr, war ich aus zwei Gründen sehr unruhig. Ich sagte zu Schäffer, daß ich vor meinem Aktenbock Angst hätte. Zwar hätte ich im Reich als Adjutant von Raumers viel größere zu bewältigen gehabt. Doch wenn er keine Lust zum Unterschreiben gehabt habe, hätte ich ihm nur die unterschriftsreifen Akten vorgelegt und die anderen vom Staatssekretär zeichnen – oder bis zum nächsten Tag liegen lassen. Manchmal seien deshalb Anrufe gekommen, aber die Welt sei auch so weitergelaufen. Schäffer antwortete: „Ja, in Deinem neuen Land gab es den Parademarsch, eine pünktliche Preußische Eisenbahn und – nach wie vor – ein ehernes Müssen.“ Ich teilte Schäffer auch den zweiten Grund meiner Besorgnis mit, daß nämlich dieser Tag für meinen Erfolg in Preußen entscheidend sei. Die erste Zusammenkunft mit dem Vorstand der Preußenelektra, deren Aufsichtsratsvorsitzender ich werden sollte, war anberaumt. Ich war mir klar bewußt, daß in dieser Unterredung der hierarchische Aufbau, zum Teil formell, doch hauptsächlich persönlich festgelegt werden würde. Ich dachte zurück an die Zeit in Heidelberg, als wir die soziologischen Organisationsprobleme von Staat, kirchlichen wie interessenhaften Gemeinschaften und deren hierarchischen Aufbau disku-

tiert hatten. Heute war ich nun kein kühler Beobachter von der Galerie des Theoretikers herab – inzwischen stand ich auf der Bühne und hatte zu entscheiden. Von der Ordnung zwischen Oben und Unten, dem freien Entscheidungsspielraum der Mitarbeiter, hingen zum großen Teil das reibungslose Zusammenwirken und der reale Erfolg selbst ab. Ich dachte an Otto Braun und seine Erfolge und verglich diese mit dem Regieren im Reich. Beide Staatskörper hatten prinzipiell gleiche Verfassungsstrukturen. Es kommt also, so schloß ich damals, auf das persönliche Zusammenspiel und entscheidend auf die Führerrolle an.
Als ich in mein Amtszimmer eintrat, wurde mir der Hut vom Kopfe genommen und meine Mappe auf die linke Seite gelegt, wo fortan ihr Platz war. Sofort sah ich das hohe Übel: ein aufgetürmter Aktenstoß und eilige „Sofort"-Mappen zum Chiffrieren auf dem Schreibtisch ausgebreitet. Im Hintergrund auf dem Sofa saß Regierungsrat Darge. Er begrüßte mich wie zuvor, menschlich-höflich. Er sei gekommen, um mich nochmals auf die Sitzung mit dem Vorstand vorzubereiten. Wir entschieden, daß ich keine Programmrede halten, sondern mich von jedem einzelnen einführen lassen solle, um dann klar und bestimmt meine entscheidende Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender ihnen gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Ich hörte von Darge zum ersten Male, daß mein Amtsvorgänger Jaques in den Vorstand hineingenommen worden sei, um seinen Platz für mich freizumachen. Er sei ein äußerst anständiger „ausführender" Beamter, ohne je eigene Initiative zu ergreifen. Dafür sei nun meine Ernennung eine erfreuliche, notwendig gewordene Korrektur.
Der Amtmann, mein Aktengewissen, trat ein und sammelte meine „eiligen" Unterschriften ein. Es geht alles in bester Ordnung!
Die zukünftigen Vorstandsmitglieder erschienen und breiteten sich um das Sofa herum aus. Aus der freundlichen Eröffnungsrede von Ministerialdirektor Jaques ging nicht ganz klar hervor, ob er mich oder ich die übrigen Anwesenden zu begrüßen hätte. Ihm folgte Ministerialdirektor Dr. Roemer mit einem erfrischenden Bericht über Vergangenheit und Zukunft. Er war der treibende Geist hinter der Gesellschaftsgründung. Dabei hatte er eine Schwierigkeit nach der anderen zu überwinden gehabt, reiste herum, suchte Minister auf und arbeitete Tag und Nacht. Roemer imponierte mir in der Art, wie er sich gab, seiner pflichtbewußten inneren Entschlossenheit, Probleme auch unter eigener Verantwortung zu überwinden. Er beklagte, daß er jetzt mit der Überwachung der Finanzen in die Rolle einer „Bremse" gedrückt worden sei – entgegen seinem Temperament und seinen Ideen. Ich schätzte ihn sofort, doch er blieb mißtrauisch. Heyden sprach als weitblickender technisch Verantwortlicher kühl und sachlich, doch persönlich tief interessiert. Am Schluß kam ein „Außenseiter" zu Wort, der künftige Generaldirektor Robert Frank. Freundlich lächelnd beschaute sich dieser gute „Unternehmer" dabei fortwährend den neuen, jugendlichen Aufsichtsratsvorsitzenden, der noch jünger aussah, als er an Jahren war. Das Fazit seiner Rede war: „Ich werde diese gigantische Aufgabe voller Anreiz und Schwierigkeiten schon bewältigen." Von persönlicher Wichtigkeit sei für ihn sein Gehalt als Generaldirektor. Er habe zuvor ein hohes Gehalt gehabt und erstrebe keine beamtete Stellung mit Titel und Pension. Er habe eine valuta-gesicherte Rentenversicherung zu bezahlen. Ich versicherte ihm, daß ich für seine, wie er es nannte, privatwirtschaftlichen Forderungen volles Verständnis hätte. Ich sei für Tantiemen, nach einem steigenden Index, gemessen an Erzeugung, Verbrauch sowie Strompreisen. Ich würde darüber mit dem Minister sprechen. Auf Jacques' Einwand, daß solche Entscheidungen wie bisher auf den Gründungsvorstandssitzungen zu regeln seien, antwortete ich kurz, daß die letzten Entscheidungen über Elektrizitätspolitik und Einstellungen auf höherer Verwaltungsebene allein bei mir und dem Aufsichtsrat lägen. Die Vorstandssitzungen dienten künftig der Koordination der inneren Arbeit, zu denen ich eingeladen werden würde, wenn es sich um „Entschlußfassungen" handele. Ich verkehrte mit jedem Vorstandsmitglied in Einzel-

fragen. Dr. Frank sagte dazu, daß dies die einzig mögliche Art sei, ein Unternehmen erfolgreich zu leiten. Er war begeistert. Ich war jedoch durch seine saloppe Art etwas mißtrauisch geworden. Roemer fragte, ob er weiterhin direkt zu Minister Schreiber gehen könne. Ich bejahte dies, solange keine Entschlüsse gefaßt würden. Entscheidungen hätte ich allein mit dem Minister abzustimmen, was bei dem Interesse, das Schreiber an der Preußenelektra zeigte, nicht schwer sein dürfte. Sie sei sein Lieblingskind.

Alle gingen in nachdenklicher Stimmung auseinander. Darge war sehr zufrieden, da nun jeder über seine Kompetenzen Bescheid wußte. Ich bat ihn, ständig mit den Abgeordneten aller Parteien und den Beamten des Staats- und Finanzministeriums Verbindung, zum Teil sogar enge Fühlung zu halten, was er auch ausgezeichnet tat. Darge war der geborene Gesandte – ein sehr schwieriger, wichtiger Beruf, zu dem nur wenige wirklich berufen sind. Der dynamische Faktor, der in der Wirtschaft Konkurrenz heißt, wird in der Politik – zumal demokratischer Art – Opposition genannt. Darges Fähigkeit lag darin, die eine gemeinsame Formel zu finden, die die Opposition zur positiven Mitarbeit bewegte, und zwar das preußische Gemeininteresse. Auf diese Weise brachte er im Aufsichtsrat der Preag wie in den Elektrizitätsausschüssen des Parlaments eine „Große Koalition" zustande, von Sozialdemokraten bis zu Deutschnationalen, die sich bis in die 30er Jahre gehalten hat.

Abschließend sagte Darge noch, meine Unzufriedenheit mit den menschlichen Untertönen bemerkend: „Mit Robert Frank können Sie Pferde stehlen." Ich antwortete wörtlich: „Ja, wenn er mich nur nicht mitstiehlt." Mit diesem ausgesprochenen Unternehmertyp – ein Schumpeterscher Idealtyp – befreundete ich mich mehr und mehr. Darge sollte Recht behalten.

Große Änderungen in unserem Team kamen bis 1932 nicht vor. Wie vorauszusehen war, schied Ministerialdirektor Jaques nach einem Jahr aus, da er als Vorstandsvorsitzender mit einem führenden maßgeblichen Generaldirektor wie Frank zu keiner einheitlichen Zusammenarbeit kommen konnte. Abgesehen von der Verschiedenartigkeit der Persönlichkeiten muß es wohl doch auch daran gelegen haben, daß sich ein preußischer Beamter alten Schlages und ein wirklicher „Unternehmer" neuer Art nicht harmonisieren lassen.

Ich verfügte eine Personaländerung, die bedeutsame Konsequenzen hatte. Ich stellte mit Alfred Thomas einen Techniker ein, der als ein ausgezeichnetes Verbindungsglied zu den Arbeitern, den Betriebsräten und den Arbeitervertretern im Aufsichtsrat fungierte. Mit den letzteren hatte ich größte Schwierigkeiten. Sie waren prächtige, begabte Vertreter, die im Betrieb volles Vertrauen genossen, aber weder eine Bilanz lesen, noch überhaupt die finanziellen Erfordernisse der Gesellschaft verstehen konnten. So hielten Thomas und ich vor jeder Aufsichtsratssitzung mit den Arbeitervertretern Instruktionssitzungen ab, damit sie in der Lage waren, den Verhandlungen zu folgen. Ich sprach mit Leipart und Naphtali darüber, daß es Sache der Gewerkschaften sei, die Arbeiter für die fruchtbare Ausübung ihres Mitbestimmungsrechts anzulernen. So kam die Gewerkschaftsschule zustande. In den Vorbereitungssitzungen fühlten sich die Arbeitervertreter mit uns wohl, lasen sehr fleißig die Buchführungsbücher, brachten die Produktivität des Betriebes erheblich fördernde Vorschläge, erhöhten den Gesundheitsschutz, wodurch die Unfallquote sank – doch für die gesamte Dauer meiner Aufsichtsratszeit haßten sie die Aufsichtsratssitzungen, selbst die darauffolgenden, sehr guten Essen. Die Arbeiterwelt hatte sich gesellschaftlich wie in ihren Ausdrucksmöglichkeiten noch nicht in die bürgerliche eingepaßt. Sie fühlten sich wohler unter sich und ihren Vertrauten.

Da ich, um mit den Arbeitern zusammenzukommen, in der Eisenbahn stets vierter Klasse fuhr, führte ich die Billetpreise dieser Klasse in meiner Reisekostenrechnung an. Darauf erhielt ich vom Obersten Rechnungshof die Antwort, daß sie aus mannigfachen Gründen ordnungsgemäß nur auf meinen Dienstreisen erste und zweite Klasse vergüten könnten, Vergnügungsreisen,

auch in der vierten Klasse, hätte ich selbst zu bezahlen. Der dahinterstehende Grund war offensichtlich. Die Dienstreisen der Beamten bezahlten der Preußischen Eisenbahn die beiden wenig besetzten oberen Klassen. So hatten auch die preußischen Zechen das alleinige Vorrecht, der Eisenbahn die Kohlen zu liefern. Das ist „Staatswirtschaft" (oder Staatskapitalismus), doch keine „Gemeinwirtschaft". Dies wird immer noch leicht verwechselt.
Mit Robert Frank arbeitete ich von Jahr zu Jahr besser zusammen. Wir wurden gute Freunde. Es war ein entscheidender Vorteil für mich, daß wir begannen, über die Prinzipien, die unsere Aufgabe leiteten, in kritischer Form zu sprechen. Schon zu Anfang fragte ich ihn nach seiner Meinung, ob eine planvoll konstruierte Gesellschaft „als solche" bereits eine Garantie dafür sei, das der Organisation gesteckte Ziel mit normalen Fachleuten zu erreichen, also ob die einmal gesetzte, innere Eigendynamik des „Apparates" die Grundvoraussetzung des Erfolges sei. Als Antwort führte er das Beispiel des Märkischen Elektrizitätsverbandes an, einer regionalen „öffentlichen" Verbrauchergesellschaft. Ihr Ziel sei, ohne besondere Verwaltungsanstrengungen stabile, steigende Einnahmen zu erreichen. Sie halte im Versorgungsgebiet der Reichselektrowerke einen Dornröschenschlaf, was der Stimmung nicht sehr förderlich sei. Ich solle dies mit dem privaten, auch sehr gut verwalteten Gesfürel-Unternehmen vergleichen, das, von dem außerordentlichen Amerikaner Danny Heineman geführt, zum Brüsseler Internationalen Elektrizitätskonzern gehöre. Es habe seine Fernstromverbindungen auch mit den Reichselektrowerken verkoppelt. Das Ziel sei dort das gleiche: eine stabile steigende Dividende. Doch kümmere sich Gesfürel mehr um seine individuellen oder Groß-Abnehmer, die die höheren Einnahmen brächten, als um die kleinen Verbraucher. Beide, der öffentliche und der private Konzern, hätten die Versorgungswirtschaft um keinen wesentlichen Fortschritt bereichert. Nach Robert Franks Erfahrung war es das jeweils gesteckte Ziel, das entscheide, ob die öffentliche Gemeinwirtschaft das unbedingt überlegene System sei, selbst gegenüber dem ausgezeichneten gemischtwirtschaftlichen, größten Unternehmen, den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken. Das Ziel der Preußenelektra sei ein langfristiges, was ein privatwirtschaftliches Profitsystem durch seine kurzfristige Orientierung durchzuführen nicht in der Lage sei. Die Form der Aktiengesellschaft gebe der Preag Bewegungsfreiheit. Die demokratische Kontrolle sei durch parlamentarische Vertreter garantiert, doch hätte man juristisch eine neue Form für gemeinwirtschaftliche Unternehmungen schaffen sollen. Das gemeinwirtschaftliche Ziel des Newcomers sei uns klar: eine stabile, wachsende Elektrizitätsversorgung mit sinkenden Strompreisen unter dem Gesamtaspekt der allgemeinen Energiepolitik aller Heiz- und Wärmerzeuger und ihrer künftigen Möglichkeiten – Vorteile wie Nachteile. Eine rein privatwirtschaftlich orientierte Elektrizitätswirtschaft könne diese gemeinwirtschaftliche Aufgabe schon ihres einseitigen, befristeten Profitausblickes wegen nicht effizient lösen. In dieser Zielsetzung mußte Frank mit mir trotz seiner eigenen Voreingenommenheit gegenüber der bürokratischen öffentlichen Wirtschaft voll übereinstimmen.
Der Apparat war geschaffen, das Ziel war klar. Nun kam die Frage nach den Akteuren, d.h. die Persönlichkeitsfrage. Konnten wir diese gigantische Aufgabe lösen? Frank war für seine Person „sicher". Ich sah die großen Widerstände. Frank gab mir den guten Rat, nicht von „Sozialismus" oder Gemeinwirtschaft zu sprechen. Je weniger wir mit unserer Arbeit in das negative Gerede der Öffentlichkeit kämen, um so erfolgreicher würden wir sein. Kurz nach der Gründung der Preag trafen Frank und ich heimlich ein Abkommen, nämlich einen fünf- und einen zehnjährigen Plan für die Entwicklung des Betriebes aufzustellen, und zwar unter den folgenden möglichen Voraussetzungen: Erstens setzten wir günstige Bedingungen voraus, ohne große Krise und ohne Rückgang im Stromverbrauch. Eine pessimistische Annahme ging von einem größeren Stromrückgang aus, plante Neubauten der öffentlichen Hand, um die Krise zu überwinden. Als

dritte Möglichkeit nahmen wir den Ausbau der Verbundwirtschaft nach den skandinavischen Ländern hin an. Diese Pläne waren in meinem Schreibtisch – sie wurden nur leicht geändert und wieder verschlossen. Das war unsere Richtschnur bei der gemeinsamen Arbeit, vor allem für den enormen Finanzbedarf.
Auf der internationalen Energiekonferenz 1935 in Washington sagte mir mein ehemaliger guter und treuer Mitarbeiter, Ministerialdirektor Schalfejev, daß unsere Geheimpläne gestimmt hätten. Die Preußenelektra sei ins „Blaue", also in Dividendenzahlungen sogar schon ein Jahr früher gekommen, dank meines Durchhaltens gegenüber allen Gefahren der Überinvestition. Die Nazis bewunderten diese Planwirtschaft, doch setzten sie nach langen Beratungen keine gemeinwirtschaftliche Energiepolitik fort. So wurde die Preag ein Dividenden zahlendes, öffentliches Privatunternehmen und in den Rüstungsaufbau des Dritten Reiches eingegliedert.

5. Die Grundlagen der preußischen Energiewirtschaft

Die preußische Elektrizitätswirtschaft war ein „Abfallprodukt" der Wasserversorgung des Mittellandkanals und der Weser. Der Stromanfall der Staustufen wurde an die kommunalen Elektrizitätswerke sozusagen verhökert. Erst mit der Entstehung von Kraftwerken, die Stein-, Braunkohle und später Torf verwerteten, erwachte in der Verkehrsabteilung des Handelsministeriums ein Elektrizitätsbewußtsein. Mit der Gründung der Preußenelektra 1927 mußte dann über das System entschieden werden. Unter dem Einfluß der RWE neigte der Vorstand im Prinzip zu einer zentralistischen Führung. Das bedeutete eine Stromversorgung bis zur „letzten Lampe". Die Kommunen sollten keine Nachteile haben, da sie bei der derzeitigen Steuergesetzgebung auf Einnahmen aus elektrischen Betrieben angewiesen waren, doch sollte die Versorgung selbst im Großrahmen durchgeführt werden. Das zentralistische System sei nicht nur betriebssicherer, stromverbilligender und habe weniger höhere und andere Beamte zu erhalten, sondern regionale Bedürfnisse, auch Kritik und Anregungen könnten durch kommunale Vertretung in Betriebsräten wie im Gesamtaufsichtsrat zum Ausdruck kommen. Sicherlich war das zentralistische System auch besser geeignet, meine Idee der „sozialen Tarife" einheitlich in den Tarifaufbau einzugliedern. Das bedeutete, innerhalb der großen Blocktarife, die nach steigenden Bezugsmengen und damit fallenden Preisen gestaffelt waren, zusätzlich Verbilligungen für den „kleinen Mann" einzuführen, wenn dieser seinen Verbrauch steigerte. Neben den erheblichen Verbilligungen ergab dies gleichzeitig einen guten Anreiz zum Mehrverbrauch.
Trotz der bedeutenden Effizienz des Zentralismus gab ich dem dezentralisierten Aufbau den Vorzug, weil er gesamte Landesteile, also auch die ärmeren Bezirke, durch Zusammenarbeit und das Schaffen von Vorbildern erschloß. Hinzu kam, daß kommunale Zweckverbände im ganzen Demarkationsgebiet der Preag bereits vorhanden waren. Die realistische Frage war, wie diese in ein einheitliches System überführt werden konnten. Die Lösung bestand darin, die Zweckverbände in horizontal-vertikale Organisationen zu verwandeln, d.h., daß die regionalen Verbände zur „letzten Lampe" liefern sollten. Nach diesem Prinzip wurde 1929 der Kommunale Elektroverband Mitteldeutschlands in den gemeinwirtschaftlich geführten Elektrozweckverband Mitteldeutschland (EZV) unter Führung von Landeshauptmann Rabe von Pappenheim und dem geistigen Antrieb von Landrat Heinrich Treibert umgewandelt. Das „Leitmotiv" war gesetzt: Zweckverbände unter möglichst zentralistischer Führung. Der EZV und das ihm abgekaufte Braunkohlenwerk Borken wurden Kernstücke der Preag.
Es wurden weiter Abmachungen getroffen, nicht mit der Gasversorgung für die Wohnungshei-

zung zu konkurrieren, da jene, zumal bei der großen Dauerhaftigkeit der Gasöfen, im Verbrauch billiger sei. Mit den Kohlezechen wurde vereinbart, daß mit der Kohlenverfrachtung zum Beheizen von Wohnungen nicht konkurriert würde. Im Gegenteil, von Spätsommer und Herbst an standen die Güterwagen der Hauskohlenversorgung zur Verfügung, während die Elektrizitätswerke ihre Vorräte im Frühjahr und Frühsommer auf Halden ansammelten. Allerdings waren diese Haldenaufhäufungen, wie sich im Kraftwerk Hannover zeigte, Selbstzündungen ausgesetzt. Den ausländischen Ölfirmen wurde eine Herabsetzung des Einfuhrzolls zugesagt, nachdem die großen Elektrizitätswerke vereinbart hatten, eine ständig wachsende Menge von Stein- und Braunkohle zur Kesselheizung abzunehmen. Ich gebe diese Beispiele einer „kleineren“ Gemeinwirtschaft hier wieder, um den verständnisbereiten Kooperationsgeist in der Betriebsstoffwirtschaft aller größeren Energieerzeuger aufzuzeigen.
Meiner Erinnerung nach mußte ich das zentralistische System der RWE – von der Braunkohle bis zur „letzten Lampe“ – als das produktivste anerkennen. Angesichts der freiwilligen Mitarbeit und des wachsenden Interesses der letzten Abnehmer wie auch einer Anzahl von Großverbrauchern mit schwankenden Wirtschaftserfolgen gebe ich jedoch noch heute dem dezentralisierten Verbundsystem den Vorzug, besonders in Gegenden, in denen bei Bevölkerungszunahme Beschäftigungsabnahme zu spüren ist. Die soziale Rente war mir wichtiger als der höhere Rechnungsabschluß.
Mein erster Besuch des Torfkraftwerks Wiesmoor der Norddeutschen Kraftwerke ist mir im Gedächtnis haften geblieben. Direktor Nielson, ein Unternehmer, der mich und überhaupt das meiste in seiner Welt mit Glacéhandschuhen anfaßte, zeigte mir nicht so sehr das Kraftwerk als vielmehr sein Lieblingsunternehmen, eine Reihe von Gewächshäusern, in denen er mit der Abwärme des Werkes Gemüse und Blumen aller Art züchtete, die er an die großen Restaurants in Hamburg und nach Berlin an Kempinski lieferte. Das Geheimnis seines Erfolges bestand darin, daß er diese Produkte jeweils drei bis vier Wochen vor der Saison versandbereit hatte. Auf diese Unternehmertüchtigkeit war er berechtigterweise besonders stolz. Als ich fragte, ob nicht private Gärtner die Wärme anderer Werke ebenso nutzbar machen könnten, antwortete er, daß jene dann Miete für Boden und Abwärme bezahlen müßten. Die Ausnutzung von Abfallprodukten beginne erst, wenn der Mangel sie marktfähig mache. Frische Luft sei kostenlos und habe doch einen indirekten Preis in den Mieten der besseren, höher gelegenen Wohnviertel im Ruhrgebiet. Die „freie Wahl“ auf dem konkurrierenden Markt sei ein Produkt des Mangels und nicht des Überflusses. Ich setzte hinzu: des spürbar gewordenen Mangels – die politisch freien Wähler und die Konsumenten der freien Marktwirtschaft urteilten nach Resultaten, nicht nach Ursachen oder nach künftigem Mangel. Wir seien Augenblicksmenschen. Doch sei in der Elektrizitätswirtschaft durch eine Frage der Aufspeicherung das Zukünftige sichtbar geworden. Wir müßten Speicherwerke bauen, um den täglichen Spitzenbedarf auszugleichen. Industrie und Verbraucher sollten mit billigsten Nachttarifen aufgefordert werden, Warmwasser über Nacht zu speichern. All dies hatte Folgen in der Ausbau- und Tarifpolitik der Preußenelektra.

6. Auf dem Wege zu einer einheitlichen deutschen Elektrowirtschaft

Die Unterzeichnung der Demarkationsverträge wurde jeweils mit Wein und Reden über „Fortschritt“ und „Ewigkeit“ gefeiert, und selbst bei der Gelegenheit sagte mir Frank ins Ohr, daß wir einige Möglichkeiten für uns offengelassen hätten. Die Preag hatte ein Gebiet in Form eines langen Handtuchs von der dänischen Grenze bis an den Main. Mit dem Bayernwerk und seinem vorausplanenden Generaldirektor Menge arbeitete die Preag in der Verbundwirtschaft, im Aus-

gleich der Spitzenversorgung wie bei unvorhersehbaren Notfällen, am besten zusammen. Die Demarkationsabkommen, die sich auch mit dem Ausbau und der gemeinsamen Auslastungszeit der Betriebe beschäftigten, brachten mich auf die Idee, mit unserem Preag-Team und einigen Freunden eine Deutsche Allgemeine Elektrizitäts-AG zu schaffen. Die Idee lag auf der Hand, die Ausführung komplizierte sich. Die gesamte deutsche Elektrizitätswirtschaft sollte so geführt werden, „als ob" es eine einzige große Gesellschaft sei. Die Arbeiten der Enquête-Kommission hatten bewiesen, daß sich die Kilowattstunde durch mangelnde Verbundwirtschaft verteuerte, da der Ausbau der Werke den Höchstleistungen angepaßt wurde, die nur für kurze, zeitlich verschieden gelagerte Spitzenforderungen beansprucht werden. Es komme aber nicht allein darauf an, den Spitzenverbrauch innerhalb der Werke zu verflachen, sondern der Ausbau aller Unternehmen müsse „gepoolt" werden. Jeder Großbetrieb habe seine Ausbaupläne für Werk wie Hochspannungsleitungen auf den Tisch einer Elektrizitätsgemeinschaft zu legen. Diese sollte in ihren Entscheidungen den Werken und Hochspannungsleitungen den Vorzug beim Ausbau geben, deren wachsender Verbraucherradius profitabel die schnellste Auslastung garantiere. Dabei würden Notversorgungsmaßnahmen – sogar noch für die Schweiz, wenn die einen kalten Winter habe – miteingeplant.
Über dieses Projekt einer Deutschen Allgemeinen Elektrizitäts-AG sprach ich mit Hans Schäffer auf unserer Morgenfahrt in meinem Preag-Wagen und schlug als führenden Kopf Robert Frank vor, schon seines ausgezeichneten Unternehmergeistes und der guten Tuchfühlung mit den anderen Generaldirektoren wegen. Schäffer wurde so wütend, daß ich seinen Lenzmann, den Generaldirektor der Reichselektrowerke, übergehen wollte, daß er den Wagen am Zoo halten ließ und ausstieg, weil meine Absicht gegen unser früheres Abkommen sei. Ich rief ihm nach: „Symbol vor Sache."
Am Abend bei unserem sog. „Schauri" versöhnte ich mich wieder mit ihm, zumal merkwürdigerweise fast alle Anwesenden mit ihm übereinstimmten, und die Deutsche Elektrizitäts-AG wurde von Lenzmann auf der Weltkraftkonferenz vertreten. Das „Schauri" war eine über Jahre hinaus bestehende Beamten-Freundes-Gruppe, deren Zusammenkünfte monatlich oder öfter im Hause von Buttlars, der sich einen Straßenblock von Schäffer und mir entfernt im Neu-Westend angesiedelt hatte, stattfanden. Vor und nach einem jeweils besonders guten Abendessen sprachen wir die Welt-, Reichs- und Staatsprobleme durch, nicht um zu einer einheitlichen Politik zu kommen, sondern um die Verschiedenheiten unserer Standpunkte und ihre Gründe gegenseitig zu verstehen. Regelmäßige Teilnehmer waren außer den drei genannten noch Susat, der preußische und Reichswirtschaftsprüfer der Reichstreuhands AG sowie der Vereinigung der öffentlichen Reichswerke (Aluminium, Elektrizität etc.), der VIAG, ein unbestechlicher und auch oft nicht zu überzeugender Charakter; weiter Dr. Kempner von der Mendelssohn-Bank und Dorn vom Reichsfinanzministerium, später Direktor des Reichsfinanzhofs. Manchmal wurden Gäste eingeladen. Nach seiner Kanzlerzeit kam auch Brüning regelmäßig. Köbner von der Preußischen Seehandlung und einige andere erschienen mitunter zu diesem Klubtreffen.

7. Weitsichtiges Planen oder kurzfristige Erfolge?

Trotz guter persönlicher Zusammenarbeit kam es in einer Aufsichtsratssitzung in Hannover, als wir die friesischen Gebiete übernahmen, zu einer der schärfsten Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit meines Aufsichtsrates unter der Führung der Generaldirektoren Köppchen und Henke (beide RWE) und unserem „Team". Jene warfen uns vor, wir hätten ein Hochspannungsnetz entworfen, „um in Möbelwagen den Verbrauchern eine Menge Strom zuzuführen, die im

Kinderwagen transportiert werden könnte". Es war von unserer Abberufung die Rede. Ich hielt daraufhin eine schwungvolle Rede über die Notwendigkeit einer langfristig geplanten Gemeinwirtschaft, die auch im ungünstigsten Fall in mehreren Jahren schnell abzuschreibende, mehrfache Kapitalinvestition erspare und trotz höherer Zinslasten der einmalig großen Anlage durch den zwischenzeitlich anfallenden Zuwachs die Strompreise verbillige. Der Aufsichtsrat blieb hartnäckig und wollte den Zuwachs sehen. Frank und ich saßen deprimiert zusammen. Doch hielten wir an unseren geplanten Schätzungen fest. Um eine schnellere Steigerung des Stromverbrauchs vorzuzeigen, bekamen wir die Idee, bei Siemens und Halske alle Radios aufzukaufen und mit einer Weihnachtskarte als Geschenk der Preag an die Einzelverbraucher der Gemeinden des nordwestdeutschen Stromgebiets zu schicken. Die Bauern und ländlichen Einwohner gehen sonst gegen acht Uhr schlafen. Wenn sie aber Radio hören wollten, würden sie bis elf Uhr ihr Licht brennen lassen, überlegten Frank und ich. Ein überraschend schneller Zuwachs war zu verzeichnen. Dazu machten wir durch Thomas Propaganda, die Landwirtschaft zu elektrifizieren, und richteten führenden Bauernhöfen eine komplette elektrische Ausrüstung zum Heuschneiden, Dreschen, Melken usw. ein. Diese wiederum bewirkte, daß jeder zweite Bauer nun eine elektrische Ausstattung haben wollte. Dem Aufsichtsrat imponierte diese Aktivität – mir selbst jedoch weniger. Mit etwas mehr vorausschauendem Verständnis wäre es auch ohne das Weihnachtsgeschenk gegangen. Doch sogar ausgezeichnete Wirtschaftsführer sind zuweilen „kurzatmig".

Nicht nur der Staat hatte damals auf jährliche Gewinne zu verzichten. Wir brauchten Anleihen, Kredite. Für große Auslandsanleihen kamen wir zu spät. Doch hatten wir eine 4-Millionen-Dollar-Anleihe, die wir drei Jahre später in der amerikanischen Depression billigst zurückkauften. 1928 nahmen wir noch Kredite in englischen Pfund auf. Wir setzten unsere Hoffnung auf die Gründung der schweizerischen „Continental", die unter der Führung von Nielsen (von der NWK) und der Basler Handelsbank mit anderen ausländischen Banken zusammen der Preußenelektra noch 1931 einen 25-Millionen-Kredit in Schweizer Franken einbrachte. Wir waren für den Goldrausch zwei Jahre zu spät gegründet worden.

Dennoch gelang es dem „Team", neue Unternehmungen hinzuzuerwerben. 1930 übernahmen wir die Thüringer Gasgesellschaft und ihren rührigen Generaldirektor Westphal, wodurch es zu einer engeren Zusammenarbeit mit Sachsen, Thüringen und der dortigen neuen Talsperre kam. Als die Aktien der Thüga stiegen, wurde die Frankfurter Zeitung alarmiert. Diese griff unter den ausgezeichneten Wirtschaftsteilleitern Oeser und Feiler die „imperialistische Expansionspolitik" der Preag an, die mit fiskalischen Mitteln private Unternehmenspolitik betreibe, in völligem Gegensatz zu ihren proklamierten Gemeinwirtschaftszielen. Der thüringische Generaldirektor Rauch, ein Unternehmer-Beamter, rettete die Situation mit der Erklärung, daß die Thüringer Talsperre neue Stromabnehmer nötig habe und daß die Thüga anderenfalls in private Hände gefallen wäre, was die gute gemeinwirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Sachsen, Thüringen und Preußen zerschlagen hätte. Meiner Erinnerung nach war mir nicht sehr wohl dabei, ein privatwirtschaftlich – wenn auch gut – betriebenes Unternehmen schlucken zu müssen.

Mitten in dieser neuen Zusammenarbeit mit Thüringen kam der Notruf des Oberbürgermeisters von Berlin: Wir müßten die Berliner Elektrizitätswerke AG (BEWAG) kaufen, um die Hauptstadt vor dem Bankrott zu retten. Jene lag im Bereich des Demarkationsverbands der Reichselektrowerke, die jedoch keinerlei Hilfe leisten konnten. Es war in der Tat das Verhandlungsgeschick Dr. Köbners von der Preußischen Staatsbank, das ein Konsortium unter der Führung der Sofina (Danny Heineman) mit Engländern und Amerikanern zustande brachte. Es ging um die letzte große Auslandsanleihe in Höhe von 150 Millionen Reichsmark. Einschließlich der Beteiligungen der Preag und der Elektrowerke, mit doppeltem Stimmrecht versehen, betrug das Ge-

samtkapital 240 Millionen. Das preußische Kabinett hatte die Entscheidung zu fällen. Als der Entschluß schon fast gefaßt war, platzte Otto Brauns Staatssekretär Weismann mit der Nachricht herein, daß Reichsbankpräsident Luther gegen diese hohe Verschuldung sein Veto eingelegt habe. Eine intensive Verhandlungspolitik war gescheitert, und dies dazu in einer Zeit, wo nirgends Geld zu haben war. Mir stand der Kopf still angesichts der Reichsbankbürokratie, die eine 1928 angebrachte Kreditpolitik unter den völlig geänderten Umständen der Krise aufrechterhielt. Ich war so aufgebracht, daß ich bei der Rückkehr in mein Büro die Bilder von der Wand schlug, bis mir mein alter Bürodiener die Hand hielt und sagte: „Dasselbe hat Ihr Vorgänger (Bismarck, im selben Zimmer) auch schon getan, aber mit mehr Erfolg."
Ich sprach mit Otto Braun, der die unmögliche Lage sofort erkannte und mich ermunterte, es noch einmal ins Kabinett zu bringen, wo er es auch gegen Luther durchsetzen werde. Wir verhandelten von neuem. Der Amerikaner Eberstadt von Dillon and Read sprang ab. Die Sofina hatte nun einen größeren Anteil zu übernehmen, wofür sie die Mehrheit des Stimmrechts verlangte. Braun erwiderte, diese Frage könne nur von Reichskanzler Brüning gelöst werden, der zudem Heineman durch Oberbürgermeister Adenauer gut kenne, und sandte mich sofort zu Brüning. Dieser schob mir seinen Schreibtisch, der wie ein kleiner Altar aussah, entgegen. Ich berichtete, Otto Braun habe mir scherzend gesagt, daß das preußische Kabinett falle, wenn die öffentlichen Unternehmen in den Berliner Werken nicht die Majorität behielten. Nach kurzer Darlegung versprach er, Heineman zu bitten, seine Mehrheitsstimme vertragsmäßig ruhen zu lassen, so daß nichts gegen das öffentliche Interesse geschehen könne. Er begrüßte mich dann als den Gründer der Veba und gratulierte mir zu dem Versuch, in dieser Zeit Auslandskredite beschafft zu haben. Er fragte noch, wie viele Stunden ich denn bei alldem schlafe. „Soviele, wie Arbeit und innere Unruhe es zulassen." Worauf er lächelnd antwortete, Beamte wie ich sollten Mönche werden.
Berlin war gerettet, und dazu gründeten wir noch eine Hafengemeinschaft, die Hefrag, wobei ein österreichischer Finanzier half. In West-Preußen hatten wir Marienwerder gewonnen, um es mit dem von uns geführten Ostpreußenwerk zu vereinen, was gute Aussichten für Verbesserungen versprach. Es war von Nutzen, die stets rebellischen Junker zu besänftigen, im Präsidentenpalais gut aufzufallen und nicht zuletzt Otto Brauns ostelbischer Seele wohlzutun. Doch kamen bei der Durchführung unserer Pläne schon die Nationalsozialisten dazwischen.
Frank hatte eine holländische Bank überredet, uns die dort liegenden Reserven der Rheinischen Braunkohle zu leihen, um damit eben diese Rheinische Braunkohle in unseren Besitz zu bringen. Wir konnten sie aber nicht behalten, unserer Demarkationsverträge mit dem RWE wegen. Dafür machte das RWE die Augen zu bei unseren Verhandlungen, die Hessischen Elektrizitätswerke, HEAG, zu erwerben. Der hessische Staat war wegen unserer oberhessischen Interessen an der Preag beteiligt. Im alten Darmstädter Hotel „Zur Traube" am Marienplatz mit der hohen Säule, dem „Langen Ludwig", waren unsere Verträge schon chiffriert worden, woran auch die ebenfalls bei uns beteiligte Stadt Frankfurt besonderes Interesse hatte.
Unsere Absichten mit der HEAG waren jedoch weitergreifende. Wir wollten eine 200-KV-Hochspannungsleitung von dort in das Saargebiet führen, dessen hauptsächliche Stromversorgung in unserer Hand lag. Meine saarländischen Parteigenossen waren die besten deutschen Patrioten, wohingegen der Großindustrielle Röchling zwar mit uns über seine Elektrizitätsinteressen verhandelte, über den Ausgang der späteren Saarabstimmung jedoch nicht so sicher war.

8. François-Poncet

Robert Frank hatte eine schöne, begabte und sehr geschäftige Frau, die sozial ehrgeizig wie auch begütert war, eine Französin. Sie brachte uns mit Poncet und der französischen Botschaft näher zusammen. Poncet sah die Saarabstimmung persönlich als für Deutschland gewonnen an. In dieser festen Überzeugung schlug er eine Änderung in der deutsch-französischen Politik vor, und zwar die der „wirtschaftlichen Zusammenarbeit". Robert Frank verhandelte vertraulich über künftige Stromlieferungen nach Frankreich.
Poncet war ein Liebhaber schöner Porzellane. Er liebte die preußische Porzellanmanufaktur, die damals regelmäßig im Tiergarten mit Friederizianischem Quartett die Diplomaten nebst Gattinnen zum „High Tea" einlud, um gleichzeitig hohe Bestellungen von diesen guten Kunden aufzunehmen. Dorthin kam ich eines Tages einer Sitzung wegen zu spät und fuhr mit meinem Wagen am hinteren Eingang vor, um mich hineinzuschleichen. Poncet hatte dies sofort bemerkt und empfing mich in Gefolgschaft einer ganzen Reihe schöngekleideter Damen am Ende der ausgestellten Stücke, bei dem technischen Porzellan, weißen Kolben und Vasen für Laborzwecke. Ich nahm eine blutrote Rose, steckte sie in eine lange industrielle Porzellanvase und bot sie der ersten Dame an, meine Entschuldigung stammelnd. Dabei sagte ich noch, diese Vasen und Vitriolen seien die modernen, unbemalten Modelle der Manufaktur, worüber der neue, aus München gekommene Leiter Pechmann die Hände rang. Drei Tage später stellte Pechmann die modernen, unbemalten Kelche im Schaufenster der Manufaktur am Potsdamer Platz aus, die unter dem preußischen Handelsministerium gelegen waren. Sie wurden ein großes Geschäft.
Poncet war von alledem begeistert und bot durch Frank an, ein Geschäftsabkommen mit der französischen Porzellanfabrik Limoges einzugehen, mit gegenseitigen Ausstellungen und dem Verkauf untereinander. Franks brachten Poncet durch Vögler mit den Vereinigten Stahlwerken zusammen, um, so unglaublich das klingen mag, die ersten Besprechungen einer deutsch-französischen Stahlzusammenarbeit aufzunehmen.
Meine Beziehungen zu Poncet brachen ab, als er mir einige Wochen später zuredete, mit Hitler zu paktieren, der ja auch eine gemeinwirtschaftliche Politik verfolge, wie schon der Name Nationalsozialisten besage. Ich fragte ihn, ob er Hitlers „Mein Kampf" gelesen habe. Er stotterte – genau wie Rudolf Hilferding –, daß dies doch eine „unmögliche" Lektüre sei (er gebrauchte noch andere Ausdrücke). Ich warnte ihn, und ebenso viele andere, diese „Unmöglichkeiten" nicht ernstzunehmen, da ein Monomane wie Hitler, wenn er zur Macht komme, tun müsse, was er geschrieben habe. An nichts anderes könne er sich doch halten. Poncet wiederholte seinen Versuch, mich zu überzeugen, und wir schieden.

9. Gemeinwirtschaftliche Probleme in der Verkehrspolitik

Meine Erinnerungen schreibe ich aus dem Gedächtnis nieder, ohne irgendwelche historische Materialien – außer für die Feststellung einiger Daten – oder Veröffentlichungen zu konsultieren. Sie sind nach den Fachgebieten geordnet, in denen ich gearbeitet habe, mit dem Zweck, das geschichtlich Wesentliche, die führenden Ideen und Ziele hervortreten zu lassen. Die aus Aufzeichnungen und individuellen Handlungen hervorgehenden persönlichen Motive vermögen den historischen Zusammenhang nicht zu erhellen. Nach diesem Verfahren muß ich daher in den Jahreszahlen zurückgehen zum Jahre 1927, um zur Schilderung meiner Teilnahme an den Aufgaben in der Verkehrspolitik zu kommen.

Technische Beamte gehen in den verschiedenen Unternehmenszweigen nicht nur in völlig anderer Weise an die Probleme heran als ihre Kollegen in der Verwaltung, sondern sie unterscheiden sich auch untereinander je nach Arbeitsgebiet und Erfordernissen. Alle sind verfolgt vom Tempo der schnell fortschreitenden technischen Entwicklung, bemüht, das Neueste zu versuchen, um Kosten zu sparen und Qualität zu verbessern, eingeführte Marken weiterzuentwickeln. Sie sind die Hauptstützen im Konkurrenzkampf der Produkte auf dem Markt.
Der technische Kopf der Preag sagte mir damals, daß auf dem Gebiet der Turbinenentwicklung keine größeren Verbesserungen mehr zu erwarten seien. Es drehe sich vielmehr um die Frage, ob man das Risiko der Verwendung von den zur Zeit größten, den Grundstrompreis verbilligenden Turbinen eingehen wolle oder sich mit den mittleren Formaten abfinde. Mit den Kleinturbinen machten uns die Unternehmer Konkurrenz, zumal wir bei deren Ausfall dann doch für die Notversorgung der Werke bereit sein müßten. Die Wahl der Größenordnung der Hochspannungsleitungen sei eine Frage des langfristigen Planens, die Produktivitätssteigerung daher ein Problem der administrativen Beamten und vor allem der Ausbildung von technisch hochqualifiziertem Aufsichtspersonal geworden. Die Realität ließ mich an der Marxschen Theorie zweifeln, daß die technischen Wandlungen durch Zufall oder wissenschaftliche Erfindung entstanden, die Produktivkräfte und die sozialen Arbeitsverhältnisse der Klassen änderten. Ich lernte, daß die administrativen Entscheidungen über den Gebrauch der Technologie, das kurz- und langfristige Planen, wie vor allem die Erziehung der Arbeiterschaft für die Erzielung höherer Produktivität entscheidend sind. Damals nahmen wir an, daß der Produktivitätszuwachs in der ganzen Industrie zu 30–40 % auf dem reinen technischen Fortschritt, auf Investition und Kapitalanlage, und zu über 60 % auf administrativem Planen sowie – ich betone – auf der Erziehung zu qualifizierter Arbeitsleistung und konzentriertem Arbeitswillen beruhe. In der Elektrizitätswirtschaft spielte der technische Fortschritt nicht mehr die größte Rolle, mit Ausnahme der Wärmespeicherung in den Umschaltanlagen und der Braunkohlenförderung. Die langfristige Abschreibung der Fernleitungen machte die Vorausplanung zur Pflicht. Dazu kam das Naturschutzproblem. Man konnte die schönen Waldhöhen nicht mit vielen kleinen Hochspannungsleitungen zersägen. Hohe Fernleitungen mit ihren langen Schwüngen verschönerten die Landschaft.
In der Verkehrsabteilung waren die technischen Probleme völlig andersartig. Kanalplanen, Vertiefung und Verbreiterung der Wasserwege gemäß den wachsenden Schiffgrößen sind „Ewigkeitsfragen", nicht nur der Abschreibung, sondern der Unabänderlichkeit wegen. Nur mit großen Zusatzkosten konnten frühere Fehlschätzungen nachträglich berichtigt werden. Der technische Fachbeamte hatte daher eine entscheidende Verantwortung. Ministeralrat Verlohr war sich bewußt, daß wir, die Verwaltungsbeamten, dabei wenig Erleichterung bringen konnten. Die politischen Entscheidungen fielen am Anfang. Wenn sie während der Durchführung geändert wurden, war das nur von Übel. Die Ziele der Verkehrsplanung waren mit den davonlaufenden Kosten möglichst in Einklang zu bringen. Meine Aufgabe, erklärte Verlohr, bestehe nicht in fachmännischer Hilfe, sondern in der Verhinderung aller Verzögerungen durch politische Hemmnisse. „Fürstengunst" wie „Wählergunst" seien im Interesse des Allgemeinwohls gleichermaßen gefährlich. Nur Gremien von Fachleuten könnten über die beste Ausführung von Verkehrswegen entscheiden, und im Falle ihrer Uneinigkeit hätten die fachlichen Staatsbeamten und nicht die politische Verwaltung zu entscheiden. Fehler und falsche Vorausschätzungen seien bei mancher Neuentwicklung z.B. im Brückenbau unvermeidlich und gehörten als solche fast mit zum Geschäft, einschließlich aller öffentlichen Aufregung. Mit der Handhabung dieser Probleme beginne meine eigene, politische Mitwirkung. Dem Fachbeamten müsse also bei der Durchführung der Entscheidungen Hilfestellung geleistet werden.
Ich wurde Aufsichtsratsvorsitzender der Duisburger Hafengesellschaft, dort arbeitete ich mit

dem ausgezeichneten Oberbürgermeister und dem früheren Aufsichtsratsmitglied Klöckner, einem Zentrumsmann, gut zusammen. Die Konkurrenz der rheinischen Häfen untereinander wuchs. Wir hatten, um unsere Vormachtstellung als größter Kohlenumschlaghafen aufrechtzuerhalten, etwas Außerordentliches zu leisten. Verlohr schlug vor, eine große moderne Kohlenmischanlage zu errichten, in der die Kohle wie in einer Apotheke nach Vorschrift der Abnehmer zusammengemischt werden konnte. Wir alle waren einig über die Notwendigkeit eines solchen Ausbaus, doch als es an die Finanzierung ging, enthielt sich Klöckner der Stimme. Wenn es eine privatwirtschaftliche Maßnahme in seinem Kohlenzechen-Unternehmen zu finanzieren gelten würde, würde er das Risiko auf sich nehmen, doch habe er in einem staatlich geführten Unternehmen nicht den Mut, öffentliche Gelder in große Experimente hineinzustecken. Wir alle waren erstaunt. Ich sprach später mit ihm darüber, daß wir drei Sorten von Staatshaushalten haben müßten: einen für langfristige Investitionen, der durch langfristige Anleihen zu decken sei; einen Durchgangsetat für alle sozialen Wohlfahrtskosten (das Wort war damals schon in Umlauf ohne den heutigen Beigeschmack), wie Krankenkassen, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, die im Aufbau befindlich war, und für Wohnungsbaubeihilfen. Im dritten Haushaltsabschnitt sollten die laufenden Ausgaben für Beamte enthalten sein, in Kategorien unterteilt für auswärtigen Dienst, technische und wirtschaftliche Fachbeamte sowie für die Beamten mit juristischer und verwaltungsmäßiger Vorbildung. Nur durch eine nach Zwecken gegliederte Haushaltsordnung könne man dem Gerede über den Zuwachs des öffentlichen Anteils am Sozialprodukt und die zunehmende „Bürokratisierung" entgegenwirken. In der Haushaltsbeschreigung müsse der Bevölkerungszuwachs in den verschiedenen Berufsgruppen, der Trend der Bevölkerungspyramide sowie, soweit bekannt, die Zuwachsrate in den Produktionszweigen berücksichtigt werden. Klöckner stimmte mir zu, daß der Staat in der erfolgreichen Durchführung gemeinwirtschaftlicher Projekte als öffentlicher Unternehmer oft der Privatwirtschaft durch die Möglichkeit, langfristig zu planen, Anlagen auf weite Sicht hin zu bauen, und durch die fachliche Ausbildung seiner Beamten und Angestellten, die in den Bergakademien vorbereitet werden, überlegen sei. Bei alledem kommt es jedoch neben den zukünftigen Wirtschaftserträgen auf die sozialen Auswirkungen an. Der Staat als Unternehmer hat nämlich in einer völlig anders ausgerichteten Ideenwelt zu arbeiten. Die Kohlenmischanlage wurde zu einem großen Erfolg für alle Beteiligten: für die private wie die öffentliche Bergwerksindustrie, die Schiffahrtsunternehmen und vor allem für den Duisburger Oberbürgermeister.

Eines Tages wurde ich von Dr. Dorn, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, benachrichtigt, daß ich mich als Aufsichtsratsvorsitzender der Duisburger Ruhrort Hafengesellschaft des Steuerhinterzugs strafbar gemacht hätte. Die Ausladearbeiter hätten in ihrer Wartezeit freiwillig ein geräumiges und schönes Hafenrundfahrtschiff auf der Reparaturwerft gebaut, wozu sie nur Material von beschädigten Schiffen verwandt hätten. Das Schiff sei in der Bilanz mit einer Reichsmark aufgeführt worden, während es doch eine große Gewinnsumme darstelle, die für das Reich versteuert werden müsse. Nur das Vermögensobjekt, nicht der aus Gemeinschaftssinn entsprungene Antrieb galt vor Gesetz. Die Folge davon war, daß die Arbeiter in ihren freien Stunden wieder herumlungerten. Wir versuchten vergebens, den einmal bewiesenen Gemeinschaftsgeist als Arbeitsantrieb im Werk einzusetzen.

„Gemeinschaftsarbeit" ist teilweise in staatlich anerkannten „Wohltätigkeiten" sogar steuerfrei. Die staatliche Gemeinwirtschaft ist dagegen der Möglichkeit steuerfreier, freiwilliger Gemeinschaftsarbeit beraubt. Die öffentliche Wirtschaft ist damit in ihren Vorteilen, die sie vor der Privatwirtschaft augenfällig hat, eingeschränkt und in der Verfolgung des allgemeinwirtschaftlichen Zieles geschwächt, nur damit sich das privatwirtschaftliche Ideal steuerrechtlich behaupten kann.

Ich hatte damals insgesamt den Eindruck, daß der Gemeinschaftsgeist im Staat als solchem wie innerhalb der öffentlichen Unternehmungen im Schwinden war, während die private Kartellisierung der Industrie und selbst der Gewerkschaften schneller Profite wegen zunahm.

10. Otto Braun und die Hamburgisch-Preußische Hafengemeinschaft

1928 wurde die Verkehrsabteilung in den Strom hochpolitischer Verhandlungen gezogen. Die Gegensätze in der Hamburger und der preußischen Hafenwirtschaft, der hamburgisch-preußischen Landesplanung und der Siedlung sowie in der Verkehrsverwaltung verschärften sich. Nur Otto Braun persönlich konnte die bis dahin ergebnislos gebliebenen Verhandlungen erfolgreich wieder aufnehmen. Damals erkannte ich, was der klare, bewußte Wille eines Staatsmannes erreichen kann. Herbert Weichmann, der Vertraute Otto Brauns, unterstützte ihn mit begeisterter Hingabe und politischem Geschick – und dies immer im richtigen Augenblick.
Die Hamburger Kaufleute kannten die preußischen Pläne, „spezielle" Industriehäfen in Harburg für die Ölindustrie, Emaillewerke und andere großindustrielle Unternehmungen sowie dringend nötige Lagerhäuser zu errichten. Everling, ein modern ausgerichteter Großkaufmann, betonte jedoch die immensen Schwierigkeiten, solche Absichten auszuführen. Er schloß in forscher Weise mit der Frage: „Warum kann das nicht alles zusammengelegt und Altona, Harburg sowie die Häfen der Elbemündung in ein „Großhamburg" eingemeindet werden." Ich glaube gesagt zu haben: „Berichten Sie doch diese Beschwerden Otto Braun", den er gut kannte.
Dies alles war für mich ein persönlicher Anlaß, den Ursachen der wachsenden Schwierigkeiten zwischen Preußen und Hamburg auf ihren Grund zu gehen. Jene lagen klar zu Tage: Sie waren hochpolitischer Art und wurden zudem von lokalpolitischen Interessengegensätzen und von bürokratischen Quengeleien gesteigert. Die einzig erfolgversprechende Lösungsmöglichkeit war damit vorgeschrieben. Sie konnte allein von der obersten politischen Führung auf beiden Seiten herkommen. Otto Braun sah dies sofort ein und handelte danach – auch das wieder sofort.
Meine Mitarbeiter Lohmeyer und Verlohr waren überzeugt, daß eine preußisch-hamburgische Elbegroßraumzusammenarbeit von äußerster Dringlichkeit sei, und begründeten dies in einem kurzen Exposé über den wachsenden Welthandelsverkehr, die Bedeutung des größten deutschen Seehafens für die deutsche Gesamtwirtschaft, die Einschnürung Hamburgs durch die preußischen Grenzen, die gegensätzliche Hafen- wie kommunale Politik und die daraus folgende Notwendigkeit einer einheitlichen Hafenausbaupolitik. Mein Handelsminister Dr. Schreiber stimmte diesen Grundgedanken zu. Um jedoch Ressortschwierigkeiten zu vermeiden, wandte ich mich direkt an Otto Braun.
Das Exposé erhielt Regierungsrat Herbert Weichmann, Brauns persönlicher Referent. (Damit begann unsere lebenslange Freundschaft.) Ich hatte eine Unterredung mit Otto Braun im Landtag. Ich erwähnte Braun gegenüber, daß die mehrjährigen Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg zu keiner wesentlichen Verbesserung geführt hätten. Er zeigte sich schon über das Problem unterrichtet und bestimmte, daß sofortige Verhandlungen unter seiner Führung aufgenommen werden sollten. Ich sei hiermit der preußische Verhandlungsführer. Er werde eine Klärung mit dem Innen- und Finanzministerium herbeiführen. Herbert Weichmann sei der Verbindungsmann zu den Ministerien und Oberbürgermeister Brauer in Altona. Ich solle ihm über den „schnellen Fortschritt" – andere Aufgaben zurückstellend – unmittelbar berichten. Er betonte noch, es sei die festgelegte Verhandlungsrichtschnur, daß in einer Hamburgisch-Preußischen Hafengenossenschaft oder größeren Gemeinschaft die Hanseaten die ausgesprochene Führung

erhalten müßten – schon ihrer jahrhundertelangen Erfahrung und ihrer Weltgeltung wegen –, wobei wir unsere preußischen Interessen in einem Vertrag und durch sachkundige Mitwirkung sicherzustellen hätten – kurz und bündig. Damit klopfte Braun mir auf die Schulter und verschwand.
Staatssekretär Abegg vom Innenministerium sprach mich im Landtag an und sagte mir, daß er mir die früheren Verhandlungsakten senden werde. Ich solle mich allerdings darauf gefaßt machen, daß die Hanseaten leichter mit der City in London über Frieden und Verträge verhandeln könnten als mit preußischen Beamten – „Wir sprechen einfach verschiedene Sprachen". Ich antwortete: „Da ist es doch gut, daß ich ein Hesse bin. Ich kann ja dann übersetzen." Er lachte, und jede Bitterkeit war überwunden.
Für mein Verhandlungskomitee, Weichmann, Lohmeyer, Verlohr, traf Weichmann eine Verabredung mit Brauer. Lohmeyer arrangierte eine Besichtigung des Harburger Hafens mit kommunalen Fachleuten. Brauer, von Weichmann vorunterrichtet, empfing mich in seinem Rathaus in Altona mit offenen Armen und blitzenden Augen. In nur wenigen Stunden und bei einem guten Mittagessen wurde die Strategie festgelegt. Eine öffentliche Diskussion vor den Verhandlungen könne nur hinderlich sein. Wir entschieden deshalb, daß ich sofort mit meinem Verhandlungspartner, dem Hamburger Senator Burchard, der alle Hafenangelegenheiten unter sich hatte, zusammenkäme. Burchard lud mich für den nächsten Abend zu einem „einfachen Abendessen" in das Weinrestaurant „Zur Rose" ein.
Mit dieser historischen Zusammenkunft begann der zweite Akt, die Fühlungnahme.
In einem kleinen separaten Speisezimmer begrüßte mich Senator Burchard, indem er sich verbeugte und mir meinen Stuhl anwies. Die erste Szene war mit seinen Erklärungen zum Menü des „einfachen Abendmahls" ausgefüllt. Er schlug eine grüne Aalsuppe vor, die ich noch nicht kannte. Ich müsse auch den an der Angel gefangenen Schellfisch, mit Moselwein übergossen, kennenlernen, dann Rostbraten mit vollblumigem Burgunder, der nur in den hanseatischen Kellern zur wirklichen Reife komme, nehmen, und zum Abschluß habe er Fürst Pückler mit Käsestangen und Mokka und Cognac vorgesehen. Das war die kulinarische Bühnenverkleidung.
Burchard eröffnete die Besprechung und sagte, daß mein ausgezeichneter Mitarbeiter, Ministerialrat Lohmeyer, ihn von meiner Mission, mit ihm über die Hamburg–Harburger Häfen zu sprechen, unterrichtet habe. Er beglückwünsche unsere preußische Hafenverwaltung zum Ausbau der Harburger Spezial-Industrie- und Lagerumschlaghäfen. Die Hamburger sollten wohl dabei den Harburgern zu ihren Träumen eines „Großharburg" verhelfen. Nach dieser offensichtlichen Attacke glaubte ich nun meinerseits kurz und bündig unsere Pläne offenlegen zu müssen:

1. Der Weltverkehr wächst, die Verkehrstechnik ändert sich, die Anforderungen, die künftige Entwicklung gemeinsam vorauszuplanen, sind im wirtschaftlichen Allgemeininteresse Hamburgs, Preußens, Sachsens eine Notwendigkeit geworden.
2. Wir dürften wohl darin übereinstimmen, daß eine so große Zukunftsaufgabe zu einer genossenschaftlichen und allgemeinen Arbeitsgemeinschaft des gesamten Unterelbegebiets führen müsse.
3. Preußen erachtet es als eine Notwendigkeit, daß in einer solchen Gemeinschaft Hamburg mit seinen großen Erfahrungen die Führung haben müsse, unter voller Berücksichtigung der preußischen Finanzen, kommunalen Steuern und lokalen Unternehmerinteressen.
4. Kurzum: Preußen schlage Hamburg ein „Großhamburg" vor ohne Änderung der politischen Grenzen und staatlichen Belange.

Burchard erhob sein Glas: „Wir trinken auf Preußen." Wir schauten uns schweigend an. Aufstehend nahm er seine Serviette aus der Weste. Ich fürchtete, er nehme das alles nicht ernst und

wolle unterbrechen oder sogar abbrechen. Er kehrte an den Tisch zurück und fragte mich stehend, von wem ich autorisiert sei, ihm einen so weitgehenden Vorschlag zu machen. Ich antwortete, daß ich, vom Ministerpräsidenten Otto Braun als preußischer Unterhändler entsandt, diese Pläne durch ihn dem Hamburger Bürgermeister Petersen und dem Senat zu unterbreiten hätte, um anschließend Vertragsabschlußverhandlungen zu eröffnen.
Der dritte Abschnitt unseres Gesprächs hatte einen völlig geänderten Charakter. Burchard sprach mit mir wie mit einem jungen Teilhaber, der in eine altrenommierte Großfirma eintreten will. Er war nicht mehr der leicht erbitterte Konkurrent, seine Zweifel waren beiseitegeräumt. Der hanseatische Großkaufmann, eine Herrennatur, kam zum Vorschein. Er sprach von seinen großen Sorgen um die Zukunftsentwicklung Hamburgs im aufsteigenden Welthandel. Er knüpfte an meine Ausführungen über die revolutionäre Verkehrsentwicklung in Zeit und Raum an. Die Welt werde ungeduldig. Schnelligkeit in der Verkürzung der Schiffs- und Ladezeiten, selbst um Stunden, sei die Devise. Verbilligte Lagerräume, größere und weitere Piers seien die nächste Notwendigkeit. Er wies auf die günstigere Lage von Bremerhaven – besonders hinsichtlich des Personenverkehrs – hin. Er sah mit Sorge die aufkommende Konkurrenz des Flugverkehrs. In Berlin spiele man doch im Reichspostministerium mit dem phantastischen Gedanken, den Zeppelin für die so wichtigen Postfrachten einzusetzen. Die zunehmende Konkurrenz neuer Werften, selbst innerhalb Deutschlands, bringe die Gefahren von Überkapazität. Er erörterte den Bau schnellerer, luxuriöser Personendampfer, er verwies auf den Gegensatz von Geschwindigkeit und Schiffsgröße wie die damit verbundene ständige Vertiefung und Ausbaggerung der unteren Elbe. Meine Achtung für ihn steigerte sich mit jeder Minute, persönlich wie auch für seine Einstellung größeren Zukunftsproblemen gegenüber. Ich versprach ihm, mit meinem Kollegen Brandenburg im Reichsverkehrsministerium wegen der Vorzugstarife für preußische Häfen, die von der Preußisch-Hessischen Eisenbahngesellschaft stammten, zu sprechen, und auch mit dem Reichspoststaatssekretär über erhöhte Postkontingente, wohlbegründet durch unseren geplanten Zusammenschluß. Ich wollte nun meinen blumenreichen Burgunder auf sein Wohl und die Zukunft Groß-Hamburgs trinken – doch wieder kam er mir zuvor und toastete auf die *Preußisch-Hamburgische* Zusammenarbeit. Ich korrigierte ihn: nach Braun Hamburgisch-Preußische Hafengemeinschaft.
Die vierte Szene begann mit verschobenem Bühnenbild. Burchard gab eine intensive Darlegung, daß Hamburg so weitreichende Pläne eigentlich schon seit Jahren hege, es seien dies alte Hamburger Forderungen. Da trank ich meinen Cognac auf das Resultat, daß wir alle die gleichen Ideen hätten, woraus nun folge, daß wir schnell mit dem Vertragswerk fertig werden sollten.
Am nächsten Tag flog ich mit dem Flugzeug des Handelsministeriums zur Berichterstattung nach Berlin und traf Braun, der gerade von einer Konferenz mit den Fraktionsführern Heilmann (SPD), Hess (Zentrum), Falk (Demokraten) kam. Er beglückwünschte mich, er habe schon alles von Weichmann gehört. Bürgermeister Petersen habe ihn angerufen und zur Verhandlungseröffnung nach Hamburg eingeladen. Er habe ihm gedankt und gesagt, daß er nach Paraphierung der abgeschlossenen Verträge durch Senator Burchard und mich gern zur Vertragsfeier und einem Staatsbesuch, er hoffe baldigst, nach Hamburg kommen werde. Mit allen Zuständigen habe er gesprochen. Nur der Finanzminister Höpker-Aschoff mache Schwierigkeiten. Ich solle daher mit dessen Staatssekretär Schleusener gute Tuchfühlung halten. Höpker-Aschoff wolle nicht einsehen, daß die Einrichtung einer solchen Hafengemeinschaft im Anfang mehr kosten müsse, wir hätten dazu etwas einzubringen, doch würden später Zuschüsse erspart, schon durch den Wegfall von Doppelinvestitionen, und nicht zuletzt durch die neuen reichen Steuerzahler, die „Hamburger Einwanderer“!
Am Ausgang der Halle erwartete mich lächelnd Heilmann: „Wir haben von Dir nichts anderes

erwartet". Die Parteiführer der Koalition hätten Braun ihre volle Unterstützung zugesagt. Der Kölner Falk habe gefragt: „Warum machen Sie nicht auch solche Hafenverträge zwischen Duisburg und Köln am Rhein?" Braun habe geantwortet: „Seit wann ist Köln ein großer Seehafen?" Alle wollten ein Stück des gleichen Kuchens haben. Braun habe erwähnt, daß solche Pläne der Zusammenarbeit im beiderseitigen und allgemeinen Interesse auch auf andere hanseatische Häfen ausgedehnt werden könnten, jedoch erst, nachdem ein großes, wirkungsvolles Beispiel in Hamburg unter Dach und Fach gebracht worden sei. Lächelnd, den Arm um meine Schulter gelegt, begleitete Heilmann mich am Restaurant vorbei zum hinteren Ausgang des Landtags.
Eigentlich ohne jede Pause begannen die Vertragsverhandlungen. Senator Burchard, der Hamburger Hafendirektor und ein Justitiar meldeten sich – ganz inkognito – bei mir in Berlin zu einem Besuch an. Sie hätten Besprechungen mit dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichspostministerium am nächsten Morgen. Am Nachmittag hofften sie mit meinem Komitee zu Vorbesprechungen zusammenzukommen. Es sei mehr als ein höflicher Gegenbesuch. Das Datum für die große Verhandlung in Hamburg wurde damals schon festgelegt. Sie sollte mit einer Hafenrundfahrt am ersten Tag – als Besuch verkleidet – beginnen. Am zweiten Tag sollte ernst gemacht werden. Und so kam es. Am zweiten Tag wurde der Vertrag, eigentlich die Verträge, in einem kleinen Senatssaal in einer mehr als achtzehn Stunden dauernden Sitzung abgeschlossen und paraphiert. Es war eine besondere Ehrung für Lohmeyer, daß seine Vertragsfassung und seine handschriftlichen Änderungen als Verhandlungsgrundlage anerkannt wurden. Der Hamburger Bürgermeister eröffnete mit allen guten Wünschen. Altonas Oberbürgermeister Brauer und Oberbürgermeister Dudeck aus Harburg waren mit ausgewählten Vertretern ihrer Bürgerschaften und des Senats für kurze Zeit zur Eröffnung anwesend. Dann räumten sie fast vollständig das Feld, um den zuständigen Verantwortlichen die Arbeit zu erleichtern.
Wie vorauszusehen, machten die allgemeinen Grundsätze der kommunalen Zusammenarbeit – von den Versorgungsbetrieben bis zur gemeinsamen Schulplanung, Straßenplanung und Verkehrslinienvereinheitlichung, keine großen Schwierigkeiten. Am Nachmittag jedoch gab mir Senator Burchard den Vorsitz, um die schwierige, fast unlösbare Problematik der Gebietseinbringung Preußens, nämlich der Häfen und des nicht aufgeschlossenen Hafengeländes, gegen den Widerstand des preußischen Finanzministeriums und einiger preußischer Hafenvertreter zu beseitigen. Kosten- und Steuerfragen von Ansiedlungen neuer Unternehmen auf preußischem Gebiet mußten manchmal in einzelnen Gruppenbesprechungen gelöst werden. Hamburger sprachen gegen Hamburgische Interessen, und dasselbe geschah unter uns Preußen. Dieser lange Tag, ich glaube mein längster Arbeitstag, zog sich unter ständigen Wiederholungen des schon längst Argumentierten bis in die Morgenstunden hinein. Um 3.30 Uhr flüsterte mir Senator Burchard völlig erschöpft über den Tisch zu: „Machen wir Schluß – wir paraphieren." Das Protokoll werde morgen bereinigt, die Lohmeyerschen Änderungen sollten nach redaktioneller Verschönerung gelten, die wir dann beide gutheißen sollten. Die Wagen standen für die Preußen bereit, doch zogen wir es vor, um 4 Uhr morgens frische Luft zu schnappen und über den Marktplatz zur Alster zu den Vier Jahreszeiten zu humpeln – in unsere Betten. Einige nur geringfügige Änderungen wurden doch noch notwendig.
Braun sprach dem Verhandlungskomitee des „langen Tages" seinen Dank aus. Bürgermeister Petersen hatte mit ihm schon am frühen Morgen telephoniert und seine Einladung zum baldigen Staatsbesuch wiederholt. Otto Braun lud das Verhandlungskomitee ein, ihn persönlich zu den Feiern zu begleiten.
Den letzten Akt, den Staatsbesuch mit seinen delikaten Protokollfragen, hatte Herbert Weichmann zu inszenieren. Braun wurde von der Hamburgisch-Altonaer Bevölkerung, die von dem großen Ereignis kurz zuvor gelesen hatte, bei seiner Fahrt vom Bahnhofsdamm zum Rathaus

jubelnd begrüßt. Der für mich schönere Teil war der Nachmittagskaffee und Kuchen mit Parteigenossen und Freunden. Er hatte auch sein Ereignis: Podeyn und Meitmann sagten, ich solle Hamburger Reichstagsabgeordneter werden. Der Hamburger SPD-Spitzenkandidat Grassmann habe sich um die ganzen für Hamburg so wesentlichen Verhandlungen überhaupt nicht gekümmert. Ich stand sprachlos an der Wand des Saales. War das eine „Vorahnung"? Im tragischen Jahre 1932 wurde ich wirklich der Spitzenkandidat.
Ich erinnere mich deutlich an die gemeinsame Heimfahrt mit Otto Braun im Staatswagen nach den offiziellen Veranstaltungen in Hamburg. Er setzte sich neben mich und sagte rückblickend: „Die Feiern des Vertragsabschlusses bedeuten einen großen Augenblick in meinem politischen Leben. Das Wesentliche daran war nicht, wie einige Zeitungen geschrieben haben, daß ich und die Staatsregierung große Opfer für das Zustandekommen der Hafengemeinschaft gebracht haben." Das Wesentliche liege für ihn vielmehr in dem Beweis, daß in dieser politisch gespannten Zeit der demokratische Geist jahrzehntelange nationale Streitigkeiten mit enger zukünftiger Zusammenarbeit beseitigen könne. Der „ideelle Fortschritt" sei ihm das Entscheidende.
Otto Braun berichtete über die Widerstände gegen die Verträge. Im Landtag seien nicht nur einige Abgeordnete, sondern Deputationen der Bürgerschaft und Industrie Harburgs aufgetreten und hätten behauptet, daß seine Beamten im Arbeitseifer zu weit gegangen seien. Der neue, moderne Harburger Ölhafen sollte nicht in die gemeinsame Hamburgisch-Preußische Verwaltung hineinkommen. Dort sollten durch preußischen Einfluß die großen Ölindustrien vom Amsterdamer Hafen weiter herüber geholt werden, um Deutschland eine Ölreserve zu erstellen, ein Plan, der auch von der Reichswehr unterstützt wurde. Braun erwiderte den Besorgten, daß in der neuen Hafengemeinschaft die Altonaer, die Harburger und die alte Preußische Hafenverwaltung säßen und Stimmen hätten. Er betonte aber, daß die Hamburger naturgemäß durch ihre jahrhundertelangen Erfahrungen und Kenntnisse in der Verwaltung und der Ausbauplanung die Führung haben würden. Doch brauche jeder große Hafenkomplex sein Hinterland mit aufgeschlossener Verkehrs- und Strompolitik. Da seien die Preußen die stärkeren – selbst die Ostelbier brächten ihren Beitrag zum Ausbau des Mittellandkanals. Nichts sei schwerer, als Kommunalpolitiker von den übergeordneten Wirtschaftszusammenhängen zu überzeugen.
Braun erzählte auf der Fahrt dann weiter Geschichten aus dem Landtag über die komischen und schädlichen Seiten des Lokalpatriotismus. Dabei legte er seine Hand auf die meine und sagte, die höheren preußischen Beamten hätten diese Streitigkeiten im Allgemeininteresse auszubügeln. So schloß der Tag, den Braun für „hochbedeutsam" hielt, wie er dies öfters noch wiederholte.
Was war dieses Allgemeininteresse, das Braun zufolge den preußischen Beamten als Richtlinie ihrer Arbeit dienen sollte? Braun war in seiner ostpreußischen Art ein tief deutschfühlender, nationaler Mann. In Hamburg ging es ihm um die Neuordnung im Reich, so wie es Herbert Weichmann, der in der Vossischen Zeitung Brauns Besuch in Hamburg der Öffentlichkeit angekündigt hatte, als dessen Leitmotiv formulierte: „Als ob es keine Ländergrenzen gäbe." Braun war im tiefsten Grunde ein Zentralist. Er lebte, dachte und hoffte auf eine deutsche Einheit hin, jenseits der reichsstaatlichen Länderstruktur. Die Hamburgisch-Preußische Hafengemeinschaft sollte demnach ein Vorbild sein, die Grenzen niederzulegen.
Die Verkehrsabteilung hatte durch das Abkommen alle Hände voll zu tun. Es folgte die Bremisch-Preußische Gemeinschaft, in die wir den preußischen Fischereihafen Wesermünde einbrachten, den wir mit Hilfe dänischer Experten in der Fischkonservierung zu einem der ersten Fischereihäfen mit prosperierenden Konservenfirmen aufgepäppelt hatten.
Ich hatte das Vergnügen, beim Vertragsabschluß in Bremen vom Goldenen Geschirr essen zu dürfen. Einige kaiserliche Gäste waren meine Vorgänger gewesen. Der Wein im Bremer Rathaus

schmeckte bürgerlicher. Danach verhandelten wir mit Lübeck. Otto Braun freute sich über die Erfolgsberichte, ohne jedoch am Gelingen teilzunehmen. Die politische Lage war zu ernst geworden.
Die Maxime von Braun hatte ihre Wirkung auf viele Gebiete meines großen Arbeitsbereiches, besonders jedoch bei dem Versuch, in Übereinstimmung mit dem Reichsministerium zu arbeiten. Dieses sollte in der großen Wirtschaftspolitik führen, und wir als Untergebäude sollten Anweisungen für das „Wie" der Ausführungen geben.
Ich sagte schon damals als Staatssekretär in Preußen fast wörtlich zu Reichsstaatssekretär Trendelenburg: „Wenn in unseren Ansichten eine Meinungsverschiedenheit herrscht, haben Sie von nun an immer recht, denn es ist besser, wenn wir beide gemeinsame Fehler machen, als daß ich als Vertreter Preußens recht behalte." Nach diesem Grundsatz handelten wir im Verkehr mit allen Reichsministerien. Wir nahmen an Sitzungen und Ausschüssen teil. Unser Börsenkommissar Dr. Ernst, ein ausgezeichneter Analytiker für die bedrohlichen Trends in der Welt und ein Kenner der Probleme deutscher Banken und Industrien, war ständig im Reichsfinanzministerium, wohin der neue Staatssekretär Schäffer viele der entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgaben mitgenommen hatte. Wir versuchten es mit dem besten Willen, doch mußte ich meinem Minister Schreiber berichten, daß eine wirkliche Zusammenarbeit bei so verschiedenen Grundeinstellungen der Akteure – politische wie andere Beamte – eine zeitverschwendende Illusion sei. Braun sah dies ein und sagte mir, daß ich über die Trennung nicht öffentlich reden, doch in Preußen einen aktiven neuen Kurs einschlagen solle.

11. Die Flugabteilung

Die Flugabteilung hat mich viel Schlaf und inneren Konflikt gekostet. Ich erwähne diese Erlebnisse, um der Geschichtsschreibung Anlaß zur Nachforschung zu geben.
Ministerialrat Knipfer war ein Kriegsflieger mit besonders guter technischer und verwaltungsmäßiger Schulung. Er war offen, gerade heraus: Er betonte die angenehmen und mehr noch die unangenehmen Wahrheiten. Er zeigte mir den fast einmaligen Tempelhofer Flughafen, der mitten in der Stadt lag, die vielen Flugzeughangars, vom Staat, der Lufthansa und dem Flugzeugwerk Junkers, das Verwaltungsgebäude der Lufthansa und selbstverständlich das große Restaurant.
Knipfer stellte mich vor die Frage, ob ich damit übereinstimme, daß die früheren Kriegsflieger bei der Anstellung bevorzugt werden sollten. Ich bejahte mit dem Hinweis, daß sie damit in die Republik eingegliedert werden sollten. Knipfers politische Einstellung war sicherlich auf der rechten Hälfte des deutschen Globusses gelegen. Er erwähnte, daß die Flieger verschiedenen politischen Parteien und Bewegungen angehörten, auch den Nationalsozialisten. Die letzteren würden von Junkers beschäftigt. Doch gebe es auch einige Demokraten unter den Fliegern, wie z.B. Tiede, einen der besten Piloten und Ausbilder bei der Lufthansa.
Für das Handelsministerium stünden zwei einmotorige, gute Junkersmaschinen ständig bereit. Minister Schreiber mache davon Gebrauch, ich solle es ihm nachtun.
Eines Tages flog ich mit Dr. Schreiber zu einer Sitzung nach Hamburg, um bei der Gelegenheit die Harburger Ölhäfen zu besichtigen. Als unser Pilot Tiede beim Rückflug das Flugzeug vom Boden abhob, versagte der Motor. Trotzdem gelang es ihm, es wieder niederzusetzen. Nationalsozialisten unter den früheren Militärfliegern hatten Wasser in den Vergaser geschüttet, um uns zu gefährden. Tiede stürzte sich mit den anderen Flugzeugführern auf diese Nationalsozialisten.

Entlassungen und ein schwaches Gerichtsurteil folgten. Als Minister Schreiber Knipfer zur Rede stellte, riet dieser, den Vorgang in den Händen der Lufthansa-Flieger zu lassen, die die Nationalsozialisten schon kleinkriegen würden. Nichts Ähnliches ereignete sich mehr.
Fliegen war damals noch eine Kunst – bzw. ein hartes Handwerk. Als ich eines Nachmittags zu einer Sitzung mit dem hessischen Staatspräsidenten Adelung nach Darmstadt flog, kamen wir vor Frankfurt am Main in einen gewaltigen Sturm. Ausweichend mußten wir auf einer Darmstädter Notlandewiese, eineinhalb Kilometer von meiner mütterlichen Wohnung entfernt, niedergehen. Grün im Gesicht fragte ich Tiede, ob er mit mir kommen wolle. Er antwortete völlig erschöpft, daß er erst mit seinem Beiflieger für eine Weile in der Kabine ausruhen müsse. Er fügte, was mir fast wörtlich im Gedächtnis blieb, hinzu: „Bei so einem Wetter muß man immer den Tod vor Augen haben, um mit der letzten Kraft das Steuer des am ganzen Körper zitternden, schwankenden Flugzeugs festhalten zu können." Jeder Flieger hatte seine eigene Handschrift am Himmel, an der man ihn lange vor der Landung erkennen konnte. Es fehlte auch oft die Flugkontrolle. Unsere Motoren und vor allem auch Instrumente wurden daher schnell verbessert, so daß wir bald auch sichere Transportflüge sogar auch während der Nacht durchführen konnten.
Die Probleme lagen aber nicht auf technischem Gebiet, sondern auf politischer Ebene. Die Reichswehr durfte als Folge des Versailler Vertrages keine Luftwaffe aufbauen. Knipfer sagte mir, daß mein militärischer Ruf doch sehr gut sei. Ich hätte im 14. Badischen Armeekorps den Ludendorff- und Hindenburgpreis erhalten. Ich sei der einzige badische Offizier, dem das hessische Tapferkeitskreuz verliehen worden sei. All das sei Tapferkeit im Kriegsmilieu gewesen. Nun gehe es um etwas, was man „zivilen Mut" nennen müsse, etwas viel Schwierigeres, besonders wenn man wie ich Sozialdemokrat sei. Ich müsse den Mut aufbringen, am Aufbau einer deutschen Luftwaffe mitzuarbeiten, zu schweigen und, was am schwersten sei, zu verheimlichen. Jede Lufthansamaschine habe entweder bei Junkers oder in den Hangars auf den Flugplätzen drei bis vier sogenannte „Ersatzmotoren", die für Maschinengewehre vorbereitet seien. Junkers arbeite mit Rußland zusammen, um Motoren und Flugzeuge auszuprobieren und Flieger auszubilden, im russischen, vor allem aber im deutschen Interesse. Die Russen schwiegen darüber. Auf meine Frage, ob denn die Alliierten davon nichts wüßten, antwortete er: „Selbstverständlich!" Sie hätten ihre Kontrollbeamten, doch seien sie an unserem technischen Fortschritt so stark interessiert, daß das Prinzip gelte: „Ich laß den Armen schuldig werden, dann überlaß' ich ihn der Pein". Die englischen Zeitungen seien allerdings der Auffassung – anders als die Franzosen –, von unserem Aufbau den Pazifisten und besonders den linken Demokraten Mitteilungen oder Andeutungen machen zu müssen. Knipfer erinnerte mich daran, daß schon am zweiten Tag meiner Amtszeit ein englischer Journalist bei mir gewesen sei, um mich über die Geheimnisse der Flugabteilung aufzuklären bzw. auszufragen, doch habe ihn mein Temperament nicht zu Worte kommen lassen, zumal ich an der Weltwirtschaftslage mehr interessiert gewesen sei. Von Staatssekretär von Seefeld habe der Journalist nichts erfahren.
Ich sprach mit Otto Braun, der von diesen Dingen nichts hören wollte. Er antwortete nur, es sei meine Verantwortung, aufzupassen und die national notwendigen Aufgaben schweigsam zu unterstützen. Er wiederholte den Witz, für ihn persönlich gelte, daß, wenn die Eisenbahn nach dem Flugzeug erfunden worden wäre, er diese für einen wichtigen Fortschritt in der Sicherheit des Verkehrswesens halten würde.
Eckener von der Zeppelinwerft kam öfters vom Bodensee zu uns, doch mehr noch zum Reichspostministerium, des Heliums wegen zur Amerikanischen Botschaft, zu der ich dadurch die späterhin für mich so wichtigen persönlichen Beziehungen anknüpfte. Unsere Sachverständigen waren der Auffassung, daß sich der Zeppelin wegen seiner Unsicherheit nie zum regelmäßigen

Verkehr eignen werde. Für Beobachtungszwecke sei er militärisch zu angreifbar. Dagegen sei er ein dem deutschen Erfinderruf in der Welt sehr förderliches Propagandamittel.
Trotz dieser Grundhaltung lud Eckener mich zu einer Probefahrt für den geplanten ständigen Postverkehr nach dem Orient ein. Es ist mir ein unvergeßliches Erlebnis, wie ich in 15 Meter Höhe über das tiefblaue Ägäische Meer mit seinen weißen Schaumkronen langsam dahinglitt. In Haifa wurden wir unter großem Jubel empfangen. Wir wollten dort landen und hatten sogar unsere Kostüme für das Purim-Fest mitgebracht. Die Engländer gaben uns jedoch trotz der zuvor aus London eingeholten Landeerlaubnis die Antwort: „God with you!" und ließen uns nicht landen. Eckener konnte dieses „Nein" kaum verstehen. In Ägypten durften wir noch nicht einmal die Wassergrenze überqueren. Wir warfen unsere Postsäcke über Haifa ab und nahmen die für Ägypten wieder mit nach Hause. In Griechenland erregten wir überall große Begeisterung, vor allem in Athen, wo wir um den Parthenon herumflogen. Wir wollten weiter nach Konstantinopel fliegen, um dort zu landen, doch die heftigen Gegenwinde über den Thermopylen bliesen uns wie ein Blatt Papier hinüber in die stürmische Adria.
Zurück in Deutschland, nahmen Knipfer und ich Staatssekretär Sautter vom Postministerium und Reichstagspräsident Löbe in unserer Junkers-Maschine vom Bodensee mit nach Berlin. Sie verließen uns mit der Bemerkung, daß sie ihre eilige Post lieber dem Flugzeug anvertrauten. Ich kehrte nach Hause zurück, begeistert über Eckener, den großen Erfinder und mutigen Flieger, der leider seine Energien auf der falschen Seite eingesetzt hatte.
Ganz am Ende der Weimarer Republik hatte ich ein seltsames Erlebnis, das mir bewies, daß ich doch etwas vom Regieren, wenn auch weniger von der Politik verstand. Der Oberpräsident von Ostpreußen Siehr rief mich eines Samstagabends verzweifelt an, ich müsse sofort nach Königsberg fliegen. Für Montag hätten die nationalsozialistischen Studenten Krawalle in den Vorlesungen der Universität und vor allem in der Pädagogischen Akademie für Berufsschüler angekündigt. Telefonisch fragte ich noch den Sozialdirektor der Preussag, Osterroth, ob er nicht mit mir kommen und die Gelegenheit nutzen wolle, die dortige preußische Bernsteinmanufaktur zu besuchen, in der Arbeiterunruhen herrschten. Am Sonntagnachmittag erwartete uns Tiede mit dem Flugzeug. Flughafendirektor Milch, der trotz falscher Großmutter in der NSDAP eine Rolle spielte, weil er die nationalsozialistischen Flieger beschützt hatte, teilte mir mit, daß gemäß einem von mir selbst gezeichneten Erlaß kein Flugzeug in einem derartigen Sturmwind aufsteigen dürfe. Ich schrieb auf die Rückseite des Erlasses, daß er für 20 Minuten aufgehoben sei. Unter den Bravorufen der umstehenden Flieger, unter ihnen auch Göring, flogen wir ab und wären um ein Haar vom nächsten Kirchturm aufgespießt worden. Osterroth hielt während des gesamten Fluges seinen Kopf in der Tüte verborgen. Am Abend empfing ich die verschiedenen Studentenvertreter, denen ich mitteilte, daß im Namen des preußischen Kultus- und Handelsministers sämtliche Erziehungsanstalten am Montag mit Polizei besetzt würden. Nur eingetragene Studenten könnten die Vorlesungen besuchen, von außen Eindringende würden verhaftet werden. Jede unsachliche Unterbrechung der Lehrenden werde als persönlicher Angriff betrachtet, der Täter infolgedessen windelweich gedroschen. Dort kam in keiner Veranstaltung mehr eine Unruhe vor. Doch wurden die Schlägereien zwischen dem demokratischen Reichsbanner und den Nationalsozialisten heftiger. Der Bürgerkrieg begann.
Knipfer zufolge soll sich Göring über mich und meine Flugabsichten genau erkundigt haben – bei dem verkappten Nationalsozialisten, Flughafendirektor Milch: „Man muß jetzt aufpassen, die Preußen kommen."
Ich war tief niedergeschlagen und sagte so etwa zu Knipfer: „Ist es denn schon zu spät?" Worauf ich die Antwort erhielt: „Für wen?" Von da an paßte ich auf Milch und auf Knipfer auf.

12. Die Bergabteilung – Ein Staat im Staate

Um die preußische Bergabteilung in ihrem Grunde zu verstehen, muß man sich ein friederizianisches Preußen vorstellen, in dem der Staat die Wirtschaft „aufbaute“, indem er sich die Unternehmer „bei den Ohren herbeiholte“ und ihnen das Risiko übertrug. Er beteiligte sich in verschiedenster Form am Ertrag der Unternehmungen und kümmerte sich praktisch um die Fachbeamten und guten Bergarbeiter, die außerdem das Niveau seines Offiziers- und Soldatenstands verbesserten.
Die ganze Bergabteilung fühlte sich, noch als ich in das Ministerium eintrat, als eine zusammengehörige, nach außen abgeschlossene Familie. Ich höre noch heute die Erzählungen von den schlagenden Wettern, den vernichtenden Wassereinbrüchen und fühle mit ihnen die innere Anteilnahme aller. Ich erkannte wohl, daß der Kern des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft in der Bergakademie lag. In deren harter Schulung, wo der Sohn dem Vater privilegiert folgte, ist jener besondere, harte und zähe Beamtentyp entstanden.
Hué, der schon früher genannte Gewerkschaftsstratege, sagte von seinen Bergarbeitern, sie seien doch anders als andere Arbeiter – ernster, dunkler, zusammengeballt den Ereignissen gegenüberstehend. Er könne das Ruhrgebiet nie lange verlassen. Es sei zu schwer, für die Begründung unvermeidlicher Situationen Verständnis zu erwecken, wenn sich in diesen harten Köpfen schon eine Gesamtmeinung zusammengebraut habe. „Harte, oft sture Köpfe, mit denen hatte ich zusammenzuarbeiten, um zu gegenseitigem Einverständnis zu kommen.“
Die öffentliche Hand besitzt in ihrer Haltung der Privatwirtschaft gegenüber zahlreiche Alternativen: nachgeben und dahinleben lassen, Auflagen und Gesetze einführen, beaufsichtigen; sie kann mithelfen durch Erziehung und geldliche wie andere Unterstützung, kann sich an privaten Unternehmungen beteiligen und schließlich selbst unternehmerisch tätig werden. Welche Möglichkeiten verfolgt werden, ist nicht nur eine Frage der jeweiligen politischen Zielsetzung, sondern auch der Traditionen. Der Staat kann vieles erzwingen. Das Problem ist nur, ob der Zwang dann auch zu den erwarteten Ergebnissen führt oder aber politisch-öffentliche Auseinandersetzung, Widerstreben und Gegenhandlungen nicht nur in den privaten Wirtschaftsteilen, sondern auch bei den mit der Ausführung betrauten Beamten erregt. Und dies alles in der Weimarer Republik, in der so viele politische und andere Glaubensrichtungen zusammentrafen!
Für mich persönlich bestand damals die Frage, wie weit, in welcher Richtung, mit welchen Mitteln und zu welchem günstigen Zeitpunkt innerhalb der wirtschaftlichen Zyklen diese schwerfällige, in sich verzahnte Maschine, die „Bergwirtschaft“ in ihren verschiedenen, gegensätzlichen Teilen, „ein wenig“ an eine langfristige Gemeinwirtschaft, wie sie Braun und ich im Sinn hatten, herangerückt werden könne.
Diese Probleme besprach ich mit dem mir von der Bergabteilung mitgegebenen Verbindungsassessor von Dewall, dem späteren Nachfolger von von Felsen in der Hibernia. Er verstand sie, half mit und blieb sein Leben lang ein rührender, jüngerer Freund von mir.
Von Dewall entwarf zum Teil Briefe, für Oberberghauptmann Flemming im persönlichen, die meinen im alten autoritären Stil. Dieses Briefeschreiben zwischen oben und unten war für mich neu, denn ich hatte von 1918–27 in einer Welt der mündlichen Verständigung gelebt. Die politischen Arbeiterführer scheuten die briefliche Auseinandersetzung, sie beherrschten auch nicht die konzeptuelle Welt, Schmidt telefonierte. Ebert sprach am Abend. So war auch ich auf die mündliche Verständigung eingestellt, zumal sich der Lauf der Ereignisse und die politische Linie zu rasch änderten, um sich dokumentieren zu lassen. Wir arbeiteten zwar im Reichswirtschaftsministerium unter den rasch sich abwechselnden Ministern ein Vademecum über die politischen Aufgaben aus. Der wendige Reichswirtschaftsminister von Raumer gab es aber sofort zurück

mit der Bemerkung, es sei für ihn „zu gewichtig". Im preußischen Handelsministerium dagegen wurde geschrieben und randbemerkt. Die letztere Methode hat Bismarck dort eingeführt, um langwierigen Unterredungen mit seinen Beamten zu entgehen. Hans Schäffer schrieb einmal in einem Handelsvertrag mit der Schweiz die Bemerkung an den Rand: „Lehrt mich das Land der Hirten kennen!", was auszubügeln viel Zeit kostete. Selbst das Auswärtige Amt hatte sich zu entschuldigen. Nach derartigen Erfahrungen hielt ich den Weg des Ausgleiches durch persönliche direkte Kontroverse für fruchtbarer, auch wenn diese manchmal scharf wurde. Daher war ich besonders erfreut, daß Oberberghauptmann Flemming zu mir kam, um sich über die grundsätzlichen gemeinsamen Probleme und möglichen Lösungen auszusprechen.

Von Dewall nahm teil an dem ersten, langen und maßgebenden Gespräch mit dem Leiter der Bergabteilung, dem würdig-freundlichen, doch hartgesottenen Oberberghauptmann Flemming, der vielleicht einflußreichsten Führergestalt in der gesamten Kohlenwirtschaft. Flemming begann mit seiner persönlichen Annahme, daß ich bald Staatssekretär würde und mich daher mit den Problemen der Bergabteilung vertraut zu machen hätte. Dazu kam, daß mich Otto Braun, wenn er gerade im Landtag war, öfter für einen Moment hinaus in die Halle bat und mich mit an die Wand gestütztem Ellbogen in ein paar Minuten über die wirtschaftliche Seite Preußens ausfragte. Diese Verbindung erhöhte meinen persönlichen Einfluß, da Flemming, wie er mir wiederholt sagte, Braun als Staatsmann „ganz großen Kalibers" schätzte. Er selbst sei ein konservativer Mann, doch immer mit großem Verständnis für den technischen, wie vor allem sozialen Fortschritt. Er stehe mit der grundsätzlichen Zielrichtung einer langfristigen Gemeinwirtschaft in vollem Einklang. Über die Wege zu diesem Ziel im Bergwesen hätten wir uns zu verständigen. Sie seien nicht einfach, könnten jedoch, konsequent verfolgt, zu fruchtbaren Ergebnissen führen. Er halte die gesellschaftliche Trennung der westlichen Zechen von den östlichen, der Preussag, für richtig. Von Felsen, eine oft nicht leicht bewegliche Persönlichkeit, sei seine Verbindung zu den privaten Ruhrzechen. Jener gebe diesen die Anregungen von der Bergabteilung wieder und besitze Ansehen, wie das Vertrauen der Unternehmer, gehört zu werden. Ein weiterer Kanal zur Privatwirtschaft bestehe in Ministerialdirektor Kraligk, einem zuverlässigen Bergbeamten im Reichswirtschaftsministerium, der bei ihm nach Kohlepreisvorschlägen anfrage und seinem begründeten Rat folge. Die deutschen Kohlenpreise würden also im preußischen Handelsministerium gemacht, wie auch die sozialen Vorschläge, die zum Teil von der Preussag vorbereitet worden seien. Flemming bezog sich auf den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, seinen Sozialdirektor in der Preussag, Nikolaus Osterroth, einen schlauen Politiker im Unternehmen wie im Parlament. Die maßgebende Richtschnur sei, die Kohlenpreise niedrig zu halten, doch die sozialen Verbesserungen, den Schutz des Arbeitsplatzes, technische Neuerungen und die notwendigen Profite der Privatunternehmer darin miteinzuschließen. Dasselbe gelte nach oft heftigen Auseinandersetzungen mit dem privaten Oppositionsblock für den Kalibergbau, wo die öffentlichen Unternehmungen das Zünglein an der Waage zwischen streitenden privaten Konzernen seien. Die Kaliindustrie sei jetzt unter dem Einfluß der öffentlichen Hand dabei, sich durch ausländische Beteiligungen ein Weltkalimonopol zu schaffen.

Am Tag des Staatsstreichs von Papens gegen die preußische Regierung, am 20. Juli 1932, rief ausgerechnet der Berliner Vertreter des Bankhauses Warburg in Hamburg vor seinen Bankierkollegen aus: „Gott sei Dank, daß Staudinger gehen muß; jetzt können die Preise für Kohle, Kali und Strom wieder vom Markt diktiert werden und nicht von seinem Büro." Diese Bemerkung tat mir persönlich, nicht jedoch meinem Ministerium, zuviel Ehre an. Sie war für die Folgen einer konsequenten gemeinwirtschaftlichen Politik bezeichnend. Die Weltkrise traf Deutschland nicht in einer Inflationswelle. Hier war sie durch Überproduktion veranlaßt und wurde

vertieft durch allgemeine Ratlosigkeit über das Fehlschlagen einer einheitlichen, antizyklischen Politik.
Flemming nannte diese Preispolitik eine etwas modifizierte Version des Merkantilismus (Otto Brauns Ausdruck als Markenzeichen). Die öffentlichen Ruhrzechen seien im Kern nach dem privatkapitalistischen Modell ausgerichtet, mit dem Ziel, der Staatskasse Profite zu bringen. Auf diese Weise bewahrten sie auch ihren Einfluß auf die gesamte Privatwirtschaft. Es sei im Grunde genommen eine klare Form von Staatskapitalismus. Der Reichskonzern der „Viag" sei im Prinzip auch nach dieser staatskapitalistischen Orientierung erfolgreich geführt.
Ich stellte Flemmings Programm die Alternative gegenüber, eine einheitliche öffentliche Berggesellschaft zu gründen. Schon ihre äußere Macht im Wettbewerb könne doch die Privatseite zu einer gemeinwirtschaftlichen Position, zu Verbilligungen und langfristigem Planen zwingen. Flemming entgegnete, die Privatindustrie sei während des Weltkriegs durch ihre Syndici so fest organisiert worden, daß mein Weg, der in früheren Jahren Aussichten gehabt hätte, inzwischen nahezu undurchführbar sei. Die Privatwirtschaft könne nur „mittelbar" von der Wirtschaftspolitik des Staates beeinflußt werden. Dies seien „gewachsene Tatsachen". Zweitens sprachen wir über die wirtschaftliche Zusammenarbeit der staatlichen Konzerne, also die innere „Staatswirtschaft". Der Oberberghauptmann informierte mich über die vielfältigen grundlegenden Abhängigkeiten unter den Käufern und Verbrauchern von Kohle.
Wir waren beide der Auffassung, daß bei Preisdifferenzen der Angebote staatlicher Betriebe und denen von Privatunternehmern der im Preis höher liegende Staatsbetrieb den Unterschied zu tragen habe. Man dürfe den Einfluß des Marktes nicht ausschalten. Dies führe zu monopolkapitalistischer „Staatswirtschaft", ohne dabei einen Anreiz zur Produktivitätssteigerung zu geben. Prinzipien dieser Art sind allerdings schwer zu verwirklichen. Als Beispiel erwähne ich die staatswirtschaftliche Kontroverse zwischen dem zur Preußenelektra gehörigen Eisenwerke Weserhütte AG, Bad Oeynhausen, und der Hibernia über die Preise der Förderwagen, die bei Weserhütte teurer waren als bei erfahrenen privaten Spezialfabrikanten. Die Hibernia wäre zur Abnahme bereit gewesen, wenn die Weserhütte einen Nachlaß gewährt hätte. Flemming war der Meinung, daß die Hütte nichts im Elektrizitätskonzern zu tun habe, sondern in die Preussag gehöre. Doch hatte hier ein hochpolitischer Grund die Koordination verhindert. Die eigentliche Spezialität der Weserhütte AG waren Baggermaschinen für Schützengräben und Verteidigungszwecke sowie für Be- und Entwässerungsanlagen. Das Reichswehrministerium legte allergrößten Wert darauf, daß über das unrentable Werk in der Öffentlichkeit keine Diskussionen geführt würden. Es sollte bei der Preußenelektra bleiben, da es dort als Anhängsel nicht auffiel.
Es war natürlich richtig, daß das Werk in den Preussagkonzern gehörte. Es war weiterhin richtig, daß die Weserhütte mit den früheren, privaten Lieferanten der Hibernia zu konkurrieren hatte. Ich zog nach alledem vor, über das Politische zu schweigen, ohne lügen zu müssen.
Drittens betonte Flemming, es sei eine alte Regel, nur die besten Bergassessoren in die Bergwerksverwaltung zu nehmen. Dort gehe es im Grunde genommen um technische Probleme, Verbesserungen und Sicherheit der Arbeitsanlagen. Die echten Fachbeamten scheuten politischen Einfluß, von welcher Seite auch immer. Sie zögen bürokratische Fachgremien in Zweifelsfällen für Entscheidungen vor. Sie seien eigentlich für die „Staatsbetriebe" der alten Art im Gegensatz zu den neuen „veraktiengesellschafteten" Unternehmen. Erst die derzeitigen sozialpolitischen, betriebs- wie jeweils allgemeinwirtschaftlichen Anforderungen hätten die verschiedenen neuen Betriebsformen in der öffentlichen Wirtschaft notwendig gemacht, wenn nicht erzwungen.
Die Beamtenschaft sei zumeist „unpolitisch", wenn sie auch, gemäß ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit und Umgebung, größtenteils „rechts" wähle. Das habe für seine Abteilung den Vor-

teil, daß die rechten Oppositionsparteien in Preußen mit den Beamten sozial wie politisch gute Tuchfühlung hätten. Es gebe nur wenige Nationalsozialisten unter ihnen und keine Kommunisten.
Der Hauptteil unserer Unterhaltung, die durch Sitzungen unterbrochen wurde, beschäftigte sich mit der Frage des Verhältnisses von Produktion, Verbrauch und voraussehbarer zukünftiger Entwicklung der Energiequellen untereinander. Flemming war hinsichtlich des deutschen Kohlenabbaus und mehr noch des Rückgangs der Harzer Erzausbeute wegen pessimistisch. Die Verbraucher gingen von Gas und Kohle über zur Elektrizität, und zwar nicht nur zur Beleuchtung, sondern auch zum Beheizen. Wir stimmten überein, daß wir diese Trennung – soweit es in unserer Macht lag, die öffentliche Meinung zu beeinflussen – aufrecht erhalten wollten. Der Kachelofen mit zwei in Papier gewickelten Briketts, die die ganze Nacht über glühten, sei eine deutsche Einrichtung und solle es bleiben. Wir sprachen ab, bei Verkehrserleichterungen von kommunaler Seite für Kohlenhändler und Haldenanlagen zusammenzuarbeiten, innerhalb wie außerhalb unserer Konzerne.
Wir diskutierten die neuen Probleme, die nun auf uns zukamen, die Gasfernversorgung und das Öl – und beides nicht allein für die Klein-, sondern gerade auch für die Großversorger. Das bedeutete, nicht nur preismäßig die ausländische Konkurrenz schlagen zu müssen, sondern auch den Ruf des Rohöls als ergiebigster Energiequelle, bequem und reinlich im Gebrauch mit dazu leichteren Beförderungsbedingungen. Damals ging mir auf, daß die Energiewelt so angefüllt ist mit neuen kontroversen Strömungen und Konflikten, die große wirtschaftliche und sozialpolitische Strukturveränderungen mit sich bringen.
Flemming war sehr besorgt, wie stark diese Umstellung der deutschen Grundstoffrangordnung die Situation, weniger in meinem Elektrizitätsgebiet, doch bei ihm im Kohlenbergbau, ändern werde – dies besonders im Hinblick auf eine Krise, womit wir alle zu rechnen hätten. Ich antwortete, daß wir uns eben alle auf diese unabänderliche Krisensituation vorbereiten müßten. Die dann gefährdeten öffentlichen Unternehmungen seien rechtzeitig vorher abzustoßen und privatwirtschaftlichen Unternehmen zu überlassen, die sie besser verdauen, d.h. in ihr eigenes Produktionsprogramm eingliedern könnten. Zum Schutz der Arbeiter müßten wir Stillegungsklauseln ausarbeiten. Das werde uns befähigen, die gesamtwirtschaftliche Kapitalinvestition zu retten. (Der Verkauf von Gleiwitz-Malapane – der mich durch Bergassessor Albrecht mit dem protestierenden Adolf Hitler zusammenbrachte – und anderer, kleinerer Erzgruben war die Folge dieser Abmachungen mit Flemming.) Im ganzen ging in den preußischen Konzernen kein Werk bankrott, was wiederholt öffentlich anerkannt wurde. Wesentliche Arbeiterentlassungen mußten nicht einmal während der großen Weltkrise von 1930–32 vorgenommen werden. Es machte auf mich großen Eindruck, daß Flemming die Entwicklungsschwierigkeiten auf dem Grundstoffsektor für Jahre voraussah.

13. Intermezzo mit Hitler

Im Juni 1931 fragte mich Bergassessor Albrecht, ob ich mit dem Führer im Büro der Nationalsozialistischen Partei über dessen große Besorgnis, daß die staatliche Grube Gleiwitz-Malapane verkauft werden solle, sprechen wolle. Mit der Bemerkung, daß Herr Hitler ja nicht in demokratische Parlamente gehe, folgte ich seiner Aufforderung. Hitler sprach, indem er mich fortwährend anstarrte und sich selbst mehr und mehr in Aufregung versetzte: Wie könne ein Deutscher und Preuße es wagen, ein gewaltiges Monument Friedrichs des Zweiten, eine Kunsteisen-

gießerei von historischem Wert, an ein Privatunternehmen zu verhökern? Ich versuchte, seine Redeflut mit der Erklärung zu unterbrechen, daß es sich nicht um Museumsstücke handle, sondern um ein funktionierendes Unternehmen, das in geeigneter Hand fortgesetzt und nutzbar gemacht werden solle. Für die Erhaltung des Betriebs und die Arbeiter seien im Vertrag alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden. Hitler brauste auf, der Staat sei der verantwortliche Erbe dieses hohen Gutes. Damit sprang er auf, gab mir die Hand und verschwand in einem anderen Zimmer. Ich war verblüfft, und Albrecht fand es sehr bedauerlich. Um mich abzulenken, fragte er mich: ,,Die Weimarer Republik hat nun elf Jahre überstanden, und Hitler kommt auf jeden Fall zur Macht. Wie lange geben Sie seinem Regime an Dauer?" Ich antwortete ihm: „Nur wenige Jahre, denn er bringt Deutschland in einen verlorenen Krieg." Allerdings zweifelte ich daran, daß Hindenburg diesen Mann zum Kanzler ernennen würde.
Später, nachdem Hitler doch Reichskanzler geworden war, wiederholte ich vor meiner Fraktion als Reichstagsabgeordneter von Hamburg meine sichere Erwartung eines Krieges: Dieser Fanatiker werde halten, was er versprochen habe. „Die Diktatur eines Wahnsinnigen steht uns bevor."
Die meisten Beamten glaubten jedoch, wie Hitlers Reichsfinanzminister von Krosigk mir persönlich sagte, daß sich der Führer mit seinen Gesellen nur bis in den Herbst des Jahres 1933 werde halten können. Buch und Person hatten mich jedoch vom Gegenteil überzeugt. Nach meiner ,,Aussprache" mit Hitler mußte ich mich nur wundern, wie einige meiner guten Beamten, die über Jahre hinaus später mit mir in Verbindung waren und in mir noch immer den letzten gesetzmäßigen Staatssekretär sehen, mir damals sagen konnten, sie gingen gern zu Hitler zum Vortrag. Er habe so etwas Faszinierendes. Ich konnte ihm nicht einmal am Radio zuhören.

14. Minister Walther Schreiber

Im Oktober 1927 rief mich Dr. Schreiber zu einer mehr persönlichen Unterredung zu sich. Er streckte gemütlich seine weißen Gamaschen unter meinen Stuhl. Er habe vom Oberberghauptmann gehört, daß wir uns über die Verkehrs- und Energiepolitik als die beiden Hauptverantwortlichen gut verstanden hätten. Allerdings habe Flemming den Eindruck, daß ich beabsichtige, die verschiedenartigen Unternehmen zu stark zu koordinieren. Jeder Konzern habe unter dem gemeinwirtschaftlichen Ziel seinen eigenen, charakteristischen Aufgabenbereich. Zur Durchsetzung einer einheitlichen Politik habe die Koordination in der Hand der politischen Beamten unter dem Staatssekretär zu liegen, wobei auch ein gewisser Spielraum der Befugnisüberschreitung sowohl den Unternehmensvorständen wie auch den Beamten im Ministerium gewährt werden müsse, um ihrer Initiative einen Antrieb zu geben.
Wir alle seien nicht nur Schachfiguren, die einmal gesetzten Regeln zu folgen hätten, sondern Menschen mit eigenen Ideen und einem eigenen Machtbewußtsein, was sie auch in den Beziehungen zu ihren Vorgesetzten zum Ausdruck bringen wollten. Er sah mich lachend an, so daß ich wußte, wen er darin einschloß.
Schreiber sagte, daß er sich hauptsächlich um die politische Linie im Kabinett wie im Landtag kümmere. Deshalb bleibe er auch so wenig wie möglich im Ministerium und überhaupt in Berlin. Die politischen Beamten und durch sie die Aufsichtsratsvorsitzenden hätten dem Vorstand der öffentlichen Konzerne die jeweiligen Ziele zu setzen. Die Abgeordneten des Landtags, die als Fachleute ihrer Gebiete im Aufsichtsrat säßen, hätten mit den Verwaltungsbeamten eng zusammenzuarbeiten und frühzeitig über alles Neue unterrichtet zu werden, bevor sie es in ihren

Fraktionen oder aus den Parteizeitungen erführen. Nach ihm seien die Abgeordneten die zweite wesentliche demokratische Schlüsselverbindung. Im Staatsrat vertrete der Staatssekretär das Budget des Ministeriums. Dies bedeute also, sich mit den dort vertretenen Verbänden, Städten und Kommunen zu verständigen – besonders mit dem Kölner Adenauer, einem großen „Ausgleicher".
Das demokratische System funktioniere in Verbindung mit einer hierarchischen und etwas fachautokratischen Struktur relativ reibungslos – solange das politische Blut zirkuliere. Schreiber fuhr fort, auf Flemming zurückkommend, dieser hege die weitere Befürchtung, daß ich außerdem die Absicht hätte, auf Vergrößerung der preußischen Besitzanteile der Konzerne zu drängen und vor allem weitgehend und schnell zu neuen Grundstoffen und Verwertungsmöglichkeiten von Kohle und Kali fortzuschreiten – durch Ankauf von oder Beteiligung an entsprechenden Unternehmen. Schreiber verwies auf die wachsenden Widerstände gegen ein zu rasches und weitgehendes Engagement. Die privaten Großkonzerne wollten die Zügel ihrer Führung straffen. Der IG-Farben-Konzern in Leuna suche das in Deutschland gefundene Öl in seine Macht zu bringen. Die ausländischen Ölkonzerne wollten die Aufschließung von Rohöl durch deutsche Konzerne verhindern. So liefere die amerikanische Stahlindustrie keine harten Bohrer, Rohre usw. Da die deutschen Stahlwerke diese nicht herstellen könnten, habe sich die Preussag im letzten Jahr an einer rumänischen Erdölgesellschaft beteiligt. Doch sei selbst die Überführung von deren Bohrgeräten mit Schwierigkeiten verbunden gewesen. Einmal sei die Lokomotive des deutschen Transportzuges, ein anderes Mal seien die Bohrer in Rumänien gestohlen worden.
Schreiber führte nun die inneren Widerstände bei seinem Parteikollegen, dem preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff, und unter den Parteien an. Die nicht sehr konsequenten Kommunisten im Landtag ließen gegen jede Erweiterung des öffentlichen Besitzes eine kleine Landtagsanfrage los. Die größten Schwierigkeiten kämen jedoch von der finanziellen Lage; wir hätten einfach zu wenig Kapital. Schon deswegen, wenn auch nicht allein aus diesem Grund, sei er dafür, daß wir bei sämtlichen Vorhaben in „gemischtwirtschaftlicher Form" vorgingen, nämlich andere interessierte, nicht zu mächtige Konzerne an Neugründungen mitzubeteiligen. Diese schätzten die langfristige Sicherheit unter dem Schirm des Staates, auch wenn sie dafür weniger Dividenden erhielten. Schreibers wirkliches Unternehmensideal war die gemischtwirtschaftliche Zusammenarbeit von Staat und kleineren wie mittelgroßen Privatbetrieben.
Dr. Schreiber fragte mich dann nach meinem Bruder Hermann, der doch nahe Beziehungen zur IG Farben habe. Dies konnte ich stolz bestätigen. Die IG Farben hatte zuerst die weitreichende Bedeutung seiner Erfindungen und seiner großmolekularen Theorie erkannt. Sie zahlte der Universität Freiburg große Beträge zum Erhalt und Ausbau seines Institutes, da mein Bruder ja keine Tantiemen erhalten durfte. Nur zweimal im Jahr, an seinem Geburtstag und zu Weihnachten, wurde mit Wissen der Aufsichtsbehörde eine Kiste erlesensten deutschen Weines geschickt. Darauf bot Schreiber mir an, ihn zum IG-Farben-Werk Leuna zu begleiten, das ihn zu einer Besichtigung eingeladen habe. Dort sah ich zu meinem großen Erstaunen einen weitläufigen Friedhof von Rohren und Behälteranlagen, die im ersten Weltkrieg in der Hoffnung auf die Verlängerung des U-Boot-Krieges entstanden waren. Sie sollten die Versorgung Deutschlands mit synthetischem Öl ermöglichen. Wir sahen die Raffinerien, die Kohleveredelungsverfahren, die großen Stickstoffanlagen. Unverbrämt sagten die Direktoren, daß sie die angestrebten Ölbohrungen brauchten, da sie ein neues Aufbereitungsmonopol anstrebten. Sie versuchten auch, die Herrschaft auf dem Stickstoffmarkt zu behalten, obwohl sie dabei Konkurrenz hätten.
Dr. Schreiber, der Landtagsabgeordnete des Leuna-Kreises und frühere Anwalt der IG Farben,

erklärte den Unterhändlern, er sei gegen jede monopolistische Machtzusammenballung. Er sagte ihnen lediglich zu, daß sie die erste Offerte des fündigen Öls erhielten. Die Ölbohrungen der Preussag, zusammen mit anderen, privaten Unternehmen, wurden schließlich ertragreich – doch bot die IG Farben einen so schamvoll niedrigen Preis, daß das Öl in Gruben geleitet und zur Asphaltverarbeitung verwandt werden mußte.
Mit dem ausländischen Öl, das nach der Zollherabsetzung von allen Seiten hereinströmte, konnte das deutsche Öl zwar etwas durch die staatliche Rückendeckung, jedoch auf Dauer nicht wirklich konkurrieren. Die ausländischen Kapitalmächte waren zu groß, rigoros und geschickt. Daher vergrößerte das Ministerium seine Anstrengung, die Elektrizitätswerke und andere Industrien, auf die der Staat mittelbaren wie unmittelbaren Einfluß hatte, trotzdem zum Verbrauch eines quotierten Anteils von Steinkohle zu bringen. Dies gelang dann auch – ein Zeichen, daß nationale Verantwortung oder auch „Preußenbewußtsein" noch immer lebendig war. Der private Vertreter des Kalisyndikats sagte mir auf meinen Appell, ich sei doch ein „Erzpreuße"! Diesen Orden heftete ich mir ans Knopfloch!
Ich glaubte damals, Dr. Schreiber sei zu hoffnungsvoll und für die Unternehmer sei mehr staatlicher Druck nötig. Dem Oberberghauptmann und von Dewall gegenüber verheimlichte ich nicht meine großen Bedenken über die oft merkwürdig prätentiöse Haltung von Felsens. Er spielte sich als „Unternehmer" auf, doch nicht wirklich im Sinne eines preußischen wirtschaftspolitischen Effekts. Er kam daher mit allen betrieblichen Maßnahmen und Investitionen für die Hibernia etwas zu spät. Ich ärgerte mich über ihn, obwohl er sich mir gegenüber als sehr beeindruckt von der Gemeinwirtschaft ausgab. Später erst, 1929, nahm er als Teil einer gemeinwirtschaftlichen Politik eine Erweiterung der Stickstoffanlagen vor, die nach einem neuen Verfahren, billiger als das der IG Farben, arbeiteten. Er folgte dabei jedoch dem Druck von Staatssekretär Krüger aus dem Landwirtschaftsministerium, in der ausgebrochenen Wirtschaftskrise die Stickstoffanlage mit einem Kredit der Staatsbank auszubauen, was dann sogar die Liquidität der Hibernia verbesserte.

15. Die Gründung der Vereinigten Bergwerks- und Elektrizitäts-AG (Veba)

Die Preußische Seehandlung hatte, da Reich und Staat für die Erfüllung der Reparationspflicht vorbehaftet waren und demnach keine Anleihen für ihre Gesellschaften aufnehmen konnten, die Rolle des Finanziers übernommen und kurz-, mittel- wie langfristige Anleihen für die großen einzelnen öffentlichen Unternehmen, städtischen Betriebe wie auch für Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaften besorgt. Die Preußenelektra bekam, wie schon berichtet, eine englische und amerikanische Anleihe vermittelt. Hibernia und Preussag-Recklinghausen verwalteten ihre Reserven durch den gemeinsamen Aufsichtsratsvorsitzenden von Felsen zu ihrem jeweiligen besten Vorteil. Die Preußenelektra konnte Wechsel auf die gesperrten Teilreserven ziehen. Diese Wechselziehung, sicher eine unkonventionelle Finanzierungsmethode, fand vor allem auf der Seite des Reiches zahlreiche Widerstände.
Der Vertreter der Reichstreuhandgesellschaft, Susat, warnte mich persönlich, so auch Dorn, der Präsident vom Reichsfinanzhof. Ich beschloß, sofort mit dem Juristen Dr. Schreiber zu sprechen. Der Minister sah in unseren kurzfristigen Finanzierungen keine Rechtsüberschreitung, zumal dann nicht, wenn sie in Anleihen umgewandelt würden. Doch sei im Kreditwesen der Ruf so wichtig wie der einer Dame. Das war der Anlaß für die Gründung der Veba, nämlich mein Plan, die Aktien von Preußenelektra, Preussag-Recklinghausen und Hibernia in eine Finanzie-

rungsgesellschaft einzubringen. Dr. Schreiber sah die Schwierigkeiten einer schnellen Durchführung, doch wollte er sogleich mit dem Berghauptmann sprechen. Inzwischen sollte ich über die Idee mit den Finanzräten Brekenfeld und Köbner von der Preußischen Staatsbank beraten.
Ich sprach jedoch zuerst mit Darge. Er meinte, daß wir mit unserem Vorhaben auf Widerstand stoßen würden. Er wollte bei der Preag schon einmal vorfühlen und die Vorteile von größeren Anleihemöglichkeiten für Neuinvestitionen wie Turbinen in Borken, das Speicherwerk der Edertalsperre, Hochspannungsleitungen, Schwelanlagen und so fort darlegen. Allerdings habe die Preag noch andere Finanzierungsabkommen, die der völlig zentralisierten Kreditgebundenheit an eine neue Holdinggesellschaft im Wege stünden.
Bei den Finanzräten Brekenfeld, dem Verwaltungsbeamten, und Köbner, dem Bankier, fand ich vom ersten Augenblick an freudige Zustimmung. Es würde die Kreditmöglichkeiten unserer Gesellschaften in der Tat vervielfachen. Ich setzte meine Vermutung hinzu, daß, da die Finanzierungsgesellschaft von der Staatsbank verwaltet werden sollte, dies auch deren Weltruf steigern würde. Das wiederum käme weiteren Investitionsvorhaben der Konzerne zugute, worin der Hauptzweck der Neugründung bestand. Die erprobten Finanzräte, die schon bisher immer mit dem Handelsministerium und den öffentlichen Unternehmungen Hand in Hand gearbeitet hatten, sollten die beiden einzigen Vorstandsmitglieder der Veba werden. Dies, so lautete die Antwort, hätten sie jedoch erst mit ihrem Generaldirektor Schröder zu besprechen, der jeglichen Konflikt mit dem preußischen Finanzministerium vermeiden müsse. Dies sei die größte Hürde für das Zustandekommen der neuen Gesellschaft – abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich die selbstbewußten Vorstandsköpfe der betroffenen öffentlichen Betriebe ausdenken würden. Die beiden stimmten mir zu, daß eine solche Neugründung dem Kreditansehen der Staatsbank sehr förderlich wäre. Es komme tatsächlich auf die Sonne an, damit der Mond scheint.
So geschah es dann auch: Die Konzerne unterbreiteten ihre Vorbehalte dem Handelsminister, und der Finanzminister protestierte mit einer mehr fragwürdigen Denkschrift sowie mit Briefen und aufgeregten Telefonaten. Er pries die Viag, den öffentlichen Konzern des Reichs, die er als bestkoordinierte und reibungslos verwaltete Dachorganisation einschätzte.
Die Reichskreditgesellschaft als Bankmodell von Ruf sei in diesen Dachkonzern eingeschlossen. Es herrsche dort eine völlige Trennung zwischen der wirtschaftlichen Hoheitsverwaltung und der privatrechtlichen Führung der Dachgesellschaft. Selbst das Reichsfinanzministerium beschränke sich als Aktivvertreter darauf, den Vorständen und Aufsichtsräten die Führung zu überlassen, wobei die vierteljährlichen Geschäftsberichte allen Aufsichtsräten und den anderen Reichsressorts zugingen.
Dr. Schreiber war empört über die Haltung seines Kollegen und Mitverwalters der Aktien. Er antwortete, es wäre doch wohl nach allem bisher Vorgefallenen angebrachter, die Viag an einige Privatgesellschaften abzutreten, „um damit Geld zu machen und das Risiko loszuwerden!" Ein öffentliches Unternehmen habe seine Berechtigung verloren, wenn der Einfluß der politischen Organe auf das Unternehmen aufgegeben werde. Für Preußen wären die Betriebe dann nur noch historische Andenken. Gleichzeitig und eigentlich stritten sich die beiden Minister jedoch um die Führung einer derartigen Gesellschaft. Schreiber verlangte die Federführung und für seinen Staatssekretär oder Vertreter den Aufsichtsratsvorsitz.
Darauf änderte das Finanzministerium seine Taktik. Es trat nun seinerseits hinter dem Rücken des Handelsministeriums an die einzelnen Gesellschaften heran, um einen Finanzierungskonzern frei von wirtschaftspolitischen Hoheitsrechten unter seiner Führung zu schaffen. Alle bisherigen Zusagen des Staates für künftige Kapitalerhöhungen und die bereits getroffenen Anleiheabkommen mit der Seehandlung sollten durch eine über 80 Millionen Reichsmark betragende Anleihe abgelöst werden. Damit wäre die ursprüngliche Idee einer Finanzierungserweiterung gestorben

gewesen. Es bleibt das große Verdienst von Dr. Schreiber, die Durchführung dieses „Hinter"-Gedankens erfolgreich verhindert zu haben.

Schreiber betonte wiederholt, daß die von uns geplante Finanzierungsgesellschaft, die Veba, von der Staatsbank verwaltet und von einem achtköpfigen Aufsichtsrat, mit Vertretern von Ministerien und Direktoren der Gesellschaften besetzt, überwacht werden sollte. Die Verwaltungskosten seien im Gegensatz zur Behauptung des Finanzministeriums minimal und könnten leicht durch Zinsen wie Kommissionsbeträge gedeckt werden. Ansehen und Statur Dr. Schreibers wuchsen in diesem Kampf um die letzte Zielsetzung der Unternehmen der öffentlichen Hand auf dem Wege zu einer wirklichen Gemeinwirtschaft. Der Handelsminister konnte diesen Prestigezuwachs gut gebrauchen, und zwar aus politischen Gründen. Die Deutsche Volkspartei, die in Preußen auf eine große Koalition drängte, hatte ihr Augenmerk besonders auf Schreibers Ministerium gelenkt. Für die Beamten war das leicht erkennbar an den freundlichen Aussagen von Abgeordneten der Volkspartei, daß sie den wirtschaftsbeeinflussenden Standpunkt des Handelsministeriums hinsichtlich der Veba-Gründung teilten.

Die Parolen der Gegenseite klingen mir heute noch im Ohr: „Trennung der betrieblichen Verwaltung von der Hoheitsverwaltung" und „Durchführung des Konzerngedankens zur einheitlichen rationalen Behandlung der gemeinsamen Aufgaben, wenn möglich innerhalb des Konzerns", als Staatskapitalismus.

Im Landtag sprach ich kurz mit Otto Braun, der, wie ich sofort bemerkte, genauso wie ich über Höpker-Aschoffs Grundhaltung dachte. Er sah diesen Widerstand jedoch nicht als entscheidend an und sagte bestimmt: „Die Sache wird in Ordnung gebracht." Dies sollte sich bewahrheiten. Die Fraktionsvorsitzenden stimmten zu. Schreiber sprach mit den Ausschußvorsitzenden, und die stürmischen Wogen glätteten sich. Ich blieb den ersten Sitzungen fern und bat – so mein Gedächtnis – Generaldirektor Schröder von der Staatsbank, den Vorsitz zu übernehmen.

Die Veba wurde ein wichtiges Finanzierungsinstrument an sich wie zur Stärkung der Staatsbank. Selbst das preußische Finanzministerium erhielt später – und das ist eine Ironie – eines der größten Darlehen von der Veba zur Bezahlung von Gehältern. Die Veba half in kleineren Darlehen wie in der großen 240-Millionen-Anleihe zur Rettung der Hauptstadt. Das Wesentliche war damals, daß durch die neugegründete Gesellschaft die Staatsbank in der kommenden Krise den öffentlichen Unternehmungen Darlehen geben konnte für antizyklische Investitionen und Erweiterungen wie Speicherwerke, Notschächte usw. Auch den Kommunen vermochte sie in vermehrtem Maße auszuhelfen. Die Dynamik bei den Versuchen zur Krisenüberwindung ging damit praktisch von Preußen aus.

Die Gründung der Veba stimulierte, wie beschrieben, eine Flut von Auseinandersetzungen in den Ministerien über die Rolle der öffentlichen Unternehmungen. Ich war damals der Ansicht, daß die Kartellgesetzgebung eine Art „Wiedergutmachung" von Übertretungen leistete. Die großen privaten Konzerne wurden zunehmend macht- und profitgieriger, wobei sie patriotische Phrasen anführten und von jedweder rechten Opposition gegen die Regierung unterstützt wurden. Die Enquête-Kommission konnte bei allem Eifer das Kosten-Preis-Gewebe, die Höhe von notwendigen Reserven und langfristigen Investitionsrücklagen nicht ermessen. Sie konnte daher ebensowenig die Kostenabwälzung auf die Preise, die große „inflatorische" Gefahr eines dauernden Kostendrucks, abschätzen. Allein staatliche Teilnahme an diesen den Markt diktierenden Industrien kann Einsicht in die Politik bringen. Die Preisführer der privaten Kartelle regeln die Preise, um veraltete, weniger rentable Werke durchzubringen, solange nicht die öffentlichen Unternehmen im Syndikat die Explosionsrolle zu spielen vermögen. Dies alles gilt besonders in den Grundstoffindustrien, deren Preiserhöhungen sich in den Kosten der Gesamtwirt-

schaft vervielfachen. Es geht hier um die Frage eines ausreichenden, ja steigenden Einflusses der öffentlichen Hand und damit um die Finanzierungsfrage.
Die Veba konnte die gemeinwirtschaftliche Politik noch in anderer Hinsicht unterstützen, nämlich eine freiwillig koordinierte Zusammenarbeit der beteiligten Werke nicht nur durch Reservenausgleich, sondern auch in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen herbeiführen, was gegenseitige Absatzverflechtung nach marktmäßigen Grundsätzen zur Folge hatte.
Neben dieser Koordinierungsaufgabe bestand das dritte größere Problem in der antizyklischen Investitionspolitik der öffentlichen Hand, d.h.: Zurückhaltung der öffentlichen Betätigung in der aufsteigenden Konjunktur und Bereitschaft zu konzentrierter Betätigung schon vor dem Übergang zur Krise. Besonders in dieser Phase kam es auf ein Finanzierungsinstrument an, das bei dem schwachen Kapitalmarkt und der Bankenilliquidität über starke Reserven sowie eine Vertrauensbasis verfügte. Der Gründungstag der Veba, der 8. März 1929, lag kurz vor dem Zeitpunkt für die große Aufgabe einer antizyklischen Wirtschaftsführung. Darum war es wichtig, daß keines der wesentlichen öffentlichen Werke in Schwierigkeiten geriet, so daß auch innerhalb der beteiligten Betriebe eine soziale Krisenvorbereitung erfolgen konnte. Die Veba ist als Kerninstrument einer derartigen weitreichenden Hilfsaktion mit enormen, sich multiplizierenden Wirtschaftsauswirkungen still und ohne äußeres Aufsehen zu erregen eingeweiht worden.
Die andere Organisationsform zur Verhinderung monopolistischen wirtschaftsschädigenden Verhaltens habe ich schon früher erwähnt. Es ist dies die „gute Art“ der Kartellisierung, wie wir sie in der Ende 1928 gegründeten Deutschen Allgemeinen Elektrizitätsaktiengesellschaft anwandten. Ich wiederhole hier – da es mir damals so wichtig war –, daß ihr Zweck einmal der war, die deutsche Verbundwirtschaft zwischen den demarkierten Unternehmen durch Ringleitungen und Nord-Süd-Verbindungen auszubauen, die die Wasserkräfte der Alpen mit denen Schwedens in beiderseitigem Interesse verbinden sollten. Es war, und der damals auftauchende Europagedanke gab dazu Anlaß, der Versuch, ein „europäisches Netz“ zu bilden. (Franklin D. Roosevelt hatte auf seinem Schreibtisch, als er starb, einen von ihm bei dem Leiter der Federal Power Commission, Mr. Murray, bestellten und von mir ausgearbeiteten Entwurf über eine europäische Elektrizitätsgemeinwirtschaft liegen.)
Neben der Verbundwirtschaft hatte die Deutsche Elektrizitätsgemeinschaft die Planung neuer Werke an den effizienten Standorten zur Aufgabe, um somit die veralteten Betriebe als Spitzenwerke ablösen zu können. Das neu gebildete Kartell wurde zu Kostenvergleichen gezwungen, die veröffentlicht wurden und so einen Druck auf die städtischen Fiskalbetriebe ausübten, ihre Ausbeutung der Verbraucher in Grenzen zu halten. Die staatlich kontrollierten Monopole wurden also benutzt, um die allgemeine Produktivität anzutreiben, und hatten auch sichtbaren Erfolg.
Es war jedoch bedauerlich, daß durch den krisenbedingten Rückgang im Stromverbrauch und die Liquiditätsangst nur eine begrenzte Anzahl öffentlicher Unternehmungen für antizyklische Maßnahmen „reif“ war und sich für deren konsequente Durchführung auch wirklich vorbehaltlos einsetzte.

V. In der Krise 1928–1932

1. Der Wahlsieg der SPD im Jahre 1928

Alexander Rüstow erschien mir im Herbst 1927, wie schon so oft, als Menetekel. Er trat in mein neues preußisches Amtszimmer, überzeugt, daß wir unbemerkt, doch um so sicherer in eine Weltkrise hineingerieten. In Deutschland beginne schon jetzt, mitten in einer Hochkonjunktur, die Verschärfung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, und es machte sich eine allgemeine Verdrossenheit der Unternehmerwelt dem demokratischen Staat gegenüber breit. Die Auslandsanleihen der Städte und Industrien hätten nach den für Deutschland günstigen Auswirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks und durch die Erfindungen technisch ausgereifter, arbeitssparender Maschinen die Wirtschaft überhitzt. Die bereits steigende Arbeitslosigkeit führe zu einer ernsten politischen Gefahr. Wir brauchten nicht nur Hjalmar Schachts Kampf gegen die Auslandskredite – wir brauchten eine „Reinigungskrise". Dieser Satz warf mich fast vom Stuhl. Ich rief meinen früheren Berater, den ökonomischen Skeptiker Lautenbach, und Wagemann vom Konjunkturinstitut an. Sie teilten die Rüstowschen Befürchtungen, seine Schlußfolgerung von der wirtschaftsförderlichen Notwendigkeit einer „Reinigungskrise" hielten sie jedoch für gefährlich. Ich stimmte mit diesen beiden Auguren überein, daß man zwar eine Krise nicht künstlich herbeireden dürfe, sich aber in den Unternehmungen und den mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik befaßten Organen ernsthaft darauf vorbereiten müsse.
Hierüber telefonierte ich mit Staatssekretär Trendelenburg im Reichswirtschaftsministerium. Er schlug eine Beobachtungs- und Vorschlagskommission vor, in der alle Wirtschafts- und Wohlfahrtsministerien des Reichs und die Preußens vertreten sein sollten.
Ich war nicht sicher, ob dieser Vorschlag nur das Feigenblatt für einen Aufschub oder Ausdruck von Ratlosigkeit war. Die Kommission kam später zustande, wurde jedoch von dem in das Reichsfinanzministerium übersiedelten Schäffer schon 1929 torpediert. Dieser hielt gemäß der klassischen Theorie das „automatische" Ausreifen der Krise für unumgänglich und wollte nur Notlinderungsmaßnahmen, die allein schon die finanziellen Kräfte des Reichs überspannten, zulassen. Daher gingen wir ohne jede von Reich und Preußen gemeinsam geplante Strategie in die große Krise, die noch viel zerrüttender wurde, als wir es je hätten ahnen können.
Die 1928 im Reich und in Preußen für die großen demokratischen Parteien siegreichen Wahlen schienen all denen, die das Ohr nicht ständig am Boden hatten, recht zu geben, daß die Gefahr nicht von rechts, sondern von links komme, wenn wir allmählich in die Krise absänken. Ich persönlich fand diesen Wahlausgang fast ebenso tragisch wie die Situation, in der sich die Sozialdemokratie im Kriegszusammenbruch 1918 befunden hatte, sie mußte die Verantwortung für die Führung des Landes mitübernehmen, obwohl abzusehen war, daß sie nur der Liquidator einer voraussichtlich tiefen Finanzmisere sein konnte – eine politisch selbstmörderische Aufgabe für eine sozial ausgerichtete Linkspartei. Ich vertrat diese Ansicht im Landtag meinen Freunden gegenüber. Die weiblichen Abgeordneten wollten mich dafür beinahe verhauen. Otto Braun müsse jetzt der neue Reichskanzler werden, war ihr Schlachtruf, und meine Antwort lautete: „Im Gegenteil, Braun muß versuchen, Preußen zusammenzuhalten." Heilmann, der die Szene beobachtet hatte, kam herbei und führte mich in den Korridor. Er fragte, warum ich mich denn von meinem „Paradies" (dem Handelsministerium) aus mit defätistischen Prognosen in die Politik mischen wolle. Ich kenne Preußen doch erst kurz. Er stimmte aber mit mir überein, daß

Otto Braun sich nicht in einer aussichtslosen Reichspolitik verbrauchen, sondern Preußen als Bollwerk der Demokratie zusammenhalten solle. Mir fehle, so meinte Heilmann abschließend, neben der Erfahrung auch die besondere Begabung zur Parteipolitik. In letzterem gab ich ihm insgeheim recht. Ich war dazu nicht Mathematiker genug, und die Parteiarithmetik von Fraktionsumfang und Ministersitzen lag mir fern. Dieses ständige Schachern um Ministersessel hat das demokratische System viele Sympathien gekostet, besonders unter der noch freundlich gesinnten Intelligenz. Doch mußte ich anerkennen, daß solche Koalitionsabsprachen für das Funktionieren des demokratischen Systems notwendig waren. Oft konnte allein durch das Infragestellen der Koalitionszusammengehörigkeit ein wichtiger sachlicher Konsensus zwischen den Parteien erzielt werden. Der Eintritt in eine Koalition erfordert immer Kompromißbereitschaft. Heilmann, der diese politische Kunst am trefflichsten auszuüben verstand, hatte schon recht mit seiner Behauptung: Man muß zum Politiker geboren sein.

In den Korridoren des Reichstags hörte ich heftige Diskussionen über die Kanzlerkandidatur des Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller. Ich schätzte damals, daß Müller knapp zwei Drittel der vergrößerten SPD-Fraktion wirklich hinter sich habe. Seine Gegner in der Fraktion rekrutierten sich aus den Anti-Militaristen, den alten gekränkten Anhängern der Sozialisierung von Oben und schließlich aus den Kreisen, die jede Gelegenheit benutzten, Opposition zu spielen, selbst wenn in der Regierung ihre eigenen Parteigenossen saßen. (Zur letzteren Gruppe könnte auch bis zu einem gewissen Grade Reichstagspräsident Löbe gerechnet werden, wie ich dies öfter an seinen persönlichen, kritischen Äußerungen über die Führerlosigkeit der SPD bemerkt habe.) Dazu kamen noch jene, die um ihr gerade gewonnenes Mandat bangten und deswegen prinzipiell in der Opposition bleiben wollten, zumal in Erinnerung an das lauter gewordene Geschrei der Kommunisten in ihren letzten Wahlversammlungen. Einer derartigen Fraktion fehlte die elastische Homogenität, und wie bei jedem Übermaß an Streitigkeiten zwischen den machtbewußten Abgeordneten schlug die Quantität dann in eine neue Qualität um, nämlich die der Regierungsunfähigkeit.

Die Regierung Müller, die „Regierung der Köpfe" genannt, fand sich einem geschlossenen, gegen sie konspirierenden Rechtsblock gegenüber. Seine „Spitze" hatte dieser im Palais des Reichspräsidenten Hindenburg, der trotzdem ängstlich auf seinen Verfassungsschwur bedacht blieb. Der Kern des Rechtsblocks beruhte auf der gegen Preußen aufgebrachten Reichswehr, erhielt aber zunehmende Verstärkung von seiten der westlichen (rheinischen) Schwerindustrie, die sich den Verbindlichkeitserklärungen der Lohnschiedssprüche mit einer Aussperrung der Arbeiter in der Eisenindustrie widersetzte. Die Junker richteten sich wegen der Zerschlagung der ostpreußischen feudalen Gutsbezirke, des Grunds und Bodens ihrer politischen Macht mehr und mehr gegen Preußen. Da auch ihre Osthilfeforderungen erfolglos blieben, lagen sie mit ihren bitteren Klagen über die preußische Staatsführung Otto Brauns dem Reichspräsidenten ständig in den Ohren.

Die letzte Weimarer Regierung unter Reichskanzler Müller war unter diesen Umständen bei der fortschreitenden Wirtschaftskrise zum unabänderlichen Scheitern verurteilt. Hermann Müller fragte mich damals, als wir uns im Reichstag begegneten, ob ich nicht Reichsverkehrsminister werden wollte. Wir nahmen dies beide nicht sehr ernst. Ich antwortete ihm mit Stolz, ich sei ein preußischer Beamter, worauf er bemerkte, daß ich doch hoffentlich nicht zu denen gehörte, die einer Reichsregierung schon deshalb prinzipiell Schwierigkeiten in den Weg legten. Ich schwieg betroffen. Alles sprach dafür, daß Müllers Kabinett nur eine Drehtürerscheinung war. Selbst ein vorübergehender Erfolg schien zweifelhaft, wenn man seine Probleme sah: Finanzschwierigkeiten und dadurch notwendige Sparmaßnahmen, die Reichswehr, die Panzerkreuzer, die Alliierten mit ihren neuen, stets schon veralteten Vorschlägen für Reparationszah-

lungen, das Problem der Schiedssprüche über Tarifverträge und vor allem die wachsenden antirepublikanischen uniformierten Bewegungen, die auf den Straßen Angst verbreiteten.
Reichsinnenminister Severing war als erfolgreicher preußischer Innenminister bekannt. In Wirklichkeit war er jedoch ohne Brauns lenkende Hand eine unsichere, wenn auch begeisternde und immer anziehende Persönlichkeit. Im Frühherbst 1928 bat er mich zu einer Aussprache. Es ging dabei um die Aushöhlung der Demokratie durch Ausnutzen ihres Wahlverfahrens. Severing erklärte mir, daß die Demokratie leider mit ihren Grundsätzen von Gleichheit und Gerechtigkeit gegenüber den sie Mißbrauchenden am kürzeren Hebel sitze. Wenn ich die aktiven und ausdrücklich gewalttätigen Sturmtruppen verbieten wollte, müßte ich auch das Reichsbanner aufheben, das durch die Straßen marschiere, um die Republik auch mit Waffengewalt zu verteidigen. Wenn andererseits die nationalistischen Parteien die Mehrheit der Wählerstimmen bekämen, könne kein Gesetz sie an der Regierungsbildung hindern. Er sei ein Demokrat, der so die Demokratie von vorneherein kampflos ihren Feinden überlasse. Ich verwies ihn auf Lassalles Worte, die ich in einem Zitat Ludwig Franks auf meinem Schreibtisch hatte, daß die Massen ihres einfachen Denkens wegen zu Extremen neigen. Sie verstehen nur Ja oder Nein und kennen keine Mitte zwischen den beiden Unmittelbarkeiten. Man kann daher nur die Weite und die Intensität der Pendelschwünge wirklich beeinflussen. Ich führte aus, daß das Unmittelbarste, zumindest für einen Sozialisten, die ökonomischen Verhältnisse seien, die den politischen und sozialen Überbau bestimmten. Mehr und mehr verlangten die Massen nun den „starken Mann", der sie aus der drohenden Krise herausführe. Dies versprächen die Rechtsbewegungen – oft mit Druck, Einschüchterung und Gewalt. Doch sei die Ruhe auf der Straße die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Wende und des darauffolgenden Wiederaufbaus. Severing müsse, so forderte ich, rechtzeitig alle antirepublikanischen uniformierten Bewegungen verbieten, bevor sie sich in Bataillone verwandelten. Es sei dafür schon fast zu spät, denn bald könne wirklich nur noch wenig geschehen, ohne daß die Erlasse ihre gegenteilige Wirkung erzielten – nämlich zur Vergrößerung der Anhängerschaft der demokratiefeindlichen Parteien beizutragen.
Severing wurde darauf so wütend, daß er sich auf der Schreibtischkante die Hand blutig schlug, ausrufend: „Ich bleibe ein Demokrat." Ich konnte ihm nichts mehr erwidern, da er ins Badezimmer verschwand. So ging ich lautlos mit dem Eindruck, es sei vielleicht schon zu spät, doch dürfte ich mit einer optimistisch ins Leben blickenden Veranlagung nun trotzdem kein Defätist werden.
Ich könnte Seiten voll schreiben über die Gespräche, die ich mit meinen früheren Reichskollegen hatte, mit Hans Schäffer zu Hause und im Schauri, wo ich in Kempner vom Bankhaus Mendelssohn eine Stütze für Preußen hatte, da seine Bank zur Staatsbank enge Beziehungen unterhielt. Ich will hier nur die extremsten Äußerungen anführen, wie die, daß es jetzt eigentlich drei Reichsregierungen gebe: Die mächtigste sei die der Rechtsopposition, dann komme die preußische unter Braun und zum Schluß die eigentliche von Hermann Müller. Als Bremse für die beiden letzteren fungiere dazu noch von Preger, der bayrische Vertreter im Reichsrat.
Eine große Anzahl meiner Kollegen bedauerte, daß Braun nicht Reichskanzler werde, denn darin stimmten so ziemlich alle überein – Otto Braun war der führende deutsche Staatsmann der Linken. Besonders im Reichsfinanzministerium beklagte man, daß Braun das Kabinett Müller nicht stärker stütze, sondern seine eigenen Wege zur alleinigen Befestigung eines demokratischen Preußens gehe, was als unzeitgemäß und problematisch betrachtet wurde. Einige sprachen sogar die Forderung aus, die preußische Polizei, die Justiz und Finanzverwaltung sollten unter Kanzler Müller und Braun als Reichs- und Vizekanzler auf das Reich übertragen werden. Arnold Brecht und ich, so hieß es, seien regelrechte Renegaten, die Otto Brauns Konzentration auf seine preußischen Lösungsformeln unterstützten.

In den Jahren 1928/29 stand Otto Braun auf dem Höhepunkt seiner politischen Machtentfaltung. Es wartete eine Fülle von Plänen und Projekten zur Demokratisierung von Reich und Preußen, die Brauns Absichten entsprachen, um von ihm „mit dem kleinen Finger" dirigiert zu werden. Für mich war diese Zeit wohl die erfüllteste, schaffensreichste meines Lebens. Ich konnte die Erfolge meiner Zielvorhaben sehen. Ich stand im Banne dieses großen Mannes, dessen Unterstützung mir sicher war – bis auf wenige Ausnahmen, z.B. meine Zusammenarbeit mit der Reichswehr und der Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministeriums.

2. Das Konkordat und die Festigkeit der linken Koalition in Preußen

Die katholische Zentrumspartei war in Preußen keine Partei der Mitte. Zumeist war sie die rechte Flügelpartei einer geschlossenen linken Koalition. (Im Reich rutschte sie mit der Zeit nach rechts hinüber und wurde zur linken Flügelpartei des Rechtsblocks.) Sie blieb jedoch die einzige „standfeste" Regierungspartei der Weimarer Zeit. Sie war als Volkspartei hierarchisch geleitet mit Mitgliedern, die von deutschen Industriellen bis zu den katholischen Arbeitern reichten. Die Sozialdemokratische Partei war ihrem Kern nach eine straff organisierte Arbeiterpartei mit den Charakteristiken einer Schicksalsfamilie. Ihre Führung lag bei den regierenden Politikern und Abgeordneten, die sich rekrutierten aus Partei- und Gewerkschaftssekretären wie einigen Intellektuellen und politisch regen Journalisten mit kritisch gespitzter Oppositionsfeder. Arbeiter waren keine darunter. Sie war nur in Preußen die linke Flügelpartei einer „bleibenden" Koalition. Im Reich war die SPD eine Partei, die sich in schweren Übergangssituationen aufrieb. Ihr Geburtsmal, in der Opposition sich zu vergrößern, kam zum Vorschein, was andererseits die ideell nicht homogen ausgerichtete Partei und ihre Reichstagsfraktion leichter zusammenhalten ließ.

In der katholischen Partei herrschten keine solchen Schwierigkeiten. Sie besaß eine feste innere Glaubensgemeinschaft, dogmatisch-hierarchisch strukturiert, so daß sie sich pragmatisch verhalten konnte, mit dem Ziel, in welcher Koalition auch immer das für sie als Weltanschauungspartei Bestmögliche zu erreichen. Sie wurde nicht von innen heraus regierungsunfähig und entzog sich nie der Aufgabe, die stets auf ihre Fraktion angewiesene Regierungsmehrheit zu formen.

1928 zwang das Wahlergebnis die SPD-Fraktion zum zweiten Mal, eine Mehrheitsregierung zu bilden, die die letzte nach demokratischen Regeln arbeitende Regierung der Weimarer Zeit sein sollte. Sie stürzte an der Unfähigkeit Rudolf Wissells, die er vorher schon gezeigt hatte: Als Politiker verstand er nicht, daß das Herbeiführen eines Konsensus das Hauptziel einer Koalition sein mußte. Hermann Müller, krank und verbraucht, wie so viele ältere Parteiführer, hatte nicht mehr die Kraft, die Regierung durch Wissells Entlassung widerstandsfähig zu erhalten. Die Partei und ihre Reichstagsfraktion wollten wieder die bequemere Rolle der Opposition spielen.

Damals führten wir über das augenfällige Problem, warum die SPD in Preußen, nicht aber im Reich eine regierungsfähige Partei war, viele, oft erregte Diskussionen zwischen den Beamten Preußens und des Reichs. Daran reihte sich die Frage, warum gerade in dem Lande mit einer alten, eingesessenen protestantischen Mehrheit eine katholische Partei über ein Jahrzehnt der starke Flügel einer dauernden Linkskoalition sein konnte. Auf beide Fragen gab es damals keine einheitliche Antwort. Meine eigenen Erlebnisse mit führenden Katholiken erlaubten mir jedoch Teilantworten. Eines Tages meldete sich der Fraktionsvorsitzende des preußischen Zentrums, Hess, bei mir an. Er wollte von dem jungen Staatssekretär hören, wie dieser die Personalpolitik zu handhaben gedenke, da gemäß der alten Gewaltentrennung der Staatssekretär im Handels-

ministerium die Verantwortung für die Beamtenschaft hatte. Meine Antwort lautete, die Beamten würden ausgewählt, befördert oder wieder in eine regionale preußische (z.B. die Bergbeamten in Privatzechen) Verwaltung geschickt, entsprechend ihren Fähigkeiten und Leistungen. Sie stünden unter regelmäßiger Überwachung durch schriftliche und dazu noch mündliche Qualifikationsberichte ihrer Abteilungsleiter und des Personalreferenten. Außerdem würden alle höheren Beamten, meine Person eingeschlossen, ständig beobachtet hinsichtlich ihres Stils und der Wortzahl, die sie in ihren Schreiben gebrauchten. Dadurch könnten Erschöpfungserscheinungen rechtzeitig herausgefunden werden, die dann zu Beurlaubung oder Behandlung der Betroffenen führten. Für Neubesetzungen würden die Kandidaten nach ihren akademischen Examen wie nach ihren früheren Qualifikationsberichten ausgewählt. Zusätzlich würden sie dann von einem Graphologen im Ministerium getestet. (Dieser hatte eines Tages anhand einer Schriftprobe entdeckt, daß der betreffende Kandidat sehr krank sein müsse. Zwei Stunden später wurde letzterer am Blinddarm operiert.)
Hess wollte dann wissen, wieviele Katholiken und andere kirchliche Glaubensanhänger im Ministerium sich befänden. Ich wurde, wie immer, wenn mir solche Gewissensfragen gestellt werden, ärgerlich und antwortete, ich hätte dem Personalreferenten, Geheimrat Römhild, den Auftrag gegeben, mich mit Konfessionsangelegenheiten nicht zu behelligen. Hess fragte, ob ich denn über die politische Gesinnung meiner Beamten Bescheid wüßte. Ich bejahte, von zwei Ausnahmen abgesehen, einem Bergrat und einem mittleren Beamten. Letzterer, von Spenglers Vorlesungen über den Untergang des Abendlandes angeregt, philosophierte im Amte über die Notwendigkeit eines Rechtskurses, ohne jedoch ernstgenommen zu werden. (Diese Beamten waren die einzigen, die sich nach Hitlers Machtübernahme als Mitglieder der NSDAP entpuppten.) Ich fuhr fort, es sei das Ziel unserer Personalpolitik, gute preußische Beamte zu erziehen, deren innere Verbundenheit mit ihrem Dienst und dem Staat über jeden Zweifel erhaben sei. (Nach meinen späteren Erfahrungen hat sich dieses Ziel als gerechtfertigt erwiesen, was ich schon aus der geschlossen negativen Haltung meiner Beamten gegenüber dem Papenschen Staatsstreich und ihrer Hilfe während meiner Inhaftierung und später durch die Hitlerzeit hindurch bis zu meinen Deutschlandbesuchen nach dem Zweiten Weltkrieg zu schließen vermochte.) Hess erwiderte, er glaube zwar, daß meine Beamten nicht antirepublikanisch eingestellt seien, doch müsse ich, wenn ich die preußischen Ministerien insgesamt betrachte, als überzeugter Demokrat eine weitergehende Bedingung stellen, nämlich daß die Mitglieder der Beamtenschaft bewußte Demokraten sein sollten. In diesem Zukunftsziel stimmte ich mit ihm überein, verwies aber auf die dazu nötige lange Vorerziehung, vom Elternhaus bis zur Assessorenausbildung. Dies sei die Aufgabe einer neuen Generation. Wir beließen es dann bei der Unterscheidung, einerseits antirepublikanisches Verhalten zu verbieten und andererseits eine demokratische Einstellung zu fördern.
Etwas verbittert stellte er mir die dritte Frage, warum ich die Ernennung Blanks zum Ministerialrat als Beförderung eines Katholiken bezeichnet hätte. Dieser zahle wohl Kirchensteuer, sei jedoch kein „praktizierender" Katholik. Ich solle doch in Zukunft qualifizierte, demokratische und wirkliche Katholiken befördern. Zum Schluß fügte er lächelnd hinzu: „Senden Sie mir Ihren Graphologen, und wir werden ihm jedesmal sagen, wer das ‚K' mit dem richtigen Schnörkel hat."
Als ich nach dieser Unterredung in den Landtag kam, setzte mir der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Heilmann den Zeigefinger auf die Nasenspitze und meinte, ich hätte wohl gerade eine katholische Religionsstunde erhalten. Er ermunterte mich, bei Neueinstellungen die Zentrums-Fraktion um Vorschläge für qualifizierte katholische Beamte zu bitten. Die Auswahl und ihre weitere Verwendung bleibe mir anheimgestellt. Ich hätte doch kürzlich einen Freien

Gewerkschaftler, den ich als Sozialreferenten einstellen wollte, nach 14 Tagen wieder nach Hause geschickt, weil er wichtige Sitzungen um 12 Uhr des Mittagessens und um 4 Uhr der Heimfahrt wegen einfach verlassen hatte. Nun habe ihm Leipart, der Führer der Freien Gewerkschaften, mitgeteilt, er könne mir keinen anderen Kandidaten vorschlagen. Auch er selbst, Heilmann, habe nach Herumhören keine Vorschläge zu machen. Es sei der große Nachteil einer Arbeiterpartei, daß sie keine jungen, gut vorgebildeten Sozialdemokraten für die Ämter habe. Ich müsse also suchen helfen. Von dem Angebot der Katholiken, die über einen guten Nachwuchs verfügten, müsse ich Gebrauch machen, schon um Otto Brauns Stellung in den Verhandlungen über das Konkordat zu erleichtern, was für alle Beteiligten eine Notwendigkeit, für die SPD-Fraktion jedoch eine große Schwierigkeit sei. Er klopfte mir auf die Schulter und sagte lachend, jetzt hätte ich noch eine sozialdemokratische Vorschulstunde in demokratischer Personalpolitik dazu erhalten.

Den Inhalt und die Forderungen dieser Instruktionen konnte ich meiner Beamtenschaft in der Ministerialkonferenz, die jeden Freitag pünktlich um neun Uhr über die Richtlinien beriet, unmöglich auch nur zur Diskussion stellen. Ich war wieder in einem Dilemma. Auf der Heimfahrt kam mir die Vermutung, daß die beiden gewitzten Politiker ihre Unterweisungen womöglich miteinander abgesprochen hatten. Dieser Gedanke erleichterte meinen Nachtschlaf.

Otto Braun wußte, daß für die sozialdemokratische Partei ihrer ganzen Struktur nach die katholische Partei der adäquate Partner war. Auch sie suchte eine Koalitionspartei, die ihr die größten Vorteile versprach. Sie war, wie die SPD, sozial ausgerichtet. Die politische Form der Demokratie garantierte ihr auch in einem protestantischen Lande immer eine Machtposition. Ihre internationale Haltung in der Außenpolitik war mit ihren ultramontanen Bestrebungen tiefer verbunden als die der SPD mit ihren Beziehungen zur Sozialistischen Internationale. Die katholische Partei – wie der Nuntius Pacelli es einmal ausdrückte – liebte einen starken „König", dem sie die Krone verleihen konnte, eine Bedingung, die Otto Braun für sie erfüllte.

Das schwierige Konkordat kam zustande, und Braun war seiner langen Herrschaft versichert. Es war für ihn ein weiterer Höhepunkt seines staatsmännischen Erfolges. Ich wurde zur Feier der Weihung des Bischofs von Berlin, der neuen Diözese, eingeladen. Ich ging aus Interesse hin, obwohl ich sonst solche Veranstaltungen als zu zeitraubend empfand. Der Rangordnung, d.h. der Gehaltsstufe nach kam zuerst Staatssekretär Weismann vom Staatsministerium. Er küßte den Ring des Bischofs, und als dieser ihn mir vor die Nase hielt, gab ich ihm rasch die Hand. Aus Verlegenheit stammelte ich, daß ich den Nuntius Pacelli gut kenne, mit dem ich öfter im Hause des lettischen Gesandten Woit, des Schwiegervaters meines Bruders, gesprochen hätte. Der Bischof antwortete mit Verbeugung, daß ich dem Nuntius doch schriftlich mitteilen solle, wie sehr ich mich über das Zustandekommen des Konkordats und die neue Berliner Kurie freute. Anschließend zeigte er sich wohlunterrichtet und betonte, ich zöge sicher, da mir die Personalien der Berufsschulen unterständen, gute Katholiken als Lehrer heran. Ich verbeugte mich tief, worauf er mir die Hand auf den Kopf legte und mich segnete. Der protestantische Staatssekretär Schleusener vom Finanzministerium, der mir ungeduldig folgte, sagte mir anschließend lachend, der Segen würde mir wohl wenig nützen, da die preußischen Staatssekretäre im Amt so viel gegen ihr Gewissen zu verstoßen hätten, daß sie kaum einer Vergebung entgegensehen könnten.

3. Rudolf Hilferding – Vom Marxismus zum Wohlfahrtsstaat

Mein SPD-Parteibuch mit dem Erfurter Programm – Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum – verglich ich damals mit der Marseillaise der Jakobiner, die die Nationalhymne selbst des Zweiten Kaiserreiches geworden war. Wenn man am Erfurter Programm einige Strophen ausläßt und Konzepte ändert, bleibt immer noch ein begeisterndes Lied übrig.

Rudolf Hilferding – ausgezeichnet im theoretischen Denken, wenn er sich die nötige Mühe gab – vollzog diese Umformung der Konzepte der Partei nach der Wiedervereinigung zwischen SPD und USPD. Für ähnliche Zwecke hatte die sozialistische Bewegung die Arbeiterführer Lassalle, Marx, Engels und Kautsky gehabt – nun war es Hilferding.

Die damaligen Schlagworte wiesen auf die Richtungsumstellung hin, charakterisierten jedoch nicht den Kern der Änderungen. Meine Freundin Hedwig Wachenheim verkündete wie die meisten Parteigenossen: „Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei." Viele Gewerkschaftsvertreter, die die Partei als führerlos erklärten, proklamierten die Sozialisierung „von unten" im Gegensatz zur Hilferdingschen „von oben". Hilferding selbst war sich seit langem bewußt, daß eine Arbeiterpartei wohl koalitionsfähig, doch nie eine politische Mehrheitspartei werden könne. Trotz seiner resignativen Erkenntnis, daß die Sozialisierung durch eine gesellschaftliche Minderheit – die dafür „unreife" Arbeiterschaft – ohne entschiedene Führer nicht durchzusetzen sei, proklamierte er ein Programm, demzufolge die SPD eine politische Mehrheitspartei eines nationalen Staates in einer internationalen Völkergemeinschaft werden sollte. Das machte es erforderlich, außerhalb der Arbeiterschaft Wähler zu finden. Er begann mit seinen Freunden, die Zuwachsmöglichkeiten an den Fingern abzuzählen, angefangen mit der sich vergrößernden Masse der Gehaltsempfänger in Regierungen und Wirtschaft. Dies alleine war aber nicht genug. Die SPD müsse eine „Wohlfahrtspartei" werden, allerdings ohne es allzu deutlich zu zeigen. Die Wohlfahrt sollte durch den Staat organisiert werden. Dieses Problem sei nicht nur von den Wirtschaftstheoretikern, sondern auch von den Soziologen zu lösen, denn die meisten Angestellten und Wohlfahrtsempfänger strebten zur nächsthöheren Stufe auf der Leiter des sozialen Aufstiegs. Daher müßten Begriffe wie Verelendung oder Diktatur des Proletariats als überholt fallengelassen werden und andere wie der Klassenkampf eine neue, soziale Interpretation erhalten. Der Klassenkampf als Ausdruck der Bewußtwerdung des Proletariats für seine historische Aufgabe wurde demgemäß in den Kampf der gesellschaftlich Aufsteigenden umgewandelt, die Solidarität der Kampfgemeinschaft in den hohen Wert der solidarischen Schicksalsgemeinschaft. Die Arbeiter blieben innerhalb der Bewegung eine sozial geschlossene „Familie".

Es war Hilferdings große theoretische Leistung, in seiner führenden Rede auf dem Kieler Parteitag im Mai 1927 gegenüber einer immer noch latenten Opposition für die Partei eine positive Staatstheorie zu formulieren, verbunden mit einer neuen Lohntheorie, dem „politischen Lohn". Er ging dabei von der Voraussetzung aus, daß die Gesellschaft kein anderes Organ habe, durch das sie bewußt handeln könne, als den Staat. Hilferding nannte den Arbeitslohn eine politische Erscheinung, dessen Höhe durch die Verhältnisse der Klassenkämpfe (Kapital und organisierte Lohnempfänger) bestimmt sei. Das Tarifwesen und die Schiedsgerichte hätten eine politische Lohnregelung und eine politische Arbeitsregelung herbeigeführt. Nun müsse in jedes Arbeitergehirn eingehämmert werden, daß der Wochenlohn ein politischer Lohn sei, daß es von der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhänge, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestalte.

Hilferding stützte sich auf die 1927 errichtete Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeiterversicherung, in der die drei echten Gewerkschaften – die Freien Gewerkschaften mit 4 1/2 Millionen Mitgliedern, die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften – sowie Beamte als „Unparteiliche" vertreten waren. Entscheidend für Hilferding war jedoch, daß 1927 die Lohn- und sonstigen Vereinbarungen unter der Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums durch Schiedssprüche festgelegt wurden. Diese wurden in mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzten Gremien unter dem Vorsitz eines beamteten Schlichters gefällt und konnten vom Reichsarbeitsminister als verbindlich erklärt werden. Naturgemäß hatten die Schiedssprüche einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der übrigen Tarifverträge, die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern direkt abgeschlossen wurden. Hilferdings Formulierung, daß es in Deutschland einen politischen Lohn gebe, entsprach also damals den Gegebenheiten. Hilferding sah den Wahlsieg kommen und hoffte 1927 nach seinen Aussagen auf „Reichskanzler Braun".

4. Fritz Naphtali – Die Sozialisierung von unten und das Mitbestimmungsrecht

Fritz Naphtali vertrat die Hilferding entgegengesetzte Position, die der Sozialisierung von unten. Naphtali war ein wirklicher Freund, der mit mir durch die Jahre hindurch alle Phasen des Aufbaus seines Plans der „Wirtschaftsdemokratie" besprach. Er war auch ein wirklicher Sozialist, eine Bezeichnung, die ich Hilferding nur mit Vorbehalten verleihen möchte. Hilferding war ein hochintellektueller Arzt geblieben, der gute Diagnosen stellte und theoretisch die verschiedenartigsten Heilmethoden vertrat. Für ihn war der Satz des Erfurter Programms maßgebend, wonach nur die Sozialisierung, der gesellschaftliche Besitz der führenden Unternehmen, „die Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung" war. Das war seine allgemeine Richtlinie, so wie es in der Medizin der Eid des Hippokrates war. Ein wirklicher Marxist war er jedoch nicht. So unglaubhaft das klingen mag, aber meiner Meinung nach gehörte seine Hingabe – aus nächster Nähe gesehen – nicht dem Zukunftsstaat, sondern der Wohlfahrt des „kleinen Mannes", für die der Staat der verantwortliche Träger werden sollte.
Naphtali war ein analytischer Kopf. Sein Ausblick war auf die Entwicklung der organisierten Gewerkschaftsbewegung gerichtet, die mit der politischen Hilfe der Partei eine allmähliche „kalte Sozialisierung" herbeiführen sollte. Die gut organisierte Arbeiterschaft müsse die Unternehmen auf dem Wege der Mitbestimmung durchdringen.
Naphtali war zur Zeit der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 in die politische Welt getreten, als die organisierten Gewerkschaften die Retter und paritätischen „Bundesgenossen" der Unternehmer waren. Die Zentralarbeitsgemeinschaft wurde 1924 von den Unternehmern gekündigt, die damals schon die notwendige politische Rückendeckung der Rechtsparteien hatten. Für Naphtali wurden diese Ereignisse zum Ausgangspunkt für seine Theorie der Wirtschaftsdemokratie, die die Funktion der Betriebsräte auf den Betrieb begrenzen und eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften nicht nur mit den großen Betrieben der öffentlichen Hand, sondern mit allen, auch den privaten Großindustrien gesetzlich herbeiführen sollte. So wurde er der Vater des Mitbestimmungsgedankens. Er hielt das „Hineinsehen" der öffentlichen Betriebe in die oligarchischen Kartelle und Monopole für ungenügend. Es fehle den staatlichen Unternehmen die Macht, die privaten Industrien von innen heraus nach einheitlichen Richtlinien zu regulieren. Meine Antwort lautete, daß die Arbeiter und Gewerkschaftsvertreter innerhalb der Verwaltungen – wie ich es an den Arbeitermitgliedern in meinem Aufsichtsrat drastisch er-

fahren mußte – einfach nicht in der Lage seien, Geld- und Anleihefragen im Zusammenhang von Investitionserfordernissen zu verstehen. Naphtali erwiderte: „Wissen ist Macht". Er regte bei Leipart die Gründung der Gewerkschaftsschule am Müggelsee an, zu deren Einweihung ich – und nicht der Wohlfahrtsminister – den Segen gab. Ich konnte Naphtali nicht von der Gefahr überzeugen, daß dann die „verwaltungsreifen" Arbeiter mit den Unternehmern neue Bündnisse schließen könnten, um die spezifischen Interessen der jeweiligen Betriebe gegen das Allgemeininteresse zu vertreten. Infolgedessen könnten etwa die produktivsten Standortbedingungen einer Unternehmung wegen regionaler Interessen einer Einfluß gewinnenden Arbeiterorganisation nicht wahrgenommen werden.
Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß von 1928 wurde das wirtschaftsdemokratische System als Programm der Gewerkschaften angenommen. Das bedeutete eine gewisse, sich in naher Zukunft schon vertiefende Spaltung zwischen der SPD und den Gewerkschaften. Auf der anderen Seite rückten die Gewerkschaften näher zu gemeinsamer Aktion zusammen. Schon 1931 veröffentlichten die drei Gewerkschaften Richtlinien für ein gemeinsames Programm des sozial- und wirtschaftspolitischen Vorgehens während der Krise, das sich mit monopolistischen Preisbindungen befaßte und außerdem in den Monopol- und Bankkontrollen sowie den Kreditanregungen ein gemeinsames Vorgehen gegen ihre politischen Parteien ins Auge faßte. Der Holzarbeiterführer Tarnow war dabei das treibende Element.
Naphtali war einer der ersten Gewerkschaftsführer, die unter Hitler schon im Mai 1933 verhaftet wurden. Als Sozialdemokrat und zudem Zionist war er stärker gefährdet als Leipart. Von dem treuen sozialdemokratischen Chauffeur meines ehemaligen Handelsministeriums ließ ich mich mit aufgepflanzter Preußen-Flagge, schwarz-weiß, zur Gestapo am Alexanderplatz fahren. Ich verlangte, den Leiter zu sprechen. Ich erklärte ihm, es sei eine unverantwortliche Dummheit, Naphtali und den Transportarbeiterführer zu verhaften und ins Konzentrationslager zu schicken. Gegen Widerstände in den Gewerkschaftsorganisationen könne man keine nationalsozialistische Arbeitsfront aufbauen. Die beiden sollten, „der Ruhe unter den Arbeitern wegen", sofort entlassen werden. Dann würde Naphtali sowieso nach Palästina verschwinden. Es wurde darauf angeordnet, diese Gewerkschafter hinauszuwerfen. Als Naphtali erschien, streckte er verwirrt die Hand aus, „Hans Staudinger???". Ich schlug sie ihm weg und schrie: „Raus mit ihm!" Doch dann verließ ich eiligst den Platz meiner Köpenickiade.
Naphtali ging nach Palästina, und wir sahen uns später in New York wieder.

5. Streit um die Krisenbewältigungspolitik

Die Auswirkungen der Meinungsspaltung zwischen Gewerkschaften und Partei habe ich schon früher berührt. Sie spiegelte sich jedoch deutlicher und unheilvoller in der oft einander direkt entgegengesetzten Wirtschaftspolitik Preußens und des Reichs, in den verschiedenen Ressorts der Reichsregierung und nicht zuletzt in den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaftern und den führenden Fraktionspolitikern der SPD wieder. Es war an sich eine verzweifelte Situation, zeitraubend und deprimierend.
Ministerialrat Lautenbach und sein Mitarbeiter Wagemann vom Konjunkturinstitut erstellten 1929 ein Memorandum, in dem sie ein nicht balanciertes Budget forderten, um genügend Erwerbslosenhilfe zahlen und der Wirtschaft eine Ankurbelungsspritze von mehreren Milliarden Reichsmark verabreichen zu können. Die neugedruckten Markscheine sollten den hartbetroffenen Banken den Liquiditätsprozeß ihrer eingefrorenen Kredite erleichtern und alle öffentli-

chen Unternehmungen instandsetzen, Neuinvestitionen und Reparaturen unter Einstellung von Erwerbslosen so rasch wie möglich durchzuführen. Ich schlug darüber hinaus vor, auch den privaten Betrieben Unterstützungen zu geben, die sichere Garantien für das Einstellen Erwerbsloser liefern könnten. Mein weiterer Vorschlag war, mit den Aufträgen für Maschinen und Materialien an die Privatindustrie Einstellungsauflagen zu verbinden.
Der Plan wurde vom Reichsfinanzministerium bekämpft, das fest an dem veralteten Prinzip festhielt, das Budget zu balancieren. In der Krise müßten wir mit einem unausgeglichenen Budget leben, war Lautenbachs wie auch meine Meinung. Hans Schäffer, der damalige Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, glaubte an den „Automatismus der Krisenentwicklung" und las mir abends aus der englischen Wirtschaftsgeschichte vor, um mir zu beweisen, daß es solche perversen Gedanken wie die meinen noch nie gegeben habe. Der Inhalt der Lautenbachschen Ausarbeitung wurde von ihm selbst telefonisch oder persönlich schriftlich vorbereitet, da der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, Trendelenburg, es ablehnte, dazu Stellung zu nehmen, was die Veröffentlichung verhinderte.
Die Reichsforschungsstelle für Wirtschafts- und Sozialpolitik, die von der SPD und den Gewerkschaften gemeinsam für ihre Mitglieder zur Bearbeitung von Statistiken und Anfertigung von Analysen und Problemlösungskonzepten errichtet wurde, wurde in die Diskussionen mit und über Lautenbach hineingezogen.
Mitte 1929 wurde ein sogenannter Aufsichtsrat zur Forschungsstelle gegründet mit dem Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow als Vorsitzendem, Emil Lederer als stellvertretendem Vorsitzenden, Ernst Kahn als Kassierer, Fritz Naphtali als Schriftführer und Erich Rinner, der – von der SPD abgesandt – vor allem konjunkturpolitische Arbeiten herausgeben sollte. Im Mittelpunkt der Gruppe stand geistig führend Emil Lederer, der gerade in Heidelberg sein epochemachendes Manuskript „Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit" beendet hatte, in dem er zwischen der durch den technologischen Fortschritt bedingten, strukturellen Arbeitslosigkeit und der krisenbedingten unterscheidet. Am Ende des akademischen Jahres 1930 wechselte Lederer von Heidelberg nach Berlin über, wo er gegen den Vorschlag der Fakultät, die sich für Eduard Heimann entschieden hatte, durch Kultusminister Grimme der Universität als besser verwendungsfähiger, führender sozialistischer Professor aufoktroyiert wurde. Damals gab es im ganzen ja nur wenige sozialistische Professoren: Lederer, Heimann, Löwe, Woytinski, Hermberg, Neisser und Colm.
Ich erinnere mich sehr genau an eine wirtschaftspolitische Debatte, die Anfang der 30er Jahre in der Wohnung von Rudolf Hilferding stattfand, zwischen ihm, Emil Lederer und mir. Lederer und ich vertraten gemeinsam den Standpunkt, daß eine höhere Kreditspritze von 2 Milliarden Mark, die von den Freien Gewerkschaften diskutiert worden war, die fortschreitende Inflation in der Privat- und hauptsächlich öffentlichen Wirtschaft aufhalten und darüber hinaus die Gesamtwirtschaft ankurbeln könne. Ich verwies besonders auf die Investitionserweiterung der öffentlichen Hand in Preußen. Hilferding antwortete, daß für eine Ankurbelung wahrscheinlich eine größere Summe notwendig sei, die jedoch sicherlich zwei bis dreimal jährlich wiederholt werden müsse, um eine Dauer- und vor allem Fern- und Tiefenwirkung zu haben. Er bejahte, daß damit in einer freien Konkurrenzwirtschaft ungenutzte Arbeitsplätze und -kräfte in produktive Tätigkeit gebracht werden könnten, nur gebe es in Deutschland leider keine freie Konkurrenzwirtschaft. In der deutschen kartellierten und durchorganisierten Wirtschaftsstruktur sei eine solche Ankurbelungsaktion mit ernsten Gefahren verbunden. Er habe in der großen Inflationsperiode der 20er Jahre versucht, eine glaubwürdige Rentenmarkformulierung, von den Grundideen Helfferichs abweichend, zu erarbeiten. Er wisse, was Inflation bedeute, nämlich das Erwecken von Erwartungen, besonders der organisierten Wirtschaftsgruppen, von weiter steigen-

den Preisen mit noch weiter steigenden Produktionskosten – und dies auf absehbare Zeit. Wir hätten dann zu dem Arbeitslosenproblem ein womöglich unüberwindbares Inflationsproblem hinzugeschaffen.
Lederer argumentierte, wir hätten eine „mengen- und nicht preisgetriebene" Hochkonjunktur gehabt. Abgesehen davon seien die Kartelle in Auflösung begriffen und Lohnsteigerungsmöglichkeiten durch das Ausmaß der Arbeitslosigkeit nicht gegeben. Ich vertrat die Meinung, daß sich Krisen nicht automatisch, wie nach der klassischen Auffassung, am eigenen Schopf herausreißen könnten, sondern einen außerwirtschaftlichen Anstoß brauchten. Hilferding leugnete nicht eine gewisse Bedeutung der Gegenargumente. Er brachte die Diskussion jedoch auf die politischen Folgen einer solchen Ankurbelungsaktion. Brüning würde sie niemals stützen. Die für die Weimarer Verfassung einstehenden Parteien könnten Brüning nicht entbehren. Für Hilferding war es keine Frage, daß die Übergabe der demokratischen Rechte in die Hände der Nazis gefährlicher für die Arbeiterbewegung sei als selbst die Folgen einer verzweifelten, jedoch einmal endenden großen Krise. Außerdem erklärte Hilferding in diesem Gespräch, daß Brüning trotz steigender Arbeitslosenausgaben mit neuen, auch indirekten Steuern, Gehaltsreduktion, Sparmaßnahmen und selbst einem Zündholzmonopol ein balanciertes Budget erzielen müsse, um in Verhandlungen mit den Alliierten – besonders England und Amerika – eine Stundung der Reparationszahlungen zu erreichen. Brüning sei sehr empfindlich hinsichtlich neuer, kostspieliger Experimente und lasse sich ungern in seine außenpolitischen Pläne hineinreden.
Lederer war erschüttert, daß so ein gescheiter Denker wie Hilferding, sein Studienfreund aus Wien, nicht verstehen konnte, daß bei ungenutzten Produktivkräften in so erschreckendem Ausmaße keinerlei Inflationsgefahr vorhanden sei. Ich konnte Brünings Leutnants-Ergebenheit gegenüber dem Herrn Generalfeldmarschall nicht ausstehen. (Doch war sie, wie wir wußten, bei Hindenburg für seine Wahl zum Kanzler entscheidend gewesen. Dieser machte ihm jedoch zur Bedingung, daß sich unter den Kabinettsmitgliedern keine Marxisten befinden dürften.) Brüning war ein ebenso ergebener Diener des Staates wie der katholischen Kirche, war aber beleidigt, wenn er als Ultramontaner bezeichnet wurde. Er war ein Zauderer, ängstlich, ein Risiko einzugehen, doch – wie wir erkennen mußten – ein politisch ideenreicher Kanzler mit vorausschauenden Plänen. Hilferding legte uns in Hinsicht auf Brünings Verhandlungsabsichten mit den Alliierten Schweigepflicht auf. Wir hielten sie.
Andererseits war Hilferding persönlich von Brünings außenpolitischen Vorhaben weniger begeistert als ich. Er fürchtete die erhöhten Ausgaben für ein erweitertes Militär (Soldaten statt Brot) und die Schwierigkeiten in der SPD-Reichstagsfraktion. Er sprach später oftmals mit Schäffer und mir über die Probleme, die mit dem zunehmenden Rechtsruck Brünings der SPD eine Mitarbeit fast unmöglich machten. Es war eine gigantische Aufgabe für ihn und Breitscheid einerseits und Otto Braun andererseits, mit Brüning Gleichschritt zu halten.
In dem Zusammenhang verstand ich auch Brauns Andeutungen, daß wir Brüning stützen müßten. Braun wiederholte, ich solle über meine Differenzen mit dem Reich und Hilferding schweigen und mit Hilfe der Staatsbank und anderen Kreditinstituten intensiv öffentliche Investitionen durchführen. Er werde später, im geeigneten Augenblick, im Reichsrat eine Erklärung zum preußischen Arbeitslosenprogramm verlesen lassen. Ich sollte an diesem Programm mit Arnold Brecht zusammenarbeiten. Brecht war dieser begeisterungslosen Zeit zum Trotz erfrischend positiv eingestellt. Er legte im April 1932 einen Entwurf für einen Brief Brauns an Brüning vor, der gedanklich seiner Veröffentlichung im Berliner Tageblatt vom Oktober 1930, auf einen Artikel Wagemanns zu demselben Problem antwortend, folgte. In seiner sorgsamen Art gab er zahlenmäßige Begründungen und forderte eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit unter 40 Stunden. Die darauf erfolgenden Neueinstellungen würden Milliarden an Arbeitslosenunter-

stützung ersparen. Außerdem argumentierte er, die Erwerbslosen schafften nicht nur keine Werte, sondern verlören den Elan und die Fähigkeit zur produktiven Tätigkeit. Man sollte weiter die eingesparten Erwerbslosenzahlungen den Betrieben ganz oder teilweise zur Verfügung stellen. Die in der Industrie beschäftigten Arbeiter hätten also eine, wenn auch nur geringe Lohnverminderung durch die verkürzte Arbeitszeit in Kauf zu nehmen, erhielten jedoch andererseits die Sicherheit, nicht entlassen werden zu können, was heute mehr wert sei. Mit dem Rest der Einsparungen und mit einer kleinen Erhöhung der inneren Anleiheschuld, deren gesamte Zinsenlast in Deutschland viel geringer sei als in Frankreich oder England, müßten Materialien und Maschinen für Straßen und andere kommunale Verbesserungen gekauft werden. Auf diese Weise könne auch der östlichen Bauernwirtschaft die Rentenlast erleichtert werden.
Diese konträre Diskussion über Budgetbalancierung aus verschiedenartigsten Gründen und das Aufnehmen neuer Schulden auf verschiedenstem Wege, sowie über die Wirtschaftsankurbelung und die Notwendigkeit äußerster Sparmaßnahmen, um die Zustimmung der Alliierten für einen Zahlungsaufschub zu erhalten, setzte sich bald in der Öffentlichkeit fort. Die Börsenzeitung berichtete in scharfem Tone, der „Volkswirt", von Gustav Stolper herausgegeben, brachte Argumente für eine straffe Budgetpolitik, die den preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff beeinflußten. All dies verstärkte noch den allgemeinen Eindruck der Ratlosigkeit von Regierung und Experten. In diesem Chaos versuchten die Gewerkschaften – nicht alle, auch sie waren gespalten – eine einheitliche Antwort zu den Prioritäten der Probleme zu geben.
In der Reichstagsfraktion lärmten die Gewerkschaften und verlangten eine Aussprache über ihr eigenes Ankurbelungsprogramm. Wieder vergingen Monate, bis Hilferding Ende 1931 einen Ausschuß von Partei- und Gewerkschaftsexperten einberief. Fritz Baade trat mit einem Memorandum für ein großes Investitionsprogramm auf, das auch Land- und Forstwirtschaft miteinschloß. (Der Holzpreis sei derart gesunken, daß sich das Abschlagen der Wälder nicht mehr auszahle.) Tarnow verteidigte die 2 bis 4 Milliarden-Investitionsforderung der Gewerkschaften. Der Finanzsachverständige Hertz – wie ich mich zu erinnern glaube –, auch der Reichstagsabgeordnete Keil waren für die alte Methode der Budgetbalancierung durch Sparmaßnahmen und indirekte Steuern. Hilferding vertrat, jedoch selbst nicht mehr ganz überzeugt, seine These einer Inflationsgefahr und schloß die lange Debatte damit, daß der Gewerkschaftsplan unter gegebenen politischen Verhältnissen, d.h. der gerade günstigen Verhandlungen mit den Ententemächten wegen, nicht der Reichstagsfraktion vorgelegt werden solle.
Ich fuhr den völlig geschlagenen Gewerkschaftsführer Tarnow in meinem Wagen zu seinem Büro. Er klagte, daß es anscheinend unmöglich sei, über das zentrale Problem der Krisenbewältigung zwischen Partei und Gewerkschaften zu einer Einigung zu kommen. Daran knüpfte er die Frage, ob das demokratische System überhaupt in der Lage sei, in Krisenzeiten klare Entscheidungen zu fällen und einheitliches Handeln zu garantieren. Ich wagte nicht, ihm zu antworten, da ich seine bösen Zweifel nicht vergrößern wollte.
Die Bestürzung über die Handlungsunfähigkeit der Demokratie verbreitete sich zunehmend, besonders nach den Reichstagswahlen 1930, in denen die Nazis einen unerhörten Stimmenzuwachs verzeichneten. An einem Sonntagvormittag kurz nach den Wahlen besuchten mich Adolf Löwe, Alexander Rüstow und Hans Schäffer in meiner Wohnung, wo wir sechs Stunden lang über die Gefährdung der Weimarer Republik diskutierten. Wir kamen zu dem Schluß, daß ich mit Otto Braun sprechen solle, um ihm vorzuschlagen, zur Rettung der Demokratie mit Brüning und Groener ein Reichstriumvirat zu bilden. Dieses Triumvirat solle ohne Reichstag regieren, also mit einem weitgehenden Ausnahmegesetz. Sobald sich die Verhältnisse gebessert hätten, sollten der Reichstag aufgelöst und neue Wahlen abgehalten werden. Ich entsinne mich genau, daß ich mit Otto Braun darüber sprach. Braun sprach mit Brüning, telefonisch oder in einer Un-

terredung. Dieser lehnte den Plan ab, weil er sich das Tor zum Himmel nicht versperren wollte: Er habe einen Verfassungseid geleistet und wolle ihn auch für politische Zwecke nicht brechen! Groener war, soweit ich mich erinnere, geneigt, er hatte nur Bedenken wegen Schleicher. Braun sprach darauf mit Hindenburg, der ebenfalls Bedenken wegen seines Eides hatte. Aber auf der anderen Seite meinte er, daß Schleicher und andere Offiziere kein Problem seien. Man versetze ihn einfach nach Kassel, dann sei Ruhe. Damals hat Braun mich gebeten, mit dem Führer der Freien Gewerkschaften, Leipart, zu sprechen. Ich besuchte Leipart, der über meine Frage sehr aufgeregt war, wieweit die Gewerkschaften sich aktiv durch Erklärungen und Streiks hinter eine solche Notstandsregierung stellen würden. Er kam zu dem Schluß, daß man sich auf die Gewerkschaften nicht voll stützen könne. Ein Generalstreik sei unmöglich, nur einige Metallarbeiter in Frankfurt und Transportarbeiter auf den Linien Hamburg–Berlin würden mitmachen. Die anderen seien in Furcht vor Arbeitslosigkeit und auch eingeschüchtert durch die Erfolge und den Terror der Nazis.
Dies berichtete ich Braun, der – aber das mag Phantasie sein – sagte, daß damit die Weimarer Republik nicht zu retten sei. Dieses historische Ereignis habe ich bisher auf Anordnung von Braun nicht erzählt. Es war mit ein Grund, daß Braun seine politischen Meinungen nicht mehr öffentlich zum Ausdruck brachte. Um Hitlers Wählerstimmen nicht weiter zu erhöhen, setzte sich Otto Braun, trotz der unerwartet brüsken Ablehnung des Plans durch Hindenburg, in staatsmännischer Haltung für die Wiederwahl des senilen Reichspräsidenten ein, der damals nur noch für wenige Stunden am Tage geistig aufnahmefähig war. Braun rief alle Preußen auf, Hindenburg ihre Stimme zu geben. Wir in den preußischen Betrieben gaben Beiträge zur Finanzierung des Wahlkampfs. Braun erwartete keinen Dank, weder vom „Alten Herren", den er schon eher bemitleidete, noch von Brüning, der trotz allem im Amte gehalten werden mußte. Brüning stellte all dies in seinen Kalkül und nutzte die Abhängigkeit Brauns und der SPD sehr zu seinem Vorteil aus.
Hilferding kam eines Abends völlig verstört nach Hause, wo ihn seine Frau, Prof. Dr. Salomon und ich seit 5 Uhr beim Tee erwarteten, zu dem er uns geladen hatte. Er berichtete, Brüning habe mit ihm über sein politisches Programm gesprochen und in bezug auf eine glaubwürdige neue Spekulation aushorchen wollen. Stresemann habe kurz vor seinem Tode mit Brüning im Reichstag über die Frage einer Wiederwahl des alten Hindenburg gesprochen und dabei die Idee aufgeworfen, an seiner Statt einen Reichsverweser zu ernennen; er (Stresemann) habe den Kronprinzen Wilhelm vorgeschlagen. Hilferding antwortete Brüning, daß Stresemann ein solcher Vorschlag zuzutrauen sei. Dieser habe zu wenig an das Echo und die möglichen Wirkungen dessen gedacht, was er so hinsagte. Aber daß Brüning dies wiederholte, erstaunte Hilferding. Das bedeute doch, so bemerkte er, den demokratischen Boden zu verlassen, ja eine Auferstehung der Monarchie. Er habe Brüning gesagt: „Schweigen Sie nur darüber!" Darum bat er auch uns, was ich tat.
Auf der Nachhausefahrt sagte ich zu mir selbst, daß Brüning doch wirklich an die demokratischen Ideale geglaubt hatte. Bringt die verzweifelte Situation selbst eherne Überzeugungen zum Erweichen?

6. Hans Schäffers Finanzwunder

Brüning war eine außerordentlich markante Persönlichkeit, feingegliedert in ihrem Wesen, doch menschenscheu und von einem tiefgehenden Mißtrauen. Innerlich war er in seinen wesentlichen Entscheidungen schwankend und oft zögernd. Er verfolgte jedoch mit beinahe fanatischer Starrheit seine zwei Hauptziele: die Reparationen zu beenden und eine starke Reichswehr zu schaffen – und das aus klar erkannten Gründen der inneren politischen Balance. Brüning kannte das Machtstreben der Reichswehr, die zunehmend – von General Schleicher und Hintermännern angeschoben – zu einem politisch mitentscheidenden Faktor wurde. Er wußte, daß seine Stellung im Reichspräsidentenpalais von den Erfolgen in seiner Reparationspolitik abhing. Gleichzeitig diskutierte Brüning jedoch die Vorschläge für eine internationale Abrüstung, um damit ein besseres Milieu für seinen Aufrüstungsantrag zu schaffen und um Amerika zu beeindrucken. Um diese beiden Hauptziele zu erreichen, riskierte er viel; viel zu viel, nach meiner damaligen Auffassung; nämlich eine weitere Vertiefung der Depression, was die Arbeitslosenquote hinauf- und die gesamte Wirtschaftslage noch stärker hinunterdrückte. Er folgte dem Wortlaut der Auflagen der Alliierten durch weitere Einsparungen in Gehältern und Herabsetzung der Erwerbslosenentschädigung bis zum Äußersten, ja bis in das Unmögliche. Schäffer, sein Finanzberater, folgte ihm in dieser gefährlichen Kur, um die Kassenlage flüssig zu erhalten, Einsparungen vorzunehmen und auf Grund dieses Beweises mit Erfolg im Ausland nach den so notwendigen Krediten zu fischen. Für mich war das damals eine – ich will meine wirklichen Ausdrücke nicht wiederholen – unmenschliche, unsoziale, rein rational konzipierte und politisch gefährliche Strategie. Ich glaubte damals jedoch, daß die beiden in ihrem eigenen Innersten doch ein schlechtes Gewissen hatten. Als ich aber nach dem zweiten Weltkrieg Hans Schäffer wiedersah und mit ihm über diese schreckliche Zeit sprach, fiel er wieder zurück auf die alte Theorie des automatischen Wirtschaftsantriebs, wonach nur die Kosten des Kapitals und die Erwartungen eines Wiederaufschwunges die Unternehmer zu Neuinvestitionen veranlaßten. Er hatte vergessen, daß Brüning und er in diesen „automatischen" Krisenablauf planvoll, wenn auch nicht zum Besseren, eingegriffen hatten. Schäffer besaß keine ökonomische Ader. Brüning hielt bis zuletzt an der Theorie der erzwungenen Auflagen, also dem Diktat der Ententemächte, fest, denen er sich, seiner eigenen Auffassung nach, fügen mußte.

Brüning wie Schäffer war es einfach nicht klarzumachen, daß in dieser umfassenden Weltkrise die Schuldner den Gläubigern gegenüber an Wirtschafts- wie außenpolitischer Macht gewonnen hätten. Wir konnten im Zusammenhang mit den strengen deutschen Kapitalfluchtgesetzen von den ausländischen Zentralbanken ein festes Stillhalteabkommen für die Rückzahlung der deutschen Kredite erwarten, das teilweise schon stillschweigend im Gange war: Die Auslandsbanken hätten sonst in einem spekulativen Ansturm von Rückzahlungsforderungen die sehr baldige, völlige Entwertung ihrer Kredite in Deutschland zu befürchten gehabt. Die Änderung in der internationalen Wirtschaftssituation hätte entsprechende Reaktionen auf politischer Ebene, gegenüber dem ganzen Versailler Vertragskomplex, dem letzten Reparationsabkommen, dem Young-Plan und vor allem in unserer eigenen Verhandlungsmethode zur Folge gehabt. Es war daher die Frage, ob wir die Alliierten zu weiteren Verhandlungen drängen oder klar unsere offensichtliche Situation in Deutschland hinsichtlich einer Einstellung der Reparationszahlungen und der allmählichen Erhöhung des Wehrmachtkontingents als Notwendigkeit zur Vermeidung von Chaos und zur Besserung der inneren Befriedung erklären sollten.

Wir wußten, daß die Franzosen nicht wieder in das Rheinland einzumarschieren wagten. Und zwar nicht allein der Kosten wegen, sondern weil sie die Gefahr einer Ansteckung ihrer Truppen durch den in den Industriezentren zunehmenden Kommunismus fürchteten. Beamte der fran-

zösischen Botschaft und selbst François-Poncet sprachen dies offen aus: Es sei für Frankreich besser, Kredite zu geben. Dazu hatten die Franzosen in Verhandlungen ihr Recht auf einseitige Sanktionen aufgegeben. Sie waren jetzt an das Haager Gericht gebunden.
Ich diskutierte mit Schäffer wie anderen, ob für eine offizielle Erklärung der Einstellung der Reparationszahlungen und eines endgültigen Reparationsarrangements der erfolgversprechende Zeitpunkt schon gekommen sei. Frankreich und Amerika stünden vor Wahlen. Amerika erstrebe allgemeine Abrüstung, Frankreich verlange jedoch im Gegensatz dazu militärische Sicherheiten gegenüber dem keineswegs pazifizierten deutschen Nationalismus. Wir seien auch nicht so dringend auf Auslandskredite angewiesen. Deutschland habe pro Kopf eine der niedrigsten inneren Gesamtverschuldungen im internationalen Vergleich und niedrige Luxuskonsumsteuern. Wir könnten durch Notsteuern und besondere Abgaben für die Arbeitslosen die Lücke im Haushalt, der dazu dann von Reparationen befreit sei, auffüllen. Es komme auf den neuen Reichsbankpräsidenten Hans Luther an. Hjalmar Schacht, den Schäffer zu lange in die Verhandlungen mit den Alliierten hineingezogen habe, sei mit eitlem Pomp gegangen. Abwarten und Zeit gewinnen sei die Haltung für die nächste Zeit.
Schäffer antwortete mir auf diesen Vorschlag mit der zwischen uns gewohnten Offenheit: „Schuster, bleib bei deinen Leisten." Ich verstünde, wie die meisten seiner Freunde in der SPD, nicht die der internationalen Außenpolitik zugrundeliegenden Probleme.
„Wer in der Welt soll und kann entscheiden, welche Auflagen tragbar sind und für wie lange?" Nur die Einsicht, so Schäffer, daß „weniger mehr ist", könne eine Verständigung darüber langsam und endlich herbeiführen. Dazu gehörten vorausschauende Konferenzen mit guten Unterhändlern, die es verstünden, sich mit der Zeit das Vertrauen der naturgemäß mißtrauischen Gegner zu erringen. Dazu gehöre vor allem das Aufgeben der Revisionsforderung, daß wir alles wiederhaben wollten, was uns früher gehört hatte und uns lieb war. Unsere Minister, Beamten und Experten hätten in endlosen Nachtgesprächen Großartiges geleistet und würden dafür in weiten Kreisen des Landes und in den demokratischen Parlamenten geschmäht. Dieses Weben an einem Netz des gegenseitigen Sich-Verstehens sei für die Gegenseite wie für uns selbst die unumgängliche Voraussetzung zur Wiederherstellung von Achtung und Gleichberechtigung geworden. Frankreich sei bereit, Rheinland und Saargebiet zu räumen – ein guter Anteil unserer Reparationsschuld sei bereits kommerzialisiert. Deutschland sei wieder ein freies, gleichberechtigtes Land im Völkerleben geworden, das sein Ansehen und damit seine Machtposition in bevorstehenden weiteren Verhandlungen erhöhen werde. Wenn der Völkerbund autoritative Entscheidungen durchführen könnte, wären wir heute schon ein wichtiges Element in Europa.
Schäffer warnte mich, meine Interpretation von der in der Krise wachsenden wirtschaftlichen Macht des Schuldnerlandes weiter zu verbreiten, wenn darin auch ein wahrer Kern stecke. Die endgültige Höhe der Gesamtsumme und deren Kommerzialisierung würden von der Änderung in der Schuldner-Gläubiger-Stellung beeinflußt. Die Alliierten wüßten, daß es für sie wegen der wachsenden Weltkrise schwerer geworden sei, sich untereinander über gemeinsame Diktate gegenüber Deutschland zu einigen. Es sei nicht weise, dem stärkeren Gegner die Schwächung seiner Verhandlungsposition und dazu noch die Absicht, diese durch Hinauszögern auszunutzen, zu zeigen.
Schäffer ersuchte mich, ich solle doch die großen friedlichen Verhandlungserfolge wie vor allem das Hoover-Moratorium meinen Freunden in der so hoffnungslosen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Parlamentarismus als „ein Gesellschaftsspiel" auffaßten, vor Augen führen. Zweimal hätten sie Brüning versprochen, die Finanznotverordnungen mit anzunehmen, um dann letztlich dagegenzustimmen. Sie seien eine sehr unzuverlässige Gruppe von stillen politischen Teilhabern, . . . „deine Genossen und meine Freunde".

Wann immer Hans Schäffer in Berlin war, trafen wir uns fast täglich zu ständiger Diskussion. Ich konnte an den großen historischen wie persönlichen Ereignissen von der ersten Zuschauerreihe aus teilnehmen. Das Jahr 1931 war das arbeitsreichste und fruchtbarste von Hans Schäffers Wirken – ein Jahr tiefer Enttäuschungen und oftmals unerwarteter Genugtuung, wenn auch ohne Lorbeerkränze. Schäffer strebte nach Gerechtigkeit und Verständnis für ein wachsendes Weltbewußtsein der Menschenrechte – ein Ziel, in dem er sich mit seiner ebenfalls dafür engagierten Frau Eva traf. Die glücklichsten Stunden hatte er, als das auf der Londoner Konferenz in der zweiten Julihälfte 1931 eingesetzte Sachverständigengremium, das ohne Schäffers Initiative nicht zustande gekommen wäre, schon Ende August 1931 das Votum abgab, daß Deutschland keine eigene Schuld an seinen Zahlungsschwierigkeiten treffe. Das war für Schäffer der Spruch eines internationalen Gerechtigkeitsbewußtseins, das über Gut und Böse unabhängig und unparteiisch entschieden habe. Um dieses Urteil zu erreichen, hatte er Brüning gedrängt, das Äußerste an deutscher Opferbereitschaft zu zeigen. In der damals häufig angegriffenen Notverordnung vom Juli 1931 wurden durch die weitere Senkung der Beamten- und Ruhegehälter, der Arbeitslosenversicherung sowie durch Krisensteuern auf Mineralöl und Zucker der Haushalt und die Kassenlage wirklich balanciert.
Schäffer hatte neben seiner angestammten Vorliebe für Juristen noch eine, wie mich oft dünkte, zu weitgehende Neigung für die internationalen und deutschen Bankiers. Diese lebten für ihn in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens in ihre Kunden, denen sie Kredite gaben, wie in ihre Gläubiger, gegenüber den kleinen Depositenzahlern wie den Großanleihepartnern. Das gegebene Wort werde gehalten, worauf letzthin, so Schäffer, das kapitalistische System aufgebaut sei. Er vergaß dabei zu oft, daß wir keine sich ausgleichende finanzielle Stabilität mehr hatten.
Schäffer sah als Ziel für eine endgültige Reparationslösung eine Körperschaft wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (B.I.Z.), die er besonders pflegte, nicht nur, weil er dorthin als Bittsteller gehen konnte, um Überbrückungskredite zu erhalten, sondern weil er hoffte, daß sie die endgültige deutsche Reparationsschuldverwaltung und die damit zusammenhängenden Probleme aus der Ebene der politischen Verhandlungen herausnehmen könnte. Bisher sei jeglicher Kredit mit politischen Opfern verschiedenster Art verknüpft gewesen. Dadurch – und nur dadurch – werde die Hegemonie Frankreichs gemildert, ohne dessen Zustimmung kein Kreditarrangement getroffen werden könne. Ich habe, wenn ich auch anderer Meinung war, Schäffers Argumentation bewundert, wonach nur der Gläubiger im internationalen wie auch zunehmend im französischen Kapitalmarkt vertrauenswürdig bleiben werde, der sein finanzielles Haus in Ordnung halten könne. Für Brüning war Schäffer damals ein Zauberer, auf den man sich verlassen konnte, da ihm das weitreichende Vertrauen der internationalen Finanz- und Regierungskreise gehörte. Er konnte eine Gruppe von ersten Bankiers um sich scharen, die sich gern und persönlich mit ihm berieten und wirklich zu helfen versuchten. Beruf, Neigung und Anlage waren so in Schäffer harmonisch vereinigt, und dies war für seine persönliche Ruhe, sein Auftreten und seine Einflußstärke entscheidend.

7. Heinrich Brünings Versagen in der Innenpolitik

Die Grundhaltung der inneren und Finanzpolitik Brünings war eine Folge seiner außenpolitischen Ziele. Es war keine Frage, daß Brüning in seiner festen Außenpolitik, wie die einjährige Einstellung der Reparationszahlungen durch das Hoover-Moratorium bewies, wirkliche Erfolge errang. Er selbst hatte diese durch seine von ihm wohl gepflegten Beziehungen zur auswärtigen Presse, den Diplomaten und vor allem zu den führenden Botschaftern sorgsam vorbereitet. Wir

fragten uns daher, warum seine Methode, seine Zusammenarbeit mit den demokratischen Institutionen ihm in der Innenpolitik derartige, ihn selbst so tief enttäuschende Mißerfolge brachten. Um dies zu verstehen, muß man die Herkunft dieses eigenartigen, außerordentlichen Politikers berücksichtigen.

Brüning wuchs in der Atmosphäre hierarchisch gebildeter Organisationen auf. Er wurde von den autoritären christlichen Gewerkschaften geschult und dann in die Politik eines Landes abgesandt, das gerade die ersten demokratischen Gehversuche machte. Er definierte sich selbst als Demokraten. Alle stimmten darin überein, daß er von einem tiefen Nationalgefühl beseelt war. Seine innere Abneigung den demokratischen Spielregeln gegenüber und seine autokratische Haltung brachten ihn jedoch in parlamentarische Konflikte. Brüning war nach außen ein ruhiger, nach innen jedoch ein ungeduldiger Mensch. So opferte er künftigen, dauerhaften Gewinn durch übereilte, kurzlebige Aktionen. Seine parlamentarische Politik war ein für jedermann sichtbares völliges Versagen – seiner selbst wie auch, am Ende, der Weimarer Republik. Seine völlige Unfähigkeit, mit Parteien und deren uneinheitlichen Fraktionen zu arbeiten, war es, die ihn zu einer Form der demokratischen Diktatur greifen ließ. Er konnte sich nur mit einigen, ihm vertrauten Parlamentariern verständigen, sie für sich und seine Pläne gewinnen und manchmal auch mißbrauchen, ihm gegen ihre eigene Überzeugung zu folgen. Er verstand es, um sich die Aura eines asketischen Mönchs mit einer aufopfernden Mission zu verbreiten.

Brüning machte den größten Fehler, den ein Kanzler damals machen konnte: Er löste 1930 den Reichstag auf – und das gerade in den Monaten der steigenden Arbeitslosigkeit, als die extremen Parteien, von der Massenpsychose getragen, ihre größten Erfolge auf der Straße und in den Versammlungslokalen hatten –, den er als wirklich demokratischer Regierungsführer bis 1932 hätte durchschleppen müssen. Der plötzliche Wahlsieg der extremen Parteien im September 1930 veränderte jedoch entscheidend die politische Atmosphäre.

Brüning erreichte es immerhin, als demokratischer Diktator mit nahezu 40 Notverordnungen – für den Haushaltsausgleich – zu regieren, mittels Sparmaßnahmen, neuen indirekten Steuern in Reich, Ländern und Gemeinden wie der Herabsetzung der Arbeitslosenzahlungen. Das waren seine Opfer, die er dann benutzen konnte, um im Ausland die Stundung und Aufhebung der Reparationszahlungen zu erreichen.

In allen Ländern Deutschlands brachte der Wahlsieg der extremen Parteien, besonders aber der der Nazis, einen neuen Auftrieb, hemmungsloser mit terroristischen Methoden zu arbeiten. Außerdem gewannen die Nazis Einfluß in bürgerlichen Kreisen, und die unter verschärfter Konkurrenz leidenden Berufe nahmen den politischen Antisemitismus freudig auf. Die Nazis wurden hoffähig. Hitler wurde von Brüning und Hindenburg empfangen. Hitler war zu der politischen Realität eines möglichen Führers geworden. Die demokratischen Parteien waren betroffen. Sie reagierten ihren politischen Spielregeln gemäß. Sie erkannten, daß die Frontstellung der letzten 10 Jahre – Demokratie versus Monarchismus – einer Revision bedurfte. Die Gegenüberstellung Demokratie – Faschismus trat als neue politische Aufgabe in den Vordergrund. Das Reichsbanner veranstaltete im ganzen Lande große Versammlungen unter dem Motto: „Hitler als Diktator". Die Gewerkschaften, doch mehr noch die SPD belehrte ihre Mitglieder in den Zahlabenden über „Terror und Faschismus". Otto Wels verkündete als Mahnwort: „Wenn schon eine Diktatur, dann eine sozialistische".

Die Wahlen hatten jedoch noch ein anderes, schwerer wiegendes Problem am Horizont auftauchen lassen: die Monarchisten im Verband mit der Hitler-Diktatur. Aber nur wenige führende demokratische Parteipolitiker und Staatsmänner erkannten darin das Schlüsselproblem der nächsten Monate. Otto Braun sah es deutlich und stand in jeder Hinsicht hinter Brüning – wenn er sich auch mit vielen Zielen und Mitteln der Brüningschen Schachzüge nur schwer indentifizie-

ren konnte. So gab Braun auch dem Reichspräsidenten Hindenburg bei dessen Wiederwahl seine volle Unterstützung.
Braun ignorierte den neuesten deutschen Staatsbürger Adolf Hitler, den die Braunschweigische Naziregierung durch Verleihung des Regierungsratstitels eingebürgert hatte, so daß er, ein Ausländer, für die deutsche Reichspräsidentenwahl kandidieren konnte.
Durch die Stimmen der demokratischen Parteien erhielt Hindenburg die Mehrheit über Thälmann und Hitler, doch seinen „Dank" hatten jene – zumal Otto Braun persönlich – zu entbehren.
In diesen Monaten erwies sich Otto Braun als der führende, weitsichtige Staatsmann, um den Bund von Deutschnationalen und Faschisten zu verhindern – um den steigenden Einfluß der Schwerindustrie im Westen und die Interessen der Junker im Osten, die ein neues Junktim zwischen Monarchisten und Faschisten herzustellen versuchten, gegeneinander auszubalancieren. Brauns politische Entscheidung, Brüning und Hindenburg zu stützen, war meiner Erinnerung nach die schwerste seines Lebens.
Nach dieser Zeit zog sich Otto Braun von der politischen Bühne mehr und mehr zurück. Er hatte keine Machtmittel, den historischen Ablauf zu beeinflussen. Man sah ihn seltener im Landtag, und am Telefon bekam man immer häufiger die Antwort, er sei nicht da.
Die meisten meiner Parteigenossen erkannten jedoch nicht die Tragweite der neuen Probleme. Ich sprach mit Ernst Heilmann darüber, welche Stellung die preußische SPD-Fraktion in diesen Fragen einzunehmen habe. In einem langen Gespräch, während ich ihn vom preußischen Landtag zu seinem täglichen Spieltisch im Kaffeehaus Unter den Linden begleitete – er war ein leidenschaftlicher Kartenspieler mit hohen Einsätzen –, sagte er mir eindringlich, daß wir die Selbstdisziplin haben müßten, uns nicht von dem großen Lärm der Kommunisten und Nazis mit ihrer Flut von kleinen Anfragen beeindrucken zu lassen. Die Nazi-Welle werde von alleine abebben. Wir müßten durch ein scharfes Verbot ihrer Organisationen ihren Terrorismus bekämpfen. Mit großer Klugheit hätten wir ihren größeren, doch lediglich stumpf-brutalen Einfluß im preußischen Landtag auszulavieren. Den Rechtsparteien und der Reichswehr würden die Nazis augenscheinlich schon sehr lästig.
Ich sprach mit meinen Freundinnen und Bekannten im preußischen Landtag – nur um gleichgerichtete Antworten zu erhalten. Sie hatten kein Verständnis für die Massenwucht, mit der die Nazis anstürmten, und für die erhebliche Versuchung, die sie für die monarchistischen und feudalen Rechtsparteien darstellten, mit den braunen Horden ihre dauernde Machtposition wieder aufzubauen, die sie seit dem Kriegszusammenbruch entbehrt hatten und nur durch scharfe Opposition oder mit Hilfe des Reichspräsidenten in Grenzen wahrzunehmen vermochten. Hitler war jedoch in seinem Mißbrauch des demokratischen Systems zynischer, als jene vermuteten. Er hatte fest formulierte diktatorische Ziele und glaubte an seine Mission, die er mit einigen wenigen seiner Genossen durchzusetzen entschlossen war.
In weiten Kreisen der SPD hatte man keinerlei Aufnahmeorgan, diese fanatische Glaubensbewegung in ihrer umstürzlerischen Gefahr als anwachsende Massenbewegung zu verstehen. So tanzte man buchstäblich – auf eine sich von selbst reinigende Zukunft sich verlassend – ungestört dahin. Der größte, mitreißendste und witzigste Maskenball war der „Vorwärtsball" im Februar 1931. Viele waren gut verkleidet, als Marx, Engels und Bebel. Hilferding fragte mich, warum ich auf einem Arbeitermaskenball als roter Hofnarr mit langen Ohren und Schellen erschiene. Ich antwortete: „Um Hilferding bei Brüning Konkurrenz zu machen". Er lachte und erwiderte, daß seine Schellen aber lauter klängen. Hedwig Wachenheim war über meinen frechen Vergleich entsetzt. Hilferding gab zu bedenken, daß daran schon etwas Wahres sei, „denn Brüning vertraut lediglich seinen ‚Hofnarren', sonst niemandem in der Welt".

Bei einer der Vorproben zu dem Film „Der blaue Engel“ mit Marlene Dietrich traf ich Staatssekretär Meissner, der den Reichspräsidenten auf seine eigenen Ziele hin zu bewegen suchte. Er gab mir seine kalte, gehässige Hand und meinte, daß dieses phantastische Werk über die Liebe unserer neuen deutschen Jugend besser nicht gezeigt werden solle. Ich antwortete, daß Friedrich Schiller in seinem berühmten Gedicht die Jugend in die fundamentalsten Triebe, den Hunger und die Liebe, bereits eingeführt habe. Die Arbeitslosen könnten ihren Hunger nicht stillen, und so bleibe ihnen nur die Liebe. Ich sei sehr dafür, eine so hoch künstlerische Präsentation, wie der „Blaue Engel“ sie darstellte, sehr bald herauszubringen. Ich fragte Hedwig Wachenheim, die Filmprüferin, welche anderen Mittel es noch gebe, die Gesellschaft durch eine Krise zu führen. Sie antwortete nur: „Sie mit einer starken Arbeiterbewegung durchleben“. Doch verschlimmerte sich die Lage. Auf der einen Seite waren Massenarbeitslosigkeit und eine Bewegung, die sie ausnutzte, auf der anderen Seite die davon noch nicht Betroffenen, die sich immer stärker von ihren individuellen Interessen, persönlichen Freuden und ihrem Verlangen treiben ließen, so daß die deutsche Gesellschaft immer tiefer in sich gegenseitig nicht mehr verstehende Teile zerfallen mußte. Nur noch eine machtvolle Regierung konnte sie zusammenhalten. Dies war in Preußen immer weniger der Fall, und im Reich wurde unter Brüning – schwankend und unentschlossen – nach einem neuen politischen Ausweg mit Hilfe des Auslands gesucht.

8. Besuch aus Italien

Ministerialrat Knipfer (der Flugexperte meines Ministeriums und der Verbindungsmann zur zivilen Flugabteilung im Reichsverkehrsministerium wie zum Reichswehrministerium) kam aufgeregt zu mir hereingestürzt: Der Flugminister Mussolinis und der italienische Leiter der Pilotenausbildung seien inkognito in Berlin, um vom Flugzeugwerk Junkers einige Probemaschinen zu kaufen und gleichzeitig deutsche Flugpiloten anzuheuern. Keiner der hohen Offiziere wolle eine „kleine Anfrage“ von den Kommunisten in Land- und Reichstag riskieren. Also müsse ich die Honneurs machen. Ich plante einen Rundflug über Sanssouci mit unserem erprobten Flieger Tiede für die italienischen Damen und einen allgemeinen Empfang auf dem Flugplatz Tempelhof – doch ohne Nazi- oder Kommunistenbeteiligung. Wir schwebten dicht über dem prachtvoll gelegenen Palais Friedrich des Großen in kurzen Drehungen herum. Ich erzählte, bemüht, mich verständlich zu machen, Geschichten über den großen König. Selbst die Geschichte der heiklen, erfolglosen Beschwerde einer Hofdame, von einem Minister vergewaltigt worden zu sein, riskierte ich, nach der der alte Fritz als Beweis die Dame aufforderte, den von ihm gezogenen Säbel in seine Scheide zurückzustecken, was ihr, da der König nicht stillhielt, nicht gelang. Dem italienischen Flugminister schilderte ich die gerichtlich verlorene Klage des Königs gegen den Windmüller, der seine dem Schloß benachbarte Windmühle woanders hätte wieder aufbauen sollen. Das Recht als staatsbindende Macht sei ein Kernstück preußischer Tradition.
Die Verständigung war schwierig, doch erinnere ich mich der sehr interessanten Unterhaltung mit dem faschistischen Unterführer. Er wußte mehr von mir, als ich angenommen hatte. Ich war für ihn ein richtiger „Sozialist“. Er argumentierte, daß die Geschichte nicht eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, sondern eine von Kriegen und Eroberungen, Schlachten und Führern. Die Faschisten seien unter Mussolini als Intellektuelle, Offiziere und Politiker gegen das dekadente Bürgertum aufgestanden. Wir unterbrachen diese spannend angefangene Unterredung, um auf dem Tempelhofer Flughafen zu landen. Der Minister wollte dem Piloten Tiede für seinen außerordentlichen Kunstflug eine gute Belohnung zukommen lassen. Dieser jedoch dankte mit der Bemerkung: „Ich bin ein preußischer Staatspilot“ – packte seine Flügel unter den Arm und ver-

schwand in einem Hangar. Die beiden Damen waren voller Begeisterung. Der Minister bestand darauf, seine „Missionsrede" mit Hilfe eines Übersetzers fortzusetzen. Die politische Macht sei kein statischer, sondern ein sehr dynamischer Begriff. Die Glaubenssätze der Machthaber setzten sich in einer hierarchischen, straffen Organisation mit freiwilliger Nachfolge oder letzten Endes auch durch Zwang durch, um die Macht im Inneren der Nation zu festigen. Viele Machtmittel, wie Verbreitung von technischen, gesundheitsfördernden und erzieherischen Maßnahmen und Fortschritten, ein systematischer Ausbau der Verkehrsstruktur des Landes, Wirtschaftsbeihilfen für den zurückgebliebenen Süden stünden in der modernen Zeit zur Verfügung. Nach außen seien Einflußnahme, Allianzen wie auch nackte Eroberung vonnöten. Das sei keine Kolonialisierung, sondern ein lebendiges Abhängigkeitsverhältnis zum beiderseitigen Nutzen. Manchmal genügten militärische Berater, manchmal folgten Eroberungen. Italien habe auf diese Weise das Imperium Romanum wiederherzustellen.
Der langen Belehrung folgte das Verlangen nach Ankauf von Flugzeugen. Wir könnten doch ebensogut, wie es General von Seeckt in Rußland eingeführt habe, unsere Luftflotte in Italien ausbauen. Der Minister hielt eine feste Außenpolitik mit Rußland für ebenso richtig wie notwendig. Er wunderte sich jedoch über unsere Friedenspolitik mit Polen. Der auf einer internationalen Ausrede beruhende Korridor nach Gdingen sei nicht durch Verhandlungen zu eliminieren, sondern allein durch „Eroberung". Das legalistisch gesinnte Frankreich habe das Protektorat von Polen übernommen, jedoch nicht mit weiser Vorausschau; es verschärfe nur die beiderseitigen polnisch-deutschen Empfindlichkeiten. Dazu habe der liberale amerikanische Präsident Wilson die Welt in Länderfetzen zerrissen, eine Politik, die in Zukunft größere Unruhen verursachen werde, als es der Versailler Vertrag getan habe. Was immer von Österreich übriggeblieben sei – der alte Dreibund müsse wiedererweckt werden, um eine Machtbalance zwischen Ost- und Westeuropa zu schaffen. Italien investiere auf jede mögliche Art in Österreich.
Als ich versuchte, auf den Versailler Vertrag hinzuweisen, unterbrach er mich mit der festen Erklärung, daß Italien für den Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht, wie ihn unser demokratischer Kanzler Brüning von den Alliierten gefordert habe, voll einstehe. Jede anerkannte politische Macht verlange ihre militärischen Säulen. Ich fuhr daraufhin fort, Brüning habe die deutsche Gleichberechtigung auf andere Weise, durch die Vergrößerung des deutschen Einflusses im Völkerbund, aufgebaut. Deutschland habe ein Gewebe von dauernden Verhandlungen geschaffen, was seine Weltmachtposition mehr und mehr festige.
Der Minister und Italien glaubten jedoch, wie er mir versicherte, fest daran, daß Hitler zur Macht kommen werde. Ich verneinte dies heftig und betonte, daß es neben der nackten politischen und militärischen Macht auch eine internationale fortschreitende Verständigungs-Macht gebe. Darauf bemerkte er, daß ich einer merkwürdigen Partei angehörte, die nach dem Ersten Weltkrieg ihre große und alleinige Machtposition, nämlich ihre Glaubensmacht, den Marxismus, Rußland zu dessen eigenartiger Entwicklung überlassen habe.
Abschließend lud er mich ein, bald als Gast nach Rom zu kommen, um mich zu überzeugen, wieviel Mussolini dem italienischen Volk an Ordnung, Sicherheit wie Selbstvertrauen im Lande und an Machtbewußtsein nach außen gegeben habe – Werte, die seinen Gemeinsinn „über alles in der Welt" erheben würden. Diese letztere, ironische Bemerkung verübelte ich ihm. Ich erklärte ihm, daß mit dem Zur-Macht-Kommen Hitlers ein Weltkrieg unvermeidlich werde. Es war ein interessantes Erlebnis für mich zu erfahren, wie andere uns sahen.
Er wiederholte seine Einladung in den nächsten Wochen von Rom aus. Ich übergab sie nicht dem Geschäftsgang, sondern meinem Papierkorb. Damals wußte ich noch nicht, daß die Nazis alles Alt- und Abfallpapier unserer gewohnten Aufkauffirma teuer wieder abkauften und einer

genauen Durchsicht unterzogen. Sie hatten dafür freiwillige Erwerbslose, die mit Suppe und kargen Unterhaltskosten entlohnt wurden. Dieselben Arbeitslosen protestierten auf der Straße gegen die Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung.

9. Die Finanzierung der Straßenkämpfe

Die Nazis erhoben eine Sondersteuer, die sie Wirten, Kaufleuten, kleinen Unternehmern wie Gewerbetreibenden arischer, gemischter und jüdischer Art abverlangten, um diese dafür in ihren Schutz vor Einbrüchen, Überfällen und – falls es sich um einen Juden handelte – Boykottierung zu stellen. Die Betroffenen schwiegen, zahlten und verbuchten die Ausgaben als „Versicherung von Eigentum und Leben". Viele Direktoren ganz großer Firmen trugen unter ihrem Brustaufschlag eine kleine Swastika – als wirtschaftliche, politische, doch teuer bezahlte Protektion. Einer Reihe von Unternehmern, die mich besuchten, drehte ich das Revers herum mit den Worten: „Auch Du, Brutus?"
Was tat die Weimarer Front dagegen? Nicht wenig und doch nicht genug in geldlicher Untermauerung. Dr. Wilhelm Abegg, der überzeugt demokratische Staatssekretär des preußischen Innenministeriums, veranlaßte nach dem Wahlsieg der Nazis im Jahre 1930 seinen Ministerialdirektor Dr. Menzel, einige andere führende politische Beamte, Vertreter der preußischen Koalitionsparteien, die Gewerkschaften, die Hauptakteure des Reichsbanners (SPD, Demokraten, Zentrum), Vertreter der jüdischen Organisationen sowie Polizei- und Propagandaexperten zu regelmäßigen Beratungen über die Geldbeschaffung für den Straßenkampf zusammenzurufen. Nach meiner festen Erinnerung brauchte das Reichsbanner zuerst ein bis zwei Millionen, um die Straßen durch seine organisierten Arbeitslosen „schlagfrei" zu halten und somit Lokale wie Geschäfte vor Übergriffen zu schützen. Die Gewerkschaften zeichneten einige Beiträge. Ich verhandelte persönlich mit den jüdischen Vertretern, doch ohne Erfolg: Eine solche Summe könne von den jüdischen Organisationen nicht aufgebracht werden. Ein Jahr später sagte mir der Vertreter einer jüdischen Organisation, daß sie bereit seien, die Summe heimlich beizutragen. Die Reichsbannervertreter erklärten jedoch, daß sie die erforderlichen Opfer inzwischen nur mit der doppelten Summe riskieren könnten, da die Nazis starke Sturmkolonnen aufgebaut hätten. Dazu aber waren die jüdischen Vertreter nicht ermächtigt. Mich packte damals die Wut, und nach einigen scharfen Angriffen verließ ich die Sitzung.
Über diese Bestrebungen existiert, wie ich informiert wurde, eine zweite Version. Ein jüdischer Beteiligter, Hans Reichmann, beschreibt in seiner Episode „Der drohende Sturm" (in „In zwei Welten", Hrsg. Hans Tramer, Tel Aviv 1962) meine Erregung, aber nur nach der anderen Seite, nämlich gegen die politischen Beamten gerichtet: „Geldmittel standen diesem Ausschuß nur in höchst beschränktem Maß zur Verfügung. Sie entstammten dem gering dotierten sogenannten Polizeifonds des Innenministeriums. Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff soll nach einer Mitteilung, die der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Abegg, uns machte, das Ersuchen um Mittel mit der Bemerkung zurückgewiesen haben, er habe keine Lust, sich vor dem Staatsgerichtshof des Dritten Reiches verantworten zu müssen. In einer der letzten Sitzungen dieses Ausschusses griff der sozialdemokratische Staatssekretär Dr. Hans Staudinger mit dem Ausdruck tiefer Besorgnis seinen Kollegen Dr. Abegg an, weil dieser nicht energischer auf Hergabe von Mitteln und drastischen Maßnahmen zur umfassenden Abwehr der herannahenden, immer bedrohlicher werdenden Gefahr bestanden und seinen Rücktritt als Alternative angeboten hätte. Staatsrepräsentanten, für die etatrechtliche Erwägungen wichtiger waren als die

Mobilisierung aller staatlichen Machtmittel gegen die Todfeinde der Republik, erleichterten ihnen auf diese Weise den Sieg".
Nach einer der letzten Sitzungen ging ich zum Bankier Jeidels und schilderte ihm die Vorgänge und die drohende Gefahr. Die deutschen sogenannten Arier seien die knauserigsten Gesellen. Die große Masse der Geber, besonders aus der durch die Inflation enteigneten Mittelklasse, fülle die Kisten der Nazis. Die Budgetkrise in Reich und Ländern steige ständig – woher solle das Geld für den Freiheitskampf kommen? Die Gewerkschaften hielten sich zunehmend zurück. Es sei jedoch in Anbetracht dessen ein äußerst betrübliches Zeichen, daß die Juden, die doch ihrer Erziehung nach leichthin persönliche Hilfe leisteten, einfach nicht an die hohe Gefahr der Machtübernahme Hitlers glaubten, und dies selbst im Jahre 1931.
Der Bankier Jeidels hörte sich meine Geschichte an und zählte mir auf die Hand eine Million Mark in Banknoten: „Helfen Sie den Verfolgten." Wenig später gab er mir einen weiteren persönlichen Betrag – wiederum ohne Abrechnung zu verlangen.
Das Reichsbanner und die Stadt Berlin errichteten eine Suppenküchenorganisation für die arbeitslosen Familien, woran sich meine Frau Else sehr tätig beteiligte. Sie selbst war Jüdin geblieben und als solche zur Hilfsbereitschaft erzogen worden. Dazu hatte sie ein ausgezeichnetes Organisationstalent und Einfälle. Sie verband den Küchendienst mit einem Arbeitsnachweis für stundenweise Beschäftigung, der von der Stadt Berlin unterstützt wurde. Die von ihr ermittelten Gelegenheitsarbeiter machten daher den noch Arbeitenden keine Konkurrenz. So zogen wir von Nazis und Kommunisten Erwerbslose zurück in ihre frühere Gemeinschaft. Weiter arbeitete meine Frau bei der Grüngürtelbewegung mit, um neue Schrebergärten aufzubauen, die dann später im Dritten Reich den Naziverfolgten Nahrung und Unterschlupf gewährten. Selbst in den Blütejahren der Nazibegeisterung wagten sich später keine Naziuniformierten in dieses Gestrüpp des dort organisierten wie unorganisierten Widerstandes. Diese Sicherheitsplätze haben die Arbeiterbewegung durch die lange und harte Weltkriegskatastrophe als „Familie" zusammengehalten.

10. Zollunions-Verhandlungen mit Österreich

Ich war nicht ganz so naiv in meinem Österreich-Enthusiasmus wie mein Genosse Paul Löbe, der auch nach den Wahlen von 1930 Reichstagspräsident blieb – doch ich war innerlich sehr begeistert über die Annäherung zwischen Deutschland und Österreich. Die „Wiener" waren sichtlich ein kultureller und geistiger Antrieb für die „Berliner": Wissenschaftlich, im Drama, der Oper, im Lebensstil bedeuteten sie eine Auflockerung des zu „geordneten" Lebens und wärmten die kalten Amtsräume mit Erzeugnissen ihrer „Werkstätten". Der Strom des südöstlichen Zuflusses wurde immer stärker, und ich persönlich schätzte meine vielen aus Österreich stammenden Freunde.
Ich konnte aber auch die große militärisch-strategische Bedeutung der Bergspitzen verstehen, deren Schutz uns die neutrale Schweiz nur zum Teil abnahm. Die Bedeutung des Brennerpasses war sprichwörtlich. In den letzten Jahren hatten sich die Italiener in Österreich stark engagiert und investiert – durch ihre reichen Makler und deren industrielle Aufkäufer. Die Stunde der Entscheidung über den Einflußbereich rückte sichtlich näher: Mussolini oder Weimar–Berlin?
Auf dem Wiener Flughafen landete ich im März 1931 mit zwei Beamten, um mit dem weltberühmten Handelsvertragsexperten Österreichs, dem Ministerialdirektor Schüller, die letzten Retuschen am Zollabkommen vorzunehmen – in völlig geheimzuhaltenden Aussprachen. (Kei-

ne Reichsstelle durfte von diesen Verhandlungen wissen; das war die Auflage des Auswärtigen Amtes.) Wir wurden von einem General der Wiener Staatspolizei begrüßt, der uns freundlich eröffnete, er sei unser ständiger Begleiter. Schüller empfing mich strahlend mit offenen Armen: „Exzellenz, Sie kommen im allerletzten Augenblick".
Schüller machte es mir einfach, denn er hatte in der Angelegenheit mehrmals in Berlin verhandelt und in Rom vorgefühlt. Er wählte die strittigen Punkte aus und formulierte die Beiabsprachen. Ich versuchte Verkehrsfragen wie den bevorzugten Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals einzubeziehen. Von der Ruhr bis Konstantinopel sei der Wasserverkehr zu beschleunigen. Die Türkei müsse europäisch werden. (Die Türken dankten mir für diesen und andere, ähnliche Versuche, indem sie mich nach meiner Entlassung aus preußischen Diensten als hochbezahlten Berater nach Ankara einluden.) Die Donau sei zu vertiefen und bis Regensburg schiffbar zu machen. Schüller verlangte ein höheres Holzeinschlagskontingent für Österreich. Am selben Abend wurde in einem kleineren Rat von österreichischen Ministerialbeamten alles zum endgültigen Beschluß der Minister am nächsten Morgen vorbereitet. Daher konnte ich schon am nächsten Abend dem Auswärtigen Amt in Berlin berichten. Ein kleines Abendessen, ohne andere Gäste, beschloß den Tag. Schüller äußerte seine tiefe Besorgnis über die Erschütterung des Welthandels durch die Vertiefung der Wirtschaftskrisen in den großen, doch ungeeinten westlichen Industrieländern. Jedes Land rette sich seinem kurzfristigen Vorteil gemäß: „sauve qui peut". Alle hätten ihre eigenen, tiefgehenden innen- und sozialpolitischen Änderungen durchzumachen. Die drastischen deutschen Gehalts- und Pensionseinsparungsmaßnahmen, die Preissenkungen machten zwar im Augenblick die vereinten Zollunionisten mengenmäßig konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt. Doch würden die Engländer schon in kurzer Zeit – den Amerikanern folgend – diese Vorteile durch Pfundabwertung und Schutzzollerhöhung ausgleichen. (Dies geschah in England in der Tat schon fünf Monate später, mit Pfundabwertung, Einführung von höheren Schutzzöllen wie niedrig gehaltenen Eigenheimfinanzierungen. Diese Hypothekenmaßnahmen trieben die kleinen englischen Mittelständler, die damit ihr Vermögen sichern wollten, in eine Bauhausse. Dadurch überstand England als erstes westliches Industrieland die Krise in relativ kurzer Zeit und erneuerte seinen früheren Welthandelsvorsprung.) Der sehr skeptisch gewordene Schüller schloß die abendliche Zusammenkunft sehr früh, um sich mit seinen Kollegen abzustimmen.
Wir kehrten mit unserem österreichischen Anstands-General in das schöne Hotel Sacher zurück, wo ich zwei Zimmer mit dem unglaublichen Ausblick auf den Stephansdom hatte. Unser Anhängsel verabschiedeten wir damit, daß wir noch private Diskussionen hätten. Nach kurzer Verständigung (die Wände hatten Ohren – überall wurde die neue Siemens-Abhör-Anlage ausprobiert) zogen wir uns um, um das Wiener Nachtleben zu studieren.
Am nächsten Tag kam ich zum Frühstück zu spät, denn ich hatte zuvor unseren Piloten Tiede zu verständigen, um ihn für 12 Uhr flugbereit zu machen, nach Hause zu telefonieren und in meinem Amte anzuordnen, daß niemand etwas über meine Abwesenheit verlauten lassen sollte. Der General empfing mich mit offenen Armen. Wie uns „Wien zur Nacht" gefallen habe, sagte er schmunzelnd; wie er höre, sei ich – gleich ihm – ein guter Wiener-Walzer-Tänzer. Später mit unserem Gepäck und den Akten bei Schüller angekommen, eröffnete er mir, daß alles bereits zum Verabschieden fertig sei. Er habe schon mit unserem Auswärtigen Amt telefoniert. Bei unserer Rückkehr würden wir wohl bereits von den Vorbereitungen unseres Reichskabinetts hören. Obwohl Schüller nicht offiziell in seinem Amte war und wußte, daß mein Flugzeug wartete, bat er mich zu einer Konferenz in sein privates Arbeitszimmer. Der Außenminister Curtius schätze mich, wie er wisse, sehr. Ich antwortete, dies beruhe auf Gegenseitigkeit, schon von unserer Zeit im Reichswirtschaftsministerium her. Daher, so fuhr Schüller fort, müsse ich so bald wie mög-

lich Curtius alleine zu sprechen oder anzurufen versuchen, um ihm seine Besorgnis, die er von Wien aus weder dem Telefon noch dem Papier anvertrauen könne, stellvertretend darzulegen. Die Zollunion werde ihre nicht absehbaren wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen haben. Die Italiener würden sofort die meisten ihrer Brücken nach Österreich abbrechen – Kredite zurückziehen, den Handel einschränken etc. Die Beteiligungen Mussolinis in der österreichischen Elektrizitätsindustrie könnten von den deutschen Elektrizitätswerken übernommen werden. Viel problematischer seien dagegen die mehr oder weniger bösartigen Implikationen derer, die die Zollunion dem „Anschluß" gleichsetzen möchten. Eine solche Kampagne könne ihre diplomatischen wie ernsten wirtschaftlichen Folgen haben. Die Franzosen würden ihre kurzfristigen Auslandskredite zurückziehen, die die österreichischen Banken an die südöstlichen Länder weitergeleitet und verteilt hätten, woraus sich ein sehr delikates Schuldner-Gläubiger-Verhältnis entwickelt habe. Es handele sich also darum, die Zollunion als wirtschaftliche Untermauerung der sich vermehrenden kulturellen, technischen und wissenschaftlichen Beziehungen zu interpretieren. Ich tat, wie mir geheißen. Tatsächlich war die Zollunion damit von der aktiven Tagesordnung abgesetzt.
Abends in Berlin kam Hans Schäffer zu mir mit der Erklärung, ich hätte eine geheime Exkursion in das Wiener Nachtleben unternommen. Das Auswärtige Amt habe angeordnet, alle Notizen darüber seien zu „verbrennen". Ich erwiderte, daß „Il Duce" schon die Türklinke nach Österreich in der Hand gehabt habe. Schäffer blinzelte mit den Augen – diese Zollunion werde uns weitere finanzielle Belastungen bringen. Wir hätten schon genug Schwierigkeiten aus Österreich erhalten. Schäffer war wütend, wenn er auch verstand, warum man ihn nicht hinzugezogen hatte.
Jeder Beamte fragt, spekuliert und diskutiert die Hintergründe von solchen spontanen, nicht offenliegenden Handlungen wie dem Abschluß einer „Zollunion". Für mich erklärte sich dieses zweifellos aus Mussolinis Absichten, Österreich zu übernehmen. Doch wer gab den Anstoß dazu? Mir wurde empfohlen, meine katholischen Freunde danach zu fragen. Es bestehe die sehr naheliegende Vermutung, daß der Vatikan Deutschland vor den Absichten des Duce gewarnt habe. Dies wurde mir auch von meinem gut informierten Kollegen, dem Braunschen Staatssekretär Robert Weismann, bestätigt.
Der Zusammenbruch der großen Wiener Österreichischen Kreditanstalt erfolgte schon im Mai 1931. Sie mußte mit 100 Millionen Schilling gestützt werden. Am gleichen Tage erschien der Herausgeber des Londoner „Economist" bei mir, um mich zu befragen, welche Auffangvorbereitungen wir getroffen hätten. Ich telefonierte mit Trendelenburg, dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, und teilte ihm die englischen Befürchtungen mit. Er antwortete, wenn sich ein Land verkühlt hätte und das andere leide an einer Lungenentzündung, bestehe keine Ansteckungsgefahr. Das schlechte internationale Wetter sei an beidem schuld. Die Versailler Verträge und die Weltkrise seien die Grundursachen der deutschen Misere. Der Völkerbund sei ein zu schwacher Antipode – schwach gehalten durch das französische Hegemoniebestreben. Es sei dies eine legalistische Variante von Machtpolitik, für deren Folgen das französische Volk und die restliche Welt teuer zu zahlen hätten. Brüning werde zur Milderung der Übertragungswirkung von Kreditkündigungen mit neuen, rigoroseren Sparmaßnahmen, verschärften Kapitalfluchtsteuern und einer völligen Devisensperre reagieren.
Ich antwortete dem Herausgeber des „Economist", daß Preußen zur Wirtschaftsankurbelung seine eigenen Wege gehe, mit kleinen und größeren Investitionen in Werken, Kohlengruben, Reparaturen, Geländeaufschließungen und vorauszuverlegenden Gemeindeausgaben. Diese Maßnahmen zeigten bereits örtliche Auswirkungen, welche ihrerseits eine fortlaufend breitere, indirekte Kaufkraftbewegung erzeugten. Der Effekt sei besonders in einer Wirtschaft starker unge-

nutzter Produktivkräfte sehr hoch. Darauf setzte mir mein Gesprächspartner die englischen Pläne auseinander, die in dieselbe Richtung der Wirtschaftsbelebung gingen. Diese seien ökonomisch wichtig wie sozialpsychologisch von noch größerer Bedeutung. Die Finanzierungshilfe für den privaten Hausbau zeigte dort schon die entsprechende Wirkung. In diesen Tagen berichtete Dr. Ernst, der preußische Banken- und Börsenkommissar, von sehr ernst zu nehmenden, zeitweilig größeren Rückziehungen von Auslandskrediten und meinte, die Reichsbank und das Reichsfinanzministerium hätten schon mehr zu tun als zu verhandeln. Das Hoover-Moratorium und die Aussicht auf einen ausländischen Rediskontkredit wirkten beruhigend – doch nur für einige Tage. Er sah die Lage weitaus bedrohlicher an, da er die schwachen privaten Bankreserven, die angespannte Kreditsituation unserer privaten Banken sowie die zittrige Börse wirklich von innen heraus kannte.

11. Die Bankenkrise

Anfang Juni 1931 rief Hans Schäffer mich zu sich, um mit mir über die Zahlungsschwierigkeiten der Darmstädter Bank und deren Leiter Jacob Goldschmidt zu sprechen. Er war tief erschüttert, denn Goldschmidt war ihm ein lieber Berater und gebildeter Freund geworden. Die Darmstädter Bank (Danat) habe ihrer schlechtgewordenen Beteiligung in der Firma „Nordwolle" gute Kredite zur Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit nachgeworfen. Der ganze Konzern von Lahusen und der Schröderbank sei von diesen Schwierigkeiten ebenfalls bedroht. Goldschmidt habe ihm, Schäffer, gesagt, daß die Danat-Bank in einigen Tagen ihre Schalter schließen müsse. Auch ich war sehr betroffen. Ich schätzte Jacob Goldschmidt persönlich und seine Vermittlerfähigkeiten sehr, z.B. im Falle der letzten großen Berliner Bewag-Anleihe. Schäffer fragte mich, ob er Goldschmidt seine Hilfe versagen solle, da er persönlich befangen sei. Seinen Standpunkt verstehend, riet ich ihm aber von dergleichen Bedenken ab, da er ja fast täglich im amtlichen Leben zwischen persönlichen Beziehungen und sachlichen Verantwortungen objektiv zu unterscheiden habe. Er brauche nur seine nahe Beziehung zu Brüning zu betrachten.
Die Hauptsache sei aber, meiner Ansicht nach, diesen Zusammenbruch einer großen Bank als gemeinschaftliche Verantwortlichkeit aller Banken zu behandeln. Eine solidarische Haftungserklärung aller Banken könne in letzter Sekunde die gut geführte Danat-Bank retten und die notwendige Vertrauenswürdigkeit der anderen Banken erhöhen. Schäffer stimmte mir zu. Zögernd telefonierte er dann mit Goldschmidt und bat ihn, zu ihm zu kommen; danach unterrichtete er sofort die Reichsbank von diesem Gespräch.
Schäffer und ich versprachen einander, uns täglich persönlich über die Vorgänge zu unterrichten, zumal ich mich als Aufsichtsperson der preußischen Banken und Börsen aus Diskussionen herauszuhalten und die letzte unbeeinflußte Entscheidung für unabhängiges Handeln in der Hand zu behalten hatte. Alle unsere guten Vorsätze scheiterten jedoch. Die schlimmsten Seiten einer privatunternehmerischen, verlogenen Eigensucht zeigten sich in den Tagen vom 9. bis 13. Juni 1931 bei den so hoch angesehenen deutschen Großbankiers. Sie versagten nicht nur ihre solidarische Hilfe, der Danat-Bank eine Ausfallsgarantie zu geben. Sie versuchten zwei volle Tage lang, in den von Brüning einberufenen Bankiersversammlungen die Danat-Bank für alle, auch ihre eigenen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen, um endlich zugeben zu müssen, daß die Dresdner Bank nebst einigen anderen Banken nicht nur die Hilfe der Reichsbank, sondern auch die der Regierungen dringend selbst brauche. Es waren tief enttäuschende Stunden für jeden Wirtschaftler, Politiker und vor allem für Hans Schäffer.

Hier zeigte sich erneut Brünings Unfähigkeit, Interessenten mit gegenteiligen Auffassungen zu beeinflussen. Er hatte schon früher im Umgang mit den Fraktionen versagt. Er vermochte nicht, die Einzelinteressen anzusprechen, um sie nach der Seite des Allgemeinnutzens zu bewegen. Partikularen Einstellungen stand er hilflos gegenüber. So ließ er auch in der Bankenkrise eine Flut sich widersprechender Vorschläge unentschlossen über sich ergehen, ohne zu einer definitiven Entscheidung zu kommen. Dagegen verstärkte er noch den Eigenwillen der Debattierenden durch seine kühle, rationale Haltung. Diese negative persönliche Ausstrahlung verschärfte die Marathon-Diskussion, die parallel lief mit einer sich über fünf Tage und Nächte erstreckenden Kabinettssitzung, täglich vom frühen Vormittag bis zum frühen Morgen der folgenden Nacht. In einer dieser Nächte ließ der Reichskanzler die Minister um vier Uhr morgens ins Kabinett zurückrufen, damit sie sich ihrer Verantwortung nicht entziehen konnten. Jeder mögliche und unmögliche Vorschlag, von äußerem und innerem Moratorium, Reichsgarantien für Gläubiger der Danat-Bank, Bankfeiertage über Notendeckungsherabsetzung der Reichsbank, Wiederausgabe der Rentenmark bis zu Kreditrestriktionen wurde eingehend diskutiert und, da jeder Vorschlag negative Rückwirkungen im eigenen Lande wie bei den ausländischen Zentralbanken haben würde, als unzulänglich verworfen. Es war ein Babel leidenschaftlichster Meinungen, meist von den Nichtsachverständigen vertreten. Nachdem klar war, daß Reichsbankpräsident Luther keine Kredite und Rediskontmöglichkeiten vom Ausland bekommen konnte, war das Schicksal der Danat-Bank besiegelt. Es blieb ihr nach so viel zeitraubendem Palaver nur die Schließung ihrer Schalter (am 13. Juni) übrig, mit einer gleichzeitigen Garantie für ihre Gläubiger. Da jedoch gleichzeitig ein allgemeiner Sturm auf alle Banken daraufhin einsetzte, und besonders angesichts der lange verheimlichten Lage der Dresdner Bank, die ebenso prekär war wie die der Danat, mußten rechtzeitig und wohlvorbereitet für alle Geldinstitute der 14. und 15. Juni als Bankfeiertage festgelegt werden. Da man eine solche Entscheidung nicht in den Nachtstunden verordnen und verkünden konnte, lud ich den preußischen Börsen- und Bankenkommissar, Dr. Ernst, sowie Dr. Köbner von der preußischen Seehandlung für Sonntag, den 12. Juni bei mir zu Hause ein. Sie erschienen um vier Uhr, während ich gerade mit meinem Sohn Karl im Garten spielte. Als meine Frau die Gäste auf unserer Terrasse zu Kaffee und Kuchen plaziert hatte, wurde sie von Ernst gefragt: „Der Geheimrat können lachen?“ Die Antwort kam prompt: „Der lacht hier den ganzen Tag.“

Unterrichtet über die Meinungsschlachten, zum Teil schon aggressiv und bösartig, beschlossen wir, eine gut ausgearbeitete Verordnung an alle preußischen Kreditinstitute hinauszusenden. Alle Bankschalter sollten teilweise schon am Montag, bestimmt aber am Dienstag und Mittwoch, den festgesetzten Bankfeiertagen (14. und 15. Juni), geschlossen bleiben. Die Börse sollte von Montag, dem 13. Juni an auf unbestimmte Zeit zugemacht werden. Beruhigende, aufklärende Presseerklärungen waren versandt, die der Öffentlichkeit mitteilten, daß alle Gläubigerinteressen der Danat und jeder anderen Bank garantiert seien. Wir vereinbarten mit Köbner, der Reichsbankleitung den Vorschlag zu unterbreiten, eine zweite, kleine Reichsbank, die Akzept- und Garantiebank, sofort wieder in Gang zu bringen. Diese solle nicht an Goldgrenzen in der Ausgabe gebunden sein und Stützungskredite für Zahlungsschwierigkeiten anderer, bedrohter Banken übernehmen. Auch das Problem des Ersatzgeldes werde durch eine solche Einrichtung gelöst, da die Stützungskredite in Form der alten Rentenmark ausgegeben werden sollten. Die Seehandlung werde sich an dieser „streng geheim“ zu haltenden Liquiditätsmaßnahme beteiligen. Ernst sei als Verwalter dieses Bankinstitutes vorzuschlagen.

Zur Zeit unserer Dreier-Besprechung standen schon die Sekretärinnen bereit, um die Anordnungen den Reichsstellen und den entsprechenden, für die Überwachung der Banken zuständigen Stellen in den Ländern mitzuteilen. Wir waren einig, daß die Bankenbeteiligung an kom-

merziellen Firmen mit und ohne Auslandskrediten gefährlich sei und abgeschafft werden müsse. Dann eilten Köbner und Ernst davon, um ihre Sonntagsnacht-Arbeit zu verrichten.
Zwei Stunden später kam Hans Schäffer bei mir vorbei. Er wußte schon von Dr. Ernst von unserer Besprechung – doch nicht, daß auch Köbner anwesend gewesen war. Er schüttete in verzweifeltem Tone seine Verachtung für die Brüningsche Schwatzbude aus. Er beginne, zu niemandem mehr Vertrauen zu haben. Ich begleitete Schäffer nach Hause, wo er sich umziehen wollte, und sagte zuletzt, wir könnten festes Vertrauen haben in die unabhängigen preußischen Beamten mit ihren Erfahrungen und Fachkenntnissen. Er könne völlig beruhigt sein, die Banken wie auch späterhin – was schwieriger sei – die Börsen würden wieder aufgemacht werden, mit besonnenen Institutionsänderungen. Er, Schäffer, solle sich um die Geldbeschaffung, die Verhandlungen in Paris und um das Stillhalteabkommen kümmern. „Ihre Worte in Gottes Ohr", gab er mir zur Antwort und fuhr, frisch umgezogen, wieder zurück zur Reichskanzlei.
Eine Woche später traf ich Dr. Demuth, den Syndikus der Berliner Handelskammer, auf einer Party, ich glaube im Hause von Julius Hirsch. Demuth, immer ein hilfreicher, positiv eingestellter Mensch, fragte mich, ob der Reichsbankpräsident Luther die Bankenkrise in Ordnung gebracht habe. Ich antwortete – was ich nicht hätte tun sollen –: „Sicherlich nicht". Es sei durchaus ohne ihn gegangen, denn er gehöre zu denen, die, um sich wichtig zu machen, sämtliche ausländischen Bankpräsidenten telefonisch um Rat gefragt hätten. Man müsse in solchen ernsten Situationen selbst wissen, wer ungefragt und schweigend zustimme.
Schäffer hatte Luther charakterisiert mit dem Zitat, er sei der Luther, der gesagt habe: „Hier stehe ich, ich kann auch anders. Gott helf' den anderen – Amen." Hans Luther hänge sein Mäntelchen noch dem politischen Wind. (Wie richtig Schäffer ihn beurteilt hatte, zeigte mir ein späteres Erlebnis, als er, inzwischen Hitlers deutscher Botschafter in Washington, mich zu sich bat, um eine wichtige Emigrantenfrage zu besprechen. Ich suchte ihn in der Botschaft auf, wo er mir streng vertraulich mitteilte, er habe eine Liste von begabten, guten Juden, denen die Hitler-Regierung Pässe erteilen würde, wenn sie in den Vereinigten Staaten eine Stellung finden könnten. Erbittert antwortete ich ihm, daß dafür die „schlechten Juden" in Deutschland umkämen. Luther war den Tränen nahe. Ich riet ihm, diese Liste mir – oder besser noch, der Beschleunigung halber, an Staatssekretär Berle vom American State Department zu senden, der die Einreiseerlaubnis zu erteilen habe und erteilen werde. Luther begleitete mich zu seinem Amtswagen, der mich zum Bahnhof zurückbringen sollte, wobei ihm nochmals die Tränen kamen. Er bat mich, ihm zu verzeihen. Ich hatte ihm keine Absolution zu geben und fuhr in schweren Gedanken über die Ungerechtigkeit des geschichtlichen Geschehens davon. Ich selbst war ein „Urarier", doch meine Freunde in der Mehrzahl Juden. Ich dachte an Cora Berliner, die Geliebte von Hans Schäffer, die ihn so oft in harten Stunden beseligt hatte – ein geradezu Browningsches Liebesverhältnis. Sie war in Berlin geblieben, um ihren jüdischen Leidensgenossen zu helfen. Was würde aus ihr werden?)
Auf Demuths Frage, wie die Geldmittel zum ersten Kassensturz aufgebracht worden seien, bat ich ihn, in sein Portemonnaie zu schauen. Er erschrak, denn er fand fünf Rentenmarkscheine: „Das ist doch verboten." Ich lächelte und meinte: „Wenn ein Kind seinen Ball auf eine Wiese wirft mit dem Schild ‚Betreten verboten', springt es dann nicht trotzdem über den Zaun, um den Ball zu holen?" Es sei ein Wunder, daß soviele die Rentenmark hinnahmen, ohne es zu bemerken. Ich bat Demuth zu schweigen. Der größere Teil der Rentenmark sei schon wieder zurückgeflossen.
Die Bankenkrise hinterließ jedoch tiefgreifende persönliche Narben. Die Vertrauensverhältnisse unter den Beteiligten waren geändert und in Frage gestellt, die Beteiligten selbst verbittert. Brüning zweifelte an der Vertrauenswürdigkeit seiner Mitarbeiter mehr denn je. Vor allem hat-

ten diese Tage und Nächte das nahe persönliche Verhältnis von Schäffer und Brüning gestört. Schäffer hatte sich für die Darmstädter Bank – gestützt von einem Reichsbank-Abteilungsleiter – als für eine gut geführte, vertrauenswürdige Bank von Anfang an stark eingesetzt. (Es wäre die Aufgabe Schachts, des früheren Leiters der technischen Abteilung der Danat, durch deren Empfehlungen er Karriere machte, gewesen, sich für seine ehemalige Bank einzusetzen, doch redete er den anderen Banken nach dem Munde.) Schäffer wurde in den persönlichen Gesprächen sofort von sämtlichen anderen Bankiers als voreingenommener Freund Jacob Goldschmidts eingestuft. Auch Brüning gewann diesen Eindruck, als er mit Schäffer über das Verbleiben des Danatdirektors und das selbständige Fortbestehen der Bank sprach. So fragte Brüning den preußischen Bankenkommissar Ernst, woher es komme, daß Schäffer bevorzugte Bankiers um sich schare, denen er alles anvertraue, wie Melchior, Warburg, Goldschmidt, Wallenberg usw., und gleichzeitig andere tüchtige Leiter in den Hintergrund stelle und bespöttele. Ernst, ein großer Verehrer von Hans Schäffer, antwortete, dies sei doch nur natürlich, zumal er mit jenen in internationalen Verhandlungen gemeinsam gefochten habe. Schäffer sei ein „Kassengenie", denn trotz der ständig schrumpfenden Steuereinnahmen könnten sich die deutschen Beamten auf ihr Gehalt verlassen.
Brünings Mißtrauen verhärtete sich. Doch Schäffer stand weiterhin – wenn auch tief verletzt – treu und ihn verehrend hinter ihm.

12. Schäffers Ausscheiden

Hans Schäffer drängte den Kanzler zu einem Besuch in Paris, bevor sie beide wieder zur allgemeinen Stillhalteabkommen-Konferenz nach London führen. Gegen Frankreichs legalistische und zugespitzte Haltung argumentierten die übrigen Alliierten heftig, gaben jedoch ohne Frankreichs zumindest schweigende Zustimmung Deutschland keine wirkliche Hilfe (Anleihen). Brüning fürchtete weitere politische Gegenforderungen Frankreichs, besonders in der Aufrüstungsfrage.
Schäffer hatte diese von Laval ausgesprochene Einladung Brünings nach Paris am 17. Juni 1931, also noch unmittelbar unter dem Eindruck der Bankenkrise, veranlaßt. Von Berlin aus bereitete er telefonisch die Konferenz mit Laval und Briand vor – zum Treffen in Paris selbst nahm Brüning Schäffer jedoch nicht mit (ein weiterer Grund zur Verbitterung für diesen). An seiner Stelle vertrat von Krosigk als Eingeweihter die Belange des Reichsfinanzministeriums. Dies war für Schäffer verblüffend, obwohl er selbst diesen Gedanken in Brüning wachgerufen hatte. In einer persönlichen Aussprache sagte mir Schäffer, dies habe die Trennung zwischen ihm und Brüning bedeutet. Er blieb der Planer der Kassenlage und der Finanzen, war jedoch von der großen, entscheidenden reparationspolitischen Strategie ausgeschlossen. Brüning, der Anglophile, stellte sich unter die französische Ägide.
Brüning brauchte dem Ausland nicht mehr die gleiche gewissenhafte Befolgung der Haushaltseinschränkung mit der Hilfe Schäffers und seiner Bankiers zu beweisen. Der Zusammenbruch einer großen, weltberühmten Bank war sein Alibi, und er benutzte es ausgiebig. Brüning kannte die Kritik seiner innenpolitischen Gegner. Er wußte, daß die Zeit für ihn täglich knapper wurde. Er mußte sein Ziel, die endgültige Einstellung der Reparationen, die Gleichstellung in der Bewaffnung und die Kredithilfebeschleunigung, erreichen.
So schloß er in Paris einen diplomatischen – man sollte wohl sagen: „Geheimpakt" ab. Er stellte den Franzosen eine feste Reparationssumme von vier Milliarden in Aussicht, die auf der

Reparationskonferenz in Lausanne im Januar 1932 – die dann auf Juni 1932 „verschoben" wurde – kapitalisiert werden sollte. Er verlangte dafür die Gleichberechtigung der Wehrmacht, was den bleibenden Frieden bedeute.

Als ich dieses Kapitel niederschrieb, erinnerte ich mich, daß Eckhard Wandel in seiner interessanten Biographie „Hans Schäffer – Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen 1886–1967" diese Geheimverhandlungen erwähnt hatte, in denen die Franzosen vier Milliarden verlangten, die Deutschen in Lausanne im Juni 1932 aber nur zwei Milliarden anbieten wollten. Dazu bemerkt Wandel: „Während der Verhandlungen wurde den deutschen Delegierten ein Zettel von Leith-Ross zugeschoben, auf dem stand, daß Brüning schon vier Milliarden zugesagt habe. Schwerin-Krosigk vermutete später, daß diese Zusage schon im Sommer 1931 erfolgt war" (S. 171).

Wandels Buch über Schäffer ist besonders wertvoll hinsichtlich der Reparationsverhandlungen. Das Kapitel über die Bankenkrise ist eher eine Konstruktion und, wie so vieles in der Geschichtsschreibung, „überheroisiert". Wandel hat darüber zuviel gelesen und sich wahrscheinlich zu sehr auf Schäffers Tagebücher verlassen. Diese entstanden als Konferenznotizen, die Schäffer für sich aufheben wollte oder seinen Kollegen als „Evidenz" vorhielt. Sie sind oft von ihm überprüft und geändert worden und dann aus der nur noch selten benutzten Gabelsberger Kurzschrift von seiner getreuen Sekretärin Barth übertragen worden. Schäffer hat mir gegenüber erwähnt, daß er sie vielleicht später in den lebendigen Rahmen der Gesamtereignisse stellen wolle. Sie waren nach Stoff und Länge sehr subjektiv ausgewählt und enthalten wenig Hinweise auf die Motivationen – und vor allem über die wichtigen Gespräche beim Zusammenstehen vor und nach den Konferenzen.

Dieses Mitstenographieren Schäffers hat viele irritiert und erklärt die Zurückhaltung seiner Gesprächs- und Verhandlungspartner, ihre prononcierte Meinung zu sagen.

Am 21. September 1931 wurden die Verhandlungen über den „Geheimpakt" von Brüning und dem neuen französischen Botschafter François-Poncet in Berlin fortgesetzt. Auch zu diesen Besprechungen war Schäffer nicht geladen worden, sondern nur Schwerin von Krosigk – derselbe Krosigk, der später die Beziehung zwischen Hitler und François-Poncet befestigte. Schäffer war auf die „Kassenlage" abgeschoben. Er ahnte etwas, wußte aber nicht Genaues von den Erfolgen Brünings. Er bemerkte, er habe seine Schuldigkeit getan und könne gehen.

Schäffer hatte – wie immer – Glück mit seinen persönlichen Beziehungen. Ihm wurde im November 1931 der Generaldirektorposten des Ullstein-Verlages angeboten. Schäffer las uns zu Hause an einem Abend noch im Jahre 1931 den ersten Entwurf seines Abschiedsgesuchs vor, das allerdings zu sehr wie ein Angebot aussah, Brüning in dieser zunehmend antisemitischen politischen Atmosphäre nicht mit einem jüdischen Berater zu belasten. Er setzte dann später noch weitere Entwürfe auf, die zeigten, daß seine menschliche Verehrung für Brüning nicht abgenommen hatte, doch, wie er meinte, sein Nutzen als Berater. Und auf diesen – und diesen allein – kam es Brüning an.

Nach 1933 verschaffte Schäffer Brüning ein Wallenberg-Stipendium in England und später, durch den Bankier Luzius Littauer, einen bleibenden Lehrstuhl im International Institute in Harvard. Brüning zahlte dieses Treuebekenntnis anderen Emigranten in Amerika gegenüber mit ungerechtfertigter Kritik an Schäffer zurück, was dieser auf das Konto „Schlechtes Gedächtnis" übertrug.

VI. In den Abgrund 1932–1933

1. Brünings Sturz

Es war Brünings Erfolg, im Frühjahr 1932 den alten Generalfeldmarschall gut durch die Reichspräsidentenwahl gebracht zu haben. Otto Brauns entschlossener Einsatz, die Hilfe der Sozialdemokraten und des Reichsbanners sicherten Hindenburg die Mehrheit. Daß dieser sich der Dankespflicht dafür sofort entziehen wollte, gehört zu den geschichtlich-menschlichen Paradoxen.

Nach seiner Wiederwahl war Hindenburg offensichtlich entschlossen, einen „neuen Kurs" zu steuern, um Hitler vermeiden zu können. Außerdem und vor allem wollte er sich aber von Kanzler Brüning freimachen. Er wurde von dem Brüning persönlich feindlich gesinnten General Schleicher und dessen Junkerfreund Oldenburg-Januschau gedrängt, einen Wechsel im Kanzleramt vorzunehmen. Die Junker hatten ja auch durch ihr Geschenk an Hindenburg, das Gut Neudeck, versucht, das Reichspräsidentenamt nach Ostpreußen zu verlegen.

Brüning war begierig, dem alten Herren seine Abmachung mit Frankreich zu erklären, um somit zum Wahlsieg auch noch seinen Erfolg in der Reparationspolitik aufzuzeigen. Ende Mai wurde er zu Hindenburg bestellt. Doch als Brüning sich anschickte, eine Zusammenfassung seiner Errungenschaften für die Weltstellung Deutschlands und die Gleichstellung der Armee zu geben, unterbrach der Generalfeldmarschall seinen Leutnant mit der Bemerkung, daß er sein Demissionsgesuch als Kanzler erwarte.

Wenn ein Volk einen Generalfeldmarschall zu seinem Oberhaupt erklärt, muß es auch gleichzeitig dessen angestammte militärische Gesinnung akzeptieren. Hindenburg sah seine Kanzler nicht viel anders als seine Generäle verschiedener Rangordnung, die man in eine verantwortliche Stellung berufen und, wenn es die Lage als geziemend erweist und rechtlich zu verteidigen ist, wieder abberufen kann.

Den wohlvorbereiteten Plänen seiner Kamarilla folgend, wartete Hindenburg bis zum letzten Maitag auf Brünings Abschiedsgesuch, da Franz von Papen schon im Vorzimmer bereit stand. Dieser war ein Zentrumsmitglied des preußischen Landtags, ein gescheiter, von keinen Skrupeln belasteter, eleganter Kavallerieoffizier. Er hatte keine Parlamentsmehrheit, sondern nur die Reichswehr hinter sich. Es war grotesk, wie so manches in diesen Monaten, daß Hindenburg ohne Rücksicht auf parlamentarische Gepflogenheiten Brüning, der doch noch Anfang Mai im Reichstags gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein Vertrauensvotum erhalten hatte, nach Hause schickte.

Brüning war aufs tiefste erschüttert. Konnte die Geschichte grausamer mit einem Menschen umgehen, der zwei Jahre seines gesamten Schaffens dem einen Ziel gewidmet hatte, Deutschlands gleichberechtigte Machtstellung in der Welt durch die Wiederanerkennung der Wehrmacht zu sichern? Im letzten Grunde stürzte eben diese Reichswehr mit ihrem ehrgeizigen Vertreter Schleicher ihren Verteidiger Brüning.

An einem Schäfferschen Schauri-Abend fragte ich Brüning, warum er an diesem historischen Morgen überhaupt zu Hindenburg gegangen sei, wissend, daß der alte Herr doch nur für einige wenige Nachmittagsstunden Argumenten gegenüber aufgeschlossen war. Er antwortete mir kurz: „Es war mein ehernes Muß zu gehorchen. Ohne Gehorsam ist keine Gesellschaft, keine Ideengemeinschaft und kein staatliches System aufrechtzuerhalten." Damit trat Brünings hohe

Bewertung eines militärisch gesicherten Staates – selbst in den Stunden tiefster Bitterkeit – grell zu Tage. Er war in Wirklichkeit ein zuverlässiger Militarist.
Brüning war damals kein passionierter Verehrer der Monarchie, wenn auch seine Erwägungen, einen Hohenzollerschen oder Mecklenburger Prinzen zum Reichsverweser zu wählen, dafür sprachen. Er bewunderte das englische System von Königtum und Parlament, die englische „Fairneß" und das gegenseitige Verantwortungsgefühl nach der Art einer Schiffsmannschaft. Doch wußte er auch, daß jeder deutsche Versuch in dieser Richtung von Frankreich als Kriegserklärung betrachtet werden würde. Nur eine demokratische Republik konnte in der westlichen Welt der Demokratien eine vertrauenswürdige Staatsform sein. Brüning wurde, wie er selbst sagte, mehr und mehr isoliert. Er dachte daran, eine „Verteidigung" zu schreiben, um die vielen Mißinterpretationen, die über ihn existierten, zu beseitigen. (Er tat dies bis in die letzten Tage seines Lebens.) Warum war er, nach allem, was er erreicht hatte, so schuldbewußt? Das war die ständige Frage aller, die das gleiche Schicksal mit ihm teilten, die merkwürdige Weimarer Emigration. In der Tat kam Brüning mit vielen Lösungen, die er selbst als notwendig ansah, zu spät. Ich persönlich sah seinen entscheidenden Fehler darin, das Anschwellen der Nazi-Bewegung nicht rechtzeitig erkannt und als Hauptgefahr bekämpft zu haben. Er willigte in die Verbote terroristischer Bewegungen erst zu einem Zeitpunkt ein, als jede Bestrafung nur dazu diente, einen neuen „Helden" zu schaffen.
Brüning, der „Militarist", hatte kein Verständnis dafür, daß im ausgebrochenen Bürgerkrieg auch wirklich gekämpft werden mußte. Die Innenpolitik wurde bereits auf der Straße und weniger in den Kanzleien entschieden. Wie viele Millionen hatte er für die Reichsbannerkämpfe und aufklärende Anti-Hitler-Organisationen bewilligt? Das Bewußtsein all der ungelösten Aufgaben war seine schwerste Gewissenslast.

2. Der Papen-Putsch vom 20. Juli 1932

Papen beeilte sich, Brünings unerledigten Programmpunkt „Reich und Preußen" aufzunehmen und zu einer Machtlösung zu bringen, da er dafür zu dem Zeitpunkt sowohl in seinem Reichskabinett wie auch bei dem Reichspräsidenten Unterstützung fand.
Völlig unbestätigte Gerüchte über Verhandlungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten sowie die ungelöste, dringlich gewordene preußische Kassenlage waren für von Papen der innere und der äußere Anlaß zum Staatsstreich gegen Preußen.
Eines Abends sprach ich mit Schäffer, der, wie ich annahm, durch seinen früheren Amtsfreund in der Reichskanzlei, von Papens Staatssekretär Planck, über die herannahende Auseinandersetzung zwischen Reich und Preußen unterrichtet war. Er war nicht sicher über beabsichtigte Teil- oder Totallösungen, wußte jedoch bestimmt, daß ein frontaler Angriff gegen Preußen geplant war. Ich lud daraufhin Staatssekretäre der anderen preußischen Ministerien für den 20. Juli in mein Amtszimmer, um die neue Situation und unsere alternativen Gegenmaßnahmen zu besprechen. Sie sagten sofort zu. Mein Minister Schreiber, dem ich dies mitteilte, nahm die „Gegenverschwörung der Staatssekretäre" jedoch nicht sehr ernst, vielleicht weil ich persönlich den perfiden, geplanten Staatsstreich zu aufgebracht schilderte.
Was konnten wir „Preußen" tun, wenn hinter einem solchen Putsch die Reichswehr stand? Ich wußte von Leipart, daß die Gewerkschaften damals zu keinem Generalstreik aufrufen konnten. Auch die Polizei und das Reichsbanner würden in kurzem, blutigem Kampf überwältigt werden können. Nur ein Verhandlungsgremium unter der Führung des Zentrumsministers Hirtsiefer –

Otto Braun hatte sich beurlaubt – hätte eine letzte Chance gehabt, eine notwendige Neuordnung auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Es war jedoch bereits zu spät dafür.
Am frühen Vormittag des 20. Juli rief mich Planck auch auf Hans Schäffers Rat hin an, um mich äußerst freundlich über den Erlaß des Reichspräsidenten zu unterrichten, wonach Kanzler von Papen zum Reichskommissar in Preußen bestellt sei. Von Papen würde Handelsminister Schreiber um 2 Uhr und mich um 2 Uhr 30 in unseren Amtszimmern aufsuchen, um persönlich das neue Verhältnis mit uns zu erörtern. Der Hauptgrund seines Anrufs sei jedoch, mich zu bewegen, sofort mit Ministerpräsident Otto Braun zu sprechen, um ihn auf die völlige Zwecklosigkeit jedweden preußischen Widerstands hinzuweisen. Der Belagerungszustand sei verhängt worden. Ich antwortete, dies sei ein verfassungswidriger Staatsstreich, gestützt einzig auf militärische Drohungen. Doch angesichts der Lage, daß ein niedergekämpfter Widerstand nur die Nationalsozialisten stärken würde, sei ich gezwungen, Otto Braun anzuraten, die Sache auf dem Verfassungswege auszutragen. Der ungeduldig gewordene Planck schloß das Gespräch, dies sei alles: „Blutvergießen muß auf jeden Fall vermieden werden".
Ich konnte weder Otto Braun noch seinen Referenten Weichmann erreichen. Ministerialdirektor Nobis vom preußischen Staatsministerium hörte meine Schilderung an und sagte mir, er sei soeben von Weichmann benachrichtigt worden, daß Otto Braun nicht in sein Amt zurückgehen werde. Planck hatte mittlerweise die gleiche Nachricht erhalten.
Dr. Schreiber sagte mir, daß er um 2 Uhr in seinem Amtszimmer sein werde. Er berichtete Hirtsiefer und gab ungefähr die gleichen Argumente für die Aufgabe eines spontanen Widerstandes. Der preußische Finanzminister Klepper, den ich noch am Vorabend bei unseren gemeinsamen Freunden, den Stolpers, gesehen hatte, rief mich an und teilte mir seine Enttäuschung mit, daß Braun nicht von seinem Amtszimmer aus telephonisch Protest eingelegt habe. Ich antwortete, es komme nur darauf an zu verhindern, daß die Nazis aus dem offenen Konflikt Reich – Preußen zuviel Kapital schlagen könnten.
Kurz nach 2 Uhr erschien Kanzler von Papen in Begleitung Plancks im Amtszimmer von Handelsminister Schreiber. Nach einer kurzen Unterredung ließ er sich von meinem alten Amtsdiener bei mir anmelden. Er begrüßte mich freundlich, unterstellend, daß ich seine Hauptabsichten kenne. Ich sei, eröffnete er mir, wohl der letzte Staatssekretär im preußischen Handelsministerium. Er habe mich aufgesucht, um mir meine Dispositionsstellung mitzuteilen. Ich sei meiner ministeriellen Amtsaufgaben enthoben. Meine Tätigkeit in den Aufsichtsräten der preußischen öffentlichen Betriebe solle ich jedoch vorläufig weiterführen, zumal ich dort ja doch sehr Anerkennenswertes geleistet hätte. Außerdem solle ich an der Erstellung seines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms mitarbeiten, da ich meine sehr positive Haltung dazu wiederholt – im Gegensatz zur früheren Reichsregierung – gezeigt hätte. Ich antwortete kurz, diese Entscheidungen kämen nur meinem rechtmäßigem Minister zu, ich müsse mich jedoch dem Zwang eines militärischen Coups von General Schleicher und ihm fügen. Von Papen sprang verletzt auf und eilte, ohne mir die Hand zu reichen, an die Tür zu Staatssekretär Planck, der auf die lauter werdenden Stimmen der sich im Flur versammelnden Beamten horchte. Unter den aufgebrachten Zurufen verschwanden die beiden. Meine Beamten, die das Vorzimmer und die Wendeltreppe füllten, wollten verhindern, daß meine am Morgen gepackten Koffer mit meinen Akten und persönlichen Sachen hinausgebracht wurden. Dr. Schreiber erschien, gab mir unter Tränen die Hand und bot mir seinen Dienstwagen an, da er sich in der Nähe mit Hirtsiefer treffen wolle. Er bat mich, ihn am nächsten Morgen zu Hause anzurufen, was ich tat. Dabei erfuhr ich, daß Otto Braun und sein Kabinett vor dem Staatsgerichtshof klagen und im Reichsrat protestieren würden. Bei meiner Arbeit in den Aufsichtsräten sollte ich keine Neuernennungen der Papen-Regierung durchführen. Im Falle des Widerstands sollte ich ausscheiden.

Nur in der Preußenelektra konnte ich diese Position durchhalten, und das mit Hilfe des preußischen Kommissars Dr. Ernst, der bald von Papen dazu eingesetzt wurde, die widerspenstigen Beamten des Reichswirtschaftsministeriums zu koordinieren. Von Papen versuchte in jeder Hinsicht, Gegensätze zu verkleistern und vor allem fest an der Kamarilla des Reichspräsidenten kleben zu bleiben. Der „Rittmeister" trachtete, mehrere Pferde zugleich zu reiten.

3. Mein Versuch, Politiker zu werden

Was nun? Meine Kollegen, Dr. Ernst, Dr. Schalfejev, weniger Dr. Darge, mein Elektrizitätsgewissen, ermunterten mich, einen längeren – wohlverdienten – Urlaub zu machen und im Herbst nach Italien zu fahren, um vom Engadin herunterkommend die sprühenden Wasserfälle und das Reifen der Kastanien mitzuerleben, bis ganz hinunter an den Comer See. Die Wirtschaft sei schon dabei, sich zu bessern, die Arbeitslosenzahlen verringerten sich. Bis zum Winter werde es in Deutschland wieder viel besser aussehen.
Mein Gewissen sagte mir jedoch in der Ruhe meiner schönen häuslichen Studierstube – aus in der das Postministerium das geliehene Radio, mit dem ich alle Auslandssender hören konnte, wieder herausgerissen hatte –, daß das politische Schicksal in den kommenden Monaten nicht allein im Staatsgerichtshof, in Verhandlungen oder Kanzleistuben entschieden werde, sondern im Machtkampf auf der Straße. Von dort werde die Politik maßgeblich beeinflußt. Also mußte ich notgedrungenermaßen in eine neue Form der Politik gehen. Derselben Ansicht waren meine politischen Freunde Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und Friedrich Heine vom SPD-Parteivorstand. Wir sprachen uns darüber nächtelang in den Cafés und Hinterstuben des Kurfürstendamms aus. Wir gründeten die Jung-Sozialistische Gruppe, mit deren Programm ich später in den Reichstag zog und die mich dann zu ihrem Sprecher wählte. Außerdem ventilierte ich noch ernsthaft einen anderen Weg. Ich wollte mich Hörsing und Höltermann vom Reichsbanner anschließen und Geld sammeln, um damit dem Terror der Nazis auf der Straße zu begegnen. Sollten die Nazis einen Republikaner niederschlagen, würden drei von ihnen dasselbe Schicksal erfahren. Vornehmlich sollten die Anführer verfolgt werden, die die Anordnung zum Marodieren gegeben hatten. In Hamburg wurde später nach diesem Prinzip verfahren mit dem Erfolg, daß man sich als bekannter Politiker vor der Reichstagswahl im November 1932 allmählich wieder frei, ohne Schutz, auf der Straße bewegen konnte.
Derartige Erwägungen und Entschlüsse waren eine gute Vorbereitung auf meinen neuen „Beruf". Die letzte Entscheidung darüber wurde mir jedoch schließlich sozusagen vom Schicksal diktiert. Kurz nach der katastrophalen Reichstagswahl vom Juli 1932 erschien eines Sonntags der besonnene Podeyn von der Hamburger SPD mit Meitmann, dem aktiven, sprudelnden Sekretär der Partei, der immer mehr Einfälle hatte als Zeit, sie zu erzählen, in meiner Wohnung. Sie ersuchten mich im Namen des Hamburger Parteivorstandes, mich für die Spitze der Reichstagskandidatenliste aufstellen zu lassen. Der gegenwärtige Vertreter Grassmann, zweiter Vorsitzender der Zentralkommission der Freien Gewerkschaften, sei rücktrittswillig, da er für das politische Amt nicht mehr die Zeit aufbringen könne. Ich hätte jedoch meine Kandidatur in Vorwahlen im alten Bebelschen Wahlbezirk, die Hamburg als einziges Land im Reich durchführte, zu erwerben, und dies in 34 Wahlbezirken. Dadurch hätten meine Hamburger Genossen Gelegenheit, mich auch wirklich kennenzulernen.
Die Aufgabe war ebenso immens wie verlockend. Natürlicherweise begann ich mit „Wenn und Aber". Doch der schon ungeduldige Meitmann verlangte einen sofortigen Entschluß. Ich konnte nur „Ja" sagen.

Dann gingen wir zur Analyse der Hamburger Partei über, welchen Hauptinteressengruppen und politischen Charakteristika ich begegnen würde. Darauf hätte ich mich frühzeitig einzustellen: Die Hamburger Hafen- und Werftarbeiter hätten noch die alten radikalen Parteianschauungen; die Industriearbeiter, die zahlreichen städtischen wie genossenschaftlichen Angestellten, die unteren Beamten und Hafenaufseher, das von Arbeitergroschen lebende Kleinbürgertum hätten erkannt, daß sie die Nutznießer des Wohlfahrtsstaates seien und daher mit den anderen Parteien koalitionsbereit zusammenarbeiten müßten; die Hausfrauen bildeten einen Ruhepol im parteipolitischen Meinungsstreit innerhalb der Linken. Nicht wenige ihrer Männer seien zu den Kommunisten hinübergeschwenkt, was viel häuslichen Zank zur Folge habe. Die jüdischen SPD-Wähler hätten nicht zugenommen, da sie sich traditionsverbunden als „angestammte Patrizier" erweisen wollten.
Die Freien Gewerkschaften hatten in Hamburg zu einer großen Wahlversammlung mit 20.000 Besuchern eingeladen. Grassmann, mein Vorgänger in der Spitzenkandidatur, eröffnete die Veranstaltung und redete das Blaue vom Himmel, was ich doch in Preußen als Staatssekretär alles geleistet hätte. Er machte damit große Stimmung, und von dieser entfacht, hielt ich wohl meine beste Wahlrede vor den alten, organisierten Hamburger Arbeitern. Beifall unterbrach mich und brauste immer wieder auf. Als ich dann über Hitler sprach, der den Rachekrieg predigte, rief ich aus, wir müßten alle aufstehen und schwören, sein Kommen mit allen Mitteln zu verhindern. Ich hob beide Hände, worauf sich 20.000 Menschen erhoben und in den Ruf „Freiheit" ausbrachen. Sie holten mich vom Podium herunter und reichten mich über die Köpfe hinweg von Gruppe zu Gruppe weiter: Freiheit – Freiheit, bis ich endlich nach 20 Minuten am Ende des großen Saales meine Füße wieder auf den Boden stellen konnte. Ich lebte in einer völligen Euphorie, in der Trunkenheit vom Echo meiner eigenen Worte. Ich fühlte den Rausch und versuchte, ihn in späteren Versammlungen wieder zu erzeugen. Später in meiner Gefängniszelle vermißte ich nichts so sehr wie diesen Zustand, den ich bei rationaler Betrachtung allerdings verwarf.
Als ich nach dem günstigen Wahlausgang vom 6. November 1932, nämlich dem Rückgang der NSDAP, nach Berlin zurückkam, begrüßten mich Otto Wels und Rudolf Breitscheid als neuen Reichstagsabgeordneten und lobten mich für meine Reden, die ich in Hamburg und dann auch in anderen Städten gehalten hätte. Ich erwiderte, daß ich nur befürchtete, meine Wähler kämen eines Tages, um die Versprechungen einzukassieren.
Als ich zu einer Reichstagssitzung ging, traf ich in der Stadt Hans Schäffer. Er gratulierte mir und bemerkte gleichzeitig, daß ich zum Parteipolitiker nicht geschaffen sei. Er habe von seinen Hamburger Freunden gehört, was für ein großer Demagoge aus mir geworden sei. Sie hätten mich als einflußreichen Staatsbeamten hoch verehrt, um mich nun in meinen Tiraden über die kommende Sozialisierung der Grundstoffe nach Beifall haschend nicht wiederzuerkennen. Mein planwirtschaftliches Beschaffungsprogramm sei jedoch als das bestformulierte anerkannt worden. Die Wähler hätten mich anscheinend nach ihren Wunschträumen und aus verzweifelter Aussichtslosigkeit zu einem merkwürdigen Zwitterpropheten geformt. Ich solle mir doch einen neuen Arbeitsplatz suchen, der sich mit kritischen Analysen der Zeitentwicklung realistisch befasse, und nicht mit utopischen Gebilden. In der Arbeiterbewegung und in meinem Amte hätte ich doch immer die so ausschlaggebende Rolle eines ehrlichen, planwirtschaftlichen „Dissidenten" innegehabt, dessen Einfluß allenthalben fühlbar gewesen sei.
Meine Antwort auf diese heftigen Vorwürfe war, es komme im Augenblick des akuten politischen Kampfes nicht darauf an, eine Stimme für mich, sondern gegen Hitler zu erobern. Ich wisse sehr wohl, daß man keine Vollsozialisierung brauche, um die Wirtschaft beeinflussen zu können. Er und Brüning hätten ja die Krise finanzwirtschaftlich weiter hinunter zu einer politi-

schen Gefahr „bearbeitet", während ich durch Kredite, Investitionen und Stimmungsmachen zur Ankurbelung beigetragen hätte. Die Hauptsache sei nämlich, daß man einen klaren Einblick in Kosten, Preis und Profitgestaltung der großen Werke habe, um ihre Investitionserwartungen beeinflussen zu können. Dies jedoch verlange öffentliche Mitbeteiligung oder reine staatlicher Kontrollen.
Schäffer verstand meine zwiespältige Position. Er betonte jedoch, daß ich aus dieser Haltung heraus von Papen und mehr noch Schleicher beleidigend angegriffen hätte – obwohl ich wisse, daß diese beiden die entscheidenden Figuren seien in der Frage, ob Hitler zur Macht komme. Den Weg zu Schleicher dürfe ich mir nicht versperren. Schäffer resümierte, Hitler habe auf der Straße schon soviel Macht gewonnen, daß im offenen Kampf keine Entscheidung um die Massenherrschaft mehr errungen werden könne. Es komme jetzt allein auf die Haltung einiger entscheidender Machthaber an, ob sich Hitler parlamentarisch durchsetzen könne.
Zum Schluß warnte Schäffer mich nochmals, daß ich die sich zuspitzende Situation in falscher Perspektive sähe. Otto Braun, Hilferding und einige andere in der SPD seien sich darüber besser im klaren und unterstützten daher Schleicher, der, gegebenenfalls sogar mit dem sozialistisch orientierten damaligen Organisationsleiter der NSDAP, Gregor Strasser, um eine Spaltung in der Nationalsozialistischen Partei in Nationalisten und Sozialisten herbeizuführen, eine politische Neuorientierung vornehmen wolle. Schleicher sei nicht nur General, sondern ein sehr einflußreicher Politiker, als den man ihn zu spät erkannt habe.

4. Hitlers Weg zur Macht

Ich hörte auch von anderer Seite über Otto Brauns Aktivitäten, daß er wieder bereit sei, als Mitakteur hervorzutreten. Doch machte Schleicher dann den grundsätzlichen Fehler, sich mit den ostpreußischen Junkern über die Osthilfeunterstützungen anzulegen. Diesen Moment benutzte der schon im Seiteneingang wartende Adolf Hitler. Er konspirierte mit von Papen und warf die „moralische Frage" auf, ob es nicht seine Pflicht sei, die Komplizen Hindenburgs vor das Gericht zu bringen, insbesondere Meissner, den Staatssekretär des Reichspräsidenten, und Hindenburgs Sohn Oskar. Ein gewisser Bankier Kleinberg habe bei der Auswanderung nach Paris absichtlich – womöglich aus Rache – sein privates Vermerkbuch auf dem Schreibtisch liegen gelassen. Dies sei nun in den Händen der Nationalsozialisten und enthalte Beweismaterial über die Fehlspekulationen Oskar von Hindenburgs sowie über die dauernden Spekulationen von Meissner, der Witwe eines verstorbenen Ministers und Robert Weismann, dem Staatssekretär und persönlichen Helfer Otto Brauns, die sie regelmäßig nach Kabinettssitzungen oder Bridgeparties bei ihm getätigt hätten. Oskar von Hindenburg sei zudem wegen Steuerhinterziehung staatsanwaltsreif.
Von Papen soll darüber Hindenburg verständigt haben. Zwei Tage später, am Vormittag des 30. Januar 1933, wurde Hitler zu Hindenburg gerufen und erhielt von ihm die Urkunde der Ernennung zum Reichskanzler. Ich wiederhole, Hindenburg hatte bis zu diesem Zeitpunkt Hitler abgelehnt mit dem Hinweis auf seinen „Treueid". Das Allzumenschliche erweichte den wirklich harten Willen in dem alten Herrn. „Weimar" war damit endgültig vorüber und Hitlers Macht etabliert.
Es ist eine schwere Verantwortung, diese Erinnerungen an Hitlers endgültigen Durchbruch zur Macht niederzuschreiben. Staatssekretär Weissmann erzählte mir diese Tatsachen zu jener Zeit und wiederholte seine Darstellung später in Amerika. Als ich nach Hitlers Ernennung Dr.

Lammers, den Chef der Reichskanzlei und Staatssekretär Hitlers, traf und mit ihm über diese Ereignisse sprach, nickte er mit dem Kopf und sagte, mir den Finger auf den Mund legend: „Hochverrat".
Reflektiert man darüber, so bleibt nur eine tiefere Ursache, nämlich die moralische Verkommenheit von führenden beratenden Beamten und dem Verwandten eines Machthabers, welche die Naziclique rücksichtslos ausnutzte.
Der auslösende Anlaß war möglicherweise der Racheakt eines patriotischen deutschen Juden, der Beruf und angestammte Heimat unter dem nationalsozialistischen Terror verlassen mußte.
Die entscheidende Tat wurde durch die Eitelkeit, das Geltungsbedürfnis und Mitmachenwollen des von Ehrgeiz getriebenen, amoralischen Rittmeisters von Papen vollzogen.
Der Entschluß lag bei einem alten verzweifelten Generalfeldmarschall, der sein Leben lang dem Rat seiner Stabsoffiziere in letzter Not gefolgt war.
Die Geschichte ist hier zum reinen Zufall geworden, der jedoch rückblickend ein rational formulierbares Verständnis nicht ausschließt. Es hätte jedoch auch anders kommen können. Für mich persönlich war der Rest Schweigen.

5. Die Beamtenschaft und Hitler

Am Morgen des 30. Januar 1933 besuchte ich Brandenburg, den Ministerialdirektor des zivilen Flugwesens im Reichsverkehrsministerium. Ich war von der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter beauftragt, die Unterstützung für ihre von mir organisierte Segelfliegerabteilung abzuholen, in der demokratisch gesinnte Anwärter für Flugpiloten und Bordmonteure auf der Hohen Rhön ausgebildet werden sollten. Diesmal sollte die Zahlung aus dem von Schleicher errichteten Fonds des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung geleistet werden. Ich besprach dann mit Brandenburg die sichtbaren Fortschritte dieser Demokratisierung. Plötzlich wurde er hinausgerufen und kehrte erst nach einer guten Weile zurück, nicht blaß, doch blau vor Erregung: „Hindenburg hat Hitler zum Reichskanzler ernannt."
Wir schwiegen lange, lange, völlig niedergeschlagen. Brandenburg hielt es für ein schlechtes Zeichen, daß General von Blomberg, ein Vertrauensmann Hitlers, Reichswehrminister wurde. Er glaubte jedoch, Admiral Erich Raeder, ein hartnäckiger Gegner von Hitler, könne eine Balance bilden. In meiner Abgeordneteneigenschaft könne ich Raeder um Schutz vor Naziübergriffen in Hamburg ersuchen. Zum Schluß sagte er mir, daß Göring wiederholt seinen Respekt für mich geäußert habe und mit Popitz, dem Reichskommissar im preußischen Finanzministerium, über eine Verwendung für mich sprechen werde. Ich solle große Vorsicht walten lassen.
Darauf konnte ich Brandenburg nur antworten, daß es in Preußen zwei Kabinette gebe, ein illegales und ein rechtmäßiges, gemäß dem Beschluß des Staatsgerichtshofs. Das erstere verhandle jedoch nicht mit dem letzteren. Ich gehörte zu dem rechtmäßigen, von dem ich als Reichstagsabgeordneter bis auf Weiteres beurlaubt sei, und erhielte mein Gehalt von dem illegalen Kabinett, das mich zur Disposition für Sonderaufgaben gestellt habe. Brandenburg lachte, in dieser Zerklüftung liege die schmerzliche Ironie unserer Zeit.
Es war Brandenburgs Meinung, die er mit der Mehrzahl der Beamten teilte, daß auch das plötzliche Umfallen von Hindenburg auf Papens Betreiben, eine politische Rolle zu spielen und seine schmeichlerische Art zu überzeugen, zurückzuführen sei. Ich hörte diese Erklärung an und schwieg. Es war ja etwas Richtiges daran.

Brandenburg und ich waren uns einig, daß mit Hitler ein von seiner Mission besessener Diktator zur Macht komme. Brandenburg kannte die Nazis in ihren verschiedenen Ausrichtungen und nannte sie wörtlich, wie später auch Graf Schwerin von Krosigk, eine „zusammengewürfelte Bande“. Er war überzeugt, daß sie sich mit allen Mitteln – erlaubt, unerlaubt, gebräuchlich und ungebräuchlich – durchsetzen würden.
Viele meiner Beamten, anfänglich auch Hugenberg und Graf Westarp, hofften, daß dieses Gespenstertrio – Hitler, Goebbels, Göring – ihrer Meinungsdifferenzen, Haltlosigkeit und Unfähigkeit zu regieren wegen, bis zum Herbst 1933 von der politischen Bühne verschwunden sein werde. Brandenburg wie auch ich hielten es für entscheidend, ob Hitler mit dem militärischen Aufrüstungsprogramm nicht nur die Armee gewinnen, sondern gleichzeitig damit die Arbeitslosigkeit beseitigen könne, wie es von Papen schon im Auge gehabt hatte. Dazu müsse Hitler jedoch eine totale Diktatur errichten, d.h. die Monarchisten, Junker und Demokraten ihrer politischen Macht entheben. (Es wurde Anfang Februar 1933 den Monarchisten erlaubt, ihre Kaiserbilder aus dem Schrank zu holen, wofür jedoch manche dieser damals so hocherfreuten Beamten später mit ihrer Entlassung bestraft wurden.)

VII. Vergeblicher Widerstand 1933

1. Jung-Sozialistische Zukunftspläne

Ende Januar 1933 wurden die Vorstands- und Fraktionsmitglieder sowie die Sekretäre der Bezirksorganisationen der Sozialdemokratischen Partei nach Berlin zu Beratungen über die erforderlichen Maßnahmen für die von Schleicher vorgeschlagenen baldigen Reichstagswahlen berufen. Mitten in diese Diskussion platzte die Nachricht von Hitlers Ernennung mit der Ermächtigung, am 5. März Neuwahlen abzuhalten. Dies wurde von vielen als der Beginn des Niedergangs von Deutschland empfunden.

Als ich am Nachmittag des 30. Januar 1933 in den Reichstag kam, schwärmten die Abgeordneten aller Parteien von Besprechung zu Besprechung. Die Mitglieder der SPD waren sprachlos. Sie nahmen daher ziemlich geschlossen die schnell geänderten Vorschläge des Parteivorstands an. Der Parteivorstand sollte so bald wie möglich in das Ausland verlegt werden. Wels beschwingten gleichzeitig die voraussichtlichen Wahlparolen. Ich war dafür – einige heftig dagegen. Alle forderten eine aktivere, die Bewegung zusammenhaltende Wahlpolitik auf der Linie des demokratischen Sozialstaats.

In einem kleinen Versammlungsraum trafen sich die Jung-Sozialisten. Carlo Mierendorff und ich waren die Hauptredner. Haubach und Heine wie Meitmann aus Hamburg waren an der künftigen Organisationsarbeit beteiligt. Weiter wurde festgelegt, daß die Mitglieder dieser Gruppe bleiben sollten. Das Hauptziel sei, neben der Mitarbeit an der Hauptbewegung eine wirksame Untergrundbewegung aufzubauen und einzuexerzieren.

Ich legte meine damaligen Grundsätze dar. Hitler führe Deutschland in den Krieg, um eine Weltmachtstellung zu erkämpfen. Er habe den Kern des Militärs schon auf seiner Seite. Er unterwerfe es nun systematisch. Die Frage seines Tempos und seines Erfolgs sei entscheidend durch den Widerstand der Arbeiterbewegung bestimmt.

Zum wiederholten Male in der deutschen Geschichte habe die Arbeiterbewegung eine Mission auf sich zu nehmen. Die Geschichte der sozialistischen Bewegung werde nicht von Gelehrten geschrieben. Deren Verständnis und der Radius ihrer Ausblicke seien von einer anderen Ideenwelt geformt. Die Wiedergabe unserer sozialen und politischen Ereignisse werde von festen und vorgefaßten Annahmen her bestimmt. Lediglich Mehrings Geschichte der SPD stelle einen Versuch dar, die Arbeiterbewegung von einem entgegengesetzten, sozialistischen Standpunkt aus zu schildern. Geschichte sei ein Weltbild von subjektiven, axiomatischen Annahmen – im Gegensatz zu Max Weber, was ich betonte, – die trotz allem Streben nach reiner Objektivität den wirklichen Verlauf der Welt mißinterpretieren müßten. Diese Schwierigkeiten, einen naturwissenschaftlichen Objektivitätsgrad zu erreichen, führten zu der Unmöglichkeit, „Geschichtsgesetze" zu formulieren. Alle Versuche endeten in Utopien und metaphysischen Hoffnungen, die ihre glaubensmäßige Notwendigkeit im menschlichen Leben hätten.

Dennoch könnten wir aufgrund von Analysen die „Regelmäßigkeit" sozialen und wirtschaftlichen Aufeinanderwirkens in einem gegebenen Kulturabschnitt verfolgen und darauf unsere Politik bauen, die allerdings in ihren Zielen unmerklich von unseren Glaubensannahmen mitbestimmt werde. In Krisenzeiten besonders hätten diese die Oberhand. Politik allgemein gesprochen sei Vorausplanen.

Eine planwirtschaftliche Politik, wie sie früher schon Rathenau und dann wir unter Wissell und

Moellendorff erstrebt hätten, könne nur Erfolge bringen, wenn sie auf 5 bis 10 Jahre hinaus in den Betrieben wie in der Gesamtwirtschaft vorauskoordiniert werde. Der Finanzwirtschaftler und sozialistische Planwirtschaftler Gerhard Colm vom Kieler Weltwirtschaftlichen Institut habe den Vorschlag gemacht, zusammen mit dem jährlichen Haushaltsplan eine fünf- und mehrjährige Vorschätzung des Nationaleinkommens und der staatlichen Einnahmen wie Ausgaben zu veröffentlichen.

Ich persönlich hätte für alle größeren Unternehmungen unter meiner Aufsicht oder Mitwirkung die Investitionsnotwendigkeiten der Zukunft unter günstigen und ungünstigen Wirtschaftsumständen vorausprojektiert, um augenblickliche Verluste mit den sich später durch Auslastung der Betriebe ergebenden Überschüssen auf lange Sicht auszugleichen. Die Kurzatmigkeit unserer allgemeinen Wirtschaft beruhe zum Teil auf dem politischen Verhalten der Abgeordneten.

In jeder Politik gebe es kurzfristige und langfristige Ziele. Wie Mierendorff hervorgehoben habe, folgten wir als Abgeordnete den kurzfristigen, naheliegenden Interessen der Wähler, schon aus dem Eigeninteresse, wiedergewählt zu werden. Das Aussprechen der unliebsamen Erkenntnis, daß kurzfristige Erleichterungen oft längerfristig größere Nachteile zur Folge haben könnten, verlange Mut und gegebenenfalls Aufgabe des Mandats. Es sei Sache der Jung-Sozialisten, die Abgeordneten, die diese langfristig ausgerichtete Haltung verfolgten, zu unterstützen.

Mierendorff wie Heine und Meitmann nahmen diese meine Ausführungen begeistert auf. Mierendorff schlug vor, das Parteiprogramm im grünen Parteibuch nicht zu ändern. Es sei eine historische Legende, die das Hoffnungsbild des Zukunftsstaates für die Arbeiter bestimme. Man solle vielmehr zeitgemäße Aktionsprogramme ausarbeiten, im Sinne der politischen Erwartungen der nahen, nächsten und ferneren Zukunft. Es gebe nur wenige moderne sozialistische Gelehrte und Journalisten – und darunter nur eine kleine Zahl, die diese Probleme erkennen würden. Heine und besonders Meitmann waren bereit, einige dieser Sozialisten zu Beiträgen aufzufordern, die dann in unserem Kreise vordiskutiert werden sollten, um sie später im In- und Ausland zu propagieren. Das wichtigste Ergebnis dieser Besprechung lag aber in der allgemeinen Erkenntnis, daß der innerparteiliche Meinungsstreit über die Privatideologien enden müsse, um am 5. März 1933 eine geeinte Arbeiterbewegung unter der Devise „Solidarität in Freiheit und Gleichheit" zu erreichen.

2. Die widerspruchsvolle Politik der Kommunisten

Es war ein schöner Nachmittag an der unteren Elbe. Wir saßen in einer Kiesgrube unweit von Cuxhaven und warteten auf die Arbeiter, die nach Fabrikschluß zu einer großen „geheimzuhaltenden" Versammlung kommen sollten. Nach vier Uhr marschierten 4.000 bis 5.000 Arbeiter, zum Teil singend, an – Geheimhaltung! Eine ausgezeichnete Versammlung entwickelte sich. Alle waren überzeugte, begeisterte Antinazis und gelobten jede Wahlhilfe. Es waren auch Kommunisten darunter, wie ihre Fragen erkennen ließen.

In einem Arbeitswagen fuhr ich mit meinen Hamburger Parteigenossen zur Elbe hinunter, um mit der Fähre nach Blankenese auf dem schnellsten Weg zurückzukommen. Meitmann und einige andere kamen erst mit, wollten aber dann lieber mit dem Zug zum Bahnhof fahren, um sich auf der langen Fahrt im Abteil in Ruhe über die zukünftigen Aufgaben besprechen zu können. Im Lokal am Fährenanlegeplatz gab es Schnaps und Bier mit Käsestullen. Plötzlich kam Burmeister, mein Assistent, vom Wirt, der ein SPD-Mann war, mit der Nachricht zurück, daß

die Kommunisten unter sich drei ausgelost hätten, von denen einer mich von der Fähre ins Wasser stoßen solle, woraufhin die anderen beiden, vorgeblich zu meiner Rettung, nachspringen und mich unter Wasser halten würden, um mich zu ertränken. Burmeister riet, daß ich mich mit Meitmann und den anderen Genossen langsam, in kleinen Gruppen auf den Bahnhof begeben solle. Er wolle mit der Fähre fahren, wo die drei „Auserwählten" schon warteten.
So landeten wir am späten Abend auf dem Hauptbahnhof. Im Zug warnte mich Meitmann, mit Burmeister nicht zu vertraulich zu sein. Ich solle ihm nicht alle meine „Nachtverstecke" zeigen. Das „Warum" wolle er mir später einmal sagen.
Wir verspeisten am Hamburger Bahnhofsplatz eine große Frankfurter Wurst, in Bouillon gekocht, und ich ging drei Ecken weiter zu meiner Pension. Die Pensionsleiterin war eine getreue Parteigenossin. Sie hielt für mich jede Nacht ein Zimmer frei. Meine Koffer standen zwischen den ihren auf dem Dachboden. Es war ein für mich völlig erschöpfender Tag. Ich rief meine Frau an und meinte, es werde schon zunehmend schwieriger, mit dem Leben davonzukommen. Der Zweifrontenkrieg gegen Nazis und Kommunisten sei aufreibend. Ich wisse bald nicht mehr, nach welcher Seite ich stärker zu kämpfen hätte.
Ich döste vor mich hin und dachte an eines meiner letzten Gespräche mit dem Kommunistenführer Thälmann im Frühjahr 1932, in dem ich ihn gefragt hatte, warum uns die Kommunisten im preußischen Landtag mit so vielen kleinen Anfragen behelligten. Er antwortete, daß diese den Diskussionsstoff für ihre Parteiabende lieferten und weiterhin vor Moskau und den anderen kommunistischen Parteien eine Rechtfertigung ihrer politischen Aktivitäten in Deutschland darstellten. Sie würden zusammen mit den so schön objektiv gehaltenen Antworten der Regierung abgedruckt, an die ohnehin niemand glaube, da sie nicht offensiv, sondern immer entschuldigend gehalten seien. Sollten wir denn die Verfasser der kleinen Anfragen persönlich angreifen und etwa „Schweinehunde" nennen, wollte ich wissen. Thälmann erwiderte, daß es außer diesen edlen Tieren auch noch andere Beinamen gebe. Ich fragte: „Fuchs?" Thälmann lachte und meinte, dies sei schon willkommener. Dann werde er mir zu Weihnachten eine Gans schicken. Er strich mir über meine fast weißen Haare und sagte: „Lieber Genosse, werden Sie persönlich offensiver, um glaubwürdiger zu sein!"
Ich fragte Thälmann dann, ob er mir etwas über die Verhandlungen der russischen Generäle mit unseren deutschen berichten könne und über die von uns in Rußland eingerichteten, wohlversiegelten Flughäfen. Er staunte mich in Unwissenheit an, so daß ich äußerte, daß die Führer der kommunistischen Parteien wohl nur Schachfiguren seien. Er sei ein Läufer, der sich nur nach einer Richtung bewegen könne. Thälmann klagte, er habe im politischen Leben nicht viel Möglichkeiten zu persönlicher Initiative gehabt, worauf ich lachend antwortete: „Und ich zuviel."
Jeder Deutsche, führte ich aus, habe seinen eigenen Gott, seine eigene Kirche, seine zuweilen bösartige Kritik an den Verhältnissen. Jede unabhängige Organisation versuche, besonders wenn sie Wählerstimmen hinter sich habe, auf Regierung und Öffentlichkeit Druck auszuüben. Thälmann schnappte zurück, daß es mit diesem deutschen Individualismus vorbei sei.
Die mir am Herzen liegende, immer wiederholte Frage war jedoch, wie Rußland von uns technisch erstklassige, kostspielige Unternehmungen aufkaufen könne, um sie in aller Kürze zu Schrott herunterzuarbeiten. Jede Produktivitätssteigerung beruhe nur zum Teil – etwa 30–40 % – auf technischen Verbesserungen, während umsichtige Verwaltung, ausgebildete Ingenieure, gelernte und angelernte Facharbeiter für den Rest der Steigerung notwendig seien. Die Russen schickten unsere Facharbeiter nach kurzer Zeit nach Deutschland zurück und oft dazu dann deren russische Mitarbeiter in ihre Konzentrationslager. Welche wirkliche Verbesserung der Produktivitätssteigerung versprächen sich die Russen davon? Rußland sei noch ein unent-

wickeltes Land und verhalte sich in dieser Lage seinen bestwilligen Lieferanten gegenüber zu arrogant.
Thälmann dachte darüber sehr ernsthaft nach. Also konnte ich zu der letzten mir wichtigen Frage kommen: „Warum wollen die Russen die Henne, die ihnen die goldenen Eier für ihre Industrialisierung legen soll, hier auf der Straße, im Wahlkampf schlachten?“ Thälmann antwortete resigniert, daß nicht die Nazis ihre Hauptfeinde in den Versammlungen seien, sondern die Sozialdemokraten. Die Kommunisten könnten nur uns Stimmen wegnehmen.

3. Zunehmende Gefährdung

Wir setzten die Versammlungen fort, um unsere Genossen in der Untergrundbewegung zu schulen, obwohl die großen Wahlaufmärsche viel demonstrativer und vor den Wählern wirkungsvoller waren. Eine solche „Ausbildungs“-Versammlung beriefen wir im Osten Hamburgs in einem Restaurant ein, wo um diese Zeit noch von den Ausflüglern Kaffee und Kuchen auf der Terrasse verzehrt wurden. Der Versammlungsraum war überfüllt von Arbeitern und Nazis, die von unserem Treffen gehört hatten. Die letzteren fragten mich nach meiner Auffassung über die Zukunftsaufgaben der Nazis. Ich sprach von der neuen Formation der Kriegswirtschaft. Diese leide weniger an Rohstoffmangel als die des Ersten Weltkriegs. Sie beruhe auf Investitionen in epochemachende Erfindungen. Die synthetische Chemie stehe im Vordergrund. Der Verkehr und besonders neue Wege der Kommunikation befänden sich in revolutionärer Entwicklung. Wissenschaftliche und Forschungsinstitute hätten sich schon darauf eingestellt. Doch werde durch die fortschreitende Automatisierung die Zahl der Handarbeiterschaft, besonders der Bedarf an ungelernten Arbeitern, zurückgehen. Die Nazis wollten die Angestellten, Aufsichtspersonen, die neuen, technisch angelernten wie die alten Werktätigen in eine Arbeitsfront umorganisieren, um die wirtschaftliche und soziale Klassenhaltung der Arbeiterschaft zu brechen. Mit Marschieren, Gesang und gemeinsamen Betriebs- wie Fachgeselligkeiten versuchten sie, nach allen Seiten eine Gleichschaltung zu erreichen.
Plötzlich stürzten unsere Reichsbannervertreter herein und meldeten, daß das Restaurant von SA-Leuten umstellt sei, die den Einberufer, die Versammlungsleiter und mich verhaften wollten. Der Sohn eines Hannoveraner SPD-Abgeordneten lud mich auf sein Motorrad und brauste durch die auseinanderstiebende SA-Kolonne auf Nebenstraßen zum Hauptbahnhof, wo mich ein Eisenbahnschaffner gerade noch in den hintersten Wagen des abfahrenden Schnellzugs nach Berlin hineinzog.
Kaum war ich dort in meiner Wohnung angekommen, erschienen zwei SA-Männer und verlangten meine Aktentasche. Ich beschwerte mich telefonisch bei dem nationalsozialistischen Bezirksleiter, der seine Leute prompt zurückpfiff mit der Bemerkung, daß diese Akten zu meiner Funktion als Parlamentarier gehörten. Alte und neue Wertmaßstäbe waren hier im Streit. So behielt ich das Manuskript einer meiner am besten ausgearbeiteten Darlegungen der von den Nazis geplanten Umorganisation der deutschen Wirtschaft.
Am Abend ging ich zu unserem Jung-Sozialisten-Treffpunkt, einem Restaurant am Kurfürstendamm, ein paar Häuser von der Gedächtniskirche entfernt. Dort versammelten sich die Freunde Mierendorffs zu ebenso anregenden wie endlosen Gesprächen. An jenem Abend war Karl Valentin aus München dort. Wir sprachen über die komische Situation, den Humor und den Witz, alle aufgebaut auf der Konstellation von Möglichem und Unmöglichem. Es gebe gute Witze und schamlose. Ich gab einen jüdischen Witz, den ich mir in allen Lebenslagen von meinem Freund

Adolph Löwe erzählen ließ, zum besten, wo das „Unmögliche“ zum „Möglichen“ wird: Moses kommt in die Synagoge gestürzt und ruft aus, der neue Rabbi habe gestern direkt mit Gott gesprochen. Das sei ein Lügner, war die allgemeine Antwort. „Wird Gott mit einem Lügner sprechen?“ Rationale Schlüssigkeit und eine gute Parabel machen diesen Witz aus.
Goebbels machte schlechte deutsche Witze. In einer Konferenz wurde er gefragt, wen die Nazis verfolgen würden, wenn sie alle Juden ausgerottet hätten. Er antwortete: „Die Radfahrer!“ Der Witz unterstrich nur die sachliche Grausamkeit der Judenverfolgung. Doch die deutschen Presseleute lachten laut. Das war im Frühjahr 1933 und ist schwer zu glauben.
Wir gingen mit Karl Valentin hinunter zum Kabarett am Kurfürstendamm. Er war der Conferencier und begann zu erzählen, daß er in München vor etwa neun Jahren 100 Nazis mit der Nase im Pferdemist liegen gesehen habe, als nur ein paar Schüsse knallten. Er habe dann in den Bierkellern 1000, später 100.000 Nazis „Heil Hitler“ schreien hören. In Nürnberg seien Millionen marschiert – aber er sei noch nie einem einzelnen Nazi begegnet. Auf den Zwischenruf „Adolf Hitler“ antwortete Valentin: „Aber bitte, setzen Sie den Herrn Führer doch nicht ins Unrecht!“
Als wir über den Kurfürstendamm zurückgingen, heulten die Sirenen an uns vorüber. Hatten sie verleumdete Linke abgeholt oder angezeigte Juden? Am Nollendorfplatz heulten die Sirenen wieder auf. Es war eine schöne deutsche Frühlingsnacht, doch wir erschauerten.
Im Februar rutschte ich ständig zwischen Berlin und Hamburg hin und her. Wir hatten oft zwei bis drei Wahlversammlungen an einem Nachmittag hintereinander. Meine Stimme wurde von einem Doktor gut aufrechterhalten. Doch spät und selten kamen wir zur Ruhe. An einem frühen Februarmorgen klopfte es schon gegen 7 Uhr heftig an die Tür meines Hamburger Zimmers – „Aufmachen, ich bin es, Ruth!“ Träumte ich? Meine junge Tochter stürzte durch die Türöffnung und schrie: „Du mußt sofort hier raus! Zwei SA-Männer der Berliner Staatspolizei haben einen Haftbefehl, Dich nach Berlin in Schutzhaft zu nehmen. Beeile Dich!“ Meine Wirtin packte alles in meine Koffer. Halbangekleidet wurde ich von meiner Tochter zur Tür hinausgeschoben. Ich sagte noch, daß alle Notizen, Zettel, meine Reden und der Inhalt meines Papierkorbes zu verbrennen seien. Im Auto auf der Fahrt zu meinem anderen Unterschlupf zog ich mich an. Mein Telefongespräch mit dem Polizeisenator Schönfelder ergab, daß die Hamburger Polizei über die Berliner Verhaftungsabsichten nichts wußte. Ich erfuhr, daß zwei Polizeioffiziere meine ganze Pension durchwühlt hätten. Schönfelder drängte die Hamburger Polizei, scharfen Protest einzulegen, daß es die Berliner Staatspolizei gewagt habe, einen Hamburger Reichstagsabgeordneten mitten aus dem Wahlkampf heraus verhaften zu lassen. Ich vermutete, daß Göring selbst die Anweisung gegeben hatte, um mich aus dem Wahlkampf herauszuhalten.
Meine Frau und ich ließen in den letzten Februartagen meine wertvolle Bibliothek, von zwei Großvätern, meinem Vater und mir gesammelt, durch einen zuverlässigen Packer, der mit Erstausgaben und alten, vergilbten Bänden umzugehen verstand, in starke, für eine Überseereise geeignete Kisten verpacken. (Der Packer bewunderte noch die Bücher, einen echten alten Goethe, alte Kant-, Marx- und Engels-Ausgaben sowie wertvolle Korrespondenzen.) Umsonst: Diese echten deutschen Kulturwerte wurden kurz darauf vor meinen Augen von den Nazis abgeholt und auf einem Scheiterhaufen unter Jubel verbrannt. Der Packer, selbst eines der ersten NSDAP-Mitglieder, erklärte uns den Ausdruck seiner tiefen Scham, um dann noch die Lagerrechnung einzukassieren. Zum Trost sandten uns die Nazis einen Band II von Marx' „Kapital“ zurück.
Wir beschlossen, rasch zu handeln, das von uns gebaute Haus und den schönen, berühmten Garten zu verkaufen und Ruth mit ihrer Freundin Ruth Fabian nach Genf zu schicken, um uns beweglicher den rasch drastischer werdenden Zeiten anpassen zu können. Dazu war das Tele-

phon ruhiger geworden. Keine Freunde und Durchreisende meldeten ihre Besuche mehr an. Nur mein Nachbar Ruge, ein kluger Rechtsanwalt, und seine liebe Frau sowie unser Hausarzt kamen noch vorbei. Selbst Schäffers und von Buttlars konnten sich nicht mehr sehen lassen. Doch die SA-Leute schellten mit Vergnügen an der Tür zu jeder Tages- und Nachtzeit. Unser in der „Modernen Kunst" abgebildetes, viereckiges Haus – gebaut wie eine moderne Kaffeemühle – verkauften wir zu einem kaum nennbaren Preis.
Nach den Märzwahlen zogen wir in das Fremdenzimmer von Lederers Wohnung, die in London waren und bald danach mit Alvin Johnson über die Gründung und Zusammensetzung der „University in Exile" verhandelten. Es war ein schwerer Abschied. Der kurzlebige Mensch hängt doch sehr an seinem persönlichen Besitz. Er ist ein Mantel für äußere und innere Sicherheit. Doch meine Frau machte mir das Aufgeben leichter: Es gelte, Freiheit und Beweglichkeit zu gewinnen, die heute Güter höherer Ordnung geworden seien.

4. Der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933

In Bremen hatte der Bürgermeister den Hamburger Parteigenossen einen schönen Empfang im Rathaus gegeben. Am späten Abend zogen die Arbeiterkolonnen singend auf dem Marktplatz ein. Es war eine unvergeßliche Zusammenkunft, jeder begeisterte jeden. Die Versammlung lief gut und behandelte Fragen der Wiederbelebung der Weltwirtschaft sowie das Fischereiwesen und den Ausbau des Zufuhrnetzes zur Weser; Probleme, die in der Weimarer Zeit erörtert worden waren und zu Otto Brauns Preußisch-Bremischer Hafengemeinschaft geführt hatten. Ich wurde daran erinnert, daß ich zu den fünf auserwählten Personen gehört hatte, die auf den goldenen Tellern des Senats ein erlesenes Mahl serviert bekamen. Darunter sei auch der Kaiser Wilhelm gewesen, betonte lächelnd der sozialdemokratische Bürgermeister.
Da kam die Nachricht, der Reichstag brenne, das Heim des demokratischen Parlaments sei zerstört. Es seien am Tatort drei „Kommunisten" verhaftet worden. Eine wilde Unruhe brach aus. Nachdem ich endlich wieder das Wort erhielt, erklärte ich, daß dies ein fürchterliches Attentat auf die Demokratie sei. Wir hätten es mit einer gigantischen politischen Lüge zu tun. Die Täter und Inspiratoren klagten ihre Handlanger der schrecklichen Tat an, und ohne jedes moralische Gewissen trachteten sie, die Kommunisten allein zu bezichtigen und an den Galgen zu bringen. Wir müßten wachsam sein. Recht allein schaffe hier Klarheit – Gerechtigkeit komme vor Recht. Wir müßten die Wahrheit verkünden. Noch nie habe Deutschland eine solch amoralische Tiefe erreicht. Ich wiederholte, dies sei eine Tat der Nazis. Wir hätten jedoch in dieser Richtung noch mehr zu erwarten. Die Arbeiter seien gegenwärtig die einzige machtvolle Gruppe in Deutschland, die über Gut und Böse wachen könne.
Der Beifall war stürmisch. Wir wurden mit Gesang zum Bahnhof geleitet, und doch hatte ich unterschwellig das vorahnende Gefühl, daß sich in der linken Front schon so etwas wie Angst zeige. Solche großen Ereignisse wirken nach zwei Seiten – Widerstand und Verzweiflung.
Auf dem Hamburger Bahnhof tranken wir noch einen Kaffee, um die Extrablätter zu lesen. Meitmann meinte, daß, wenn wir den Nazi-Coup schnell aufdecken könnten, uns viele Wähler zuströmen würden und unser Wahlsieg gesichert sei. Am nächsten Morgen schob mir meine Wirtin die Zeitung mit der Bemerkung herein: „Da haben die Kommunisten doch wieder einmal das Schlimmste angestellt, und das sechs Tage vor den Wahlen".
Der Hamburger Parteivorstand war geteilter Meinung, die große Lüge über den Reichstagsbrand als Parole in den Vordergrund zu stellen. Die Presse und das von den Nazis kontrollierte Radio

prangerten einen verhafteten Kommunisten, einen Holländer dazu, an. Ich argumentierte, die Nazibewegung sei eine Massenbewegung. Die Masse glaube dem Radio, Gedrucktem und was die Nachbarn bestätigten. Der innere Kreis der Nazis wisse zwar genau über die vorausgeplanten Geschehnisse Bescheid. Die „Evidenz" des inhaftierten Holländers sei aber für die Öffentlichkeit die Wahrheit. Der Parteivorstand beschloß dann jedoch mehrheitlich, in den Wahlen die Überzeugung zu verkünden, daß die Nazis den Reichstagsbrand verschuldet hätten.
Der Beweis dafür wurde uns damals bald offensichtlich. Einen Tag später, am 28. Februar, als der Reichstag noch rauchte, wurden zwei Notverordnungen erlassen, die „Reichstagsbrandverordnung" und die Verordnung „gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe". Heine vom Parteivorstand gab mir die Verordnungen telefonisch durch mit der Bemerkung, es sei der größte politische Diebstahl, eine Beraubung des deutschen Volkes hinsichtlich seiner verfassungsgarantierten Freiheits- und Menschenrechte.
Beamte, die mit Kabinettsvorlagen zu tun hatten, wußten, daß man nicht zwei derartige Verordnungen an einem Vorfrühlingsmorgen kabinettsreif machen, geschweige denn einem Reichspräsidenten, der nur zwei bis drei Nachmittagsstunden aufnahmefähig ist, zur Unterschrift vorlegen und veröffentlichen kann. Diese Notverordnungen waren von Hitler, Göring und Frick vorgeplant und diskutiert worden. Es war eine geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit, solche ausgesprochen niederträchtigen Verordnungen aus dem Stegreif zu formulieren.
Selbst ein unvoreingenommener Staatsbürger mußte zu dem Schluß kommen, daß, wenn die Brandstiftung für die ganze Regierung und die Polizei eine Überraschung war, die Gesamtregierung von drei echten und neun Nicht-Nationalsozialisten am frühen Morgen des nächsten Tages zu Beratungen gerufen worden wäre, um zu diskutieren, welche Maßnahmen zu ergreifen seien, anstatt zur Zeichnung von unterschriftsreifen Verordnungen bestellt zu werden. Man hätte außerdem wohl Vernehmungen der Reichstagsdiener angeordnet. Auch die Tatsache, daß so viele SS-Leute um den brennenden Reichstag versammelt waren, ließ in Unbefangenen Verdacht aufsteigen. Doch wer war noch unbefangen in dieser Stunde der höchsten Erregung?
Die zielbewußte Planung der Reichstagsbrandverordnung, in Hinblick auf die Märzwahlen und gegen die Kommunisten und verdächtigen Linken gerichtet, sprach für die Verschwörung. Nach der verfassungswidrigen Brandverordnung hatte jeder Polizist, der damals schon von SS und SA überwacht war, das Recht, jedermann zu verhaften und Hausdurchsuchungen vorzunehmen, ohne daß die Betroffenen die Möglichkeit der Anrufung von Gesetzesbeistand hatten. Die die allgemeine Ordnung gefährdenden oder als solche angezeigten „Verbrecher" konnten einfach verschwinden. Jeder hatte zu befolgen, was dem deutschen Volk nach dem Urteil der Nazis zum Besten diente. Damit war jedermann Freiwild geworden, selbst unliebsame Nazis wurden verfolgt, zum Selbstmord getrieben. Welche Gruppen damals jedoch zuerst zu verfolgen waren, wurde von Göring bestimmt. Es waren nicht die Juden als Gruppe, sondern die Kommunisten.
Die zweite Verordnung war ein weiterer Verfassungsbruch. Sie brandmarkte das Ausstreuen von Gerüchten und jegliche Mitteilungen an ausländische Regierungen als Hochverrat. Um eine Reaktion der Arbeiter zu kupieren, wurden Streiks in lebenswichtigen Betrieben und vor allem das Aufrufen zum Generalstreik als Landesverrat verboten. Mit der Ernennung Hitlers war Deutschland als Verfassungsstaat am Ende. Zweckvolle, brutale Gewalt ersetzte das Recht. Der Umsturz zum totalen Machtstaat war öffentlich erklärt, doch verschleiert durch die plakatierte Lüge des Vorhandenseins eines wirklichen, Europa gefährdenden Kommunismus. In meinen Reden nannte ich diese Verordnung den wahren Dolchstoß gegen Freiheit und Gleichheit. Die Flucht der oppositionellen und jüdischen Intelligenz ins Ausland verstärke die Weltmeinung über ein barbarisches, über Nacht kulturfeindlich gewordenes Deutschland. Die Naziverordnungen seien der Beginn einer totalen Diktatur. Dies verlange doppelten Mut zum Widerstand

und erneute Festigkeit in der Überzeugung, daß wir diesen Sturm überleben würden, um unsere Ideale verwirklichen zu können.
Der Wahltag am 5. März war gekommen. Die Hamburger Nationalsozialisten besetzten das Rathaus. Ich weiß nicht mehr, wer den Gedanken hatte, Admiral Raeder anzurufen, er solle sofort ein Regiment Landjäger schicken, um das Rathaus zu räumen.
Der Ausgang der Wahlen war für die führenden Nationalsozialisten eine, wie mir meine früheren Kollegen sagten, wirkliche Enttäuschung. Die Reichstagsbombe war zu spät explodiert. Sie hatten, anstatt der 44prozentigen, auf eine absolute Mehrheit gehofft, oder wenigstens auf die Möglichkeit, ohne das zunehmende Zentrum die Zweidrittelmehrheit für die Ermächtigungsgesetze zu erhalten. Ihre Partner, die Deutschnationalen, verloren jedoch. Dies brachte innere Sorgen – nach außen hingegen verkündeten sie einen „überwältigenden Wahlsieg" durch Radio und Flugblätter. Selbst in den Reihen der Linken wirkte dies niederschlagend. Das „Wie macht man es öffentlich glaubhaft" ist die Kunst in solch emotional bewegten Zeiten. Der Meister in der Kunst politischer Lügen, Verdrehungen, Verleumdungen, Joseph Goebbels, wurde dafür Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Rundfunk, Presse, Plakatierung und die Reichszentrale für Heimatdienst waren somit in einer teuflischen Hand vereint.
Auch die SPD war über das Wahlergebnis enttäuscht. Sie verlor viele Arbeiterstimmen an die KPD und Arbeitslose an die Nazis, gewann jedoch einen Zuwachs vom liberalen Bürgertum, dessen traditionelle Parteien fast völlig ausgelöscht waren.
Die Analyse und Auswertung der Wahlresultate hatte als solches überhaupt nur beschränkten Wert. Denn schon kurz nach der Wahl und mit dem Verbot der KPD gingen deren Arbeitslose zu den Nazis über, da sie dort bessere Arbeitschancen und Suppenküchen vorfanden. Dazu nahmen sie gern am Kolonnenmarschieren mit Gesang teil. Das Militärische liegt vielen Deutschen im Blute. Selbst der Pazifismus ist bei manchen nur ein unerfüllter, unterdrückter Militarismus, was sich an ihrem steifen Benehmen zeigt.
In unsere kleinen Versammlungen kamen die politisch interessierten Kommunisten und verschärften oft merklich die Tonart. Die Mehrzahl von ihnen, verbittert und enttäuscht, kümmerte sich jedoch bald nicht mehr um Politik. Dies war ganz im Sinne Goebbels', viele Kommunisten auch ohne Konzentrationslager zu eliminieren.

5. Die Reichstagssitzung vom 23. März 1933

Auf der Tagesordnung der ersten Reichstagssitzung am 23. März 1933 stand das allumfassende Ermächtigungsgesetz für Hitler zur Abstimmung. Die Kommunistische Partei war verboten worden. Gegen die Verhaftungen der gewählten kommunistischen Abgeordneten hatte niemand mehr protestiert, selbst die Rechtsstaatler und Demokraten nicht. Dies war der erste große Sieg von Goebbels. Ich bemerkte damals vor meinen Parteigenossen, daß wir bis zur nächsten Reichstagssitzung wohl auch ausgeschlossen sein würden. Hitler brauchte die Stimmen der Sozialdemokraten nicht, jedoch die des Zentrums, das damit eine Schlüsselstellung innehatte.
Hitler verlangte für seine Regierung ein ausschließliches Ermächtigungsgesetz, wonach ohne Mitwirkung des Reichstags alle Gesetze geändert und ersetzt werden konnten, selbst wenn dies ein Verstoß gegen die Verfassung selbst war. Er kaufte die Zustimmung vom Zentrum und den liberalen Mittelparteien durch sein „Zugeständnis", daß das Gesetz seine Rechtsgrundlage verliere, wenn sich das augenblickliche Kabinett, zu zwei Dritteln aus Nicht-Nationalsozialisten bestehend, auflöse.
Das Ermächtigungsgesetz war außerdem auf vier Jahre begrenzt. Das derzeitige Kabinett, die

politische Konstellation von Reichspräsident, Reichsrat und Reichstag hatten also weiter zu funktionieren, um Schlimmeres oder das Schlimmste zu verhüten. Das war die damalige Überzeugung der Mehrheit in der Zentrumspartei. Es waren dieselben Politiker, die Ende Januar 1933 Hitlers Treueschwur auf Gott und die Weimarer Verfassung geglaubt hatten, und daß Hitler gefügig gemacht werden könne. Mit Recht fragte daher eine skeptische, starke Minorität im Zentrum und in den liberalen Restparteien nach Gründen für die Annahme, daß der Verfasser eines solchen Ermächtigungsgesetzes, das alle verfassungsmäßigen Rechte aufhebe, sich an Abmachungen mit den Parteiführern halten werde – selbst wenn sie im Ermächtigungsgesetz niedergelegt seien. Es war in dieser Stunde beachtenswert, daß Einheit der Parteien nach außen als größte Notwendigkeit erachtet wurde. So wurde den Fraktionen Mehrheitszwang auferlegt, und alle Bürgerlichen stimmten mit „Ja". Der feste Parteikollektivismus war psychologisch schon für das Gefühl persönlicher Sicherheit ein bedeutsamer Faktor.
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte es besonders schwer, Mut und Nerven erfordernde Entscheidungen zu treffen. Wir verhandelten in den Wandelgängen des Reichstags, da die Sitzungssäle nach Aussagen der Reichstagsbediensteten abgehört wurden. Übereinstimmung bestand darin, daß wir mit „Nein" zu stimmen hätten. Außerdem müßten wir durch Wels eine sehr klare Erklärung abgeben. Wir diskutierten darüber mit alten Freunden aus der Zentrumspartei, die von Göring das Einverständnis übermittelten, daß wir geschlossen mit „Nein" stimmen könnten. Dies würde Hitlers überwältigenden Sieg und den Eindruck einer formal korrekten parlamentarischen Prozedur nur herausheben.
Die SPD-Fraktion war in drei Richtungen gespalten. Die erste riet, mit den alten Kollegen der Mehrheitsparteien zusammenzuspielen, um bei flagranten Übergriffen der Nazis auf den Austritt der Deutschnationalen und des Reichswehrministers zu drängen, selbst auf Kosten eines zeitweise verschärften Bürgerkriegs.
Die zweite Gruppe argumentierte für die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Regeln. Die SPD dürfe nicht die Schuld auf sich nehmen, die Entmachung des Reichstags zu sanktionieren. Es gehöre Mut dazu, gegen die Annahme der Verordnung vor dem Plenum scharfen Protest einzulegen, welcher öffentliches Aufsehen erregen werde und für den Zusammenhalt der Partei wichtig sei.
Die dritte Gruppe der „16" – unter 90 Kollegen –, zu der auch ich gehörte, riet dringend, das Goebbelssche Theater zu entlarven und ihn seiner Autorität zu berauben. Wir müßten daher der Sitzung fernbleiben. Wir seien geduldete Strohmänner. Wels habe eine öffentliche, in allen linken Blättern und an Litfaßsäulen abgedruckte Erklärung abzugeben, die die Lügen und Geschichtsverfälschungen der Nazis aufdecken sollte. Ihr wirkliches, planvoll verfolgtes Ziel sei und bleibe die totale Diktatur.
Ich war der Hauptsprecher der „16". In dieser Gruppe hatten die Frauen die Mehrheit. Meine Rede in der Fraktionssitzung war zu kurz und aufgeregt: Hitlers Machtstreben führe im Inneren zur Aufrüstung, um den blutigen Weltkrieg zu entfachen. Wir, die schon Verurteilten, ohne dies sehen zu wollen oder zu können, würden nur dem eigenen Henker bei der Durchführung seiner teuflischen Pläne helfen. Sollten wir etwa Hitler ermächtigen, das Parlament selbst aufzulösen? Die Fraktion beschloß mit 70 Stimmen die Teilnahme an der Reichstagssitzung, Fraktionszwang und eine Protestrede von Wels. Nach unserer Fraktionssitzung kam die so tätige und hochangesehene bayerische Genossin Antonie Pfülf zu mir und gab mir ihre beiden Hände. Sie könne nicht miterleben, wenn der Reichstag sich selbst aufheben und zu einem Spielzeug der Nazis werde. Ich hätte mit Recht betont, daß der Krieg die unabwendbare Folge von Hitlers Diktatur sei. Sie weinte und schloß mit leiser Stimme, daß sie nach Bayern zurückgehe, um sich das Leben zu nehmen. Ich konnte kein Wort herausbringen.

Spät kam ich zu meinen engeren Freunden in das Café am Tiergarten, unseren Treffpunkt. Ich erzählte Mierendorff und den anderen mein erschütterndes Erlebnis. Alle warfen mir vor, daß ich Antonie keine Hoffnung auf die lebendige Bewegung gemacht und sie zurückgehalten hätte.
Im Foyer der Krolloper angekommen, fand ich den Saal schon gefüllt. Ich wurde in die Ecke geschoben, und herein stürmten mit „Sieg heil"-Rufen Hitler und sein Anhang. Der sozialdemokratische Amtsdiener entdeckte mich in dem Nazi-Trubel und führte mich in den sozialdemokratischen Abschnitt auf einen hinteren Platz, damit ich keine Zwischenrufe machen konnte. Nicht alle waren gekommen.
Die Bühne füllte sich, und Göring begann mit der Reichtagsbrandlüge, auf das Ausland anspielend, das von einem großen kommunistischen Angriff „durch das rasche Handeln der Reichsregierung" gerettet worden sei, „durch rücksichtslose Ausrottung dieser Gefahrenquelle". Hitler begründete sein Ermächtigungsgesetz. Darauf hielt Wels die beste Rede dieser Sitzung. Er wurde lautlos, ohne Unterbrechungen angehört. Er sprach aus der Geisteshaltung einer anderen, vorübergehend untergegangenen Welt. Die Sozialdemokratie sei seit mehr als zwei Menschenaltern Träger des sozialistischen Gedankenguts gewesen. Wollten die Nationalsozialisten sozialistische Taten verrichten, brauchten sie kein Ermächtigungsgesetz. Mit erhobener Stimme betonte Wels, daß auch das Rechtsbewußtsein des Volkes eine politische Macht sei. Die Weimarer Verfassung sei die eines Rechtsstaates, der Gleichberechtigung und des sozialen Rechts. Ich habe diese Rede immer wieder in unseren späteren Versammlungen zitiert und damit jedesmal tiefen Eindruck und Hoffnung auf eine hellere Zukunft erzielt. Ich kannte sie fast auswendig.
Nach der Sitzung trafen sich Politiker und Diplomaten im Foyer, um Hitler persönlich zu gratulieren, den man in dem Gedränge nicht mehr sehen konnte. Da war der amerikanische Botschafter, der später auch an der Nürnberger Millionenfeier teilnahm. Aus der Gruppe kam Poncet auf mich zu, erfreut über meine Teilnahme an der Sitzung. Ich bemerkte, daß er wohl unter dem frischen Eindruck des Ermächtigungsgesetzes seiner Regierung den Rat geben werde, für die Maginotlinie bei Lloyd in London eine hohe Versicherung aufzunehmen. Der gedämpfte Trommelklang der letzten Wochen sei ihm sicher nicht entgangen: C'est la guerre! Er hingegen sprach von dem Erlebnis der deutschen Einheit. Ein mir früher untergeordneter Beamter unterbrach uns mit der Frage, was ich in diesem bunten Kreis zu tun hätte. Auch er bewunderte die Welssche Rede und wiederholte, daß trotz allem verstandesmäßigen Widerstand er von Hitlers geistiger Regsamkeit und seinem charismatischen Einfluß angetan sei. Ich ging zur Ecke der geschmückten Siegesallee, um mit dem Wagen der Preußenelektra zum letzten Mal nach Hause zu fahren.
An der Ledererschen Wohnung angekommen, sagte mir mein langjähriger Chauffeur, daß ihm gekündigt worden sei, weil er die Hakenkreuzfahne über dem Eingang zum Verwaltungsgebäude vor einer Aufsichtsratssitzung heruntergeholt habe. Er werde mich mit seinem Privatwagen weiterfahren. Er sei nicht um den Verlust seiner Stellung besorgt, sondern um die Menschen, mit denen er sich früher verstanden habe. Er fragte mich noch, ob es für mich klug sei, nach Hamburg zurückzugehen. „Die Krüge brechen jetzt schneller!"

6. Die Judenverfolgung beginnt

Gegen Ende März 1933 wurden staatliche und städtische jüdische Beamte entlassen. Nach falschen Großmüttern wurde gefahndet. Geschäftsleute entließen alte jüdische Angestellte. Die antisemitischen Maßnahmen begannen mit der Verfolgung von Einzelnen und endeten schließlich in der kollektiven Extermination von „Schubsendungen“. Es gibt keine Worte, die diese Furchtbarkeit beschreiben können.
Der erste wirkliche Massenauftakt – ein Prüfstein dafür, wieviel das deutsche Volk hinnehmen werde – fand am 1. April 1933 statt, mit dem Boykott aller jüdischen Geschäfte in ganz Deutschland. Wir waren in Hamburg vorher informiert worden und konnten daher den Parteigenossen wie Gewerkschaftern die Anweisung geben, an diesem Tag „alles Mögliche“ in jüdischen Geschäften zu kaufen. Vor manchen Läden stand uniformierte SA und bedrohte die Käufer, sie würden sowohl sich wie den Geschäftsinhabern Schaden zufügen. Doch sobald das Reichsbanner durch die Straßen marschierte und ostentativ vor Geschäften mit dem gelben Kennzeichen halt machte, verschwanden die Nazis. Als am Nachmittag die Arbeiterkäufer erschienen, waren jene nicht mehr zu sehen. Die jüdischen Inhaber wurden jedoch gewarnt, den Boykott als Vorzeichen weiterer Verfolgungen zu sehen, ihre Geschäfte schnell zu verkaufen und, wenn möglich, in das Ausland zu gehen. „Volle Deckung“ sei auf jeden Fall geboten.
Das „In den April schicken“ war den Nazis mißglückt – ein Beweis, daß die Linke in Hamburg die Vormacht auf der Straße hatte. Für diese Erkenntnis ihrer Unterlegenheit rächten sich die Nazis schon bald darauf. Im Brauerschen Altona funktionierte der Gegenboykott als Antwort auf die Naziprovokation sogar noch besser. In den meisten deutschen Städten hatten jedoch, wie wir hörten, die Nazis die Oberhand, und viele arische Sympathisanten, die in jüdischen Geschäften kauften, erlitten Verfolgungen. Am Radio prahlte Goebbels über einen durchschlagenden Erfolg. Der politische Himmel verdüsterte sich mehr und mehr.

7. Mein Abschied von Hans Schäffer und Hans Simons

Da ich „ansteckend“ war, verlegte ich meine Besprechungen auf eine bequeme Bank im Berliner Tiergarten, an die ich mich nach einer kurzen Wanderung, um sicher zu sein, daß mir niemand folgte, heranmachte. Zwei solche Tiergartengespräche im späten Frühling 1933 hinterließen in mir einen tiefen Eindruck. Ich will das letzte Zusammensein mit Hans Schäffer zuerst wiedergeben. Schäffer erzählte mir, daß er eine Einladung Wallenbergs in Aussicht habe, in Schweden die Abwicklung der Kreugerfirma vorzunehmen. Er war seltsamerweise darüber nicht glücklich. Er wollte lieber bleiben und mit seiner Freundin Cora Berliner und anderen, wie Leo Baeck und Otto Hirsch, am jüdischen Hilfswerk mitarbeiten.
Schäffer war kein frommer Jude. Wir waren beide Agnostiker. Ich feierte den Sonntagmorgen, wie es mein Vater getan hatte, der doch zuerst Pfarrer gewesen war, mit dem Vorlesen von Gedichten neuer und klassischer Art, wie Goethe und Schiller. Schäffer tat dasselbe jeden Freitagabend und an jüdischen Feiertagen. Er las seiner Familie mehr Prosa (Geschichten) vor. Trotzdem wurde er ein bedeutsamer Helfer bei den Auswanderungen nach Israel, da er das Interesse der prominenten jüdischen Bankiers und Industriellen für die jüdische Hilfsorganisation gewann. Er warnte vor Auswanderungen, die nicht im voraus bezahlt waren. Die „Kassenlage“ war für ihn der Leitstern seines Lebens.
Im Grunde genommen war es Cora Berliner, die er nicht verlassen wollte. Schäffer war in einem

ernsten inneren Konflikt. Ich konnte ihm nur sachlich antworten, daß er mit seiner Familie die erste Gelegenheit auszuwandern nützen solle. Meine nüchterne Antwort gefiel ihm nicht. Dazu kam die Überlegung, die von Krosigk ihm eingeimpft hatte, daß es mit den Nazis im Herbst schon zu Ende sein werde, da sie einfach nicht regieren und verwalten könnten. Mit der Besserung der Wirtschaftslage würden viele Mitläufer abspringen.
An diesem Punkt wurde ich leider heftig und erwiderte, daß er das „planvolle Vorgehen" der Nazis völlig unterschätze. Er verkenne den planmäßig angewandten Terror. Hugenberg sei längst zu einem Aushängeschild geworden. Er solle doch nicht Chimären nachlaufen. Schäffer wurde darauf bitter und sagte mir wörtlich, es sei längst an der Zeit, mein „politisches Luderleben" abzubrechen. Ich sei für alle meine Freunde eine Infektionsgefahr. Wieviele Geschäftsleute am Reichskanzlerplatz seien meinetwegen schon bedroht worden und dürften mir daher nichts mehr verkaufen. Von meinen Freunden wolle er ganz schweigen. Ich sei es, der sich im Ausland eine neue Beschäftigung suchen solle. Mir werde auch eine Regimeänderung keine Aussichten bieten.
Ich konnte nur antworten, daß ich an der realen politischen Front keine Möglichkeit mehr sähe, die „Planer" Hitlers zu überkommen. Er bewege sich in Berlin in Kreisen von Beamten und jüdischen Organisationsführern, die keine Transmission zu den geänderten Machtverhältnissen, vor allem kein Verständnis für den steigenden Widerhall auf das bewußte Gemache der Nazis hätten. Die meisten seiner Freunde hätten „Mein Kampf" nie gelesen – eine Pflichtlektüre für jeden jüdischen Mitbürger. Schäffer lehnte meine „Straßeneindrücke" als wahrscheinlich übertrieben ab. Ich war so verzweifelt, daß ich fragte, wie gescheite Menschen gleichzeitig so dumm sein könnten. In großer Erregung stand ich auf und reichte ihm die Hand. „Erwerben Sie etwas von der Klugheit jüdischer Frauen!" Dies erschütterte ihn sichtlich.
Heine, der Berliner Jung-Sozialist, rief mich zu einer Zusammenkunft mit Hans Simons auf einer anderen bestimmten Bank im Tiergarten. Simons sprach seine Begeisterung aus für die Hamburger Partei unter Führung eines Jung-Sozialisten. Er war willens, im Rheingebiet ein ähnliches Kampfsystem aufzubauen. Dafür benötige er die Geldmittel und werde die Gruppe dann nach seiner eigenen Initiative leiten. Hans Simons war ein schnell auffassender, begabter, doch ehrgeiziger Aktivist.
Ich riet ihm, auszuwandern und im Ausland eine akademische Aufgabe zu erfüllen, wie er es an der Deutschen Hochschule für Politik so erfolgreich getan habe. Das Geld für eine neue Gruppe könne zwar beschafft werden, doch besitze er nicht die Fähigkeit, mit Arbeitersekretären, Politikern und vor allem den Arbeitern selbst auf gleicher menschlicher Ebene zusammenzuarbeiten. Dies sei aber eine Notwendigkeit. Die Hamburger Parteierfolge beruhten mehr auf anderen als auf mir selbst, der ich nur beratenden Einfluß hätte. Simons war sichtlich enttäuscht. In dieser Zeit müsse jeder für das alte Deutschland politisch kämpfen. Das könnten manche von uns heute im Ausland besser tun, indem sie dort die deutsche Kultur weitertrügen, war meine letzte Antwort. (Hans Simons und ich trafen uns in New York wieder, an der University in Exile, wo wir geschlossen und fruchtbar zusammenarbeiteten. Beide waren wir akademische Verwalter und Professoren geworden.)
Während unserer Unterredung setzte sich ein wohlbeleibter Mann neben uns auf die Bank. Wir flüsterten, doch als der Bäckermeister eingeschlafen war, sprachen wir mit gewöhnlicher Stimme weiter. Wir hatten uns, wie ich später nach meiner Verhaftung hörte, in unserer Beurteilung seiner „Harmlosigkeit" geirrt.
Mit Heine ging ich dann durch das neue Grün. Er sprach davon, wie schwer es sei, eine Untergrundgruppe aufzustellen, da trotz der vielen Verhaftungen keiner an ein längeres Bleiben von Hitler in der Regierung glauben wolle. Wir lebten in einer Welt von Wunschdenkern.

8. Verhaftung

Mit dem Boykott jüdischer Geschäfte, der aufgemachten Maifeier und der darauf folgenden Auflösung der Gewerkschaften hatte Hitler in seinem Kabinett wie in der breiten Öffentlichkeit keine Schwierigkeiten. Seltsamerweise (wenn man sich noch wundern konnte) waren nach außen keine Aufstände der Arbeiter im Lande bemerkbar. Es gab vereinzelte Proteste und Verhaftungen der alten Arbeiterführer. Sie wurden zum Teil nach dem Verhör entlassen oder aber, wie man hörte, in Konzentrationslager gebracht. Manche wurden einfach hinterrücks erschlagen. Doch war die brütende Gesamthaltung der Arbeiterschaft, sich von den Nazis abzukapseln, immer noch stark fühlbar.
Unsere Untergrundversammlungen wurden kleiner. An Wochenenden gingen wir in die Schrebergärten, um zu diskutieren. Es war eine Zeit dumpfen Wartens auf ein großes Ereignis.
Eines Tages wurden wir von Parteisekretär Meitmann zu einer Parteivorstandsversammlung geladen: zur allgemeinen Berichterstattung und ersten Besprechung eines Entwurfes für die künftigen sozialistischen Aktionspläne. Dieser war uns von Paul Hermberg, einem ideenreichen sozialistischen Professor in Göttingen, zugeschickt worden.
Es war seltsam. Ich hatte keine Lust hinzugehen. Ich saß mit einer Freundin im Park, von dem aus man auf die Häuser und Straßen vor der Alster, wo auch unser Partei-Hauptquartier lag, hinunterschauen konnte. Ein Spatz setzte sich auf meine Hand, ein anderer auf meine Schulter, und sie zwitscherten zusammen. Meine Freundin sagte, das Leben habe doch mehr naturgegebene Triebkräfte, als wir annähmen: Es führe sogar die Vögel zum Wagemut. Mit dieser Ermahnung überwand sie meine Zurückhaltung und Vorahnungen.
Ich war der letzte, der zur Sitzung der 36 Vorstandsmitglieder kam. Die meisten lasen schon den hektographierten Entwurf des neuen sozialdemokratischen Aktionsprogramms. Inmitten dieser Ruhe klirrten plötzlich die Scheiben. Durch die eingeschlagenen Fenster sprangen in den im zweiten Geschloß gelegenen Versammlungsraum zwei SS-Leute mit gezückten Revolvern. Dahrendorf öffnete eine unsichtbare Tür, die ihn durch einen langen Geheimgang zu seinem Redaktionsgebäude des sozialdemokratischen „Hamburger Echos" brachte. Als ich gerade die Klinke der rasch geschlossenen Tür erfassen wollte, sah ich mich einem vorgehaltenen Revolver gegenüber. Wir mußten mit erhobenen Armen an den Wänden stehen und wurden zuerst nach Schuß-, Hieb- und Stichwaffen untersucht. Wir hatten keine. Die Nazis lachten uns aus. Dann wurden unsere Taschen ausgelehrt, unsere Namen und Adressen vermerkt. Ich gab an „Vier Jahreszeiten", was wiederum mit Gelächter vermerkt wurde. Müde vom Stehen wurden wir in Tischgruppen und auf verschiedene Räume verteilt. Schönfelder und ich saßen im Vorraum der Damentoilette an den Spiegeln. Ein SS-Führer betonte, nun beginne unsere Erziehung, um uns in Zukunft die Neigung zu solch verräterischen Verschwörungen gegen den Staat und die neue Ordnung auszutreiben. Die Nazis schlugen Schönfelder mit vierkantigen Schlagstöcken einen Polizeihelm, den sie mitgebracht hatten, über die Ohren, daß er aufstöhnte. Mich selbst schlugen sie auf den Hinterkopf und das Genick, bis ich völlig blutüberströmt war. Auf einen Pfiff des Anführers hin hörten sie plötzlich auf und gaben mir frisch gekochten Kaffee. Sie richteten mich auf und steckten mir eine Zigarette in den Mund. Sie erzählten mir, daß sie bei meinem Genossen Prof. Eduard Heimann, der den Sozialismus von seinem Vater geerbt habe, studierten. Seine Gläubigkeit stamme von Paul Tillich, dem religiösen Sozialisten. Es gebe aber nur zwei machtvolle sozialistische Gruppen, den Nationalsozialismus und den internationalen Marxismus der Kommunisten. Ein demokratischer Sozialismus, wie ich ihn verträte, sei eine reine Absurdität. Selbst wenn eine Linksregierung die Sozialisierung von Grundstoffen beschließen würde, könne die folgende liberale dies sofort wieder rückgängig machen. Auf einen erneuten

Pfiff setzten sie ihre „Erziehung" mit Hieben über Kopf und Rücken fort. Als das nächste Signal kam, wollten sie weiterdiskutieren. Ich sollte austreten. Ein SS-Mann führte mich zur Männertoilette. Als ich seinen Revolver knacken hörte, sagte ich zu ihm: „Schießen Sie nur zu und befreien mich von Ihrer Welt." Als ich mich umdrehte, steckte er den Revolver zurück mit den Worten: „Ich kann Sie nicht erschießen. Ich hoffe nur, daß Sie diese Prozedur durchhalten können." Dieses menschliche Wort tat mir wohl.
Zurückgekehrt, wurde ich im Versammlungsraum hoch auf einen Stuhl, der auf einem Tisch stand, gesetzt und mit den Ehrenwimpeln der Partei umhängt, die sie aus den Vitrinen geholt hatten. Einige Genossen hatten Parteifahnen zu halten. Ich sollte die anderen anlernen, „Heil Hitler" zu rufen. Als ich meine Hand nicht erhob, schlugen sie mir auf das Armgelenk, so daß ich den rechten Arm nicht mehr bewegen konnte. Ich brachte gerade noch heraus, daß die Arbeiterbewegung durch diese Grausamkeit zum äußersten Widerstand getrieben werde. Daraufhin kippten die Nazis den Tisch um, ich fiel auf meine Füße und sie befreiten mich von den alten Ehrenzeichen der Partei.
In der Zwischenzeit hatten sie die nächste „Erziehungskur" angefangen. Sie jagten einige Genossen durch die Gänge und die Treppe hinunter, um ihnen ein Bein zu stellen. Stolperten sie, wurden sie von den nachfolgenden SA-Männern überrannt. Der „Erziehungs"-Grundsatz war, daß man sich ihrer Macht nie entziehen konnte, ohne noch größeren Schaden zu erleiden. Ich wurde die Treppe hinuntergestoßen, und als ich an der Türschwelle zurück in den Versammlungsraum über ein gestelltes Bein fiel, traten sie mir die linke untere Rippe ein. Ich war physisch erledigt, und meine Genossen setzten mich an die Wand.
Doch hatte ich noch die Kraft, einen SS-Mann zu bitten, dem Gauleiter Kaufmann, der mit den anderen Kommandoführern in Meitmanns Büro saß, mitzuteilen, daß ich ein wichtiges Geständnis zu machen hätte. Man schleppte mich zu ihm. Er wischte mir mit einem Tuch das Blut von Gesicht und Händen. Er eröffnete mir, ich sei ein wirklicher Hochverräter. Ich hätte eine Verschwörung, eine Untergrundversammlung geleitet und ein Aktionsprogramm diskutiert mit der Absicht, die neue Regierung zu beseitigen oder ihre Einheit zu untergraben. Ich machte dann ein Geständnis, daß ich allein für das Aktionsprogramm verantwortlich sei. Er solle meine Genossen entlassen und mit den Grausamkeiten aufhören. Es sei nicht zu ertragen.
Sie legten mir ein kurzes Protokoll vor, in dem ich aussagte, daß ich die alleinige Verantwortung für die Verschwörung trüge und der Verfasser des verräterischen Dokuments sei. Er wischte mir wieder das Blut vom Gesicht und sagte, er habe schon Befehl gegeben, uns in das Polizeigefängnis zu überführen. Mir wurde als letztem die Treppen hinuntergeholfen. Ich hörte, vor dem Haus sei eine große Menge versammelt, die die Herausgabe von mir, dem Hochverräter, fordere. Die SS- und SA-Männer luden mich im Morgengrauen als letzten auf den Wagen. Von überall her kamen Zurufe und Schmähungen, die bewiesen, daß diese „Aushebung einer großen Verschwörung" wohlvorbereitet war. Hamburg war früh erwacht.

9. „Erziehung" im Gefängnis

Ich wurde als erster ausgeladen und in einer großen Zelle auf einem Stuhl an der Wand aufgerichtet. Zwei Insassen begrüßten mich mit „Hans, Dich haben sie aber bös zugerichtet!" Der eine nannte sich einen hochqualifizierten Taschendieb. Er sei Kapitalist, obwohl er mich gewählt habe. Wie jeder Kapitalist sei er für den größtmöglichen Anteil am Volkseinkommen. Er stehle nicht aus Mänteln in den Garderoben teurer Restaurants. Er lenke die Herren und Damen beim

Herauskommen mit Worten, die ihre Eitelkeit oder Gesundheit berührten, völlig ab. Dann greife er in ihre Taschen. Er müsse jeden Tag zwei Stunden trainieren, indem er versuche, durch eine Reihe herabhängender Fäden zu greifen, ohne diese zu berühren. Er sei bei der Inhaftierung von einem Polizisten untersucht worden, der aber kein Geld gefunden habe, nicht einmal die Tüte mit den ersten Kirschen, die er zwischen seinen Beinen versteckt hatte. Davon steckte er mir eine nach der anderen in den Mund, während er sprach. Der andere war ein Parteigenosse und Drehorgelspieler. Er habe früher in den feinsten Restaurants gespielt und gesungen. Doch der Alkohol habe ihn erledigt. Mit seinem Tenor begeistere er nun die aus den Fenstern heraushängenden Hausfrauen. Die Kinder sammelten für ihn die Pfennige ein und bekamen dafür Bonbons.

Plötzlich ertönte ein Lautsprecher, meinen Namen aufrufend. Die Zellen wurden durchsucht, bis sie mich fanden. Ein SA-Mann, ein Gefängniswärter und die zwei Mitinsassen schleppten mich in eine schmale Zelle und lehnten mich an einen Bettrand. Der SA-Mann nannte mich einen Verbrecher. Nachdem die Zelle, schon im Morgenlicht, geschlossen wurde, hörte ich die Fußtritte eines Polizisten, der vor meiner Zelle auf und ab schritt – 6 Schritte hin – 6 Schritte zurück – gleichmäßig, völlig zeitlos. Sie vertieften die Ruhe. Endlich war ich mir selbst überlassen. Gegen 7 Uhr kam ein anderer Gefängniswärter, der mir sagte, er sei ein Parteigenosse. Er brachte mir eine Suppe und brockte das Brot hinein. Dann fütterte er mich. Er wusch mich und verschwand mit meinen blutigen Kleidern, die er reinigen wollte. Zwei Stunden später erschien er wieder mit einem SA-Mann, um mich zum Verhör zu bringen. Ich konnte nicht laufen, nicht atmen und nicht aufrecht sitzen. Ich bat, mich auf meinem Strohsack schlafen zu lassen. Der Polizist, der von draußen für Ruhe und Ordnung in der Zelle verantwortlich war, wurde benachrichtigt, daß ich Fieber hätte. Ich bat um einen Arzt. Am Nachmittag wurde mir mitgeteilt, daß Hochverräter verrecken und keine Kosten verursachen sollten. Den Tag verbrachte ich mit Schmerzen, schlafend und den beruhigenden Schritten des Landjägers lauschend.

Am nächsten Morgen wurde ich an den Tisch gesetzt, wo ich eine braune Brühe mit Brotbrocken löffelte. Um 9 Uhr wurde ich, an Armen und Beinen gefesselt, in einen Gefängniswagen verladen. Im Gerichtsgebäude zog ich mich langsam die Treppe hinauf, und aufschauend sah ich oben meine Frau Else stehen. Sie habe schon alles gestern abend mit Rechtsanwalt Ruschewey besprochen. Sie sei auf dem Weg zurück nach Berlin, um meine Freunde und Beamte um Mithilfe zu bitten. Ich bat sie, in meine Versteckwohnung, nur wenige Straßenblocks entfernt, zu gehen. Dort wohnten ehrliche, treue Parteigenossen. Sie müsse meinem Mantel anderthalb Millionen Mark entnehmen und sofort Ruschewey bringen, „für Verfolgte“. Der Gerichtsdiener holte mich weg.

Von einem jungen Staatsanwalt wurde mir mein Geständnis vorgelesen. Er sagte, er müsse mich des Hochverrats anklagen. Zusätzlich ziehe er auch eine Anklage auf Landesverrat in Erwägung. Ich hätte auf einer Bank im Berliner Tiergarten die Verbreitung von Verschwörergruppen diskutiert. (Der schlafende Bäckermeister war also doch ein Nazi-Spitzel gewesen.) Sodann eröffnete er mir, daß ich kein Reichstagsabgeordneter mehr sei. Alle meine Privilegien seien mir abgenommen worden. Er forderte mich auf, unter Eid zu erklären, mein vor dem Gauleiter abgelegtes Geständnis sei wahr. Ich antwortete, daß ich nur vor dem Gericht Aussagen unter Eid machte. Dann fragte ich ihn, warum man nicht mich allein verhaftet habe, nachdem ich meine Alleinschuld bekannt hätte. Der Eindruck dränge sich auf, daß alles bis ins Einzelne vorgeplant worden sei, um einen Grund zu haben, die Sozialdemokratie zu verbieten. Er verbat sich, ihm solche verräterischen Spekulationen vorzuhalten, die dazu noch Drohungen enthielten. Damit klappte er seine Akten zu und überließ mich meinem Anwalt.

Ruschewey erzählte mir, daß meine Frau vor zwei Tagen, als sie am Wannsee mit Susat, dem Bilanzprüfer und Treuhänder der öffentlichen Betriebe, Kaffee trank, einer Schlagzeile der BZ am Mittag entnommen habe, Staatssekretär Staudinger habe in einer Untergrundsitzung der Hamburger SPD Diskussionen über einen internationalen Widerstand gegen die Regierung der neuen Einheit geführt. Susat habe ihr das Geld gegeben, damit sie sofort nach Hamburg fahren konnte. Ich erzählte meinem Anwalt, daß ich sie gebeten hätte, ihm das von mir in Hamburg gesammelte Geld aus meinem Versteck zu bringen. In dem Moment fiel mir ein, daß ich sie damit womöglich einer großen Gefahr ausgesetzt hatte. Es war durchaus wahrscheinlich, daß ihr die Nazis auf dem Fuß folgten.
Ich wurde wieder an Händen und Füßen angeschnallt. Mit jeder Minute wuchs in meiner Phantasie die Angst, was meiner Frau alles zustoßen könnte. Aus den Vermutungen wurden reale Möglichkeiten. Ich legte mich erschöpft auf das Bett und klagte mich an, daß ich des Geldes wegen meine Frau ausgeliefert hätte. Die sechs Schritte – hin und her – bestätigten meine Furcht. Eine fruchtbare Nacht folgte.
Am nächsten Morgen führte mich mein Gefängniswärter in Handschellen zum Gericht. Der junge Staatsanwalt fragte mich, ob ich auf meinem abgelegten Geständnis bestünde. Als ich bejahte, erklärte er mir wütend, ich solle ihm doch nicht ins Gesicht lügen. Meine ehrgeizige Sucht, vor der Partei eine Rolle zu spielen, sei das Motiv meines Geständnisses. Er werde gegen mich kein Gerichtsverfahren einleiten, da ich dies dann nur benutzen würde, um meinen Einfluß unter den Parteigenossen zu erhöhen und öffentliches Aufsehen zu erregen. Ich müsse eliminiert werden. Er nehme mich von heute an in Schutzhaft. Ich verbliebe in Einzelhaft unter scharfer Bewachung, damit ich keine Verbindung zu meinen Genossen innerhalb und außerhalb des Gefängnisses aufnehmen könne. Bald würde ich dann in ein Konzentrationslager überführt werden. Ich würde von seinen Entscheidungen hören.
Als er gegangen war, sagte mir Ruschewey, er habe das Geld von meiner Frau erhalten und in seinen Geldschrank gelegt. Ich atmete auf. Er müsse mir ernste Vorhaltungen machen, daß ich dies nicht selbst schon früher veranlaßt hätte. Ich hätte meine Frau, die Hauswirte und die Spender großen persönlichen Gefahren ausgesetzt. Ich müsse ihm später die Namen der Geldgeber vertraulich mitteilen. Meine Sache stünde gut. Man habe festgestellt, daß die handschriftlichen Änderungen im Original des Parteiaktionsentwurfes zum Teil von Meitmann stammten. Dieser habe gestanden, daß er es mit einigen Korrekturen von Prof. Hermberg aus Göttingen erhalten habe. Hermberg wurde daraufhin sofort verhaftet. In der Vernehmung bekannte er sich der Urheberschaft. Es sei ein Seminarvortrag über modernen Sozialismus gewesen. Einer seiner Nazi-Studenten habe über den Nationalsozialismus referiert. Hermberg wurde sofort wieder entlassen. Der Staatsanwalt wurde telefonisch von der Polizei unterrichtet. Ruschewey hatte Hermberg angerufen, der sich bereit erklärte, in einer Gerichtsverhandlung auszusagen. Dazu komme es jedoch nicht, meinte Ruschewey. Meine Sache laufe gut. Alles komme nun darauf an, was meine früheren Beamten beim Leiter der Staatspolizei, Diels, und bei Göring selbst erreichen könnten. Meine Frau werde ihm telefonisch berichten. Weniger romantische Begeisterung und mehr Vorbedacht seien in meinen Handlungen nötig. Er schüttelte mir fest die Hand.
Ich wurde nun zum 3. Stock gebracht, wo ich schon an dem Geräusch der Schlagstöcke und dem Stöhnen hörte, daß es die Geständnisabteilung sein mußte. Wir standen, auf einen Rücktransport wartend, an der Wand. Eine Bahre mit einem blutig geschlagenen, stöhnenden Mann wurde herangerollt. Man befahl uns, den Körper auf ein Strohbett hinüberzulegen. Bei jedem Anfassen schrie der Mann auf. Als der SA-Führer wieder erschien, fragte ich ihn empört, wie man einen Menschen so zurichten könne. Das sei kein Mensch, das sei ein Jude. Auf meine Er-

widerung, daß diese Menschen seien, packte er mich an der Kehle und schrie: „Du wirst genau so zu Brei geschlagen." Mein Gefängniswärter trat dazwischen, schnallte meinen Arm an den seinen und drängte mich zur Tür.

In meiner Zelle angekommen, sagte ich, ich könne in dieser Welt nicht leben. Der Wärter bemerkte ironisch, daß ich mir das Leben nicht nehmen dürfe, ich müsse erst dazu verurteilt werden. Ich konnte nicht fassen, wie man hilflose Wesen massakrieren konnte. Ich war doch auch ein Deutscher. Ich fragte mich, ob es an der revolutionären Situation liege – der haltlose Terrorismus sei nur der äußere Ausdruck dessen. Die Tatsache, daß Deutschland zum erstenmal in der Geschichte eine revolutionäre Situation durchmache, sei durch die vertiefte Arbeitslosigkeit – wenn auch schwer – zu verstehen. Daher sei dies nicht mehr das „normale" deutsche Volk. Mit seiner angeborenen Intensität sei es in einen unvorstellbaren Tumult von Leidenschaften geworfen. Doch heiße Begreifen hier nicht auch schon Verzeihen? Es sei nicht das deutsche Volk, das Hitler gewählt habe, welches schuldig sei. Die Lava, die die Städte zerstört, ist nicht anzuklagen, sondern die Kräfte, die den Vulkan zum Ausbruch brachten, all jene, die Hitler zur Macht kommen ließen, die politischen Akteure und Intriganten, die Kamarillas, die wußten und nichts verhinderten. Ich fühlte meine Mitschuld als geschlagener Kapitän, der klar vorausschaut, aber, wie so viele, gezögert hatte, alle Mittel vorbehaltlos einzusetzen. Ich schwieg, ganz erschöpft. Die gleichmäßigen Schritte vor der Tür klagten mich an.

Ich fand kaum Schlaf. Nach Mitternacht erschienen zwei SA-Männer in meiner Zelle, und zwei Revolverläufe starrten mich an. Ich sprang vom Bett und lachte laut auf und lachte wieder. Der eine SA-Mann fragte den Wärter: „Ist der verrückt geworden?" Während der Gefängniswärter nickte, klopfte der Polizist mit dem Gewehrkolben ans Fenster und schrie, was in der Zelle vor sich gehe. Die SA-Leute verschwanden. Der Wärter beruhigte den Polizisten, der „Ruhe" in der Nacht verlangte. Dann warf mich der Wärter auf das Bett zurück und verschloß die Zellentür.

Am nächsten Morgen fragte er mich, warum ich keinen Fluchtversuch gemacht hätte. Während er mich mit einer Suppe fütterte, meinte er: „Du bist Deinem Schicksal gerade noch entronnen." Um 9 Uhr wurde ich ohne Handschellen in den Gefängnishof gebracht, wo alle meine mitverhafteten Genossen im Quadrat herumliefen, rundum von SA-Männern überwacht. Ich wurde an die Spitze geführt. Das Gehen war schwer und schmerzhaft. Als ich verlangsamte, rückte Schönfelder auf und rief mir zu, daß meine Sache gut stehe. Er und einige andere würden bald entlassen. In Freude darüber gab ich mit der linken Hand das Freiheitszeichen, worauf ein SA-Mann sagte, daß er mich und andere im Wiederholungsfall durchprügeln werde. Meitmann winkte mir mit den Fingern. Nach einer qualvollen halben Stunde wurde ich als erster in die Zelle zurückgeführt. (Später, in den 50er Jahren, bewunderte Schönfelder noch meine damalige Willenskraft, die allen geholfen habe.)

Nach diesen Ereignissen setzte eine Routinezeit ein. Wir marschierten jeden Morgen im Gefängnishof. Der Kreis verkleinerte sich hoffnungserregend. Mein Tag verging mit sechs Schritten hin und her – hin und her. Die Zeit wurde zeitlos. Der Wärter sagte mir, er dürfe mich nicht zu Ruschewey hinausführen, der mir mitteilen lasse, daß die Berliner Staatspolizei beim Gauleiter wie Staatsanwalt stark interveniert habe. Abwarten und hoffen.

Diese Tage allein mit mir gaben mir Zeit, über die Zukunft nachzudenken. Ich wußte wohl, daß ich als „zu ansteckend" ins Ausland gehen mußte. Ich dachte an Brüssel oder Paris oder auch London oder Amerika. Auch Israel kam in Frage, wenn dort auch meine Schwägerin vor vielen Jahren mit ihrem Manne, dem Buberanhänger Gorden, harte Erfahrungen gemacht hatte. Ihr zionistischer Traum war von kurzer Dauer gewesen. Sie kehrte nach Berlin zurück und heiratete ein zweites Mal, den Neurologen Lewy. (Wir kamen später oft mit ihnen in ihrer New Yorker

Wohnung zusammen, wie auch in Philadelphia und Pennsburg, einer deutschen Siedlung, wo sie beide Quäker wurden.)
Am 17. Tag nach meiner Verhaftung wurde ich erneut an meinen Gefängniswärter mit Handschellen angeschnallt und mit anderen zusammen zum Gerichtsgebäude gebracht. Der Staatsanwalt bot mir einen Stuhl an. Ruschewey saß daneben. Er eröffnete mir, daß ich ein Protokoll zu unterzeichnen hätte, demzufolge mir nichts Nachteiliges während meiner Schutzhaft zugestoßen sei. Ich erhob meine Stimme und fragte: „Auch vorher?“ Ruschewey drückte mir die Feder in die Hand: „Unterschreiben Sie!“ Der Staatsanwalt eröffnete mir, daß ich wegen meines aufreizenden Einflusses auf meine früheren Parteigenossen hiermit für immer aus dem ganzen Unterelbebezirk ausgewiesen sei. Ich dürfe auch außerhalb von Hamburg keinerlei Verbindung mit Hamburger Bekannten, schriftlich, mündlich oder telefonisch, halten. Jede direkte oder indirekte Verbindung werde zur Verhaftung meiner mitgefangenen Genossen und der betreffenden Personen führen. Ich hätte mich sofort nach meiner Ankunft in Berlin telefonisch bei der Staatspolizei zu melden mit genauer Angabe meines Aufenthaltes. Ich sei von nun an deren Aufsicht unterstellt. Ruschewey dürfe für mich keine weitere Funktion als Rechtsanwalt erfüllen. Er stand auf und verschwand. Ruschewey empfahl mir, mich zu beeilen und abzufahren, damit die Nazis nicht noch gewalttätig würden. Er wolle meine Frau benachrichtigen, daß ich mit dem Mittagsschnellzug Hamburg verlasse. Er drückte mir fest beide Hände mit Tränen in den Augen. Der Gerichtsdiener und ein SA-Mann gaben mir meine Kleider und mein Geld zurück, womit ich die Fahrt reichlich bezahlen konnte. Sie drängten mich, auf Umwegen zum Bahnhof zu eilen, übergaben mich dort dem Zugführer des noch leeren Zuges und verabschiedeten sich beide herzlich – ohne „Heil Hitler“ (eine seltsame Welt; das Menschliche bricht doch immer noch irgendwo einmal durch).
Am Bahnhof in Berlin empfing mich meine Frau in Glückstränen. Wir fuhren zur Wohnung von Lederers. Martha, die treue Köchin, war auf Urlaub in der Schwäbischen Alb, um von dort direkt zu Lederers nach Amerika zu fahren. Ich rief die Staatspolizei an und hörte dieselben Anordnungen wie vom Staatsanwalt. Mein Geld bekäme ich zurück. Mit im Amt verbliebenen Beamten könne ich frei verkehren. Jede andere Verbindung hätte ich vorher anzumelden. Ich brächte sonst meine Freunde in Verhaftungsgefahr. Die ersten Tage schlief ich und erzählte Else auf Spaziergängen. Keiner wußte, ob die Wohnung abgehört wurde. Ich fühlte die Last der Unsicherheit, die mich wie ein dichter Nebel umgab.

VIII. Der Weg ins Exil 1933–1934

1. Besuch bei von Krosigk und Popitz

Als ersten nach meiner Entlassung besuchte ich Reichsfinanzminister von Krosigk. Es war ein warmer Empfang. Ich erzählte ihm kurz, wie eine harmlose Programmversammlung des SPD-Vorstands in Hamburg planmäßig zu einer verräterischen Verschwörung hochstilisiert wurde, um die gesamte Partei in Verdacht zu bringen und zu verbieten. Von Krosigk konnte nur bestätigen, daß in der Politik die innere Gruppe um Hitler die Ereignisse auf Jahre vorausplane. Die Hauptfrage sei aber, ob sie ihre Absichten durchführen könne.
Ich erzählte ihm, daß ich Deutschland verlassen müsse. Es sei für meine Weltanschauung und Menschenauffassung unerträglich geworden, die miterlebten und künftigen Greueltaten hinzunehmen. Von Krosigk unterbrach mich mit den Worten: „Aber im Herbst ist das doch alles schon vorbei!" Zwar sei die Sozialdemokratie verboten worden, doch gegen großen Widerstand der deutschnationalen Kabinettsmitglieder. Hugenberg sei Ende Juni aus dem Kabinett ausgeschieden. Von Papen sei schon Anfang April von Göring als preußischer Ministerpräsident abgelöst worden. Alles gehe drunter und drüber. Die Frauen würden von der Arbeit zurück ins Haus verbannt. Die Wissenschaft werde nazifiziert, die Kunst volksverdummt. Presse und Radio hörten nur auf die „Stimme ihres Herrn", Goebbels.
Weiter meinte von Krosigk, daß der Widerstand in der eigenen Partei wachse. Strasser habe die Führung der Opposition. Die bürgerlichen Politiker organisierten einen fundamentalen Widerstand, der ein Echo unter den von den Nazis Enttäuschten finde, die sich mit fortschreitender Besserung der Wirtschaftslage ständig vermehrten. Der Terror der Nazis kehre sich mehr und mehr gegen diese selbst. Ich hörte ihm zu und antwortete, daß ich in den letzten Wochen gelernt hätte, was für grausame Möglichkeiten ein selbst desorganisierter Machtstaat habe. Entscheidend sei die Haltung der Reichswehr, der Polizei, der Himmlerschen SS. Diese drei seien, selbst wenn es innerhalb der SA Uneinigkeiten gebe, die ausschlaggebenden Machtfaktoren des augenblicklichen Staates, der jede Gegenrevolution unmöglich mache. Dem deutschen Volk sei das Rückgrat – und dies habe Goebbels wiederholt geprüft – mehrmals gebrochen. Dazu sei nun Hitler durch einen groben Verfassungsbruch Alleinherrscher geworden. Die Parteien hätten sich aufgelöst oder seien wenige Tage vorher verboten worden.
Ich fragte von Krosigk, da wir beide so offen miteinander sprachen, warum er unter diesem mörderischen System diene. Er schaute mich sehr traurig an, er habe sieben Kinder. Seine Zukunftsprognose erleichtere es ihm zu bleiben. Dazu sei er, wie ich, Beamter, der dem Staat zu dienen habe, selbst wenn er mit dessen Aktionen nicht übereinstimme. Zum Schluß bat ich ihn, mir bei der Auswanderung zu helfen. Ich würde nicht fliehen. Bewegt verabschiedeten wir uns.
Popitz lud mich in das preußische Finanzministerium ein, wo er noch als Reichsminister und ehemaliger preußischer Kommissar für das Finanzministerium amtierte. Er empfing mich herzlich mit den Worten: „Da kommt doch ein strammes und intellektuelles Musterexemplar von einem Nazi. Sie sind gemacht für einen Naziführer." Ich solle doch der Partei beitreten. Göring habe eingehend mit ihm darüber gesprochen. Er wolle mich als Staatskommissar für die saarländischen Wähler haben. Ich unterbrach ihn mit dem Hinweis, daß ich dafür der ungeeignetste Vertreter sei. Die Gewerkschaften wie auch die Saarländische SPD würden mich sehr genau von

meinen illegalen Einreisen für die Preußenelektra und Preussag kennen. Das würde zu Unruhen führen. Vor allem sei ich dazu gar nicht willens. Popitz sah ein, daß meine Vergangenheit nicht abzuleugnen sei. Ob ich statt dessen eine Regierungspräsidentenstelle in Wiesbaden annehmen wolle, wo ich ausländische Badebesucher, besonders aus Amerika, zum Einkauf in deutsche Unternehmungen aufzumuntern hätte. Der von mir so hochgeschätzte Preiskommissar des Reichs, Goerdeler, habe die deutschen Preise um 20 % herabgesetzt, was uns einen Vorsprung gebe und Devisen liefere, worauf im Augenblick alles ankomme. (Popitz vergaß, daß die Engländer eine gleichartige Preissenkung gemacht hatten.)
Ich konnte nur verwundert meinen Kopf schütteln. Staatssekretär Schleusener vom preußischen Finanzministerium – mit dem Popitz schon gesprochen hatte – habe mich auch sehr zur Kollaboration bewegen wollen mit der Mahnung, ich wisse doch, daß der revolutionäre Terror, auch nach Hitlers eigener Absicht, gedämpft werden würde. Popitz spielte dann noch den Trumpf aus, daß ich, der so ein guter preußischer Beamter gewesen sei, doch mein Vaterland in diesen erschütternden Zeiten nicht im Stich lassen könne. Das war hart. Ich antwortete, er sei im Unrecht. Kein preußischer Beamter dürfe sich an Mordtaten, Verfassungsbrüchen, offensichtlich krankhaften Willkürmaßnahmen seiner Vorgesetzten mitschuldig machen. Dieser Gewissenskonflikt sei unüberbrückbar. Ich sei bereit, ohne Gehaltszahlung ins Ausland zu gehen. Ich bat ihn dringlich, mir dabei zu helfen. Damit verließ ich die einst so großartige preußische Beamtenschaft. Popitz schwieg vor sich hin. Ich schloß ruhig die Tür.

2. Ausreise am langen Zügel

Zu derselben Zeit, Anfang August 1933, besuchte mich Alfred Thomas, ein ehemaliger Ingenieur der Preußenelektra, der deren Propaganda und Sozialaufgaben in bester Weise erledigt hatte. Er war Parteigenosse, Gewerkschafter, Berater der Betriebsräte und vor allem Instrukteur der Arbeiter-Aufsichtsratsmitglieder gewesen, damit sie an den Sitzungen verständig teilnehmen konnten. Er kam zu mir in unsere Aushilfswohnung und sagte betrübt, er sei seiner politischen Zugehörigkeit wegen entlassen worden. Er habe im Büro gehört, daß ich von Danny Heineman, dem Leiter des Sofina-Konzerns, der in der europäischen Elektrizitätswirtschaft eine führende Rolle spielte, eingeladen worden sei, baldigst zu ihm nach Brüssel zu kommen. Thomas schlug mir vor, ihn mitzunehmen, auch wenn es nur zum Koffertragen sei, da ich ja meinen rechten Arm dazu offensichtlich nicht gebrauchen könne. Er meinte, wir sollten zusammen eine Beratungsstelle für alle Energieträger, besonders aber für Elektrizität, gründen, mit mir als Leiter. Ich besäße in den europäischen Wirtschaftskreisen einen guten Namen. Er wisse, daß sich das Reichswirtschaftsministerium sehr für meinen Aufenthalt in Brüssel ausgesprochen und mir mit Hilfe des Auswärtigen Amtes einen deutschen Reisepaß besorgt habe, dem die Einreisegenehmigungen von Belgien, Frankreich und England folgen würden. Wir kamen überein, daß er Else und mich nach Brüssel begleiten solle. Die Abfahrt habe sofort zu geschehen – so hofften wir.
Am gleichen Tag kam ein Bote von dem ehemaligen Führer des Textilverbandes und Reichstagskollegen Frowein. Am nächsten Morgen trafen wir uns in seiner Wohnung, gegenüber dem Reichstag gelegen. Frowein begann erregt, daß wir etwa 50.000 Menschen finden müßten, die eine wohlorganisierte Gegenrevolution machen sollten. Damit wäre die Macht Hitlers gebrochen, wenn auch das Chaos in den Straßen für eine Weile erschreckende Ausmaße annehmen würde. Jede sich neu bildende Gruppe werde dann ihrerseits versuchen zu dominieren.
Solche Absichten paßten nicht zu einem so besonnenen Geschäftsmann. Ich warnte ihn, in der

gegenwärtigen Situation derartiges zu unternehmen. Man solle 1789 nicht kopieren. Wir hätten schon gleich zu Anfang „Napoleon" eingesetzt. Hitler habe nicht alle Generäle hinter sich – doch die kommandierenden. Er habe seine Privatarmee und teilweise die von der SA kontrollierte Polizei. Frowein meinte, die Arbeiterschaft sei nach dem Verlust ihrer Führer und deren Schicksal reif, sich zu erheben. Ich bat ihn dringend, keine Gegenrevolte zu veranstalten in der augenblicklichen Phase der politischen Konsolidierung und die Eindämmung der Terrorherrschaft – es komme die Zeit für Hitlers Abgang – abzuwarten! Frowein bat mich, tiefstes Schweigen zu bewahren. Am Morgen darauf rief mich die Staatspolizei an. Ich sei ohne Anmeldung bei dem früheren Textilverbandsvorsitzenden Frowein gewesen. Ich antwortete, daß er mein Kollege sei, worauf ich belehrt wurde, daß die Sozialdemokratie aufgelöst worden sei und alle bürgerlichen Parteien dazu, einschließlich der verschiedenen Verbände wie Stahlhelm etc. Ich hätte endlich davon Kenntnis zu nehmen, daß ich ein bedingt freigelassener Hamburger Verschwörer bleibe. Ich solle mich sofort bei Ministerialdirektor Friedrichs vom preußischen Innenministerium melden.

Ich verabschiedete mich von Else damit, daß dies wohl das Konzentrationslager bedeute. Ich packte Wäsche und Proviant in meinen Koffer. Friedrichs empfing mich an der Tür, ohne deutschen Gruß. Er sagte sehr wohlwollend, Göring habe ihn persönlich instruiert, mich einzuladen, an einer nationalsozialistischen Plansitzung teilzunehmen. Dort werde die Frage erörtert, wie die zu vergrößernden öffentlichen Betriebe das Wirtschaftsgebaren der privatwirtschaftlichen Fachverbände kontrollieren und lenken könnten. Ich antwortete ihm, ich sei nicht genug „Charakterschwein", einer so wohlgemeinten Aufforderung zu folgen. Ich könne dies nicht. Im übrigen habe eine mehr als einwöchige Untersuchung über mein Geschäftsgebaren stattgefunden. Alle meine Geheimakten und Ausgaben seien überprüft worden. Friedrichs unterbrach mich und sagte, man habe mir nichts vorzuwerfen. Meine Antwort war, daß alle meine Arbeiten, die Vorausschätzungen für die Zukunft der öffentlichen Betriebe enthielten, verschwunden seien.

Dann bemerkte ich noch, mein „Nein" führe mich nun wohl in das Konzentrationslager, für das ich mich ohnehin vorbereitet hätte. Ich wies auf meinen Koffer. Friedrichs klappte ihn auf und lachte laut. All diese guten Sachen, Schokolade, Hartwürste wie auch Wäsche würden mir dort abgenommen. Ich behielte nur Zahnbürste und Kamm. Was für ein deutscher Idealist ich doch sei! Er denke jedoch nicht daran, mich ins Konzentrationslager zu schicken. Mit der Zeit würden sie mich schon für eine Mitarbeit kleinkriegen. Ich sagte nichts mehr, sondern gab ihm eine Liste von Parteigenossen, die in Konzentrationslagern schmachteten, obwohl sie in Freiheit Nützliches verrichten könnten. Er ging die lange Liste mit mir durch und versprach, einige zu entlassen. Er verabschiedete mich mit der bestimmten Überzeugung, daß ich ein künftiger Mitarbeiter sei.

Am Nachmittag fuhr ich nach Dahlem, um Thomas zu sagen, daß er ohne Begleitung seiner attraktiven Frau und ohne seine frischen Jungen in drei Tagen morgens früh auf dem Bahnhof Zoologischer Garten abfahrbereit sein solle. Pässe und Fahrkarten nach Brüssel hätte ich. Wir dürften pro Person nur 10 Mark mitnehmen und würden wohl scharf durchsucht.

Zurückgekehrt, fand ich im Wohnzimmer den Blockwart Aquavit trinkend, den ich mir von der Ledererschen Wohnung mitgenommen hatte. Er fragte, wo ich gewesen sei. Seine mich überwachenden Kinder, die ich immer übersehen hatte, berichteten ihm über alle meine Ausflüge. Sie seien sehr patriotisch und bekämen dafür Bonbons zum Lohn. (Jetzt erfuhr ich, daß ich sehr geirrt hatte, nur Erwachsenen, die mir folgten, Beachtung zu schenken.) Ich antwortete, daß ich Erlaubnis hätte, meine Kollegen aufzusuchen. Alfred Thomas von der Preußenelektra

habe mich in Dahlem am Bahnhof abgeholt und in seine Wohnung begleitet. Der Schnaps half dem Blockwart, weitere Fragen zu vergessen.
Noch am gleichen Abend rief mich die Staatspolizei an und forderte mich auf, morgens um neun Uhr zu erscheinen. Regierungsrat Behmke empfing mich mit den Worten, ich hätte ihm bei unserem letzten Gespräch verschwiegen, daß ich vom Leiter eines internationalen Elektrizitätskonzerns eine Einladung zu einer Konferenz nach Brüssel erhalten hätte. Ich hätte auch schon Paß und Einreiseerlaubnis erhalten. Mir fehle nur die Ausreisegenehmigung der Staatspolizei. Ich versicherte ihm, daß ich darum nachgesucht hätte, denn es handele sich nicht um einen Fluchtversuch, den ich nie unternehmen würde. Ich wartete lange in seinem Vorzimmer – sehr lange. Es wurde mir sehr bang, die Minuten vergingen zu Ewigkeiten. Nach zwei Stunden eröffnete er mir, er sei mit mir offener, als ich es mit ihm gewesen sei. Ich hätte auch eine Einladung Camillo Castiglionis aus Basel erhalten, der Staatssekretär Weismanns Ausreise finanziert habe. Ich solle demzufolge über die grünen Gefilde des Schwarzwaldes mit einer Rheinfähre nach Basel kommen. Castiglioni würde mich in Österreich in einem Elektrizitätswerk unterbringen oder auch in Italien, wo mir sein Bruder, ein Professor in Mailand, helfen würde. Für seine fortgesetzte Freundschaft hätte ich mich sehr herzlich bedankt.
Behmke verlangte nun zu wissen, warum ich mit den Faschisten spiele. Ich antwortete, diese seien an uns herangetreten wegen der Übernahme des von Mussolini finanzierten Elektrizitätswerks in der Steiermark, das auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes von einem deutschen Konsortium, Preußenelektra, RWE und der Veba, vertreten durch Frank und mich, 1932 gekauft worden sei. (Ich sagte ihm nicht, daß einer – doch nur einer – der Gründe, Castiglionis Angebot abzulehnen, meine Information war, von Papen sei als Botschafter nach Wien versetzt worden, um mit allen Mitteln den Anschluß Österreichs vorzubereiten.)
Behmke erlöste mich schließlich mit der Mitteilung, er habe im Reichswirtschaftsministerium, im Auswärtigen Amt und in Görings Vorzimmer recherchiert. Meine Ausreisegenehmigung sei hiermit erteilt. Der Grund sei, daß es sich bei Danny Heineman um eine bedeutende Persönlichkeit handele, die in vielen Ländern mit entscheidenden Politikern und Staatsmännern andauernde enge Beziehungen unterhalte. Dem Auswärtigen Amt zufolge sei Heinemans Gästebuch einmalig: Darin stünden Schacht, deutsche Wirtschaftsführer, Oberbürgermeister neben ersten Musikern und Künstlern. Des Führers Weisung laute, daß wir den Ruf der deutschen Regierung im Ausland mit allen Mitteln zu stärken hätten. Reichsaußenminister von Neurath habe sich dafür ausgesprochen, Heineman „keinen Experten zu verweigern“. Ich atmete auf.
Dann fügte Behmke jedoch hinzu, daß Göring durch seinen Assistenten heftig widersprochen habe. Diels, der Leiter der Gestapo, habe den Vorschlag gemacht, mir eine Erlaubnis für drei Monate zu geben. Sollte ich nicht zurückkehren, würden die mit mir verhafteten Hamburger Parteigenossen, die immer noch in Verdacht standen, untereinander zu konspirieren, erneut inhaftiert werden. Ich könne sie somit als Geiseln betrachten. Ich hätte dem deutschen Botschafter in Brüssel sofort meine Aufenthaltsadresse und deren Änderungen mitzuteilen. Jeglicher politischen Tätigkeit hätte ich mich zu enthalten. Bei meiner Rückkehr hätte ich der Staatspolizei einen Bericht über meine Reisen und Tätigkeiten zu geben wie vor allem über meine Eindrücke, wie man in den verschiedenen Schichten des Auslandes über das neue Deutschland denke. Ich würde übrigens auch im Ausland überwacht. Das war für mich eine kalte Dusche. Er bemerkte es und grinste.
Drei Tage später saßen wir im Schnellzug über Aachen nach Brüssel, alle drei mit zusammen 30 Mark. In Aachen trat die Ehrenwache heraus, und mein Name wurde aufgerufen. Ich verschloß das Fenster meines Dritte-Klasse-Abteils. Der deutsche Zollbeamte fragte nach unserem Geld und stempelte die Pässe. Thomas war wütend: „Du weißt immer noch nicht, daß Du hier nach

wie vor als Staatssekretär behandelt wirst. Wir hätten viel mehr Geld mitnehmen können. Dich haben sie ganz schön eingeschüchtert." Der belgische Zollbeamte stempelte mit der Bemerkung, daß mein Gepäck in Brüssel verzollt werde. Wir atmeten freie Luft, voller Glück die belgischen Zeitungen lesend. Thomas und ich verstanden kein Französisch. Else übersetzte uns.
Am Abend wurden wir in einer Pension in der Nähe des Parks untergebracht. Die Mutter von Elses Schwager, dem Neurologen Lewy, der inzwischen mit seiner Frau in London war, um von dort in die USA auszuwandern, hatte uns gut untergebracht. Wir brachten ihr einige wertvolle Andenken aus ihrer Berliner Wohnung mit, die gerade in Auflösung war. Man kann sich kaum vorstellen, wie wir die ersten Stunden genossen. Alles war anders. Die Menschen lachten und sprachen laut. Sie schimpften heftig auf Deutschland und fragten naturgemäß nach den Gerüchten über Greuel und Straßenschlachten. Wir saßen an unserem ersten Tag zumeist im Park, da Heineman mit dem belgischen König Golf spielte.
Am nächsten Morgen ganz früh standen wir mit unserem letzten Centime in der Tasche an der Straßenbahnhaltestelle, um zu Heinemans Sofina zu fahren. Thomas fragte mich, ob ich auch ganz sicher sei, daß wir sofort eine Stelle erhalten würden. Wovon sollten wir sonst leben? Ich antwortete ihm, die Vögel, die in den Bäumen der Allee zwitscherten, stünden jeden Tag vor der Frage, dennoch sängen sie vergnügt. Nichts sei für uns sicher in der Zukunft – besonders nicht nach unserer Rückkehr nach Deutschland.

3. Emigration nach Amerika

Nach mehrmonatiger Beratertätigkeit für Danny Heineman, die mich auch nach Frankreich und England geführt hatte, erfolgte meine Ankunft in Berlin anderthalb Tage vor dem Termin, an dem ich mich der Staatspolizei zu stellen hatte. Schon am Kölner Bahnhof meldete ich mich bei dem dortigen SA-Vertreter, damit er meine Rückkehr der Staatspolizei mitteile. Ich telefonierte mit meinen Freunden und ehemaligen Mitarbeitern. Deren äußerste Vorsicht, mir von den Vorgängen in ihren Instituten etwas „Konkretes" mitzuteilen, war fühlbar.
Spät am Abend rief mich meine Hamburger Freundin von Berlin aus an, daß das Hamburger Radio die Verhaftung einer Anzahl von „Mitverschwörern" und Genossen bekanntgegeben habe. Als Grund wurde mein Vertragsbruch, nicht nach Deutschland zurückgekehrt zu sein, angegeben. Ich sei geflohen, und deshalb kämen meine Genossen ins Konzentrationslager, um meine Rückkehr zu erzwingen. An dem in der damaligen Ausreiseerlaubnis schriftlich festgelegten Datum meldete ich mich um neun Uhr morgens bei der Staatspolizei, wo mich Regierungsrat Behmke mit den Worten empfing: „Sie wagen es, nach Deutschland zurückzukehren?"
Ich war so wütend, daß ich ihn fast anschrie, mein Vertrag sei von der Staatspolizei gebrochen worden, indem sie einige meiner Parteigenossen schon gestern verhaftet habe. Eine derartige Unverschämtheit sei mir in meinem ganzen Leben nicht passiert. Ich weigerte mich, ihn anzuhören, sondern verlangte, auf der Stelle den Leiter der Gestapo, Dr. Diels, zu sprechen. Behmke antwortete, so ein Benehmen sei ihm in seiner ganzen Amtszeit nicht widerfahren, und tat, wie ihm geheißen.
Diels kam herein und drückte mir herzlich die Hand. Er sagte, er habe von der ganzen Hamburger Sache nichts gewußt. Er bedaure es und gab Weisung, meine Hamburger Parteifreunde sofort zu entlassen. Um mich zu besänftigen, erklärte er mir dann in seinem Zimmer, daß meine Aussichten für eine Dauererlaubnis, ins Ausland zu gehen, sehr günstig stünden. Der belgische König habe sich an Hindenburg gewandt mit der Bitte, mich für meine Arbeit in Belgien freizugeben. Deutsche Wirtschaftsführer hätten ihm gegenüber dieselbe Empfehlung ausgesprochen.

Mein Fall werde – vom Auswärtigen Amt vertreten – in die nächste Kabinettssitzung gebracht, da Reichsminister Göring immer noch heftig gegen meine Freilassung demonstriere. Diels entließ mich mit der Versicherung, seinerseits alles zu tun. Ich dürfe jedoch keinerlei Fühlung mit Hamburg aufnehmen, und er riet mir auch dringend von jeglichen sonstigen Kontaktversuchen ab. Ich müsse schweigsam von meiner Vergangenheit Abschied nehmen. Damit verbeugte er sich.

Zwei Tage später erhielt ich in meiner schon halb ausgeräumten Wohnung einen Anruf, daß mir die gewünschte Ausreisegenehmigung für meine Frau, meinen Mitarbeiter Thomas und mich durch Boten gebracht werde. (Ich hörte später, daß Hitler in der bewußten Kabinettssitzung entschieden hatte, „hochgestellte Querulanten" seien besser ins Ausland zu schicken.) Wir machten noch Abstecher, um unseren Sohn im Internat in Oberstdorf zu besuchen, der die Realschulreife erst im nächsten Jahr erhielt, sowie zu den Eltern meiner Frau, und fuhren dann schleunigst nach Brüssel. Am selben Abend hielt ich auf Danny Heineman in seinem Haus eine tiefempfundene Dankesrede.

Thomas und ich gingen an die Arbeit. Wir arbeiteten Richtsätze für Konzernbeteiligung und Standortbestimmungen aus. Heineman legte Wert auf eine schriftliche Darstellung der Aufgaben eines Informationsdienstes und wollte Berichte über die Energieversorgungspläne des sich politisch ändernden Europa – ein fast unmögliches Ansinnen. Die vielen zugrunde gelegten Annahmen der Pläne mußten auf den Wahrscheinlichkeitsgrad ihrer späteren Durchführung geprüft werden. Das politische Klima, die Aufwärtsentwicklung der Nachkrisenzeit mußte mit Kombinationserwägungen mehr oder minder intuitiv vorausgeahnt werden; mehr „Kunst" als Wissenschaft.

Ich bat Heineman, mich nach Paris zu schicken zum Französischlernen, und um Weihnachten 1933 mit meiner Familie feiern zu können. Durch Heineman wurde ich bei französischen Beamten und Geschäftsleuten eingeführt, wo ich „Tafelaufsatz" zu spielen hatte. Wieder und wieder wurde ich mit angsterfüllter Neugierde nach Hitler ausgefragt. Es wurde mir mühsam und langweilig, ständig Auskunft geben zu müssen, nicht jedoch, die verschiedenen merkwürdigen Reaktionen darauf zu erhalten. Viele bewunderten und haßten Hitler zur gleichen Zeit. Der österreichische Hitler wurde als „Ur"-Deutscher aufgefaßt. Auch Professor De Man, ein belgischer Sozialist von der Brüsseler Universität, war von Hitler beeindruckt, weniger sein Assistent Dr. Alfred Braunthal.

Meine Stellungnahme zu Hitler war stereotyp dieselbe: Er sei ein Naturereignis, ein phantastischer Paranoiker, der auf die Menschheit losgelassen wurde. Seine krankhafte Geltungssucht zu erklären, sei eher Aufgabe eines Psychiaters. Seine gefährliche Ideologie sei eine haßerfüllte Missionslehre, in „Mein Kampf" und späteren Reden von ihm verkündet. Sie sei ein Gebräu von persönlichen Erlebnissen und unzulänglichen Informationen. Eine besondere Rolle spiele dabei seine Jugenderfahrung des österreichischen Antisemitismus sozialer und wirtschaftlicher Art, der seit Jahrhunderten von Gerüchten über angebliche jüdische Ritualmorde – „Christenblut zum Mazzebacken" – genährt wurde. Dazu komme das im deutschen Heer erlebte militärische Untertänigkeitsgefühl des kleinen Gefreiten, der sich als General geträumt habe, was er nun durch seine Beziehung zu Generälen und Offizieren überkompensiere. Die letzteren benutzten sein organisatorisch vitales Talent im eigenen Interesse, nämlich um von ihrer Kriegsschuld abzulenken. Der Wahn, die deutsche Ehre retten zu müssen, sei zu Hitlers Leitstern geworden. Die unseligen Versailler Verträge mit ihrer legalistischen Auslegung seien der Grund seines Erfolges gewesen.

Ich wies weiter darauf hin, daß Hitler von geopolitischen Weltmachtvorstellungen sowie einer Gruppe von zielbewußt an die Macht strebenden Beratern – Göring, Himmler und besonders

Goebbels – selbst beeinflußt werde. Die Nazibewegung jedoch sei in ihrer Aufwärtsentwicklung und allgemeinen Entfaltung die Folgeerscheinung der in Deutschland vertieften Weltkrise, getrieben vom Tatendrang der arbeitslosen Jugend. Deren negative, überkritische Haltung zur Weimarer Demokratie sei zum Bindeglied zwischen Hitler und der Bewegung geworden. Der infernalische Terror sei bezeichnend für die revolutionäre Situation.

Sehr wenige zeigten für diese Erklärungen wirkliches Verständnis. Die meisten wollten den unerklärbaren Führer der Deutschen so erklärt haben, wie sie die Deutschen aus dem Ersten Weltkrieg im Gedächtnis hatten. Noch wenigere beachteten die immoralischen Umstände, die Hitler als Reichskanzler an die Macht gebracht hatten. Die Franzosen kauften mir meine Interpretation einfach nicht ab, weil sie – wohl teilweise unbewußt – den Preis für Gegenmaßnahmen nicht zahlen wollten.

Paris wurde überschwemmt von deutschen Emigranten. Paul Hertz, der Parteisekretär der SoPaDe in Prag, kam nach Paris, um eine Flüchtlingszentrale zu errichten, die das meiner Frau angeborene Fürsorgeinteresse weckte. Die beiden Hamburgers waren erfreuliche Freunde und Beistand. Ernst Hamburger konnte durch seine frühere Tätigkeit im preußischen Innenministerium – unterstützt von seinem unwahrscheinlichen Personen- und Ereignisgedächtnis – viele Emigranten identifizieren, um das Eindringen von Nazispionen in die Emigrantenbewegung zu vermeiden. Die Situation der Flüchtlinge, die keine Arbeitspapiere erhielten, führte uns grell vor Augen, welch privilegiertes Leben wir in unserer Pension im Quartier Latin, in der Rue Cardinal Lemoine, führten.

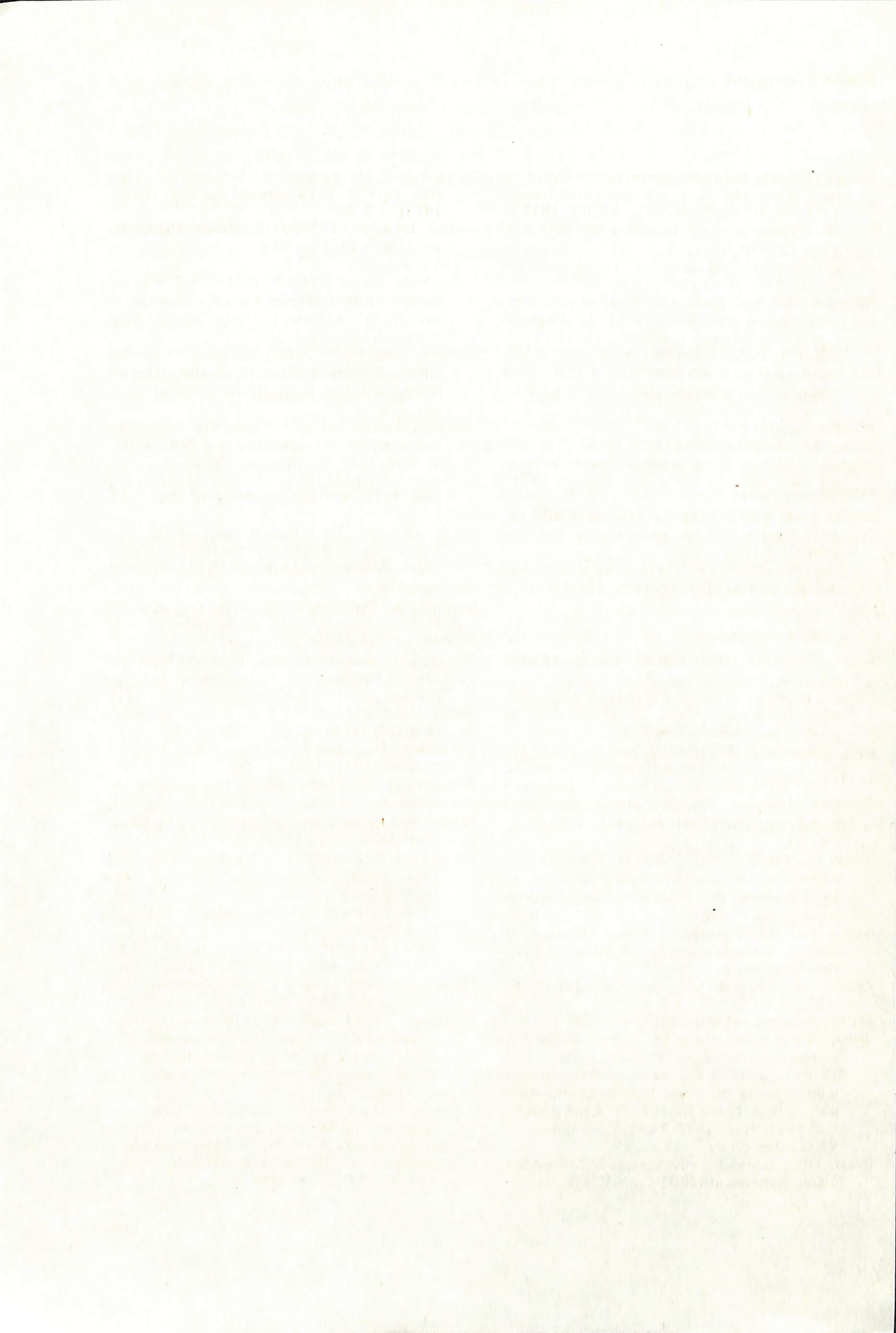
Die Berichte, die wir Heineman von Paris aus schickten, machten Mühe. Thomas lieferte das Material durch seine Verbindung mit einem Techniker der AEG und früheren Aufsichtsratsmitglied der Preußenelektra, der sehr frühzeitig in die Schweiz ausgewandert war – er hatte die Bäume wachsen hören. Dieser berichtete, daß die Nazis automatisierte Kraftwerke, ähnlich dem von der Preußenelektra errichteten Pumpwerk für das hochgelegene Speicherwerk an der Edertalsperre, in Mengen bauen wollten, um Arbeitskräfte und Kosten zu sparen. Außerdem hätten sie große Pläne, wichtige Industrie- und Elektrizitätswerke unterirdisch anzulegen, um gegnerischen Bombenangriffen keine Zielscheibe zu bieten. Alle diese Mitteilungen über phantastische Pläne deuteten auf Kriegsabsichten hin, was jedoch nur wenigen in das rationale Bewußtsein gelangte. Selbst Heineman fand sie zu „belletristisch". (Viel, viel später wurden diese Pläne Wirklichkeit: Bei Mannheim wurde sogar ein Unterwasser-Kraftwerk im Rhein gebaut.)

Inzwischen warteten wir auf konkrete Zukunftspläne in warmer gesicherter Unterkunft mit morgendlichem Croissant und Brioche. Ich hatte ein Angebot aus der Türkei, als Wirtschaftsberater nach Ankara zu kommen. Ich wurde auch nach emigrierten deutschen Professoren für die Universität in Konstantinopel gefragt. Ich empfahl den Nationalökonomen Prof. Wilhelm Roepke und den vielseitig begabten Alexander Rüstow, die beide das türkische Angebot annahmen. Ich gab eine vorläufig zustimmende Antwort.

Der frühere Ministerialdirektor im preußischen Innenministerium, Hermann Badt, empfahl mir sehr, nach Israel zu kommen. Doch die Möglichkeit, in Amerika untergebracht zu werden, lockte meine Frau, Thomas und mich am meisten. Im „Kinderland" Amerika hätten unsere Kinder die besten Zukunftschancen.

An einem Frühlingsmorgen kam Else in den Garten heruntergerannt und rief mit lauter Stimme „Amerika". Von Emil Lederer, dem Dekan der University in Exile, sei ein Brief gekommen, ich solle sofort schreiben, ob ich eine Einladung Alvin Johnsons, des Direktors der New School for Social Research, annähme. Ich erhielte anfänglich nur ein schmales Gehalt, doch könnten wir in Lederers Gästezimmer schlafen. Wir antworteten mit einem bestimmten „Ja". Else be-

merkte dazu, daß es das erste „feste" Angebot sei. Doch was sollte mit Thomas geschehen? Alfred meinte, er wolle mit seiner Familie und uns nach Amerika auswandern.
Schweren Herzens telefonierte ich Heineman, der mir jedoch voller Freude zuriet, sofort aufzubrechen. Ich könne ihm die Berichte mit Thomas zusammen, der mich begleiten sollte, aus Amerika schicken, wohin er selbst auch bald zurückkehren wolle. In Brüssel angekommen, verpflichtete ich mich in einem fünfjährigen Vertrag, in meinen Sommerferien mit Thomas nach Brüssel zu kommen. Ich erhielt diese Abmachung von Heineman mit näheren Anweisungen. Er lachte über die Vertragslänge. Wenn ich mit meinen Kriegsprognosen recht hätte – ich schätzte damals auf vier bis fünf Jahre –, würden wir ohnehin bald alle in Amerika weiterarbeiten. Er verlangte aber vor unserer Abreise noch eingehendes Material über die gelenkten Neuinvestitionen in der deutschen Industrie, getrennt von den Projektionen der verhältnismäßig größten Ausdehnung der Rüstungsindustrie und im Anstieg der zurückbleibenden Konsumgüterversorgung. Das Resultat war: Mehr Kanonen und *etwas* weniger Butter. Für die Diktatur bedeutete dies einen günstigen wirtschaftlichen Start. Unsere Abreise verzögerte sich dadurch, doch sagte Thomas mit Recht, keine Mühe sei zu groß, die Anerkennung Heinemans für unsere Arbeit sei noch mehr wert. Thomas fühlte sich für ein Jahrzehnt und Jahre darüber hinaus mit der Sofina verbunden. Else und ich bedankten uns bei Danny Heineman für sein persönliches, liebevolles Verständnis. Er nahm unseren Dank gern an, fügte aber hinzu, daß die Sofina von uns profitiert habe. Er war wirklich eine außerordentliche Persönlichkeit.
Heineman und ich stimmten überein, daß die internationale Konzernpolitik sehr verschieden von der nationalen Wirtschaftspolitik geformt werde. Die große Schwierigkeit in der internationalen Konzernpolitik bestand darin, eine vergleichbare Buchführung herzustellen. Die Konzerne leben in einer „unaccountable atmosphere", die sich ständig ändert. Sie haben zwar ihren nationalen Standort, doch sind sie an sich unabhängige multinationale Organisationen, die sich nach den Vorteilen des Marktes orientieren. Es ist also eine neue, auf die ganze Welt gerichtete Betätigung erforderlich. Sie sind ihrem Wesen nach unabhängig, wenn sie auch sachgemäße Vorteile von ihrer nationalen Basis haben, die sie aber, wie die 30er und 40er Jahre gezeigt haben, verändern können. Es war für mich ein außerordentliches Erlebnis, die völlig andersgerichtete Einstellung einer unabhängigen, privatwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik zu erleben.
Heineman besorgte uns Passagen auf dem deutschen Schiff, das uns nach Amerika brachte. Ich wollte über die Wellen hinträumen, vergessen, nur vergessen. In Amerika angekommen, war ich schon fast ein anderer Mensch geworden.



Personenregister



Rosemarie Leuschen-Seppel

Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924–1928/29

Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 9

312 Seiten. Broschiert 75,– DM

ISBN 3-87831-334-9

Die Rahmenbedingungen und Besonderheiten der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Programmatik und Praxis sind das Thema dieser Studie. Nach dem Scheitern der Sozialisierungs-, Plan- und Gemeinwirtschaftspläne verlagerte die SPD ihre Aktivität von der Wirtschafts- auf die Finanzpolitik. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik versuchte sie, einerseits mit steuerpolitischen Mitteln der Inflation entgegenzuwirken, andererseits eine Vermögensumverteilung einzuleiten, auch um die sozial schwachen Schichten enger an den neuen Staat zu binden.

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Regierungen 1924–28 trat die SPD in der Haushalts- und Steuerpolitik für eine möglichst geringe Verbrauchs- und Massenbelastung und eine hohe Besitzbelastung ein und unterstützte diesen finanzpolitischen Kurs durch flankierende wirtschafts- und agrarpolitische Maßnahmen. Sie ging dabei davon aus, daß die Erhaltung und Hebung der Kaufkraft der lohnabhängigen Bevölkerung für eine florierende Wirtschaft und ausgeglichene Handelsbilanz ebenso wichtig sei wie die direkten und indirekten Subventionen für Industrie und Landwirtschaft. Entgegen bisherigen Anschauungen verfolgte die SPD also mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht nur sozialpolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Ziele.

In der Opposition wie in der Regierung (1928–30) scheiterte sie jedoch an den politischen Machtkonstellationen, den wirtschafts- und finanzpolitischen Interessengegensätzen der Weimarer Parteien, den parteiinternen Konflikten und nicht zuletzt an der beginnenden Weltwirtschaftskrise.

Während die SPD bis 1930 den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die praktische Wirtschafts- und Finanzpolitik gelegt hatte, die in die Theoriemodelle des „organisierten Kapitalismus“ und der „Wirtschaftsdemokratie“ eingebettet war, griff sie in der Endphase der Republik unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise auf die ordnungspolitische Kontroverse der Revolutionszeit zurück – angesichts der Auflösung des Parlamentarismus und des aufsteigenden Nationalsozialismus eine Flucht in eine realitätsferne akademische Diskussion.

Die Autorin: Dr. Rosemarie Leuschen-Seppel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Veröffentlichung u.a.: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich, Bonn 1978.



Horst Heimann/Thomas Meyer (Hg.)

Reformsozialismus und Sozialdemokratie

Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik

Bericht zum wissenschaftlichen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung „Beiträge zur reformistischen Sozialismustheorie in der Weimarer Republik“ vom 9.–12. Oktober 1980

(Internationale Bibliothek, Band 125)
496 Seiten. Broschiert 40,– DM ISBN 3–8012–1125–8

Über dem praktisch-politischen Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung in der ersten deutschen Republik sind ihre theoretischen Beiträge zur Entwicklung des Demokratischen Sozialismus fast in Vergessenheit geraten. Doch kann es uns heute nicht gleichgültig lassen, wie sich die neu gewonnene und von Anfang an gefährdete Demokratie auf das Denken von Sozialisten auswirkte. Daß der Kaiser ging, die Generäle blieben, mußte sich in den Köpfen sozialistischer Zeitgenossen auf eine Weise widerspiegeln, die – ungeachtet der Platitüde, daß Bonn nicht Weimar ist – Konsequenzen für die Theorie demokratischer Sozialisten in der zweiten Republik haben muß.
Auch aus diesem Grund und nicht nur, um eine Forschungslücke zu füllen, kamen im Oktober 1980 Historiker, Ökonomen, Politologen und Juristen zu einer Konferenz über die reformistische Sozialismustheorie in der Weimarer Republik zusammen, die in diesem Band – mit den vollständigen Referaten und Kurzberichten über die Diskussion – protokolliert ist.

Inhalt:

Der Sozialdemokrat Hans Staudinger (1889 in Worms geboren) war einer der einflußreichsten politischen Beamten der Weimarer Republik und saß an den Schaltstellen der Wirtschaftspolitik. Als Koordinator des gesamten preußischen Energiewesens und als Gründer der VEBA machte er sich einen Namen. Einfühlsam wie kaum ein anderer schildert er in seinen Lebenserinnerungen, herausgegeben von dem Berliner Professor für Neuere Geschichte Hagen Schulze, Verhalten und Mentalität der preußischen Bürokratie. Er kannte viele Persönlichkeiten der politischen Öffentlichkeit und charakterisiert sie hier: Max Weber, Friedrich Ebert, Walther Rathenau, Otto Braun (dessen enger Berater er war), Carl Severing, Heinrich Brüning, Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali, Emil Lederer, um nur einige zu nennen. Prinzipienfest lehnte er 1932/33 die Versuche der extremen Rechten und der Nationalsozialisten ab, ihn als Staatssekretär zu halten, und zog letztlich die Emigration nach Amerika vor, wo er 1980 – kurz nach Vollendung seiner Erinnerungen – starb.

Das qualitativ hochrangige Erinnerungsmanuskript Staudingers ist von großem staatspolitischen Interesse.

ISBN 3-87831-361-6

Hans Staudinger · Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat

Archiv für Sozialgeschichte
Beihefte

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
in Verbindung mit dem
Institut für Sozialgeschichte
Braunschweig/Bonn

Redaktion:
Dieter Dowe (Schriftleitung),
Kurt Klotzbach, Hans Pelger

Beiheft 6:

Klaus Günther/Kurt Thomas Schmitz

SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1975

Eine Bibliographie

2., wesentlich erweiterte und verbesserte Auflage, bearbeitet von Volker Mettig

222 Seiten. 35,– DM

Beiheft 7:

Rolf Steininger

Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg

Die deutsche Frage, die Internationale und das Problem der Wiederaufnahme der SPD auf den internationalen sozialistischen Konferenzen bis 1951, unter besonderer Berücksichtigung der Labour Party

Darstellung und Dokumentation

433 Seiten. 78,– DM

Beiheft 8:

Klaus Tenfelde/Gerhard A. Ritter (Hrsg.)

Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863 bis 1914

Berichtszeitraum 1945-1975
Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung

687 Seiten. 86,– DM

Beiheft 9:

Bert Andréas

Ferdinand Lassalle – Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein

Bibliographie ihrer Schriften und der Literatur über sie 1840-1975

295 Seiten. 40,– DM

Verlag Neue Gesellschaft
Bonn

Der Sozialdemokrat Hans Staudinger (1889 in Worms geboren) war einer der einflußreichsten politischen Beamten der Weimarer Republik und saß an den Schaltstellen der Wirtschaftspolitik. Als Koordinator des gesamten preußischen Energiewesens und als Gründer der VEBA machte er sich einen Namen. Einfühlsam wie kaum ein anderer schildert er in seinen Lebenserinnerungen, herausgegeben von dem Berliner Professor für Neuere Geschichte Hagen Schulze, Verhalten und Mentalität der preußischen Bürokratie. Er kannte viele Persönlichkeiten der politischen Öffentlichkeit und charakterisiert sie hier: Max Weber, Friedrich Ebert, Walther Rathenau, Otto Braun (dessen enger Berater er war), Carl Severing, Heinrich Brüning, Rudolf Hilferding, Fritz Naphtali, Emil Lederer, um nur einige zu nennen. Prinzipienfest lehnte er 1932/33 die Versuche der extremen Rechten und der Nationalsozialisten ab, ihn als Staatssekretär zu halten, und zog letztlich die Emigration nach Amerika vor, wo er 1980 – kurz nach Vollendung seiner Erinnerungen – starb.

Das qualitativ hochrangige Erinnerungsmanuskript Staudingers ist von großem staatspolitischen Interesse.

ISBN 3-87831-361-6